

Frau Faesers morscher Schlagbaum

SPIEGEL ONLINE

26. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 2022 words

Byline: Janko Tietz

Highlight: Taugen die Pläne der Innenministerin wirklich zum Eindämmen der Migration? Hat die Ukraine einen russischen Top-Admiral getötet? Und arbeitet Ex-Wirecard-Vorstand Marsalek für Putin? Das ist die Lage am Dienstagabend.

Body

1. Marsalek, die Geheimwaffe Putins?

Der frühere Vorstand des ehemaligen Dax-Unternehmens Wirecard, Jan Marsalek, galt seit jeher als schillernde Figur. Er war das Mastermind des großen Bluffs, mit dem Privatanlegern und Großinvestoren das Märchen vom erfolgreichen Weltkonzern vorgespielt wurde.

Ein smarter, sportlicher Mann im Slimfit-Anzug, das Businesshemd lässig aufgeknöpft, den schicken Chronografen am Handgelenk. In der Villa »Prinz Alfons von Bayern« in der Münchner Prinzregentenstraße 61 empfing er sein illustres Netzwerk.

Aber Marsalek hatte auch Schwächen. Im Herbst 2018 ging es ihm nach dem Oktoberfest, wo er mit Geschäftspartnern und Kollegen wie jedes Jahr gefeiert hat, nicht gut. Wohl eine Grippe. »Fühlt sich aber an wie eine russische Bio-Waffe«, schrieb er damals einer Kollegin auf dem Messengerdienst Telegram.

Wie es aussieht, war er zu diesem Zeitpunkt wohl selbst eine russische Waffe – eine aus Fleisch und Blut. Wie meine Kollegen Fidelius Schmidt und Roman Lehberger berichten, verdächtigt ihn die britische Justiz, dass er bereits als Wirecard-Manager von russischen Geheimdiensten als Informant und Helfer angeworben worden war.

Später soll er von Russland aus, wo Marsalek offenbar inzwischen lebt, einen Agentenring in Großbritannien finanziert und angeleitet haben. Die festgenommenen Mitglieder (Marsalek ist nicht dabei) sollen für das russische Regime missliebige Personen in mehreren Ländern Europas ausgespäht und verfolgt haben. Es wird auch befürchtet, dass die Verdächtigen womöglich sogar Morde oder Entführungen geplant haben könnten.

Wie tief Marsalek in all diese Pläne verwickelt war, ist bislang unklar. Auch, ob er weiterhin ein Fan des Oktoberfestes ist. Weit hätte er es dann nicht. Vor zwei Jahren eröffnete ein deutscher Koch in der russischen Hauptstadt ein neues Bierrestaurant, in dem er auch ein »Oktoberfest« in Miniausgabe veranstaltete. Der Ort: schräg gegenüber der Geheimdienstzentrale.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Flüchtiger Ex-Wirecard-Vorstand soll in russische Spionageoperation verwickelt sein

2. Kampf um die Wahrheit

Es war eine spektakuläre Meldung: Beim ukrainischen Angriff auf das Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte am vergangenen Freitag sollte nach Angaben aus Kiew auch der Flottenchef Viktor Sokolow ums Leben gekommen sein. »Nach dem Treffer im Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte starben 34 Offiziere, darunter auch der Kommandeur der Schwarzmeerflotte Russlands«, teilte das ukrainische Militär gestern mit.

Heute präsentierte Moskau jedoch Aufnahmen, die Sokolow lebend zeigen sollen. Mehrere am Dienstag vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichte Fotos und ein Video sollen zeigen, wie Sokolow an einer von Verteidigungsminister Sergej Schoigu geleiteten Sitzung teilnimmt. Zu sehen ist er allerdings lediglich als angeblich online zugeschalteter Teilnehmer auf einer hinter Schoigu angebrachten Leinwand.

Doch der Video-Sokolow wirkt in der kurzen Sequenz völlig starr. Gut möglich, dass es eine Inszenierung Moskaus ist, um eine möglicherweise zugefügte Schmach zu verschleiern. Denn es ließ sich bislang nicht überprüfen, ob die Bilder wirklich am Dienstag aufgenommen wurden. Kremlsprecher Dmitrij Peskow wollte Fragen zum Tod Sokolows nicht beantworten. Er habe dazu keine Information, das sei der Aufgabenbereich des Verteidigungsministeriums, sagte er lediglich.

In der Konferenz mit dem angeblich lebendigen Sokolow zog Schoigu laut Reuters eine Zwischenbilanz. Im September seien mehr als 17.000 ukrainische Soldaten getötet worden, sagte er demnach. Mehr als 2700 Waffen, darunter auch sieben amerikanische Bradley-Schützenpanzer, seien zerstört worden. »Die ukrainischen Streitkräfte erleiden entlang der gesamten Front schwere Verluste«, sagte Schoigu. Die ukrainische Gegenoffensive sei bisher ergebnislos geblieben.

Das ukrainische Militär will seine eigene Meldung über den angeblichen Tod des Chefs der russischen Schwarzmeerflotte nach dem Auftauchen neuer Bilder überprüfen. Das teilte die Einheit für Spezialoperationen des ukrainischen Verteidigungsministeriums via Facebook mit.

Ungeachtet der Frage, ob der russische Top-Admiral nun tot ist oder nicht, gab es auf der von Moskau annektierten Schwarzmeer-Halbinsel Krim weitere Explosionen. Nach Angaben des russischen Besatzungschefs des Gebiets soll es sich um eine »kontrollierte Sprengung« an einem schwer beschädigten Gebäude in der Stadt Sewastopol gehandelt haben. Unabhängig ließ sich das nicht überprüfen. Später am Abend berichtete der Besatzungschef, die Luftverteidigung habe eine ukrainische Rakete abgefangen.

Die Diskussion über Sokolow, die Frage, ob es wirklich eine »gezielte Sprengung« war oder nicht doch ein Raketeneinschlag, die Angabe, es seien allein im September 17.000 Ukrainer getötet worden, zeigen vor allem eins: Es ist nicht nur ein Krieg auf dem Schlachtfeld, sondern auch ein Infokrieg.

Lesen Sie hier mehr: Update zum Krieg in der Ukraine Kiew will prüfen, ob russischer Schwarzmeerflottenchef wirklich lebt

Und hier weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

Russland meldet Abschuss von Rakete über der Krim: Die russische Luftabwehr will mehrere ukrainische Drohnen in den Grenzregionen Belgorod und Kursk abgewehrt haben. Zudem soll ein Luftangriff auf die Halbinsel Krim verhindert worden sein.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine: Das News-Update

3. Harmonisieren Faesers Pläne mit dem EU-Recht?

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will zur besseren Bekämpfung von Schleusern weitere Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien einführen. »Wir bereiten erst mal stationäre Grenzkontrollen mit vor. Es geht um zusätzliche Kontrollen«, sagte die SPD-Politikerin.

Seit Herbst 2015 gibt es vorübergehende stationäre Grenzkontrollen in Bayern an der Grenze zu Österreich. Sie werden vom Bundesinnenministerium bei der EU-Kommission angemeldet und jeweils verlängert. Die Kontrollen müssen in Brüssel mit einem Vorlauf von etwa einem Monat beantragt werden. Für die Grenze zu Tschechien und Polen ist dies bislang nicht geschehen.

Das soll sich nun ändern. »Und wir müssen schauen, was das dann bringt«, sagte Faeser. Vermutlich gar nicht viel, denn das, was effektiv wäre, verstieße offenbar gegen europäisches Recht. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat gerade ein Urteil veröffentlicht, wonach Zurückweisungen illegaler Migranten an den Binnengrenzen der EU fast ausnahmslos illegal sind.

Der EuGH hatte über Grenzkontrollen Frankreichs an der Grenze zu Italien zu befinden. Dort werden illegal eingereiste Migranten regelmäßig aufgegriffen und sofort wieder nach Italien zurückgeschickt. Die Luxemburger Richterinnen und Richter haben nun entschieden, dass das in der Form unzulässig ist. Und zwar auch dann und das ist neu, wenn die betroffenen Personen keinen Asylantrag direkt an der Grenze stellen. Zu diesem Urteil kommt der Konstanzer Europa- und Ausländerrechtler Daniel Thym, mit dem mein Kollege Dietmar Hipp gesprochen hat.

Und was hat das mit Deutschland zu tun? Das Urteil des EuGH ist nun auch bei möglichen Kontrollen an den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien »voll anwendbar«. Das bedeute »in der Praxis, dass kurze, schnelle Zurückweisungen illegal sind«. Nur an den Grenzen zur Schweiz und Österreich gilt eine historisch bedingte Ausnahme für Menschen, die keinen Asylantrag stellen an der österreichisch-deutschen Grenze wurden allein in diesem Jahr so bereits mehr als 14.000 Personen zurückgewiesen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stand den Plänen Faesers ohnehin kritisch gegenüber. Mit dem Urteil des EuGH sieht sie sich bestätigt. »Die aktuelle Diskussion um eine mögliche Einführung von stationären Grenzkontrollen zum Zwecke der Verhinderung von Asylantragstellungen«, so die GdP, könnte sich »damit weitgehend erledigt haben«.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Die Grenzen der Kontrolle

Was heute sonst noch wichtig ist

Das globale Geldvermögen steigt wieder: Weltweit steigt das Vermögen der Menschen in diesem Jahr laut der Allianz wieder kräftig allerdings wird der Zuwachs von der Inflation aufgezehrt. Und der Wohlstand ist sehr ungleich verteilt.

Risiko von Long Covid wird möglicherweise überschätzt: Fehlende Kontrollgruppen, weit gefasste Definitionen: Ein Forscherteam aus den USA kritisiert methodische Mängel in Long-Covid-Studien. Ihm zufolge könnte das zu einer Fehleinschätzung des Risikos führen.

Jugendlicher soll Sechsjährigen in Pragsdorf getötet haben: Nach dem gewaltsamen Tod eines sechsjährigen Jungen in Mecklenburg-Vorpommern hat die Polizei einen Tatverdächtigen festgenommen. Es handelt sich um einen 14-Jährigen.

Tinder verkauft jetzt Angeber-Abos für 499 Dollar im Monat: Wer will, kann bei Tinder für Features wie »Super-Likes« schon länger Geld ausgeben. Nun führt die Dating-App eine weitere Spezialmitgliedschaft ein. Die wird aber nicht allen Nutzern angeboten.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Der Forscher, der Reinhold Messner entthront: Eberhard Jurgalski hat ein Erdbeben in der Alpinistenwelt ausgelöst: Auf Basis seiner Untersuchungen wurden Berglegende Reinhold Messner zwei Rekorde aberkannt. Nun richtet sich die Wut gegen den Experten.

Die Adoptivkinder wollen an Müllers Milliardenvermögen: Drogeriekönig Erwin Müller hat vor Jahren drei Jagdfreunde adoptiert. Das kam ihm in den Verhandlungen um die Abfindung seines leiblichen Sohnes offenbar nicht ungelegen. Doch nun will das Trio ans Milliardenerbe.

Wie Sie von der neuen Elektroautoförderung profitieren: Das Verkehrsministerium fördert Solaranlagen, Speicher und Wallboxen für E-Autos. Die Regelung provoziert zwar Kritik, doch Anbieter schaffen kreative Lösungen. Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Warum vergeht die Zeit im Alter schneller? Je älter man wird, desto schneller verfliegt die Zeit, sagen viele. Hier erklärt eine Expertin, wie man sich mehr Lebenszeit schenkt.

Was heute weniger wichtig ist

Pick it like Beckham: Die frühere Sängerin der Spice Girls und heutige Modedesignerin **Victoria Beckham, 49**, hat in einer Netflix-Serie Auskunft darüber gegeben, wie sie sich den Fußballstar David geangelt hat. »Als ich ihn in der Fußballer-Lounge sah, waren alle anderen Fußballer an der Bar, aber er stand da und sprach mit seinen Eltern. Und ich stehe meiner Familie sehr nahe und ich liebe diese Seite an ihm.« Das Paar hat im Juli seinen 24. Hochzeitstag gefeiert und vier gemeinsame Kinder. Nach der Begegnung in der Lounge hätten sie sich bei einem weiteren Treffen etwa eine Stunde unterhalten, und sie habe ihm ihre Nummer auf ein Zugticket geschrieben, sagte er, »welches ich noch immer habe«.

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Keith Jarrett gilt als Großmeister des Jazzklaviers. In einem Interview mit Nate Chinen von der »New York Times« erzählte Jarrett 2020, dass er 2018 zwei Schlaganfälle erlitten habe und wahrscheinlich nie mehr Konzerte geben könne. »Meine linke Seite ist immer noch teilweise gelähmt. Ich kann versuchen, mithilfe eines Stocks zu gehen, aber ich brauchte über ein Jahr, um das zu lernen. Ich kann mich wirklich nur sehr mühsam in meinem Haus bewegen.«

Es ist ein Riesenverlust, diesen Ausnahmemusiker nie wieder live erleben zu können. Umso bemerkenswerter ist sein Œuvre, das er seinem Publikum auf Platten und CDs hinterlassen hat. Im Juni kam eine weitere dazu, eine Klassikplatte. Der US-Amerikaner hat viele klassische Alben veröffentlicht, diese Aufnahme aus dem Jahr 1994 mit Musik von Carl Philipp Emanuel Bach, dem zweitältesten Sohn Johann Sebastians, aber erst in diesem Jahr.

Keith Jarrett spielt die 1744 veröffentlichten sechs Sonaten von Bach jr. auf dem modernen Flügel, oft ist diese Musik auf historischen Kieinstrumenten zu hören. Jarrett aber hatte das Gefühl, dass es »noch Raum für eine Klavierversion gab«, so ist es im Booklet zu lesen.

Wenn Sie das Gefühl haben, der Alltag wächst Ihnen über den Kopf, hören Sie diese Platte es schimmert dann doch noch etwas Schönheit durch die Wirren dieser Welt.

Einen schönen Abend.

Herzlich

Ihr Janko Tietz, Ressortleiter Deutschland/Panorama

Graphic

usage Germany only, Verwendung nur in Deutschland

DER SPIEGEL

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

Italien setzt weiteres deutsches Seenotrettungsboot fest

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Konflikt mit Hilfsorganisationen

Length: 450 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Ein Schiff der NGO Sea-Watch ist nicht den vorgesehenen italienischen Hafen angelaufen. Die Folge: Die Behörden haben die »Aurora« aus dem Verkehr gezogen. Retter sprechen von Schikane.

Body

Der Tod von mutmaßlich mehreren hundert Migranten bei einer Bootshavarie im Mittelmeer zwischen Italien und Griechenland hat international Entsetzen ausgelöst. Italien schränkt derzeit die Einsatzfähigkeit privater Seenotretter weiter ein.

Wie die in Berlin ansässige Hilfsorganisation Sea-Watch mitteilte, haben die italienischen Behörden mit der »Aurora« ein drittes deutsches Seenotrettungsschiff vorläufig aus dem Verkehr gezogen. Das Boot sei demnach am Mittwochabend in Lampedusa festgesetzt worden.

Als Grund sei angegeben worden, dass das Schiff ein Regierungsdekret missachtet habe. Vor der »Aurora« hatte Rom zuletzt auch schon die »Mare*Go« ebenfalls auf Lampedusa und die »Sea-Eye 4« in Ortona festgesetzt.

Crew lief nicht vorgeschriebenen Hafen an

Hintergrund der Maßnahme ist eine Anordnung der rechtsnationalistischen Regierung in Rom. Demnach müssen private Seenotretter nach einem Einsatz unverzüglich in den Hafen fahren, der ihnen zugeteilt wird. Im Fall der »Aurora« war das Trapani auf Sizilien. Die Crew entschied, trotz der Anweisung das nahe gelegene Lampedusa anzusteuern. Aus Sicht der Aktivisten war dies wegen des körperlichen Zustandes der 39 geretteten Menschen notwendig.

Unter den Migranten waren unbegleitete Minderjährige und eine Schwangere. Sie waren am Montag im Mittelmeer von einem seeuntauglichen Boot gerettet worden, wie es hieß. Treibstoff, Lebensmittel und Wasser seien aufgebraucht gewesen.

Nichtregierungsorganisationen kritisieren seit Wochen das Dekret und werfen der Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Schikane vor. Rom wolle durch die Maßnahmen ausländische Helfer abschrecken, so der Vorwurf. Die Regierung verteidigt ihre Entscheidung und sagt, freiwillige Retter würden Regeln missachten und nicht mit den Behörden kooperieren.

Italien setzt weiteres deutsches Seenotrettungsboot fest

Das verheerende Unglück vor der Küste der griechischen Halbinsel Peloponnes am Mittwoch wirft derzeit die Frage auf, ob die Küstenwachen und Sicherheitsbehörden der Anrainerstaaten in dem Gebiet nicht früher hätten eingreifen müssen. Hinweise auf das völlig überfüllte Boot gab es offenbar bereits am Dienstag.

Hätte das Unglück vor Griechenland verhindert werden können?

Nach Angaben der griechischen Küstenwache war den Menschen auf dem völlig überfüllten Boot mehrfach durch die Küstenwache selbst sowie vorbeifahrende Frachter per Funk Hilfe angeboten worden. Der Kapitän habe den Angaben zufolge jedoch abgelehnt und angegeben, nach Italien weiterreisen zu wollen.

Alarm Phone, eine Initiative, die Rufe von in Not geratenen Migrantenschiffen entgegennimmt, teilte indes mit, man habe Kontakt zu Menschen gehabt, die sich ihrer Meinung nach auf demselben Schiff befunden und verzweifelt um Hilfe ersucht hätten.

fek/dpa

Graphic

Sea-Watch - Seenotrettungsboot »Aurora«

Load-Date: June 15, 2023

Offenbar falscher Ausweis in Bamf-Akte von Ibrahim A.

SPIEGEL ONLINE

08. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Mutmaßlicher Täter von Brokstedt

Length: 749 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: Vorübergehend soll ihm ein syrisches Dokument zugeordnet worden sein: Im Fall des Verdächtigen der Regionalzugattacke in Schleswig-Holstein kommen immer neue Hinweise auf ein Behördenversagen ans Licht.

Body

Im Fall des mutmaßlichen Messerangreifers von Brokstedt ist ein weiterer Behördenfehler bekannt geworden: Mehrere Teilnehmer einer nicht-öffentlichen Sitzung des Innenausschusses des Bundestags berichteten übereinstimmend, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Mahmut Özdemir (SPD), habe gesagt, in die Akte, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zu Ibrahim A. anlegte, sei fälschlicherweise ein Ausweis aus Syrien von einer anderen Person gelangt. Daher sei das Bamf zwischenzeitlich davon ausgegangen, dass der Mann ein staatenloser Palästinenser aus Syrien sei.

Kurz vor der Tat aus U-Haft entlassen

Ein Bamf-Abteilungsleiter hatte zuvor im Innenausschuss des Landtages von Schleswig-Holsteinerklärt, Ibrahim A. selbst habe nach seiner Einreise 2014 gesagt, er stamme aus dem Gazastreifen und sei staatenlos.

Er soll am 25. Januar in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg mit einem Messer auf andere Fahrgäste eingestochen haben. Zwei junge Menschen starben, fünf weitere wurden teils schwer verletzt. Knapp eine Woche zuvor war der 33-Jährige aus der U-Haft in Hamburg entlassen worden.

Das Bamf teilte am Mittwoch auf Anfrage mit: »Eine syrische ID-Karte war dem Verfahren zunächst fälschlicherweise zugeordnet, ist danach aber wieder der korrekten Person zugeordnet worden.« Unabhängig davon hätte im Jahr 2016 aufgrund der dargestellten Fluchtgeschichte Verfolgung durch die Hamas ein Schutzstatus erteilt werden müssen. Im Ausschuss wurde allerdings auch darüber gesprochen, dass dem Bamf, als die Entscheidung über Schutz für Ibrahim A. fiel, nicht bekannt gewesen war, dass der Antragsteller in Nordrhein-Westfalen, wo er zunächst lebte, schon mit dem Gesetz in Konflikt geraten war.

Abschiebungen in Palästinensergebiete sehr schwierig

Die Behörden in Hamburg und Schleswig-Holstein schieben sich in Bezug auf den Umgang mit dem mutmaßlichen Täter gegenseitig die Verantwortung zu. Dabei geht es unter anderem um die Frage, warum das Verfahren des Bamf zur Rücknahme des sogenannten subsidiären Schutzstatus für den Palästinenser nicht zu Ende gebracht

Offenbar falscher Ausweis in Bamf-Akte von Ibrahim A.

worden war. Rückführungen in die Palästinensergebiete sind nach Auskunft des Bundesinnenministeriums grundsätzlich möglich, aber sehr schwierig.

Hamburgs Justizstaatsrat Holger Schatz hat sich nun gegen Kritik an der Kommunikation der Behörden der Hansestadt gewehrt. Es habe im vergangenen Jahr in Richtung der Behörden in Schleswig-Holstein »zehn Meldungen durch Kontaktaufnahmen Hamburgs« gegeben, sagte er im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages in Kiel. Spätestens seit Anfang März hätten dem Ausländeramt in Kiel und auch dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alle wesentlichen Informationen zur Inhaftierung des 33-Jährigen vorgelegen.

Nach Darstellung von Schatz seien die entsprechenden Nachrichten der Hamburger Behörden jedoch mehrfach unbeantwortet geblieben. Erst am 9. März habe es aus Kiel per Mail erste Nachfragen zu dem Fall gegeben, die beantwortet worden seien, auch an das Bamf. »Über die neuen Straftaten des Ibrahim A. hatte das Bamf auch seit 9. März Kenntnis.« Die Hamburger Justizbehörde habe das Justizministerium zu Gesprächen darüber eingeladen, wie die Kommunikation der Behörden im Norden verbessert werden könne.

Behörden sahen keinen terroristischen Hintergrund

Ein per Video zugeschalteter Abteilungsleiter des Bamf sagte, eine Hamburger Meldung vom 1. März sei mitnichten auch an seine Behörde gegangen. Die Stadt Kiel habe das Bamf in dieser Sache bei einer Nachfrage nach Hamburg am 9. März in Kopie gesetzt.

Außerdem teilte Schatz mit, die Behörden in Hamburg hätten trotz eines Vergleichs mit dem Attentäter Anis Amri während der Haft des bei A. keine Anzeichen für einen terroristischen Hintergrund gesehen. Es habe außer der Äußerung keine Indizien dafür gegeben. Der 33-jährige Ibrahim A. habe keine Kontakte in islamistische Kreise gehabt, weder einen Koran noch einen Gebetsteppich im Haftraum gehabt.

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hatte den Ländern am Montag vorgeschlagen, dass künftig die Strafverfolgungsbehörden die Ausländerbehörden »umgehend darüber informieren, wenn die betroffene Person inhaftiert wird und wo sie inhaftiert wurde, sowie, wenn die betroffene Person aus der Haft entlassen wird und welche Entlassungsanschrift angegeben wurde«. Im aktuellen Fall hätte das die Probleme aber nicht gelöst, sagte die Innenpolitikerin Clara Bünger (Linke). Das Problem sei hier nicht die Rechtslage, sondern »Behördenversagen«.

bbr/dpa

Graphic

dpa - Kerzen und Blumen am Bahnhof Brokstedt (Aufnahme vom 5. Februar): Zwei Menschen wurden bei der Attacke getötet

Load-Date: February 8, 2023

Offenbar Hunderte ertrunkene Flüchtlinge in tunesischer Leichenhalle

SPIEGEL ONLINE

28. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Bootsunglücke im Mittelmeer

Length: 359 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Seit Wochen häufen sich Meldungen über Schiffskatastrophen vor Tunesiens Küste. Offenbar gibt es so viele Tote, dass die Behörden mit den Beerdigungen nicht hinterherkommen.

Body

Manchmal werden nur noch Leichen am Strand angespült: Seit Wochen ereignen sich vor der Küste Tunesiens immer wieder Unglücke mit Booten von Geflüchteten. Meistens erreichen die Tragödien Deutschland als einzelne Meldungen, wenn überhaupt ein komplettes Bild der Situation ist schwer zu bekommen.

Wie die Zustände in der tunesischen Küstenstadt Sfax offenbar sind, darüber hat nun Justizsprecher Faouzi Masmoudi der Nachrichtenagentur AFP Auskunft gegeben. »Am Dienstag hatten wir mehr als 200 Leichen, weit über die Kapazität des Krankenhauses hinaus«, sagte er den Angaben zufolge. »Wir wissen nicht, wer sie sind oder von welchem Schiffbruch sie stammen, und die Zahl steigt.«

Die sanitäre Lage sei wegen der hohen Zahl an Leichen prekär. Es gebe »fast jeden Tag Beerdigungen«. Allein am 20. April seien mindestens 30 Menschen beerdigt worden, sagte Masmoudi. Vor der Beisetzung würden von jedem Toten DNA-Proben entnommen, um eine mögliche Identifizierung durch die Angehörigen zu erleichtern.

Von weiteren Opfern berichtete unterdessen Tunesiens Nationalgarde: Die Marine habe nach Bootsunglücken in den vergangenen zehn Tagen mittlerweile 210 Leichen entdeckt. Die leblosen Körper wurden demnach in der Nähe verschiedener Küstenorte gefunden, neben Sfax etwa auch bei Mahdia. Die Opfer stammen den Angaben zufolge wahrscheinlich aus Ländern südlich der Sahara.

Repression und Wirtschaftskrise in Tunesien

Nach Angaben der Hilfsorganisation FTDES beginnen mehr als drei Viertel der Migranten, die Tunesien verlassen, ihre gefährliche Überfahrt in Richtung Europa an der Küste zwischen Sfax und dem weiter nördlich gelegenen Mahdia.

Seit einer Rede von Tunesiens Präsident Kais Saied im Februar hat die Zahl der Überfahrten zugenommen. Saied hatte gefordert, gegen die illegale Einwanderung von »Horden« von Menschen aus Staaten südlich der Sahara vorzugehen. Danach verloren zahlreiche Menschen aus diesen Ländern ihre Jobs und Unterkünfte in Tunesien.

Offenbar Hunderte ertrunkene Flüchtlinge in tunesischer Leichenhalle

Tunesien steckt derzeit in einer tiefen Wirtschaftskrise (Lesen Sie hier mehr über die Repressionswelle unter Präsident Saied). Die Inflation liegt nach offiziellen Angaben bei 10,4 Prozent.

sol/AFP/Reuters

Graphic

REUTERS - Leichensäcke vor einem Krankenhaus im tunesischen Sfax: »Fast jeden Tag Beerdigungen«

Load-Date: April 28, 2023

End of Document

Kommunalpolitiker fordert »Atempause« bei Aufnahme von Ukrainern

SPIEGEL ONLINE

18. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Niedersächsischer-Städtetags-Präsident

Length: 651 words

Byline: Jean-Pierre Ziegler

Highlight: Der Flüchtlingsgipfel hat in den Ländern Ernüchterung hinterlassen, Kommunalvertreter warnen vor einer Überforderung der Großstädte. Die Mehrheit der Deutschen ist laut einer Umfrage weniger skeptisch.

Body

Laut dem Präsidenten des Niedersächsischen Städtetags, Frank Klingebiel, stoßen einige Kommunen bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukrainemittlerweile an ihre Grenzen. In einem Interview mit dem Politikjournal »Rundblick« betonte er, einen Stopp des Zuzugs lehne er ab. »Aber viele Städte und Kreise, die bisher besonders häufig angesteuert wurden, brauchen eine Atempause bei der Aufnahme.« Besonders betroffen davon seien Braunschweig, Osnabrück und Hannover. Das liege auch daran, dass viele Geflüchtete zuerst die Großstädte ansteuerten.

Der CDU-Politiker sagte weiter, dass es die geforderte Atempause jedoch nur geben könne, »wenn auf EU-Ebene ein Szenario entworfen wird, wie angemessen und regional verteilt auf einen womöglich wachsenden Strom von Kriegsflüchtlingen reagiert werden soll«.

Gipfel »ergebnisfrei«

Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Reinhard Sager, übt angesichts der Flüchtlingszahlen derweil Kritik am Bund. Er verstehe nicht, warum die Hilferufe der Kommunen im Kanzleramt bislang verhallten, sagte der CDU-Politiker der »Bild«-Zeitung. Im Januar seien rund 30.000 Geflüchtete aus Drittstaaten in die Bundesrepublik gekommen. »Wenn es so weitergeht, werden wir in diesem Jahr deutlich über dem Wert von 2022 liegen.«

Mit seiner Kritik spielte er auf den Flüchtlingsgipfel mit Innenministerien Nancy Faeser (SPD) an. Sie machte den Kommunen bei dem Treffen am Donnerstag in Berlin keine Zusagen über finanzielle Hilfen für die Versorgung von Geflüchteten. Die Präsidentin des Thüringischen Landkreistages, Martina Schweinsburg (CDU), sagte hinterher, der Gipfel sei »ergebnisfrei« beendet worden.

Ganz korrekt ist das nicht: Immerhin haben Bund, Länder und Kommunen eine bessere Abstimmung zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten vereinbart. So soll ein digitales »Dashboard« zur Migration bis auf die Landkreisebene hinunter für Transparenz sorgen.

Kommunalpolitiker fordert »Atempause« bei Aufnahme von Ukrainern

Um Ostern herum soll Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten dann noch mal über Geld sprechen. Landkreistagspräsident Sager sagte, Scholz müsse das Thema »zur Chefsache machen« sonst drohe den Kommunen der Kollaps. Die Bundesregierung agiere bisher zu zögerlich und müsse sich unter anderem stärker dafür einsetzen, die EU-Außengrenzen zu schützen.

»Die aktuelle Situation birgt enormen sozialen Sprengstoff. Die Menschen fangen an, am Rechtsstaat zu zweifeln«, sagte er weiter. »Wir sehen ja schon, wie einzelne rechte Gruppen die Lage missbrauchen und ausschachten wollen. Das darf auf keinen Fall passieren.«

»Bund hat immer wieder größte Last geschultert«

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher. »Wenn die Kommunen nicht sehr schnell deutlich besser ausgestattet werden, dann wird der Widerstand mancher in der Bevölkerung zunehmen und politisch der AfD wieder starken Zulauf bringen«, sagte er dem »Handelsblatt«. Und ergänzte: »Das Resultat wäre eine gescheiterte Integration und eine noch stärkere Zunahme der sozialen Polarisierung in unserem Land.«

Die Politik müsse nun »dringend handeln und die Kommunen sowohl logistisch stärker unterstützen als auch finanziell besser ausstatten«, forderte der DIW-Chef. Er sehe aber vor allem die Länder in der Pflicht: »Der Bund hat immer wieder die größte Last geschultert.« Nun müssten sich die Länder finanziell stärker beteiligen.

Einer am Freitag veröffentlichten Umfragezufolge hält eine Mehrheit der Menschen in Deutschland die Situation derweil für beherrschbar. Die Frage im ZDF-»Politbarometer« (mehr zur Methodik lesen Sie hier) lautete: »Zurzeit kommen viele Flüchtlinge aus Krisengebieten zu uns nach Deutschland. Was meinen Sie, kann Deutschland das verkraften oder kann Deutschland das nicht verkraften?« 57 Prozent sagten demnach, dass Deutschland die Flüchtlingszahlen verkraften könne, 40 Prozent waren der gegenteiligen Auffassung.

jpz/dpa/AFP

Graphic

dpa - Geflüchtete in der einer Halle der Landesaufnahmebehörde in Hannover (Symbolbild)

Load-Date: February 18, 2023

Feridun Zaimoglu, warum belügen wir unsere Mamas?

SPIEGEL ONLINE

24. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR/LITERATUR; Schriftsteller über die Liebe zur Kunst

Length: 229 words

Byline: Juan Moreno

Highlight: Feridun Zaimoglu ist einer der wichtigsten Autoren deutscher Gegenwartsliteratur. Ein Gespräch über vergiftete Identitätsdebatten, den sichersten Weg von der Uni zu fliegen und die Frage, ob »Kanacke« ein Ehrbegriff ist.

Body

Feridun Zaimo lu, geboren 1964, ist Schriftsteller, Dramatiker und Maler. Er wurde mit seinen Büchern »Kanak Sprak« und »German Amok« einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Gerade für heranwachsende Jugendliche mit Migrationshintergrund wurde Zaimo lu Ende der 1990er Jahre zum Sprachrohr.

Vor 20 Jahren gewann er beim Bachmannpreis den Preis der Jury. Zuletzt war er für den Preis der Leipziger Buchmesse für seinen Lutherroman »Evangelio« nominiert. Er gilt als bedeutender Vertreter deutscher Gegenwartsliteratur. Zaimo lu hat mittlerweile 20 Romane veröffentlicht. In seinem aktuellen Buch »Bewältigung« beschreibt er einen Autor, der an dem Versuch scheitert, ein Buch über Adolf Hitler schreiben zu wollen.

Im Gespräch mit Zaimo lu outet sich Juan Moreno, Host des Spiegel-Interview-Podcast »Moreno+1«, als Fan des Autors. »Ich finde, dass Zaimoglu Mitte der Neunzigerjahre vielen Menschen mit Migrationshintergrund eine Stimme gegeben hat, etwas, was damals wirklich ungewöhnlich war. Leute wie er und ich fanden in der Öffentlichkeit schlichtweg nicht statt«, so Moreno. Zaimo lu erzählt in dem Gespräch von den Anfeindungen, die damals erdulden musste meist von rechts und von den Anfeindungen, die es heute gibt, oft von links. »Ich bin es gewohnt, im Spuckeregen der Verachtung zu stehen, aber was soll ich tun? Man gewöhnt sich nicht daran, aber so ist das nun mal.«

Graphic

imago/Future Image

Load-Date: May 23, 2023

Feridum Zaimoglu, warum belügen wir unsere Mamas?

End of Document

Bulgarische Polizei nimmt sieben Verdächtige fest

SPIEGEL ONLINE

18. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach Fund von 18 Toten in Lastwagen

Length: 510 words

Byline: Jean-Pierre Ziegler

Highlight: Sie waren unter einer Ladung Holz versteckt: In einem Lkw sind 18 Geflüchtete erstickt – nun meldet die bulgarische Polizei einen Ermittlungserfolg und nennt Zahlen zu einem lukrativen und tödlichen Geschäft.

Body

In Bulgarien hat die Polizei einen Ring mutmaßlicher Schleuser zerschlagen, die für den Tod von 18 Migranten in einem Lastwagen verantwortlich sein sollen. Sieben Verdächtige seien festgenommen worden, sagte ein Regierungsvertreter, darunter auch der Chef der Bande.

Anwohner hatten den Lkw am Freitag in einem Dorf unweit der Hauptstadt Sofia entdeckt und die Polizei alarmiert. Die Polizei fand darin 18 offenbar erstickte Menschen aus Afghanistan – unter ihnen ein Kind. Die Migranten waren nach Polizeiangaben unter einer Ladung Holz im Lkw versteckt. 34 Überlebende wurden in einem Krankenhaus behandelt.

Der Chef der nationalen bulgarischen Ermittlungsbehörde (National Investigation Service), Borislav Sarafow, sprach von einer »organisierten kriminellen Gruppe«. Diese übernehme Migranten an der EU-Außengrenze zur Türkei und bringe sie dann per Lastwagen ins Grenzgebiet nach Serbien. Der mutmaßliche Anführer der Gruppe sei bereits wegen Menschen Schmuggels verurteilt.

Sarafow sagte, die 18 Opfer seien an einer Kombination aus Sauerstoffmangel in einem geschlossenen Raum und Atembeschwerden gestorben, da sie in dem Lastwagen »wie in einer Blechdose« zusammengepfercht gewesen seien. Er ergänzte: »Die Opfer starben langsam und unter Schmerzen.«

Nach Krankenhausangaben erlitten mehrere der Überlebenden Kohlenmonoxidvergiftungen, weil sie in dem schlecht isolierten Lkw Auspuffgase eingeatmet hatten. Die Menschen hätten nur wenig Sauerstoff bekommen und seien stark dehydriert, sagte ein Notfallmediziner dem Fernsehsender Nova. Zudem hätten sie bereits seit Tagen nichts mehr gegessen.

Bis zu 7000 Euro pro Person

Das EU-Mitgliedsland Bulgarien grenzt im Süden an die Türkei. Zuletzt stieg die Zahl der Menschen, die dort in die EU gelangen wollten. Manche überqueren die Grenze irregulär, um nicht an einem Posten registriert zu werden.

Bulgarische Polizei nimmt sieben Verdächtige fest

Bulgarien hat daher die Kontrollen entlang des 234 Kilometer langen Stacheldrahtzauns verstärkt, der fast die gesamte Grenze zur Türkei abdeckt.

Dennoch sagte der Leiter der Ermittlungsbehörde Sarafow, die Grenze »kann sehr leicht mithilfe einer einfachen Leiter übersprungen werden«. Man müsse womöglich über eine Verstärkung nachdenken.

»Das Endziel der Migranten sind hauptsächlich Großbritannien, Deutschland und Frankreich«, sagte er weiter. Für ihre Fahrt bezahlten sie 6000 bis 7000 Euro pro Person. Die bulgarischen Schleuser erhielten einen Teil des Geldes – die Fahrer 100 Euro für einen beförderten Menschen und der Leiter der Gruppe bis zu 1000 Euro pro Person.

Wegen der irregulären Migration haben Österreich und die Niederlande im Dezember 2022 die von Bulgarien angestrebte Aufnahme in den grenzkontrollfreien Schengenraum blockiert.

Nach Angaben des bulgarischen Innenministeriums verhinderte die Grenzpolizei im vergangenen Jahr 164.000 Versuche von »irregulären Grenzübertritten«. Im Jahr 2021 lag die Zahl demnach bei 55.000. Die bulgarische Regierung plant schärfere Gesetze gegen Menschenschmuggel. Schlepper werden bislang meist nur zu einer Geldstrafe oder Bewährungsstrafen verurteilt.

jpz/dpa/AFP

Graphic

AFP - Lastwagen, in dem Menschen geschleust wurden: Unter einer Ladung Holz versteckt

Load-Date: February 18, 2023

End of Document

Merz nennt Söhne von Migranten kleine »Paschas« und erntet Kritik

SPIEGEL ONLINE

11. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Auftritt bei Markus Lanz

Length: 648 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: CDU-Chef Friedrich Merz sieht hinter den Krawallen in der Silvesternacht auch ein Integrationsproblem das zum Beispiel mit Respektlosigkeiten an deutschen Grundschulen anfangen. Widerspruch erhielt er umgehend.

Body

Nach Übergriffen auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in mehreren deutschen Städten in der Silvesternacht sieht der CDU-Parteichef ein »veritables Problem mangelnder Integration«. Das sagte Friedrich Merz in der ZDF-Talkshow Markus Lanz. Er verwies darauf, dass viele Täter bei den Berliner Krawallen in der Silvesternacht einen Migrationshintergrund gehabt hätten.

Darüber hinaus beklagte Merz, in Städten wie Berlin, Hamburg und Leipzig hätten sich rechtsfreie Räume entwickelt. »Ich denke, wir haben in Deutschland über zu viel Zeit, zu viele Jahre lang weggeschaut«, sagte Merz.

Der CDU-Chef verwies auch auf »Leute, die eigentlich in Deutschland nichts zu suchen haben, die wir hier seit längerer Zeit dulden«, und die nicht abgeschoben würden. Das Problem mit dieser Gruppe beginne nicht in Neukölln oder Berlin, sondern bei alltäglichen Respektlosigkeiten. Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen etwa erlebten täglich verbale Gewalt.

»Da fängt es an«

So gäbe es zum Beispiel Probleme, wenn Lehrkräfte die Kinder zur Ordnung rufen wollten und sich in der Folge deren Väter in den Schulen beschwerten. »Insbesondere, wenn es sich um Lehrerinnen handelt, dass sie ihre Söhne, die kleinen Paschas, da mal etwas zurechtweisen. Da fängt es an«, sagte Merz. Wenn man den Lehrkräften nicht helfe, sich gegen diese Phänomene zur Wehr zu setzen, »dann sind es in der Schule die Achtjährigen und dann draußen auf der Straße in wenigen Jahren die 15-Jährigen. Da liegt doch das Problem«.

In einer abgewandelten Version des Zitats, das Merz auf Twitter veröffentlichte, ließ er die Bezeichnung der »kleinen Paschas« aus.

Lanz hatte Merz zuvor aufgefordert, sich zu einem Tweet seines Parteikollegen Christoph de Vries zu äußern, in dem dieser gefordert hatte, nach den Übergriffen gegen Polizei und Feuerwehr auch »über die Rolle von Personen, Phänotypus: westasiatisch, dunklerer Hauttyp« zu sprechen. Merz nahm auf den Tweet keinen Bezug.

Merz nennt Söhne von Migranten kleine »Paschas« und erntet Kritik

Noch in der Sendung widersprach der Soziologe Aladin El-Mafaalani vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Osnabrück Merz »Pascha«-Aussage. Merz rede ihm »ein bisschen viel über Arabischstämmige«. Die Polizei habe bei den Silvesterkrawallen eine ganze Reihe anderer Nationalitäten erfasst. »Also wahrscheinlich werden Sie in ein, zwei Wochen das zurücknehmen müssen.«

Der Ökonom Marcel Fratzscher, ebenfalls Gast in der Sendung kommentierte Merz Aussagen nach der Sendung auf Twitter. »Ich ärgere mich sehr, dass ich zu diesen Aussagen geschwiegen habe«, so Fratzscher. Die Aussagen seien »Populismus, weil Herr Merz von einer kleinen Minderheit implizit und explizit auf alle Menschen mit arabischen Wurzeln verallgemeinert«.

Die frühere Berliner Grünenabgeordnete Sabine Bangert bezeichnete die Aussagen auf Twitter als »abstoßend«. Die Linken-Europaabgeordnete Özlem Alev Demirel griff Merz auf Twitter persönlich an. Zwar gebe es durchaus »Menschen, die sich für Paschas halten und auch Kleinkriminelle, aber die echten Kriminellen sitzen bei BlackRock«, so Demirel mit Bezug auf Merz früheren Arbeitgeber. Linkenvorstandsmitglied Luigi Pantisano schrieb auf Twitter, für ihn sei Merz ein »Rassist«.

Vornamen-Anfrage der Berliner CDU für Merz »irrelevant«

In der Runde ging es auch um die von der Berliner CDU gestellte Anfrage nach den Vornamen der Verdächtigen bei den Berliner Silvesterkrawallen. Die Polizei hatte bislang nur über die 18 verschiedenen Nationalitäten der insgesamt 145 Festgenommenen informiert. Merz nannte das Ergebnis einer solchen Auswertung letztlich »irrelevant«. Für ihn stehe im Vordergrund, dass eine Mehrheit dieser Gruppe einen Migrationshintergrund habe.

Merz sagte in der Sendung auch, er stelle Migrantinnen und Migranten nicht unter Generalverdacht. »Ich gehöre nicht zu denen, die pauschal sagen: Diejenigen, die hier als Ausländer leben, sind nicht integriert. Das ist Unsinn.«

fek/dpa

Graphic

Honorarfrei - nur für diese Sendung inkl. SocialMedia bei Nennung ZDF und Markus Hertrich. - CDU-Chef Merz im Gespräch mit dem Soziologen Aladin El-Mafaalani bei Markus Lanz

Load-Date: January 11, 2023

Gewalt im Sudan Hunderttausende Menschen auf der Flucht

SPIEGEL ONLINE

02. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Kämpfe zwischen Armee und Paramilitärs

Length: 330 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Die schweren Gefechte im Sudan verschärfen die humanitäre Krise im Land. Mehr als 330.000 Menschen befinden sich innerhalb der Landesgrenzen auf der Flucht. Auch in den Nachbarländern steigt die Zahl der Geflüchteten.

Body

Im Sudan droht eine humanitäre Katastrophe. Durch die andauernden Kämpfe im Land sind seit Mitte April laut Angaben der UNO mehr als 330.000 Menschen zur Flucht innerhalb des Landes gezwungen worden. Das sagte ein Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf. Mehr als 100.000 Menschen sind weiteren UNO-Angaben zufolge zudem in Nachbarländer des Sudans geflohen.

Die Lage könnte sich weiter zuspitzen. Laut Schätzungen des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) könnten mehr als 800.000 Menschen vor den schweren Kämpfen im nordafrikanischen Land in Nachbarländer fliehen. »Wir hoffen, dass es nicht dazu kommt, aber wenn die Gewalt nicht aufhört, werden mehr Menschen gezwungen sein, aus dem Sudan zu fliehen, um sich in Sicherheit zu bringen«, schrieb UNHCR-Chef Filippo Grandi bereits am Montag auf Twitter.

Hilfsprogramm finanziell bedroht

Zudem ist die Versorgungslage im Land schlecht. Den Hilfsorganisationen fehlen 1,5 Milliarden US-Dollar (rund 1,37 Milliarden Euro), um die durch die Kämpfe verschärfte humanitäre Krise zu bewältigen, wie es von der UNO hieß. Das diesjährige Hilfsprogramm für den Sudan sei derzeit nur zu 14 Prozent finanziert, sagte ein Sprecher der UNO-Hilfsagentur OCHA.

In dem nordostafrikanischen Land mit rund 46 Millionen Einwohnern kämpfen die Streitkräfte unter Führung von De-facto-Präsident Abdel Fattah al-Burhan seit dem 15. April gegen die Milizen seines Stellvertreters Mohamed Hamdan Daglo, der die RSF anführt. Die beiden Generäle hatten die Führung des Sudans einst durch gemeinsame Militärcoups übernommen. Wegen Fragen der Machtverteilung kam es aber zum Zerwürfnis zwischen beiden Lagern.

Bei den Gefechten wurden laut offiziellen Angaben bereits mehr als 500 Menschen getötet und Tausende weitere verletzt. Es wird davon ausgegangen, dass die eigentliche Opferzahl viel höher ist. Angaben des sudanesischen Ärztekomitees zufolge sind viele Krankenhäuser infolge der Gefechte nicht mehr funktionstüchtig.

Gewalt im Sudan Hunderttausende Menschen auf der Flucht

asc/AFP/Reuters

Graphic

AFP or licensors - Geflohen aus dem Sudan: Im Nachbarland Tschad werden Geflüchtete von Helfern versorgt

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

Titel, Drogen, Rennsport, Migration

SPIEGEL ONLINE

22. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hausmitteilung

Length: 793 words

Highlight: Hausmitteilung

Body

Titel

Die Beziehung zwischen Mutter und Sohn ist ein Menschheitsthema, es zieht sich durch Kunst und Literatur, ist in Sagen und Mythen aufgegriffen worden. An Weihnachten kann man den Bildern und Erzählungen von Mutter Maria mit dem Jesuskind kaum entkommen. Obwohl sich die psychologische Forschung durchaus für die realen Mutter-Sohn-Beziehungen interessiert, liegen vergleichsweise wenig empirische Erkenntnisse vor. SPIEGEL-Autorin **Susanne Beyer** hat gemeinsam mit einem Team aus den Ressorts Wissen, Leben und Kultur einen Titelkomplex erstellt, der den Fragen nachgeht, wie die Wissenschaft auf dieses besondere Verhältnis schaut und welchen Einfluss Mutter-Sohn-Verbindungen auf den Verlauf der Geschichte gehabt haben. Zudem erzählen Söhne von ihrer Sicht auf ihre Mütter, etwa SPIEGEL-Redakteur Markus Deggerich, der seine Mutter einmal beinahe umgebracht hätte. »Gerade in einer Zeit, in der sich traditionelle Rollenbilder auflösen, sollten wir uns dringend mit der Situation von Müttern und Söhnen beschäftigen«, sagt Beyer.

Psychologie: Mutter und Sohn eine komplizierte Lebensbeziehung

Drogen

Wer sich mit Drogen beschäftigt, sieht schnell in Abgründe. Das gilt besonders für Crack – ein Kokaingemisch, das sich in Deutschland weiter ausgebreitet hat und die Abhängigen dabei in kurzer Zeit ruiniert. Körperlich, psychisch und sozial. Redakteur **Tobias Großekemper**, der gemeinsam mit Kollegen zu dem Thema recherchiert hat, wusste das. Nicht vorbereitet war er darauf, wie massiv das Elend ist: Ausgemergelte Personen, in deren Leben für nichts anderes mehr Platz ist als für die Sucht. Menschen, die in slum-ähnlichen Unterkünften in Bahnunterführungen oder in einer Düsseldorfer Baugrube hausen. Unter ihnen auch ein 15-jähriges Mädchen. Auch ihr einziger Lebensmittelpunkt war zum Zeitpunkt der Recherche die nächste Crackpfeife. Das Mädchen kam vor wenigen Wochen in eine viele Hundert Kilometer entfernte Therapieeinrichtung. Die Baugrube wurde kurz danach geräumt. »Doch der Stoff ist da und wird bleiben«, sagt Großekemper. Denn: »Kokain, aus dem Crack gekocht wird, ist in Mengen im Land wie vermutlich noch nie zuvor.« Behandlungsmöglichkeiten der Crack-Abhängigkeit gibt es aber so gut wie keine. Der Stoff, so das Fazit, wird sich weiter ausbreiten.

Drogen: Das billige Suchtmittel Crack breitet sich rasant in deutschen Städten aus

Rennsport

Seit das Team Haas vor einem Jahr seinen Vertrag nicht verlängerte, kämpft Mick Schumacher, der Sohn des siebenfachen Weltmeisters Michael Schumacher, um sein Comeback in der Formel 1. Nachdem er in der vergangenen Saison nur Ersatzfahrer für Mercedes war, erhöht er nun seinen Einsatz und will neben seinem Ersatzfahrerjob in der kommenden Saison für das französische Team von Alpine an der Langstreckenweltmeisterschaft teilnehmen, um sich in einer anderen Disziplin zu beweisen. SPIEGEL-Autor **Marc Hujer** hat Schumacher in der vergangenen Saison immer wieder getroffen, er besuchte ihn am Genfer See, wo er mit seiner Familie wohnt, sowie bei den Formel-1-Rennen in Monaco, Spielberg und Monza, begleitete ihn bei der Produktion für einen Werbespot in Südspanien und bei einem Kartrennen in Kerpen, der Heimat seines Vaters. Zehn Jahre nach dem tragischen Skiunfall Michael Schumachers lernte Hujer einen jungen Mann kennen, der zeitlebens nichts anderes werden wollte als das, was sein Vater war. »Sein größter Wunsch ist es nicht, seinen Vater als Formel-1-Fahrer zu überrunden oder unbedingt aus seinem Schatten zu treten«, sagt Hujer, »sondern vielmehr, ihm über die Formel 1 nahe zu sein.«

Familien: Nach einem schwierigen Jahr kämpft der Rennfahrersohn Mick Schumacher um seine Zukunft in der Formel 1

Migration

Als sich Ende Juni vier junge Nigerianer im Bauch des Frachtschiffs »Ken Wave« versteckten, einte sie die Hoffnung, es als blinde Passagiere nach Europa zu schaffen. Zwei Wochen später strandeten die Männer völlig entkräftet in Brasilien. SPIEGEL-Autor **Marian Blasberg**, 48, ging es wohl wie den meisten, die die Bilder ihrer Rettung sahen: Er fragte sich, was um aller Welt diese vier Männer auf die abenteuerliche Idee gebracht hatte, im Ruderschacht eines Frachters den Atlantik zu überqueren. Über mehrere Wochen begleitete Blasberg in São Paulo Thankgod Yeye und Roman Friday, die sich nun in Brasilien ein neues Leben aufbauen. Im Anschluss reiste er in die nigerianische Hafenstadt Lagos, wo er mehrere Tage mit Sunday Ugbo verbrachte, der den Trip organisiert und nach der Ankunft in Brasilien darum gebeten hatte, dass man ihn in sein Heimatland zurückschickt. »Die Verzweiflung dieser Leute ist so groß«, sagt Blasberg, »dass sie in der Hoffnung auf ein besseres Leben unvorstellbare Risiken eingehen.«

Migration: Wie vier Nigerianer versehentlich in Brasilien gelandet sind

Load-Date: December 22, 2023

»Ocean Viking« rettet 37 Menschen im Mittelmeer

SPIEGEL ONLINE

07. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Überfülltes Schlauchboot

Length: 290 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Das Rettungsschiff »Ocean Viking« hat im Mittelmeer 37 in Seenot geratene Migranten an Bord genommen. Nun sind die Helfer auf dem Weg nach Ancona in Italien.

Body

Die Hilfsorganisation SOS Méditerranée hat vor der Küste Libyens 37 in Seenot geratene Migranten gerettet. Die Menschen seien auf einem überfüllten Schlauchboot in internationalen Gewässern des zentralen Mittelmeers unterwegs gewesen, teilte die Organisation am Samstag per Twitter mit.

Die Crew der »Ocean Viking« nahm sie an Bord und berichtete anschließend von Menschen mit Treibstoffverbrennungen. Italien wies dem Schiff Ancona an der Adriaals Hafen zu, damit die Menschen dort an Land gehen können. SOS Méditerranée schätzte, dass die Fahrt dorthin rund vier Tage dauern werde.

Die Hafenzuweisung bereits nach der ersten Rettung ist die neue Politik der rechten Regierung Italiens. Ihrer Ansicht nach wird den geretteten Menschen so schneller geholfen. Eine schnelle Zuteilung führt aber in der Regel auch dazu, dass die Organisationen nicht wie zuvor weitere in Seenot geratene Migranten retten, wenn die Schiffe noch Kapazitäten dafür haben.

Die 37 Geretteten auf der »Ocean Viking« hatten von der nordafrikanischen Küste abgelegt, um die EU zu erreichen. Die Überfahrt ist lebensgefährlich, und die Boote, mit denen die Menschen losfahren, sind oft nicht seetauglich.

Laut Medienberichten sank am Freitag zwischen der tunesischen Küste und der italienischen Insel Lampedusa ein solches Boot mit knapp drei Dutzend Menschen an Bord. Drei Menschen starben demnach, darunter ein Kleinkind.

Fischer holten die Menschen zunächst an Bord, dann übernahm Italiens Küstenwache und brachte sie nach Lampedusa, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Spendenfinanzierte Organisationen fahren immer wieder in das Gebiet, um Migranten vor dem Ertrinken zu bewahren. Derzeit ist auch die »Geo Barents« von Ärzten ohne Grenzen wieder im Einsatz.

wit/dpa

Graphic

Flavio Gasperini / SOS MEDITERRANEE - »Ocean Viking« im Mittelmeer

Load-Date: January 7, 2023

End of Document

Bafin-Chef prangert Probleme bei Postbank als »inakzeptabel« an

SPIEGEL ONLINE

19. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/VERBRAUCHER & SERVICE; Servicemisere nach IT-Umstellung

Length: 399 words

Byline: Maria Marquart

Highlight: Mit ungewöhnlich deutlichen Worten kritisiert die Finanzaufsicht die Probleme bei der Postbank. Es gebe nicht allein ein IT-**Migrationsproblem**, sondern »tiefgreifende Störungen im Kundenservice«, sagte Bafin-Chef Branson.

Body

Die Kundenbeschwerden über die Postbank in den vergangenen Monaten waren massiv: Kundinnen und Kunden konnten zeitweise nicht auf ihre Konten zugreifen, Lastschriften wurden fehlerhaft oder gar nicht eingelöst, der Kundenservice war schwer erreichbar. Sowohl bei den Verbraucherzentralen als auch bei der deutschen Finanzaufsicht Bafingingen reihenweise Beschwerden ein.

Nun rüffelt Bafin-Chef Mark Branson das Institut ungewöhnlich deutlich – normalerweise äußert sich die Finanzaufsicht nicht zu einzelnen Instituten.

»Das ist inakzeptabel und außergewöhnlich«, sagte Branson zu den Serviceproblemen. Er fordert eine rasche Behebung der Fehler der Postbank und ihres Mutterkonzerns Deutsche Bank bei der Datenmigration. »Die Postbank muss das jetzt schnell lösen«, sagte Branson der »Süddeutschen Zeitung« mit Blick auf die IT-Probleme vieler Kunden.

Die Probleme seien »sehr ungewöhnlich. Ich würde sogar sagen, es ist eine einmalige Situation, wenn wir uns ansehen, wie viele Beschwerden es zu einem einzigen Institut gibt. Es ist also nicht mehr allein ein IT-Migrationsproblem, sondern es gibt weitere tiefgreifende Störungen im Kundenservice.«

Die Deutsche Bank hatte die Postbank seit 2009 sukzessive übernommen und überführt nun in einem letzten Schritt die Daten der Postbank-Kunden in die Systeme der Deutschen Bank.

Bei dem Projekt mit dem Namen »Unity« gab es allerdings erhebliche Probleme, sodass Kunden zeitweise nicht auf ihre Konten zugreifen konnten und vor allem der Kundenservice kaum erreichbar war.

Es gehe nicht darum, dass bei der Postbank nur das Online-Banking mal zwei Stunden nicht funktioniere, sagte Branson der Zeitung. »Es geht um wichtige Dienstleistungen, die nicht zur Verfügung stehen, gepaart mit Problemen, den Kundenservice zu erreichen. Für manche Kunden führt das zu extrem schwierigen Situationen.«

Bafin-Chef prangert Probleme bei Postbank als »inakzeptabel« an

So hatte es auch Ärger um sogenannte Pfändungsschutzkonten gegeben. Etliche Kunden, die auf die Gelder auf solchen Konten angewiesen sind, hätten aufgrund schleppender Prozesse bei der Postbank mit akuten finanziellen Problemen zu kämpfen, hatte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen kritisiert. Die Verbraucherschützer hatten ein »dringendes Einschreiten« der Bafin gefordert.

Auf die Frage nach möglichen Strafen für den Finanzkonzern sagte der Bafin-Chef: »Möglichen Maßnahmen will ich nicht vorgreifen. Wenn angezeigt wird, werden sie kommen.«

mmq/Reuters

Load-Date: September 19, 2023

Günther fordert bei Migration mehr Sensibilität von seiner Partei

SPIEGEL ONLINE

21. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; CDU-Ministerpräsident

Length: 314 words

Byline: Markus Sutura

Highlight: »Wir müssen in Deutschland weltoffen sein«: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther fordert seine Partei auf, Zuwanderung als etwas Positives zu begreifen. Seine Kritik gilt auch Friedrich Merz.

Body

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther(CDU) hat beim Thema **Migration** und Integration von der eigenen Partei eine offenere Haltung gefordert. »Die CDU ist gut beraten, wenn sie Zuwanderung als etwas Positives begreift«, sagte Günther dem »Tagesspiegel« am Samstag. Es gehe nicht darum, Schwierigkeiten auszublenden. »Aber wir müssen in Deutschlandweltoffen sein schon allein, um das riesige Arbeits- und Fachkräfteproblem in den Griff zu bekommen und massive Wohlstandsverluste abzuwenden.«

In der Unionsfraktion gab es zuletzt Streit über das Chancenaufenthaltsgesetz der Ampelkoalition. Ein Großteil der Fraktion lehnte das Gesetz ab, 20 Abgeordnete hatten sich jedoch enthalten. Günther findet an dem Vorhaben »viele richtig«. Er befürwortet auch den Plan der Ampel, wonach künftig eine achtzehnmonatige Berechtigung zum Aufenthalt für Ausländerinnen und Ausländer vorgesehen sein soll, die zum Stichtag 31. Oktober 2022 fünf Jahre als Geduldete in Deutschland gelebt haben.

Die Menschen sollen damit die Chancen erhalten, in der Zeit die notwendigen Voraussetzungen für einen rechtmäßigen Aufenthalt zu erlangen also zum Beispiel notwendige Papiere zu besorgen.

Begriff von Friedrich Merz nicht verwendet

Man müsse etwa mit Blick auf die Krawalle an Silvester Klartext sprechen, sich aber gleichzeitig sensibel genug ausdrücken, damit niemand verletzt werde, betonte der Ministerpräsident. »Das gilt auch für die Debatte um die Silvesternacht da fühlten sich Menschen mit Migrationshintergrund in denselben Topf geworfen, obwohl sie in großer Mehrheit die Krawalle selbst verurteilen.«

CDU-Fraktionschef Friedrich Merz hatte arabischstämmige Jugendliche als »kleine Paschas« bezeichnet dadurch hätten sich viele persönlich angegriffen gefühlt, die der Parteivorsitzende gar nicht adressieren wollte, meinte Günther. Er hätte den Begriff daher »nicht verwendet«.

mas/dpa

Graphic

dpa - Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU)

Load-Date: January 21, 2023

End of Document

Geflüchtete suchen Unterkunft und stehen plötzlich bei Anwohnerin vor der Haustür

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Behörde gab falsche Adresse heraus

Length: 453 words

Byline: Hanna Zobel

Highlight: Eine fehlerhafte Wegbeschreibung der Migrationsbehörde führte 13 Männer statt zu ihrer Unterkunft zum Haus einer jungen Frau. Schreck und Verwirrung auf beiden Seiten. Was war da los?

Body

Im Landkreis Harburg südlich von Hamburg ist es vergangene Woche zu einem skurrilen Vorfall gekommen. Gegen 19.45 Uhr klingelte es an der Haustür einer Anwohnerin des Ortes Tangendorf. Als die Frau öffnete, stand dort eine Gruppe Geflüchteter auf der Suche nach ihrer Unterkunft. Die Verwirrung war groß auf beiden Seiten.

»An meiner Tür stehen 13 Männer mit Koffern und wollen einen Schlafplatz«, wird die Anwohnerin im »Winsener Anzeiger« zitiert. »Es ist dunkel. Ich bin allein mit Kleinkind, das anfängt zu weinen und Angst hat.« Sie selbst habe versucht, nicht ängstlich zu sein.

Selbe Adresse, anderes Dorf

Allerdings sei sie zu diesem Zeitpunkt allein zu Hause gewesen und die Dunkelheit habe die Situation nicht gerade einfacher gemacht. »Die Männer können überhaupt nichts dafür«, sagt sie. Diese waren genauso perplex wie die junge Frau.

Die Kommunikation erwies sich als schwierig, da die Männer weder Deutsch noch Englisch sprachen. Als sie der Anwohnerin jedoch die mitgeführte Wegbeschreibung zeigten, klärte sich der Fehler schnell auf: Der Brief stammte von der Kreisbehörde für Migration und sollte die Männer eigentlich zur neu eröffneten Unterkunft im benachbarten Garstedt leiten. Allerdings sind Straße und Hausnummer dieser Unterkunft identisch mit jener in Tangendorf. Lediglich Ort und Postleitzahl der beiden Adressen wurden vertauscht. Eine Behördensprecherin bestätigte auf SPIEGEL-Anfrage den Hergang des Vorfalls.

Die vier Kilometer bis nach Garstedt erwiesen sich nach Klärung der Verwechslung trotzdem noch als Herausforderung, da auf dem Dorf um diese Uhrzeit kein Bus mehr in diese Richtung fuhr. Die Frau bat also schließlich die Polizei um Hilfe, welche gemeinsam mit der Unterkunftsleitung und einigen Ehrenamtlichen den Transport organisierte.

Behörde entschuldigt sich

Geflüchtete suchen Unterkunft und stehen plötzlich bei Anwohnerin vor der Haustür

Ende gut, alles gut? Am Folgetag schickte die Anwohnerin eine E-Mail an Landkreis und Lokalmedien, in dem sie ihren Unmut über den Behördenfehler zum Ausdruck brachte, bestätigt Katja Bendig, Pressesprecherin des Landkreises Harburg. Sie erhielt daraufhin eine Entschuldigung und die Versicherung, dass der Fehler erkannt wurde.

»Ich hoffe, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises nicht von diesem Vorfall verunsichern lassen«, so Bendig. Es sei ein menschlicher Fehler durch die Dopplung der Adressen geschehen, dies werde nicht wieder vorkommen.

Die Unterkunft in Garstedt ist erst seit wenigen Wochen fertiggestellt. Die 13 Männer sind die ersten Bewohner, die dort eingezogen sind. Im Oktober hat das Land Niedersachsenedie aktualisierten halbjährlichen Aufnahmequoten veröffentlicht. Laut Bendig soll der Landkreis Harburg zwischen Anfang Oktober 2023 und Ende März 2024 1720 Geflüchtete unterbringen.

zob

Load-Date: October 24, 2023

End of Document

Ehemals Geflüchteter reicht Verfassungsbeschwerde ein

SPIEGEL ONLINE

19. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Nach Einsatz in Flüchtlingsunterkunft

Length: 361 words

Byline: Anika Freier

Highlight: Die Polizei ist nachts in das Zimmer in einer Aufnahmeeinrichtung gekommen, weil der Bewohner aus Kamerun abgeschoben werden sollte. Dieser wehrt sich nun vor dem Bundesverfassungsgericht ein Grundrecht sei verletzt worden.

Body

Ein ehemals in einer baden-württembergischen Aufnahmeeinrichtung untergebrachter **Flüchtling** hat wegen eines Polizeieinsatzes zu seiner Abschiebung im Jahr 2018 eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Wie das Bundesverfassungsgericht der Presseagentur dpa bestätigte, wurde die mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) und Pro **Asyl** eingereichte Beschwerde erhoben. Sie richtet sich den Organisationen zufolge gegen ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom Juni dieses Jahres, das nach ihrer Auffassung das Grundrecht auf Schutz der Wohnung verletzt habe.

Der Kläger aus Kamerun wehrt sich gegen einen nächtlichen Einsatz, bei dem er in einem Zimmer in der Aufnahmeeinrichtung Ellwangen (Ostalbkreis) von der Polizei aufgesucht wurde, weil er abgeschoben werden sollte.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied zwar: Zimmer in Flüchtlingsunterkünften seien als Wohnungen anzusehen, die einem besonderen grundrechtlichen Schutz unterliegen. Zugleich hat das Gericht in Leipzig aber als rechtmäßig eingestuft, dass die Polizei das Zimmer eines Flüchtlings betritt, um ihn zur Abschiebung abzuholen. Das bloße Betreten eines Zimmers oder einer Wohnung sei keine Durchsuchung, für die laut Verfassung eine vorherige Anordnung eines Richters nötig wäre.

Die Flüchtlingsorganisationen sehen durch das Urteil den grundrechtlichen Schutz der Wohnung entkernt. »Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist wenig wert, wenn staatliche Akteure die Zimmer in Erstaufnahmeeinrichtungen nach Belieben und sogar nachts betreten können«, kritisierte GFF-Rechtsanwältin Sarah Lincoln laut einer Mitteilung. Gerade Geflüchtete, die häufig durch Krieg, Verfolgung und Flucht schwer traumatisiert seien, bräuchten einen geschützten Rückzugsraum.

»Warum kann die Polizei nicht klopfen und warten, bis ich an die Tür komme? Stattdessen stürmt sie einfach nachts mein Zimmer, ohne Vorankündigung, ohne Abwarten und vor allem ohne einen Durchsuchungsbeschluss«, sagte der Beschwerdeführer der Mitteilung zufolge. »Ich wünsche mir eine Klarstellung des

Ehemals Geflüchteter reicht Verfassungsbeschwerde ein

Bundesverfassungsgerichts, dass die Rechte von Geflüchteten genauso viel zählen wie die Rechte von anderen Menschen.«

(Az.: BVerwG 1 C 10.22)

ani/dpa

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

Fünf Polizisten in Norditalien wegen Folter von Festgenommenen festgenommen

SPIEGEL ONLINE

07. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Vorfälle in Verona

Length: 246 words

Byline: Malte Göbel

Highlight: Sie sollen einen Gefangenen geschlagen und durch Urin geschleift haben: In Verona müssen sich fünf Polizisten wegen mutmaßlicher Folter in mehreren Fällen verantworten. Ihre Opfer waren meist **Migranten**.

Body

In Norditalien sind fünf Polizisten verhaftet worden, weil sie Festgenommene gefoltert haben sollen. Wie verschiedene italienische Medien berichten, wird den Beamten vorgeworfen, vor allem **Migranten** in Gewahrsam in der Stadt Verona geschlagen und beleidigt zu haben. Ihnen wird auch Körperverletzung, Urkundenfälschung, Unterlassung von Amtshandlungen, Veruntreuung und Amtsmissbrauch vorgeworfen.

Auch gegen 17 weitere Polizisten wird ermittelt, die nicht gegen die mutmaßlichen Übergriffe vorgegangen sein sollen. »La Stampa« zitiert einen Rumänen, der berichtete, dass ihm Polizeibeamte den Gang auf die Toilette verweigert und ihn gezwungen hätten, in eine Ecke seiner Zelle zu urinieren. Später hätten sie ihn geschlagen und seinen Körper durch den Urin geschleift.

Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, sei das »enorm ernst«, erklärte Innenminister Matteo Piantedosi. Ein solches Verhalten beschädige »nicht nur die Würde der Opfer, sondern auch die Ehre und den Ruf« von tausenden ehrlichen Polizisten.

Im vergangenen Monat hatte eine brasilianische trans Frau Polizisten in Mailand verklagt, nachdem die Beamten sie geschlagen hätten. Ein Video von dem Vorfall verbreitete sich im Internet. Darauf ist zu sehen, wie drei Polizisten die 41-Jährige mit Schlagstöcken auf den Kopf und die Rippen schlagen und ihr Gesicht mit Tränengas besprühen, während sie mit erhobenen Händen auf der Straße sitzt. Die Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung des Vorfalls ein.

mgo/AFP

Graphic

Fünf Polizisten in Norditalien wegen Folter von Festgenommenen festgenommen

imago images/Pacific Press Agency - Italienische Polizei (in Rom, Symbolbild)

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Leisetreter Scholz und Lautsprecherin Baerbock üben Harmonie

SPIEGEL ONLINE

17. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 2225 words

Byline: Wolfgang Höbel

Highlight: Die Rivalität zwischen Kanzler und Außenministerin macht bei der Münchner Sicherheitskonferenz mal Pause. Und: Warum Grüne wie Boris Palmer eine neue Migrationspolitik fordern. Das ist die Lage am Freitagabend.

Body

1. Die Rivalität zwischen Olaf Scholz und Annalena Baerbock ist deutlich – aber in wichtigen Fragen ziehen sie am selben Strang

Sind Sie Team Baerbock oder Team Scholz? Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und ihr Chef, Bundeskanzler Olaf Scholz, arbeiten zwar in derselben Regierung, treten aber oft sehr unterschiedlich auf. Besonders den vielen Deutschen, die derzeit eine starke Meinung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben, kommen die Standpunkte von Scholz und Baerbock mitunter ziemlich gegensätzlich vor – selbst wenn man bedenkt, dass sie Mitglieder unterschiedlicher Parteien sind.

»Vom ersten Kriegstag an gingen Scholz und Baerbock bei der heiklen Frage, wie viele und welche tödlichen Waffen Deutschland an Kiew abgeben soll, unterschiedliche Wege«, schreibt ein Team von Kolleginnen und Kollegen in der aktuellen SPIEGEL-Ausgabe über die Rivalität zwischen Kanzler und Außenministerin. »Leisetreter gegen Lautsprecherin«, heißt es in der Geschichte über das Duell.

Eine persönliche Bindung zwischen Scholz und Baerbock sei im ersten gemeinsamen Regierungsjahr nicht entstanden, so die Kollegen. Zu groß sind die Unterschiede, zu groß auch das Misstrauen.

Klar, Baerbock wirkt empathisch, Scholz nüchtern. Der Kanzler nimmt Putins Atomdrohungen offensichtlich ernst und will die Atommacht USA eng an seiner Seite haben, damit sich Putin nicht Deutschland als Kriegsgegner herauspicken kann. Baerbock setzt öfter mal kleine Spitzen gegen Scholz und wirbt im Vergleich sehr viel dringlicher darum, dass der angegriffenen Ukraine auch mit deutschen Waffen geholfen werden muss. Scholz scheint sich stets abzusichern, Baerbock prescht in ihren Interviews öfter mal vor – und musste zumindest in einem Fall von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinterher korrigiert werden.

Umstritten ist zwischen der grünen Außenministerin und dem SPD-Bundeskanzler auch die Politik gegenüber China. Baerbock will im Sinn einer wertegeleiteten und feministischen Außenpolitik mehr Härte gegenüber Peking. Scholz dagegen möchte ohne erhobenen Zeigefinger die Distanz zu China vergrößern und die Abhängigkeiten

Leisetreter Scholz und Lautsprecherin Baerbock üben Harmonie

verringern; sein außenpolitischer Ansatz ist pragmatisch, nicht idealistisch. Immerhin: Darüber, dass Deutschland eine »Nationale Sicherheitsstrategie« braucht, wie Amerikaner, Engländer, Franzosen, sind sich Scholz und Baerbock einig. Aber nur grundsätzlich, nicht in den Details.

»Kanzler und Außenministerin wissen um das problematische Bild, das sie gerade auf internationaler Bühne abgeben«, sagt meine Kollegin Marina Korbaki, die mitgearbeitet hat an der Diagnose der schwierigen Beziehung zwischen Scholz und Baerbock. Heute trat Scholz bei der Münchner Sicherheitskonferenz auf und »war darum bemüht, den Eindruck einer gespaltenen deutschen Außenpolitik zu zerstreuen«, so Marina.

Alle Partnerstaaten, die Kampfpanzer liefern können, müssten dies auch wirklich tun, sagte Scholz. »Dafür werben Verteidigungsminister Pistorius, Außenministerin Baerbock und ich auch hier in München intensiv«. Die Botschaft: Alle ziehen an einem Strang. Meine Kollegin findet: »Schon die Tatsache, dass diese Botschaft so prominent platziert werden muss, spricht Bände.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Sie macht das gerne so. Kleine Spitzen gegen Olaf Scholz

2. Das Projekt »Storykillers« unterstützt bedrohte Journalistinnen und Journalisten indem es die Geschäfte mit Desinformation und Einschüchterung enthüllt

Investigativreporterinnen arbeiten oft unter Lebensgefahr. Die kolumbianische Journalistin Jineth Bedoya Lima bekam schon in jungen Jahren Trauerkränze und Briefe mit einem Countdown geschickt. »Wenn man so einen bekommt, dann ist das ein Todesurteil«, sagt sie im Interview mit meiner Kollegin Nicola Abé, die in Bogotá mit ihr gesprochen hat.

Im Jahr 2000 wurde Bedoya Lima von Paramilitärs entführt, gefoltert und vergewaltigt. »Der Befehl lautete, mich zu ermorden«, sagt sie. »Als klare Warnung an die Presse, damit wir aufhören mit unserer Berichterstattung.« Dann habe es wohl eine Planänderung gegeben.

Das Interview mit Bedoya Lima ist Teil des internationalen Rechercheprojekts »Storykillers« und beleuchtet in krasser Weise den Hintergrund der SPIEGEL-Titelstory, die unter anderem davon handelt, dass jeden Tag Journalistinnen in vielen Ländern der Welt, aber auch in Deutschland, bedroht und eingeschüchtert werden.

In der Titelgeschichte geht es zuallererst aber um eine Truppe ehemaliger Geheimdienstler und früherer Militärs, die sich darauf spezialisiert hat, Wahlen in aller Welt zu manipulieren gegen Geld und mit Lügenkampagnen.

Desinformation und Propaganda, Cyberangriffe auf Journalistinnen und Journalisten nehmen seit Jahren zu.

Das Rechercheprojekt »Storykillers« entstand auf Initiative der gemeinnützigen Investigativredaktion Forbidden Stories, in Deutschland waren SPIEGEL, »Zeit« und ZDF beteiligt.

Seit Mitte 2022 untersuchten mehr als hundert Reporterinnen und Reporter aus mehr als 20 Ländern das Geschäft mit Desinformationen, darunter auch die »Washington Post«, der »Guardian« und »Le Monde«.

Anlass für die Recherchen war der Mord an der indischen Journalistin und Aktivistin Gauri Lankesh. Sie wurde von Fundamentalisten erschossen. Über Jahre war sie Feindbild von Extremisten, es wurden im Internet Lügen über sie verbreiten, sie wurde bedroht und verunglimpft.

Die Kolumbianerin Jineth Bedoya Lima hatte unter anderem zu Waffenhandel recherchiert, als sie entführt, vergewaltigt und gefoltert wurde. Sie hat weitergearbeitet und zahlreiche Auszeichnungen erhalten, die Drahtzieher der Tat sind nach wie vor auf freiem Fuß. Bedoya Lima sagt, letztlich habe der Journalismus ihr das Leben gerettet. »Der Journalismus ist mein Sauerstoff, alles, was ich habe.«

Lesen Sie hier das ganze Interview: »Wie konnte ich gleichzeitig Journalistin sein und Opfer?«

Und die SPIEGEL-Titelgeschichte: Ihr Auftrag: Fälscht die Wahl! Ihr Preis: 15 Millionen. Ihr Name: Team Jorge

3. Eine neue Realo-Gruppierung will die Grünen zu einer neuen Migrationspolitik bewegen und wohl auch Wähler am rechten Rand der Gesellschaft beeindrucken

»Ich bin kein Prozesshansel« hat der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer vor ein paar Wochen im SPIEGEL verkündet, aber ein begeisterter Streithansel ist Palmer zweifellos.

Heute wurde bekannt, dass Palmer Mitunterzeichner eines Memorandums von Grünenpolitikerinnen und -politikern ist, in dem die bisherige Migrationspolitik als verfehlt kritisiert und für drastische Änderungen plädiert wird.

Angesichts der gegenwärtig tatsächlich deutlich überlasteten Kommunen fordert die Gruppe, die sich ein bisschen hochtrabend »Vert Realos« nennt, »eine andere Migrationspolitik in Deutschland«.

Den selbst ernannten Realos fehlt ein »Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat, sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen«, so heißt im Memorandum. Vonnöten seien ein Einwanderungsgesetz für Wirtschaftsmigranten, aber auch »verpflichtende Aufenthaltszonen« für Geflüchtete an den Grenzen und außerhalb der Europäischen Union.

Asylbewerber ohne Papiere müssten zurückgewiesen werden oder »bis zur Klärung ihrer Identität in einer staatlichen Aufnahmeeinrichtung verbleiben«. Ein Aufenthaltsrecht setze voraus, dass Geflüchtete sich »in die gesellschaftliche Ordnung« einfügten und Grundwerte wie religiöse Toleranz oder das Existenzrecht Israels akzeptierten.

Die Vorschläge dürften innerhalb der grünen Partei auf Widerstand stoßen, weil sie eine Abkehr von jahrzehntelang gepflegten Positionen fordern. Zur Begründung heißt es, die Akzeptanz für Einwanderung sinke in Deutschland.

Palmer und seine Verbündeten behaupten, die Weigerung, Fehlentwicklungen offen zu debattieren, stärke den »rechten Rand der Gesellschaft und der Parteien«. Auf mich wirkt das Memorandum leider ein wenig so, als wollten die Neu-Realos selbst um Wähler vom rechten Rand der Gesellschaft werben.

Lesen Sie hier mehr: Realo-Gruppe fordert radikalen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

»Die Ukrainer brauchen Artillerie mit größerer Reichweite«: Mehr Waffen für Kiew, kein Nachgeben gegenüber Putin: Der einflussreiche US-Senator Sheldon Whitehouse bekräftigt Washingtons Position und erklärt, warum er die Hilfe für unerschütterlich hält.

Russland schröpft heimische Konzerne: So ganz spurlos, wie manche Kritiker behaupten, gehen die Sanktionen an Moskau nicht vorüber. Die Löcher im Haushalt Russlands sind inzwischen so groß, dass die Konzerne einspringen müssen.

»Es gibt Orte, an denen sich die Leichen einfach stapeln«: Russland schickt weiter »Wellen von Menschen« aufs Schlachtfeld, um die seit Monaten umkämpfte Stadt Bachmut zu erobern, sagen die ukrainischen Verteidiger. Doch die sind fest entschlossen, ihre Stellungen zu halten.

Russlandtreuer Oligarch warb offenbar auf Facebook für Umsturz in Moldau: In Moldau herrscht eine Staatskrise, die Präsidentin warnte unlängst vor einem Putsch. Nun kommt heraus: Auf Facebook wurde einem Medienbericht zufolge bis vor einem Monat für einen Aufstand in dem Land geworben.

Mutmaßlicher Spion sollte Positionen von US-Waffensystem in der Ukraine an Moskau verraten: Ein Mitarbeiter des BND steht unter Verdacht, Geheimnisse an Russland weitergegeben zu haben. Nach SPIEGEL-Informationen wurde er wohl fürstlich entlohnt bei ihm wurde offenbar eine sechsstelligen Bargeldsumme gefunden.

»Für die Russen sind wir nur die Vasallen der USA«: Ex-Diplomat Wolfgang Ischinger warnte früh vor einem Angriff auf die Ukraine, setzte sich aber auch für Nord Stream 2 ein. Hier spricht er über deutsche Fehler, Szenarien für ein Kriegsende und SPIEGEL-Recherchen zur Beratungsfirma Agora.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine: Das News-Update

Was heute sonst noch wichtig ist

Erster Prominenter zieht Unterschrift bei Wagenknecht und Schwarzer zurück: Wagenknecht und Schwarzer haben ein »Manifest für Frieden« veröffentlicht. Einer der Erstunterzeichner hat nun seine Unterschrift zurückgezogen. Der Politikwissenschaftler Varwick sieht keine klare Abgrenzung nach rechts.

Lindner schnürt milliardenschweres Entlastungspaket für Unternehmen: Finanzminister Christian Lindner würde die Steuertarife für Unternehmen gern senken. Weil die Koalitionspartner sich sperren, geht der FDP-Mann nun einen anderen Weg.

Tony Marshall ist tot: Mit »Schöne Maid« wurde er 1971 zum Star: Tony Marshall war eines der Gesichter des deutschen Schlagerbooms. Nun ist der Stimmungssänger gestorben, er wurde 85 Jahre alt.

Penisse werden immer länger: Der Durchschnittspenis wächst, haben Wissenschaftler entdeckt. Aber die Ergebnisse beunruhigen sie denn die Fortpflanzungsfähigkeit von Männern wird immer schlechter.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

»Aufgebläht ist ein hässliches Wort. Aber ja, 3000 Leute sind sehr viele«: Könnte Deutschland einen Angriff abwehren? Hier erklärt Verteidigungsminister Pistorius, wie viele Panzer tatsächlich geliefert werden, wie er sein Haus aufräumen will und was sich bei den Streitkräften dringend ändern muss.

Erlebt die Union ihr gelbes Wunder? Die CDU erlebt gerade ein ähnlich unverhofftes Hoch wie die FDP vor zwei Jahren mit gleichem Risiko: Bald könnte auffliegen, dass wirkliche Antworten auf die Krisen unserer Zeit fehlen.

Impfung gegen Tumor und Metastasen: Das deutsche Unternehmen Biontech will in Großbritannien klinische Studien an Tausenden Menschen durchführen, um eine revolutionäre Krebstherapie auf den Markt zu bringen. Werden Tumorerkrankungen bald ihren Schrecken verlieren?

Er hat sich zur Wehr gesetzt. Und wie er das getan hat: Als Stabhochspringer war er bekannt, als extrovertierter Sportler berühmt. Dann kam der Krebs, und Tim Lobinger ging wieder in den Zweikampf. »Aber« wurde zu seinem wichtigsten Wort.

Was heute weniger wichtig ist

Furchtsame Königin: Margrethe II., 82-jährige dänische Königin, hat in einem Interview über ihre Freundschaft zur britischen Königin Elizabeth II. und ihre Ansichten über den Krieg in der Ukraine Auskunft gegeben. Dabei sprach sie auch über ihre Empfindungen während zweier Treffen mit dem heutigen russischen Präsidenten Wladimir Putin in den Jahren 2011 und 2014. Offenbar fand sie den Mann zum Fürchten: »Ich habe niemals in meinem Leben so kalte Augen gesehen«.

Mini-Hohlspiegel

»Aktuell gehe man von einem Evakuierungsradius von 1.000 Metern aus. Eventuell werde eine Ausweitung auf einen Kilometer nötig.«Swr.de über eine Evakuierung wegen eines Bombenfunds

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und am Wochenende?

Könnten Sie sich einen meiner absoluten Lieblingsfilme ansehen. Anlässlich der Berlinale präsentiert das ZDF in seiner Mediathek den Film, der das Festival im Jahr 2017 gewonnen hat, er heißt »Körper und Seele«.

Leisetreter Scholz und Lautsprecherin Baerbock üben Harmonie

Die ungarische Regisseurin Ildikó Enyedi erzählt darin von einem Mann und einer Frau, die in einem Schlachthof arbeiten und sich verlieben. In ihren Nächten träumen sie nahezu den gleichen Traum, ein Hirsch und eine Hirschkuh in einem verschneiten Wald kommen darin vor. Der Film handelt vom Gegensatz zwischen Technik und Natur, Imagination und Vernunft. Er ist ein großartiges Zauberkunststück über die Kraft des Unbewussten, die manchen Menschen im Traum zum Glück verhilft.

Einen schönen Abend. Herzlich

Ihr Wolfgang Höbel, Autor im Kulturressort

Graphic

DER SPIEGEL

picture alliance/dpa/Königshaus Dänemark

IMAGO/ULMER Pressebildagentur - Boris Palmer ist einer der prominentesten Unterzeichner des Memorandums

EPA-EFE - Außenministerin Baerbock, Kanzler Scholz

Load-Date: February 17, 2023

End of Document

»Bitte: Öffnen wir die Türen«

SPIEGEL ONLINE

30. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Papstbesuch in Ungarn

Length: 404 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: Papst Franziskus hat bei seinem Budapest-Besuch eine Abschottung »gegenüber Fremden« kritisiert. Das ist wohl auch ein Appell in Richtung Ministerpräsident Viktor Orbán.

Body

Papst Franziskus hat in der ungarischen Hauptstadt Budapest die »verschlossenen Türen gegenüber Fremden, den Anderen, den Migranten, den Armen« angeprangert. Es sei traurig und tue weh, »verschlossene Türen gegenüber Menschen zu sehen«, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche am Morgen während der Messe auf dem Kossuth-Platz. »Bitte: Öffnen wir die Türen«, sagte er vor Tausenden Gläubigen.

»Füreinander offen und integrierend sein, um Ungarn zu helfen, in der Geschwisterlichkeit zu wachsen, die der Weg des Friedens ist«, sei das Gebot der Stunde. Der Appell, die Türen zu öffnen, könnte als Kritik an der Abschottungspolitik des ungarischen Ministerpräsidenten, Viktor Orbán, gegenüber Schutzsuchenden gedeutet werden.

»Welt der Geschwisterlichkeit und nicht der Mauern«

Franziskus erinnerte auch an das »gepeinigte ukrainische Nachbarvolk und das russische Volk«. Er plädierte für eine »Zukunft der Hoffnung und nicht des Krieges« und eine »Welt der Geschwisterlichkeit und nicht der Mauern«.

Der Papst dankte Ungarn aber auch für die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs haben mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer die ungarischen Grenzen passiert. Viele reisten jedoch in andere Länder weiter. Aktivisten bemängeln eine unzureichende Unterstützung der Geflüchteten.

Ministerpräsident Orbán unter den Besuchern

Auf dem Platz vor dem ungarischen Parlament fanden rund 25.000 Menschen Platz. Tausende Gläubige verfolgten die Messe auch außerhalb des Areals auf Großbild-Leinwänden. An der Messe nahm zudem die ungarische Staatsspitze teil. Staatspräsidentin Katalin Novák sowie Ministerpräsident Orbán saßen im Publikum. Anwesend war ebenso der Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony, mit dem der Papst sich am Samstag noch getroffen hatte. Der grün-liberale Karácsony ist ein wichtiger politischer Gegenspieler des rechtsnationalen Orbán.

Unter Jubel und Applaus wurde Franziskus zuvor durch die Reihen der Besucher und Gläubigen gefahren. Er begrüßte die Anwesenden und küsste und segnete auf dem Weg einige Babys, die ihm in das Papamobil gereicht

»Bitte: Öffnen wir die Türen«

wurden. Die Messe bildete den feierlichen Abschluss seines Ungarn-Besuchs. Am Nachmittag steht noch ein Besuch in der katholischen Péter-Pázmány-Universität an.

Es ist der erste Auslandsbesuch des Papstes seit seinem dreitägigen Krankenhausaufenthalt wegen einer Bronchitis vor rund vier Wochen.

bbr/dpa/AFP

Graphic

Balint Szentgallay/NurPhoto - Papst Franziskus in Budapest: Kritik an »verschlossenen Türen«

Load-Date: April 30, 2023

End of Document

Rache oder Rechtsstaat

SPIEGEL ONLINE

27. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1426 words

Byline: Ralf Neukirch

Highlight: Die Opposition in Polen will die Unabhängigkeit der Justiz wiederherstellen. Schüler mit Migrationshintergrund scheitern zu oft am System. Und: Manche Geiseln der Hamas sind wieder bei ihren Angehörigen. Das ist die Lage am Montagabend.

Body

1. Ein Justizsystem ist leichter korrumpiert als wiederhergestellt

Mitte Oktober hat ein Oppositionsbündnis die Parlamentswahl in Polen gewonnen. Spätestens Mitte Dezember soll die neue Regierung im Amt sein. Doch schon deutet sich an, wie schwierig es sein wird, »die durch die Taten unserer Vorgänger erschütterte Rechtsordnung wiederherzustellen«, wie es im Koalitionsvertrag heißt.

Die nationalistische PiS-Partei von Jarosław Kaczyński hatte acht Jahre Zeit, die Justiz nach ihren Vorstellungen umzubauen. Dass sich das nicht einfach rückgängig machen lässt, wenn man rechtsstaatlich vorgehen will, beschreiben Dariusz Kalan und Nadja Pantel in einem eindrücklichen Report.

Was macht man zum Beispiel mit Leuten wie Julia Przybicka, Präsidentin des polnischen Verfassungsgerichts und persönliche Freundin Kaczyńskis? Die sagte neulich, Pläne für eine Reform der polnischen Justiz seien »peinlich«. Sie werde die polnische Verfassung gegen solche »Aufrufe zur Gesetzlosigkeit« verteidigen.

Während nun die einen den wenig zimperlichen Bruch mit der PiS-Justiz forderten, warne die Mehrheit vor einem Vorgehen, das wie politische Rache wirke und das Vertrauen in den Rechtsstaat weiter schwäche, schreiben Dariusz und Nadja. Merke: Es ist leichter, ein Justizsystem zu korrumpieren als auf rechtsstaatlichem Weg seine Unabhängigkeit wiederherzustellen.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Die Justizreform soll fallen – das Abtreibungsverbot auch?

2. Ein Problem der ganzen Gesellschaft

Fast 40 Prozent der Kinder in Deutschlands Schulen haben ausländische Wurzeln. Zu viele von ihnen scheitern im System. Das wird wohl auch die Anfang Dezember erscheinende Pisa-Studie wieder bestätigen.

Meine Kolleginnen Susmita Aap und Miriam Olbrich haben umfassend recherchiert, woran das liegt. Kleiner Spoiler: nicht an mangelnder Intelligenz. Es sind vor allem drei Faktoren, die Jungen und Mädchen mit

Rache oder Rechtsstaat

Migrationshintergrund in der Schule zu schaffen machen. Armut der Eltern, mangelnde Sprachkenntnisse und zu späte Förderung. Die Coronapandemie hat alles noch verschlimmert.

Immerhin gibt es auch hoffnungsvolle Zeichen. Es gibt engagierte Lehrerinnen, Schulleiter und Bildungsforscherinnen, die neue Wege ausprobieren, damit weniger Kinder in der Schule und im Leben scheitern. Dazu gehören anspruchsvolle Programme wie ein sprachbildender Mathematikunterricht, aber auch ein ganz normales Picknick in einem Park nahe der Schule, den viele Jungen und Mädchen noch nie gesehen hatten.

»Uns hat bei der Recherche beeindruckt, was erreicht werden kann, wenn Pädagogen vor Ort mit der Wissenschaft zusammenarbeiten«, sagt Susmita. So sieht es auch Miriam: »Wenn man weiß, was die Gründe sind, kann man etwas dagegen tun. Das war für mich die gute Nachricht.«

Allerdings passiert noch nicht genug. Dabei ist eins klar: Solange soziale Herkunft und ein Migrationshintergrund über den Schulerfolg entscheiden, haben nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern hat die ganze Gesellschaft ein Problem.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Warum Kinder mit Migrationshintergrund oft schlechter in der Schule sind und was helfen würde

3. In den Armen der Liebsten

Was eine Geisel erleidet, die sich in den Händen der Hamas befindet, kann sich kein Außenstehender vorstellen. Was die Angehörigen durchmachen, auch nicht. Aber man kann eine Ahnung davon bekommen.

Meine Kollegen Alexandra Berlin und Thore Schröder haben mit Chanan Cohen gesprochen, dessen Schwester Margalit Moses die Hamas entführt hatte. Die 78-Jährige hat kürzlich eine Krebserkrankung überstanden, sie leidet an Diabetes und chronischen Muskelschmerzen. Es war unklar, ob sie die Geiselhaft überleben würde.

Als Chanan Cohen von der Freilassung seiner Schwester erfährt, ist er so überwältigt, dass er kaum Luft bekommt. »Tränen und Atmen waren eins«, sagt der 85-Jährige. Es ist eine Geschichte mit einem glücklichen Ausgang vorerst.

Ob es wirklich ein Happy End für die Freigelassenen gibt, ist nicht klar, auch das macht die Geschichte von Alexandra und Thore klar. Der Onkel einer Zwölfjährigen, die am Sonntag freikam, sagte Medien zufolge, das Mädchen habe nach ihrer Freilassung weiterhin im Flüsterton gesprochen, weil ihr in Gefangenschaft offenbar gesagt wurde, sie solle leise sein. Auch wenn die Geiselnahme vorbei ist, hört das Leiden nicht automatisch auf.

Lesen Sie hier mehr: Bis der erlösende Anruf kommt

Weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

Warum bisher jeder Vorstoß zum Frieden scheiterte: Der Nahe Osten ist ein Brandherd, seit Jahrzehnten. Viele Experten halten auch die Zweistaatenlösung längst für eine Illusion. Weshalb das so ist und welche Optionen noch bleiben – der Überblick.

»Sie hat ihren vierten Geburtstag als Geisel der Hamas erlebt«: Sie war schon für tot erklärt worden: Jetzt wurde die vierjährige Amerikanerin Avigail nach mehr als sieben Wochen aus der Hamas-Geiselhaft entlassen. Am Montag sollen noch weitere Menschen freikommen.

Deutschland unterstützt Kibbuz-Wiederaufbau finanziell: Der von deutschen Juden mitgegründete Kibbuz Beeri wurde beim Terrorangriff der Hamas fast vollständig zerstört. Bei einem Besuch vor Ort hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Wiederaufbauhilfe in Millionenhöhe angekündigt.

Was heute sonst noch wichtig ist

Kabinett stimmt Nachtragshaushalt für 2023 zu: Das Bundeskabinett hat nach dem Verfassungsgerichtsurteil einen Nachtragshaushalt für 2023 beschlossen. Damit sollen Kredite über etwa 45 Milliarden Euro rechtlich abgesichert werden unter anderem für die Energiepreisbremsen.

SPD kündigt Bündnis mit Grünen-OB auf: Vier Jahre lang koalierte in Hannover der Grüne Oberbürgermeister Belit Onay gemeinsam mit der SPD. Doch nun haben die Sozialdemokraten das Bündnis beendet. Unter anderem die Verkehrspolitik wurde zum Streitpunkt.

US-Marine befreit gekaperten Tanker: Erneut haben Bewaffnete ein Frachtschiff mit Verbindungen zu Israel im Roten Meer gekapert. Nun hat das US-Militär den Tanker »Central Park« befreit.

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

»Die Schuldenbremse ist eine Verrücktheit«: Der dänische Ökonom Jacob Funk Kirkegaard hält den deutschen Staat für viel zu geizig. Wer das Leitbild der schwäbischen Hausfrau predige, habe von Wirtschaft keine Ahnung.

Darf ein Verfassungsrichter sein eigenes Urteil beklatschen?: Die SPD kritisiert den scheidenden Verfassungsrichter Peter Müller: Bei einem CDU-Parteitag soll er für das Haushaltsurteil applaudiert haben, an dem er selbst mitwirkte. Was sagt Müller dazu?

Signa verhandelt nur noch mit US-Hedgefonds Elliott über Finanzspritze: Der Immobilienkonzern Signa von Gründer René Benko steckt weiter in Geldnot. Mittlerweile spricht man aber nur noch mit dem US-Fonds Elliott. Sanierer Arndt Geiwitz lehnt eine Unterschrift unter einem Beiratsvertrag ab.

Was heute weniger wichtig ist

Hold your breath: Das frühere Topmodel Linda Evangelista, 58, ist nach eigenen Worten nicht auf Partnersuche. Sie habe kein Interesse, sagte die 58-jährige Kanadierin der »Sunday Times« auf die Frage, ob sie auf Dates gehe. »Ich will nicht mehr neben jemandem schlafen. Ich will niemanden mehr atmen hören.«

Mir erscheint die Selbstisolation zu radikal, wenn einen Schlafgeräusche stören. Ich empfehle die pragmatische Lösung, für die sich meine Frau entschieden hat: Rechts und links ein Ohrstöpsel, dann hört man nichts mehr sogar, wenn ich daneben liege.

Mini-Hohlspiegel

Die »Rheinische Post« über Ungeziefer in Mietwohnungen: **»Maden im Kühlschrank schrecken nicht davor zurück, hier noch Ketchupflaschen unterzubringen.«**

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Ich sitze in Brüssel am Schreibtisch, und vor meinem Fenster regnet es. Wie es halt in Brüssel so ist im November und den anderen Monaten des Jahres. Genau das richtige Wetter, um mal wieder »Fahrstuhl zum Schafott« von Louis Malle zu schauen.

Das ist ein Krimi aus dem Jahr 1958, aber um die Kriminalgeschichte geht es mir nur am Rande. Ich bin zufrieden, wenn ich Jeanne Moureau minutenlang dabei zuschauen kann, wie sie zur Musik von Miles Davis die nächtlichen Straßen von Paris hinunterläuft. Was gibt es Schöneres, als sich so der Wehmut hinzugeben?

Mit meinen Söhnen habe ich den Film vor einigen Jahren geschaut, die musste ich mit vielen guten Worten dazu bewegen, bis zum Ende dranzubleiben, so sehr haben sie sich gelangweilt. Vielleicht ist die Begeisterung für französische Schwarz-Weiß-Filme eine Alterserscheinung. Schön sind die Filme trotzdem.

Einen schönen Abend noch, bleiben Sie uns gewogen.

Ihr Ralf Neukirch, Leiter Meinung und Debatte

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: November 27, 2023

End of Document

Grüne Jugend scheitert mit Änderungsantrag zu Asylrechtsverschärfung

SPIEGEL ONLINE

25. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bundesparteitag

Length: 593 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: Zahlreiche junge Mitglieder übten Kritik an der Asylpolitik der Ampelkoalition und forderten Zustimmung für ihren Antrag. Letztlich stellte sich die Mehrheit in Karlsruhe jedoch hinter den Kurs der Parteispitze.

Body

Die Grünen haben sich auf ihrem Parteitag nach einer hochemotionalen Debatte hinter den Kurs der Parteispitze in der Asylpolitik gestellt. Ein Antrag der Grünen Jugend, wonach grüne Regierungsmitglieder keine Asylrechtsverschärfungen mehr mittragen dürften, scheiterte. Vizekanzler Robert Habeck hatte in der Debatte vor einem »Misstrauensvotum« gewarnt. Die Wahrheit sei, »dass dieser Antrag auffordert, die Regierung zu verlassen«.

Außenministerin Annalena Baerbock sagte zum Schluss der mehr als zweistündigen Debatte: »Wir regieren, weil wir Verantwortung tragen.« Bei Annahme des Antrags der Grünen Jugend »können wir nicht verhandeln«, weder auf EU-Ebene noch in der Ministerpräsidentenkonferenz noch im Bundeskabinett.

Antrag des Grünen-Vorstands beschlossen

Der Parteitag beschloss schließlich den Antrag des Grünen-Vorstands, in dem es heißt: »Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu.« Darin wird auch davor gewarnt, dass die Politik die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger verliere, wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkomme. Sehr knapp war zuvor die Abstimmung über einen Antrag ausgefallen, die Überschrift von »Humanität und Ordnung« auf »Humanität und Rechtsstaatlichkeit« zu ändern.

Um einen Eklat zu verhindern, hatte sich der Parteivorstand allerdings zu einigen Änderungen an seinem Beschlusstext bereit erklären. So wurde etwa der Satz gestrichen: »Daneben müssen, wo die Kapazitäten erschöpft sind, durch rechtsstaatliche und menschenwürdige Maßnahmen auch die Zahlen sinken.«

In dem Beschluss wird auf die Bund-Länder-Einigung für Verschärfungen des Asylrechts und zusätzliche Finanzmittel für die Kommunen Bezug genommen: »Diese Einigung bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu unterstützen«, auch wenn »wir Punkte wie etwa die geplante Verlängerung des GrundeLeistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten kritisieren«.

Grüne Jugend scheitert mit Änderungsantrag zu Asylrechtsverschärfung

»Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht auf Schutz«

»Wir wissen: Steuerung, Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu«, heißt es weiter. Notwendig seien aber auch »legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung Europa einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits«. Ausdrücklich bekennen sich die Grünen zum Grundrecht auf Asyl und internationalen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention: »Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht auf Schutz.«

Eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten lehnen die Grünen ab. Diese sei »weder machbar noch rechtens noch human«. Stattdessen sollen Kommunen besser unterstützt werden. Dafür sei mit der Bund-Länder-Einigung der Grundstein gelegt worden. Zudem wollen die Grünen »Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie Teil unserer Gesellschaft werden« und »Schutzsuchende schnellstmöglich eine Arbeit aufnehmen können«.

Die Grünen dringen zudem auf eine Beschleunigung von Asylverfahren. »Nicht jeder, der nach Deutschland kommt, kann bleiben«, bekennen sie sich auch zu Abschiebungen. Diese müssten aber »rechtsstaatlich durchgeführt werden«. Unterstützt wird auch das Ringen um eine gemeinsame europäische Asylpolitik.

Weiter heißt es aber auch: »Die Seenotrettung ist eine rechtliche und humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen«. Auch dringen die Grünen auf die Einhaltung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen.

jpa/AFP

Load-Date: November 25, 2023

Mehr als tausend Menschen demonstrieren gegen Flüchtlingsheim

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Gera

Length: 486 words

Byline: Lukas Hildebrand

Highlight: Ab Januar sollten **Geflüchtete** in eine Unterkunft in Gera kommen – nun mobilisiert die rechte Szene zum Protest. Der Bürgermeister zeigt sich besorgt.

Body

Sie sind gegen eine geplante **Flüchtlingsunterkunft**. Über 1200 Menschen haben sich am Samstag in Gera an einer Demonstration des rechten Spektrums versammelt. Diese Zahl nannte eine Sprecherin der Polizei kurz nach Beginn der Demo, die zum Ort der **Flüchtlingsunterkunft** im ehemaligen Wismut-Krankenhaus führen sollte.

Autokorso der AfD und Gesichter aus der rechtsextremistischen Szene

Die Demonstration und die Kundgebung waren den Angaben zufolge von einem bekannten Geraer Rechtsextremisten angemeldet worden. Am Nachmittag war bereits ein aus dem AfD-Spektrum organisierter Autokorso aus Protest gegen die Heimpläne durch Gera gezogen. Daran beteiligten sich 73 Fahrzeuge mit etwa 150 Insassen, wie die Polizeisprecherin sagte. An einer Gegenkundgebung für Solidarität und Menschenwürde nahmen laut Polizei 60 Menschen teil.

Zur Entlastung der chronisch überfüllten Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl hatte die Landesregierung kürzlich beschlossen, im ehemaligen Wismut-Krankenhaus Gera Plätze für 200 Geflüchtete zu schaffen. Die einstige Klinik hatte bereits zwischen 2015 und 2017 als Unterkunft für Asylsuchende gedient.

Bürgermeister in Sorge

Geras Oberbürgermeister Julian Vonarb (parteilos) hatte im Vorfeld der Demonstration Verständnis für die Sorgen der Stadtgesellschaft etwa vor Ruhestörungen oder einer Beeinträchtigung des nahe gelegenen Waldklinikums geäußert.

»Jeder darf und soll demonstrieren. Die Frage ist nur: Mit wem und hinter wem formiere ich mich.«

Zugleich sagte er, die teils aufgeheizte Stimmung wegen des Flüchtlingsheims bereite ihm Sorgen. Unter anderem kursierten Aufrufe, erneut vor seine Privatwohnung zu ziehen. »Jeder darf und soll demonstrieren. Die Frage ist nur: Mit wem und hinter wem formiere ich mich«, sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

Mehr als tausend Menschen demonstrieren gegen Flüchtlingsheim

Vor den Protesten war unter anderem ein Video aufgetaucht, auf dem in Verbindung mit dem Demoaufruf Flammen zu sehen waren. Laut Polizei wird das Video derzeit von der Staatsanwaltschaft geprüft. Den Demonstranten war in einem Auflagenbescheid zudem untersagt worden, Fackeln zu tragen. Einige Demonstranten hätten dennoch Fackeln dabeigehabt, sagte die Polizeisprecherin. Sie seien aber nicht angezündet worden. Einsatzkräfte der Polizei hätten sie konfisziert.

Prüfungen durch Bauamt oder Denkmalschutz

Bürgermeister Vonarb hegt auch Zweifel am Zeitplan für die Einrichtung der Flüchtlingsunterkunft. Für die geplante Unterbringung von Menschen in der ehemaligen Klinik seien noch etliche Prüfungen etwa durch das Bauamt oder den Denkmalschutz nötig, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. »Deshalb halte ich die Zeitplanung des Ministeriums für sehr ambitioniert.«

Er verstehe die zeitliche Not von Innenminister Georg Maier (SPD) bei der Suche nach einer Unterkunft, kritisiere aber die Standortwahl. Bis zum späten Sommer habe ihm Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) signalisiert, dass die Klinik nicht reaktiviert werden solle.

lhi/dpa

Load-Date: December 9, 2023

Alternativer Nobelpreis für SOS Mediterranée

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Rechte von Migranten

Length: 1002 words

Byline: Jan Petter

Highlight: Inmitten der europäischen Migrationsdebatte wird eine Seenotrettungsorganisation mit dem renommierten Preis ausgezeichnet. Die Initiatoren sehen den Preis als Weckruf an die EU. Hier lesen Sie, wer noch gewonnen hat.

Body

Es gibt Preise, die verliehen werden für etwas, was erreicht wurde. Und es gibt Auszeichnungen, die werden vergeben, um daran zu erinnern, was noch im Argen ist. Die Seenotrettungsorganisation SOS Mediterranée erhält nun den diesjährigen Alternativen Nobelpreis. Und die Initiatoren lassen erst gar keine Zweifel, wie sie das verstanden sehen wollen.

»Allein 1800 Tote wurde in diesem Jahr bislang im Mittelmeergezählt«, sagt Ole von Uexküll am Mittwoch im Gespräch mit dem SPIEGEL. »Und wir wissen gar nicht, wie viele es wirklich sind. Im Mittelmeer fehlt weiter Hilfe. Die Arbeit ist noch nicht erledigt, im Gegenteil.«

Von Uexküll ist Direktor von Right Livelihood, der Stiftung, die den gleichnamigen Award jährlich vergibt bekannter ist er als Alternativer Nobelpreis, weil er alljährlich kurz vor den Nobelpreisen in Stockholm verliehen wird. Und meist diejenigen auszeichnet, die aus Sicht vieler Kritikerinnen und Kritiker dort regelmäßig zu kurz kommen. Vorgesehen ist der Alternative Nobelpreis für Persönlichkeiten und Organisationen, die sich den größten Problemen der Welt entgegenstellen. Es geht also um Menschenrechtsaktivisten und Feministinnen statt Biologen, Mediziner und Politikerinnen.

»Die EU ist Trägerin des Friedensnobelpreises«, sagt von Uexküll. »Wir wollen sie daran erinnern, was ihre eigene Verantwortung ist. 2023 dreht sich viel um Abschottung. Aber es gibt weiterhin Spielraum für eine humane und aktive Flüchtlingspolitik.«

Gleichzeitig sei die Ehrung auch eine Erinnerung daran, was die Zivilgesellschaft weltweit leiste. Neben dem Preis für SOS Mediterranée werden in diesem Jahr noch drei weitere Auszeichnungen vergeben.

Preis für die Stärkung von Frauenrechten in Afrika

Die Frauenrechtlerin Eunice Brookman-Amissah aus Ghana erhält eine Ehrenausszeichnung dafür, dass sie sich in Afrika für die reproduktiven Rechte von Frauen einsetzt. Die Medizinerin und Aktivistin habe in Mosambik, Sierra

Alternativer Nobelpreis für SOS Mediterranée

Leone, Benin, Eswatini und Kenia erfolgreich für einen leichteren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gekämpft, so die Initiatoren des Alternativen Nobelpreises. »Als sie mit ihrer Arbeit begann, war Abtreibung gesellschaftlich tabuisiert.«

Brookman-Amissah war einst selbst Verfechterin eines strikten Abtreibungsrechts. Nachdem eine ihrer Patientinnen an den Folgen eines unsachgemäßen Abbruchs gestorben war, änderte sie jedoch ihre Meinung. Seit 2000 sei die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang damit in der Region um 40 Prozent gesunken, so die Jury. »Brookman-Amissah ist eine Pionierin.«

Die jungen Umweltschützer aus Kambodscha

Ausgezeichnet wird außerdem die junge Umweltorganisation »Mother Nature« aus Kambodscha, deren Mitglieder sich mithilfe von Social Media und auf lokaler Ebene gegen Naturzerstörung und die Ausbeutung von Ressourcen in ihrem Land einsetzen. Die Gruppe wurde für ihre Arbeit mehrfach juristisch verfolgt, seit 2015 wurden laut »Right Livelihood« elf Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen.

»Sie arbeiten in einer Diktatur«, so Ole von Uexküll, »und für ihren Einsatz zahlen viele Mitglieder einen hohen Preis.« Trotz der Widerstände habe die Organisation erfolgreich den Bau eines Staudamms verhindert, der eine indigene Gemeinschaft bedrohte. Der Organisation gelang es auch, dem weitgehend von Korruption geprägten Sandabbau und illegalen Export aus der Provinz Koh Kong Einhalt zu gebieten.

Im vergangenen Frühjahr hatte bereits einer der »Mother Nature«-Aktivisten im SPIEGEL-Interview von seinem Engagement berichtet. Für seinen Einsatz musste er bereits fünf Monate ins Gefängnis, die Behörden verboten ihm danach die freie Ausreise. Sein Fazit lautete dennoch schon damals: »Für mich ist Schweigen keine Option. Wir müssen laut sein.«

Alternativer Nobelpreis für die »Erin Brockovich von Ostafrika«

Ausgezeichnet wird in diesem Jahr außerdem die kenianische Aktivistin Phyllis Omidio, die sich ebenfalls für Umweltschutz und die Rechte lokaler Gruppen einsetzt. Ausgangspunkt ihres Engagements waren eigene Erfahrungen in einer Batterie-Schmelzanlage, wegen der Omidio, ihr Sohn und Tausende Anwohner eine Bleivergiftung erlitten. Die Umweltschützerin erstellte daraufhin eine eigene Studie und mobilisierte Protest in ihrer Gemeinde.

Nach einer Demonstration im Jahr 2012 wurde Omidio in ihrem Haus angegriffen und unter dem Vorwurf des Terrorismus und der Anstiftung zur Gewalt festgenommen. Später jedoch zeigte ihr Einsatz Wirkung: Mittlerweile wurden insgesamt 17 giftige Industrieanlagen in Keniageschlossen. Omidio ist inzwischen auch Uno-Beraterin und hat ein länderübergreifendes Netzwerk von lokalen Umweltgruppen gegründet.

Zunehmender Druck auf Preisträger

Der »Right Livelihood Award« wird seit 1980 verliehen, nachdem sich die Jury des Nobelpreises geweigert hatte, nachträglich weitere Preise für gesellschaftliches, ökologisches und soziales Engagement zu vergeben. Rund um den alternativen Preis sei inzwischen längst ein eigenes Netz zivilgesellschaftlicher Initiativen entstanden, sagt Stiftungsdirektor Ole von Uexküll. »Wir ehren nicht nur geleistete Arbeit, sondern sorgen auch dafür, dass sie weitergeführt wird. Unser Preis ist ein Zeichen dauerhafter Solidarität. Das Ziel ist, dass es nicht nur wenige Gewinner gibt, sondern andere sich dem anschließen.«

Die Seenotrettung durch SOS Mediterranée und andere Organisationen sei deshalb ein wichtiges Beispiel dafür, was durch praktisches Engagement erreicht werden könne. »Diese Gruppen retten nicht nur Menschen aus dem Mittelmeer, sondern sorgen auch seit Jahren dafür, dass sie gehört werden«, so von Uexküll.

In den vergangenen Jahren hätten sich weltweit die Angriffe auf politische und gesellschaftliche Gruppen gehäuft, auch durch Hass im Internet. Die Stiftung verzichtet deshalb inzwischen darauf, das genaue Preisgeld öffentlich zu nennen, um die Aufmerksamkeit wieder stärker auf inhaltliche Fragen zu lenken.

Alternativer Nobelpreis für SOS Mediterranée

»Das größte Problem unserer Zeit ist, dass viele Menschen glauben, sie können nichts ändern«, so von Uexküll.
»Unser Preis soll zeigen, dass das Gegenteil wahr ist.«

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Fünf Menschen bei Bootsunglücken gestorben

SPIEGEL ONLINE

28. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Fluchtroute Mittelmeer

Length: 398 words

Byline: Charlotte Lüder

Highlight: Zwei Boote mit Migranten sind im Mittelmeer vor der türkischen Küste in Seenot geraten. Dabei starben fünf Menschen, darunter ein elfmonatiges Baby. Die griechische Küstenwache brachte die Geretteten an Land.

Body

Fünf Menschen, darunter vier Kinder, sind im Mittelmeernahe der türkischen Küste gestorben. Die Migranten waren in Booten auf dem Weg zu den griechischen Inseln, so die griechischen Behörden.

Nach Angaben der Küstenwache sank eines der Boote nordöstlich der griechischen Insel Lesbosnahe der türkischen Küste. Dabei starben vier Menschen, 18 wurden gerettet. Regierungssprecher Pavlos Marinakis sagte, alle vier verstorbenen seien Kinder: ein achtjähriger Junge, zwei Mädchen im Alter von 14 und acht Jahren und ein elf Monate altes Baby.

Der Sprecher der Küstenwache, Nikos Alexiou, sagte, der Vorfall habe sich in türkischen Hoheitsgewässern ereignet, aber die türkische Küstenwache habe keine Rettungsaktion durchgeführt, sodass ein griechisches Patrouillenboot die Passagiere geborgen habe. Die Überlebenden wurden in den Haupthafen von Lesbos gebracht, wo zwei Personen in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert wurden.

Zuvor hatte ein Patrouillenboot der Küstenwache am frühen Montagmorgen gegen 1 Uhr bereits ein Schlauchboot mit 37 Personen an Bord vor der ostägäischen Insel Samos entdeckt und eine Rettungsaktion gestartet, so die Küstenwache.

Eine Frau und ein kleiner Junge wurden bewusstlos aus dem Wasser gezogen und von Beamten der Küstenwache wiederbelebt, so die Behörden. Die Frau starb, aber der Junge überlebte und wurde zusammen mit neun anderen Überlebenden in ein Krankenhaus auf Samos gebracht.

Gefährliche Fluchtroute nach Europa

Griechenland ist seit Jahrzehnten Anlaufstelle für Menschen, die vor Konflikten oder Armut im Nahen Osten, in Afrika und Asien fliehen und auf ein besseres Leben in Europahoffen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen haben in diesem Jahr bisher mehr als 14.000 Menschen Griechenland auf dem Land- und Seeweg erreicht. Das ist etwa ein Zehntel der gesamten erfolgreichen Mittelmeerüberquerungen,

Fünf Menschen bei Bootsunglücken gestorben

von denen die meisten etwa 104.000 nach Italiengingen. Die Zahl der Ankünfte in Griechenland belief sich im Jahr 2022 auf 19.000.

Die Mittelmeerroute ist eine der gefährlichsten Fluchtrouten. Bei einem der schwersten Zwischenfälle des Jahres sank im Juni ein Boot auf dem Weg von Libyen nach Italien mit bis zu 700 Menschen an Bord in internationalen Gewässern vor Südwestgriechenland. Nur 104 Überlebende wurden gefunden, und die griechischen Behörden wurden heftig kritisiert, weil sie es versäumt hatten, das Schiff rechtzeitig zu evakuieren.

czl/AP

Graphic

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Die geretteten Menschen gehen in Lesbos von Bord des Schiffes der griechischen Küstenwache

Load-Date: August 28, 2023

End of Document

Bätzing hält Positionen der AfD mit Kirche »unvereinbar«

SPIEGEL ONLINE

25. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Chef der Deutschen Bischofskonferenz

Length: 424 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Georg Bätzing hat sich deutlich von der AfD distanziert. Kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen fand der Bischof klare Worte für die Partei und auch zum Thema Migration.

Body

Vor Beginn der Herbstversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat Bischof Georg Bätzing eine deutliche Positionierung zur AfD angemahnt. »Ich bin sehr überzeugt davon, dass die Positionen der AfD und die Positionen der katholischen Kirche unvereinbar sind«, sagte der Limburger Bischof und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz.

Angesichts der hohen AfD-Quoten bei Wahlumfragen und zunehmender populistischer, extremistischer Positionen im politischen Spektrum sei es eine Aufgabe auch für die Kirchen, »uns zu positionieren und deutliche Worte zu finden«.

»Wir haben es hier mit einer Partei zu tun, die nicht eine Alternative für Deutschland ist, sondern die ein Alternatives Deutschland will, ein fremdenfeindliches, ein antieuropäisches, ein nationalistisch aufgestelltes Deutschland«, sagte Bätzing. »Davon können wir uns als katholische Kirche nur distanzieren.«

Der Augsburger Bischof Bertram Meier hatte in der vergangenen Woche Irritation ausgelöst, als er unter anderem gesagt hatte: »Wie die Kirche tritt etwa die AfD zum Beispiel für den Schutz ungeborenen Lebens oder die Ehe von Mann und Frau ein und doch können wir als Kirche nicht unsere Sichtweise auf solche Überschneidungen verengen.« Der Kirchenrechtler Thomas Schüller warf Meier daraufhin vor, er mache sich damit zum »Steigbügelhalter für eine breiter werdende gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsradikalen«.

»Willkommenskultur hat sich nicht erledigt«

Bätzing positionierte sich auch deutlich beim Thema Migration. Es gebe Hunderttausende Menschen, die sich innerhalb der katholischen Kirche für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten einsetzten, sagte der Limburger Bischof. »Willkommenskultur hat sich nicht erledigt«, betonte er. Es sei wichtig zu sehen, dass diese Menschen aus einer Notlage heraus an die Tür klopfen. »Für Christinnen und Christen ist es Pflicht, ihnen die Türen und die Herzen zu öffnen.«

Bätzing hält Positionen der AfD mit Kirche »unvereinbar«

Dem des Missbrauchs beschuldigten früheren Ruhrbischof Franz Hengsbach warf Bätzing unterdessen »verbrecherisches Verhalten« vor. »Die Verunsicherung für Gläubige in diesem Bistum, wenn man sieht, auf welch hohem Sockel dieser Mann stand als Gründerbischof und dann stürzt die ist ja mit nichts zu vergleichen«, sagte Bätzing.

»Das sind Generationen von Menschen, die dort geprägt wurden und dann enttäuscht werden durch ein verbrecherisches Verhalten eines solchen Bischofs«, so Bätzing weiter. »Das hat für mich auch tatsächlich eine Qualität, die wir bisher nicht hatten.« In Essen wurde am Montag das Denkmal von Hengsbach abgebaut.

aeH/dpa

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Kommt jetzt der Bundes-Hubert?

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1425 words

Byline: Kevin Hagen

Highlight: In Berlin könnten sich bald die Populisten drängeln. Das spanische Rechtsprojekt steht vor dem Aus. Und der Kanzler führt unangenehme Gespräche. Das ist die Lage am Freitag.

Body

Aiwangers überall?

Markus Söder hat dieser Tage durchaus etwas Kluges gesagt. Und zwar in einem Interview mit SPIEGEL-Kollegen: Der bayerische Ministerpräsident verwies auf die AfD, auf eine mögliche Wagenknecht-Partei, auf radikalere, regionale Gruppen. »Das wird zunehmend eine destruktive und negative Demokratie«, stellte Söder fest. »Jeder sagt nur noch, was er schlecht findet.«

So ganz für sich genommen: Das war nach meinem Empfinden eine ziemlich klare Analyse des ausufernden Populismus, den wir in diesem Land erleben. Allerdings hat Söder so seine Problemchen mit der Eigenwahrnehmung. **Er ist natürlich nicht der besorgte Beobachter**, als den er sich darstellt. Er mischt selbst kräftig mit. Und er will in Bayern mit **Hubert Aiwanger und dessen Freien Wählern weiterregieren**, mit denen er seit Wochen um die Wette poltert.

Bei allem Verständnis für eine gewisse Bierzeltigkeit in Wahlkämpfen: Das war schon reichlich **Gender-Fleischverbot-Medienkampagnen-Getöse**, das jüngst aus Bayern und der Republik kam. Zuletzt verstieg sich CDU-Chef **Friedrich Merz** mit einer Bemerkung über Zahnbehandlungen von **Flüchtlingen**.

Ist das der Sound der Zukunft, auch im Bund? Ich möchte Ihnen an dieser Stelle einen Text von Matthias Bartsch, Markus Feldenkirchen, Jan Friedmann und Kevin Gallant ans Herz legen, der heute auf SPIEGEL.de erscheint. Die Kollegen befassen sich mit **Aiwangers Freien Wählern**, die im bayerischen Umfrageraush bereits vom ganz großen Schritt träumen: **dem Einzug in den Bundestag**.

Vieles steht dem im Wege, schreiben meine Kollegen. Die Freien Wähler gleichen bundesweit einem **politischen Gemischtwarenladen mit eigenwilliger Struktur**. Aber wer weiß?

Ich frage mich oft, was das bedeuten würde, wenn sich in Berlin immer mehr Parteien tummeln, die abseits der AfD Politik vor allem im nervösen Wettstreit um die einfachste Parole machen. Wird es dann eng im Populisten-Lager? Oder wird es das Söder-Szenario, die negative Demokratie?

Kommt jetzt der Bundes-Hubert?

Aussagen über Geflüchtete: Liegt Friedrich Merz falsch?

Der letzte Versuch

In einem anderen Land geht es an diesem Freitag ebenfalls um **einen möglichen Rechtsruck**. Und um eine Entscheidung, die fallen soll, jetzt aber wirklich. Die Rede ist von **Spanien**, Sie wissen schon.

Seit Wochen versucht Irgendwie-Wahlsieger **Alberto Núñez Feijóo** hier ein Bündnis zu schmieden, das ihn zum Regierungschef wählt. Auf mich wirkt das allerdings eher so, als hämmere der Konservative vergebens auf einem Stück Blech herum, das einfach nicht glatt werden will. Der Flirt mit den **Ultrarechten von Vox** bekommt ihm jedenfalls nicht gut, weil er damit Linke und baskische und katalanische Regionalparteien verprellt, die er ebenfalls braucht. Die Gleichung geht nicht auf. (Vielleicht wollen sich ja mal Thüringer CDU-Strategen mit der Angelegenheit befassen.)

Schon am Mittwoch war Feijóo im Unterhaus gescheitert. Bei der erneuten Abstimmung heute würde ihm eine einfache Mehrheit genügen, doch auch diesmal dürfte er bei den Abgeordneten durchrasseln, sagt mein Kollege Steffen Lüdke, der sich bestens mit der Situation in Madrid auskennt. »Wenn kein Wunder geschieht, schafft Feijóo es nicht.« Die Sache mit der Rechtsregierung wäre damit endgültig vom Tisch.

Nur was dann? Wird Amtsinhaber **Pedro Sánchez** zum Lucky Loser? Obwohl bei der Parlamentswahl unterlegen, würde bei einer Feijóo-Pleite der Auftrag zur Regierungsbildung an Sánchez übergehen. Und der, so Steffen, hat zumindest gewisse Chancen. Scheitert auch er, gibt es nur einen Ausweg aus der Blockade: Neuwahlen.

Spanien: Parlament lehnt Wahlsieger Feijóo als Ministerpräsident ab

Autokratentreff im Kanzleramt

Zugegeben, ich kann mir schönere Termine für einen deutschen Regierungschef vorstellen. Heute bittet **Olaf Scholz** die Anführer der **fünf Staaten Zentralasiens ins Kanzleramt**. Und die gelten, vorsichtig formuliert, **nicht gerade als Truppe von Liberaldemokraten**. Turkmenistan etwa ist als Diktatur derart abgeriegelt, dass es mitunter mit Nordkorea verglichen wird.

Es ist der erste Gipfel dieser Art. Warum tut sich Scholz das an? Es geht, na klar, um **strategische Beziehungen**, um **Rohstoffe** und natürlich geht es bei all dem **auch um Russland**. Alle fünf Länder stehen unter dem Einfluss Moskaus. Zugleich macht sich in der Region längst die Sorge breit, ebenfalls Putin zum Opfer zu fallen.

Deutschland will nun selbst Kontakte nach Zentralasien ausbauen. Auch aus eigenem Interesse. Kasachstan beispielsweise besitzt jede Menge Öl, von dem die Bundesregierung wohl gerne mehr hätte schließlich fällt Russland seit dem Angriff auf die Ukraine als Lieferant aus. Thema sind vermutlich auch die Sanktionen gegen Moskau, die Unternehmen über Zentralasien offensichtlich unterlaufen können. Bei einem Vortreffen mit Scholz betonte der kasachische Präsident **Kassym-Schomart Tokajew** zumindest schon einmal, sein Land unterstütze das Sanktionsregime.

Nur ein alter Streitbegriff dürfte bei so viel Pragmatismus wohl kaum eine Rolle spielen: wertegeleitete Außenpolitik.

Streit über Chinapolitik: Baerbock hat Reisetipps für Scholz im Gepäck

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Er kann's nicht: CDU-Chef Friedrich Merz ist als Oppositionsführer gescheitert. Sein Rückzug wäre ein Dienst am Land und der Partei.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Welches dieser Ereignisse liegt am längsten zurück?

Gewinner des Tages

Kommt jetzt der Bundes-Hubert?

ist natürlich der **Wein**. Und das schreibe ich Ihnen nicht, weil ich aus einer Region komme, in der die Schorle (also Wein in großen Gläsern mit einem irritierend kleinen Schuss Wasser) zu jedem Straßenfest gehört. Mir geht es hier ganz nüchtern um die Branche. Denn welches Agrarprodukt darf sich denn schon einer eigenen TV-Show erfreuen und das auch noch zur Primetime?

An diesem Freitagabend wird im SWR jedenfalls live die **Deutsche Weinkönigin gekürt**. Klar, man darf solche Termine provinziell finden oder altbacken. Man darf sich auch wundern, warum eigentlich nur Königinnen ausgewählt werden und keine Könige.

Nur plump ist die Sache nicht, klärt mich mein Kollege Benedikt Müller-Arnold aus dem Wirtschaftsressort auf. »Man sollte nicht unterschätzen, was die Kandidatinnen fachlich draufhaben«, sagt Benedikt. Die Bewerberinnen sind echte Expertinnen. Die Siegerin soll später auf ihren Reisen Tausende Weinbauer repräsentieren, gerade international werde das immer wichtiger. »Das Auslandsgeschäft der hiesigen Winzer ist zuletzt wieder gewachsen.«

Und der Karriere kann der Job mit der Krone auch recht zuträglich sein. Die **wohl berühmteste Weinkönigin** stieg später zur Vize-Chefin der CDU auf, zur Bundesministerin und sie wurde zeitweise sogar als Anwärtin fürs Kanzleramt gehandelt: **Julia Klöckner**.

Ein Winzer und seine Kandidatur zum Weinkönig: »Schwierig zu gendern«

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Berufungsgericht verweigert Trump Aufschiebung seines Betrugsprozesses: Der frühere US-Präsident wollte den Prozessbeginn zum Wert seiner Immobilien auf Eis legen. Doch daraus wird nun nichts: Sein Antrag wurde abgewiesen.

Jella Haase als Beste Schauspieler für »Kleo« ausgezeichnet: Fiktion, Unterhaltung, Information: In Berlin ist am Abend der Deutsche Fernsehpreis verliehen worden, Jella Haase wird als beste Schauspielerin geehrt. Auch die Kaulitz-Brüder wurden ausgezeichnet und das Dschungelcamp.

Die »Mopo« wird zur Wochenzeitung: Immer weniger Menschen kaufen gedruckte Tageszeitungen. Das macht auch der »Hamburger Morgenpost« zu schaffen. Schon bald soll das traditionsreiche Boulevardblatt nur noch freitags ausgeliefert werden.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Warum so viele Migranten auf Lampedusa ankommen: Tausende Flüchtlinge und Migranten landeten allein an einem Tag auf der kleinen Insel: Die Bilder aus Lampedusa haben Europa aufgewühlt. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Wo »monatlich kündbar« nur Augenwischerei ist: Halbjährliche Gebühren, hohe Startkosten, nicht abwählbare Services: Bei vielen Fitnessstudios zahlt man mehr, als der hervorgehobene Monatspreis erahnen lässt. Das sind die Maschen einiger bekannter Ketten.

Carlota Ciganda die Ballkönigin: Verblüffende Leistungen, große Gesten, magische Momente: Der Sport produziert Heldengeschichten, Menschen, die Außergewöhnliches vollbringen. Jede Woche stellen wir einen vor. Dieses Mal: Carlota Ciganda, Golferin.

Nostalgietrip auf Speed: Ein Londoner Kaufhaus lockte Besucher 1973 in eine Einkaufswelt zwischen Art déco, Kitsch und Pop. Jede Woche kamen eine Million Menschen. Und doch steuerte das bizarre Biba rasch in die Pleite.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Kevin Hagen, Chef vom Dienst

Kommt jetzt der Bundes-Hubert?

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Zahl der Vertriebenen aus dem Sudan steigt auf 2,2 Millionen

SPIEGEL ONLINE

14. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Krieg der Generäle

Length: 422 words

Byline: Dominik Peters

Highlight: Mohammed Hamdan Daglo und Abdel Fattah al-Burhan haben sich gemeinsam an die Macht geputscht nun ringen sie um die Macht in Khartum. Ein Verlierer steht bereits fest: Das schutz- und hilfsbedürftige Volk.

Body

Seit Beginn des gewaltsamen Machtkampfs im Sudan vor rund zwei Monaten sind mittlerweile knapp 2,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Wie die Internationale Organisation für Migration der Vereinten Nationen (IOM) am Mittwoch auf Twitter mitteilte, sind 530.000 Menschen in die umliegenden Nachbarländer Tschad, Ägypten, Südsudan und Äthiopien geflohen. Knapp 1,7 Millionen Menschen seien in andere Landesteile des Sudans geflohen. Das Uno-Nothilfebüro hatte zuletzt noch von insgesamt rund 1,9 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen gesprochen.

Im Sudan kämpfen seit Mitte April die Rapid Support Forces (RSF) des früheren Vize-Machthabers Mohammed Hamdan Daglo, eine aus Milizen hervorgegangene Quasi-Armee mit Zehntausenden Kämpfern, gegen die Streitkräfte unter der Führung von De-facto-Staatschef Abdel Fattah al-Burhan. Die beiden Generäle hatten sich 2019 und 2021 gemeinsam an die Macht geputscht, später aber zerstritten. Ein von der Zivilbevölkerung geforderter Übergang zur Demokratie in dem rund 46 Millionen Einwohner zählenden Land im Nordosten Afrikas blieb aus.

Neben der Hauptstadt Khartum ist insbesondere die seit Jahrzehnten von ethnischen Konflikten zerrüttete Region Darfur im Westen des Landes von schwerer Gewalt betroffen. Am Dienstag etwa rief Uno-Generalsekretär António Guterres seinem Sprecher Stéphane Dujarric zufolge erneut zu einem Ende der Kämpfe auf. »Der Generalsekretär ist tief besorgt über die Lage in Darfur. Er ist entsetzt über Berichte über massive Gewalt und Opfer in der gesamten Region«, so Dujarric. Guterres sei zudem besorgt über die zunehmend ethnische Dimension der Gewalt sowie über Berichte von sexueller Gewalt.

Saudi-Arabien hat derweil eine gemeinsam mit Deutschland und weiteren Ländern geplante Geberkonferenz für den kriegsgeplagten Sudan angekündigt. Das Treffen zur Koordination der humanitären Hilfe solle am 19. Juni stattfinden, meldete die staatliche saudi-arabische Presseagentur am Dienstag in Berufung auf das Außenministerium. Neben Deutschland sind demnach auch Katar, Ägypten, die Europäische Union und Uno-Behörden an dem Treffen beteiligt. Der Tagungsort wurde zunächst nicht bekanntgegeben.

Zahl der Vertriebenen aus dem Sudan steigt auf 2,2 Millionen

Saudi-Arabien und die USA haben in dem seit acht Wochen andauernden Konflikt eine Vermittlerrolle eingenommen. Riad hatte zu Beginn der Kämpfe auch maßgeblich an der Evakuierung von tausenden Ausländern mitgewirkt.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind 25 Millionen Menschen wegen des Krieges im Sudan schutz- und hilfsbedürftig mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

dop/dpa/AFP

Graphic

REUTERS - Bombardement in der sudanesischen Hauptstadt Khartum

Load-Date: June 14, 2023

End of Document

Mehr Einwanderungsgeschichte für die Bundesgerichte!

SPIEGEL ONLINE

18. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Integration in der Justiz

Length: 1719 words

Byline: Rita Süssmuth

Highlight: Menschen mit Migrationshintergrund sind in der deutschen Richterschaft kaum vertreten. Dabei läge das Gegenteil im Interesse der Justiz.

Body

Einhundert Jahre ist es her, da schrieb Professor Ernst Bumm der Charité Berlin in einem Gutachten: »Berufe, welche ruhiges Arbeiten in vorgeschriebenen Bahnen verlangen, erfüllt die Frau so gut wie der Mann. Wo rasche Entschlussfähigkeit und große Verantwortung in Frage kommen und besondere Ansprüche an kaltblütiges, von momentanen Stimmungen unabhängiges Urteilen und Handeln gestellt werden, passt die Frau nicht.«

Sein Gutachten sollte die Eignung der Frau zum Strafrichterberuf bewerten. Das Urteil war aus heutiger Sicht ein Skandal: eine Frau als Richterin undenkbar!

In der Tat gab es zu dieser Zeit keine einzige Richterin in Deutschland, was an der Gesetzgebung lag. Erst 1922 eröffnete ein neues Gesetz Frauen den Weg in Berufe der Rechtspflege. Es dauerte weitere fünf Jahre, bis mit Dr. Maria Hagemeyer die erste deutsche Richterin in Bonn ernannt wurde. Die Zeit des Nationalsozialismus setzte alles wieder auf null. Erst seit den Siebzigern entwickelte sich in Deutschland ganz langsam eine echte Gleichstellung der Frauen in diesem Berufsfeld. Heute haben wir nahezu gleich viele Richterinnen wie Richter. Ein langer Weg, fast jeder würde wohl zustimmen: ein zu langer Weg!

Wir bemühen dieses Beispiel, um auf den ebenfalls schon sehr langen Weg einer anderen Bevölkerungsgruppe in die Richter:innenämter hinzuweisen: Menschen mit Einwanderungsgeschichte (oder, wie es bis heute als statistische Kategorie heißt, mit einem Migrationshintergrund).

Die Fachkommission Integrationsfähigkeit der Bundesregierung stellte 2020 fest: »Menschen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte sind in den allermeisten gesellschaftlichen Bereichen in Planungs- und Entscheidungsprozessen nicht oder unzureichend repräsentiert; das zeigt sich u.a. an der Zusammensetzung des Deutschen Bundestags und der Landesparlamente.«

Dieses deprimierende Urteil für die Teilhabe am politischen Bereich gilt auch für den öffentlichen Dienst (zwölf Prozent der Beschäftigten dort haben eine Einwanderungsgeschichte, bei 27 Prozent in der Gesamtbevölkerung). Im Vergleich zu diesen Bereichen schneidet das Feld der Richter:innen aber noch einmal deutlich schlechter ab. Offizielle Zahlen gibt es dazu nicht. Aber eine in der »Stuttgarter Zeitung« genannte

Mehr Einwanderungsgeschichte für die Bundesgerichte!

Schätzung des Deutschen Richterbunds von 2011 weist deutlich darauf hin: Der Anteil von Richter:innen mit sogenanntem Migrationshintergrund liege demnach etwa bei acht bis neun Prozent. Das wären bei knapp 22.000 Richter:innen im gesamten Land etwa 1800 Personen mit nicht deutschen Wurzeln.

Schaut man sich die Liste der 456 Bundesrichter:innen an, findet man keinen Namen, der sofort eine Einwanderungsgeschichte vermuten lässt. Allein die Tatsache, dass es hierzu keinerlei Erhebung oder verlässliche Daten gibt, zeigt, wie wenig Beachtung diese Frage erhält. Und das rund 60 Jahre nachdem Einwanderung nach Deutschland im größeren Ausmaß erfolgt ist. Genau wie bei der Gleichstellung von Frauen verschlafen wir viele Jahrzehnte, in denen eine wichtige Gruppe im Richter:innenamt nicht die notwendige Repräsentation findet.

Wieso ist es so wichtig, mehr Richter:innen mit Einwanderungsgeschichte zu haben?

Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Es geht aber vor allem auch um die Glaubwürdigkeit des Staates, der niemanden aufgrund seiner Herkunft benachteiligen sollte. Es mag sich um einen Anscheinsbeweis handeln, aber wenn wir nach 60 Jahren sichtbarer Migration keine Menschen mit Einwanderungsgeschichte an Bundesgerichten entdecken können, dann ist offenkundig, dass etwas mit den Verfahren und Strukturen der Besetzung dieser Stellen nicht richtig läuft.

Es geht auch darum, bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte ein Zugehörigkeitsgefühl zum Staat zu stärken, und um das Aufbrechen von Vorurteilen. Mehr Richter:innen insbesondere Bundesrichter:innen mit einem nicht deutschen Hintergrund hätten eine Vorbildfunktion und würden positiv in unsere Gesellschaft ausstrahlen. In migrantischen Communitys würde das Bild eines fairen Staates gestärkt, der mehr Chancengleichheit bietet und Einwanderer:innen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft ansieht. Stärkere Repräsentation wäre also dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr zuträglich.

Und auch für die juristische Praxis gibt es ein sehr treffendes Argument, das Mehrdad Payandeh von der Bucerius Law School Hamburg 2017 in der »Deutschen Richterzeitung« dargelegt hat: Gerichte befassen sich immer wieder mit Fragen von Diskriminierung und rassistischer Anfeindung. Für viele Richter:innen ohne entsprechenden Erfahrungshintergrund sind solche Delikte oft nicht in Gänze nachvollziehbar. Vor diesem Hintergrund, schreibt Payandeh, »erscheint eine stärkere Durchdringung der Richterschaft mit Personen mit Migrationshintergrund erstrebenswert«.

In die gleiche Wunde legen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und die dazugehörige Beauftragte der Bundesregierung ihre Finger, wenn sie in ihrem vierten gemeinsamen Bericht schreiben: »Ferner wurde sichtbar, dass es auch in Gerichtsverfahren zu rassistischer Diskriminierung von Richter:innen gegenüber Personen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte kommt (ebd.). Auch Studien zeigen, dass spezifische Rassismuserfahrungen von Gerichten mitunter wenig beachtet werden, es an Wissen und Sensibilität für die Thematik mangelt, es zur Kriminalisierung von Opfern von Straftaten kommen kann und Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte als weniger glaubwürdig vor Gericht eingeschätzt werden.«

Man muss nur an die Ermittlungen zu den NSU-Morden zurückdenken, in denen viel zu lange ein rassistisches Motiv ausgeklammert wurde. Spätestens diese historische Unverzeihlichkeit sollte gelehrt haben: Um gesellschaftliche Vorgänge beurteilen zu können, wie zum Beispiel in Polizeiermittlungen oder vor Gericht, braucht man auch die größte denkbare Vielfalt gesellschaftlicher Erfahrungen und Biografien bei den Beteiligten. Derartige Missstände zu beseitigen und eine hohe Repräsentanz von »Minderheiten« zu gewährleisten, sollte im Interesse der deutschen Justiz liegen auch um sich selbst und richterliche Urteile für die Gesamtbevölkerung stärker zu legitimieren.

Weshalb finden sich also nur so wenige Menschen mit ausländischen Wurzeln im Richter:innenamt? Die Antwort ist komplexer als beim Beispiel der Frauen, denen es lange Zeit gesetzlich nicht erlaubt war. Es gibt in diesem Fall keine niedergeschriebenen Hindernisse. Wir müssen die generelle Bildungsbenachteiligung an dieser Stelle nennen. Jugendliche mit Migrationshintergrund machen immer noch seltener Abitur. Sie kommen oftmals nicht aus Akademikerfamilien, was die Wahrscheinlichkeit mindert, dass sie ein Studium aufnehmen. An deutschen Hochschulen sind sie unterrepräsentiert. Der Hochschulbildungsreport spricht bei diesen Zusammenhängen vom

Mehr Einwanderungsgeschichte für die Bundesgerichte!

»Bildungstrichter«. In den Rechtswissenschaften ist ein »Bildungssprung« also das bessere Abschneiden als die Elterngeneration offenbar auch besonders schwer.

Die Wissenschaftler:innen Grünberger, Mangold, Markard, Payandeh und Towfigh sehen hier in einer Studie einerseits eine besonders hohe »Bildungsvererbung« aber auch einen erschwerten habituellen Zugang zum Fach, bedingt durch Fremdheitserfahrungen.

Und dennoch: Nehmen wir an, es gibt wirklich annähernd die oben geschätzten 1800 Richter:innen mit Einwanderungsgeschichte an deutschen Gerichten. Wieso schaffen sie es dann praktisch nicht in die oberste Ebene der Bundesgerichte? Der Weg dorthin führt über die Entscheidungsträger:innen in Bundestag und Bundesrat sowie in den Ministerien. Von dort werden Personen mit fachlicher Qualifikation für die obersten Ämter vorgeschlagen. Bedeutet es im Umkehrschluss, dass die Vorschlagenden der genannten Gruppe die Eignung für solche Ämter absprechen? Oder sind ihnen einfach keine qualifizierten Kandidat:innen aus dieser Bevölkerungsgruppe bekannt? Bei den angeblich etwa 1800 Richter:innen mit Einwanderungsgeschichte kann das ja eigentlich kaum der Grund sein. Es ist zu befürchten, dass an beiden Erklärungen etwas dran ist und so durchaus diskriminierende Strukturen bestehen, die aber kaum jemand wahrnimmt.

In der zuvor genannten Studie (»Diversität in Rechtswissenschaft und Rechtspraxis«, 2021) heißt es: »Leistungseliten neigen dazu, ihresgleichen zu rekrutieren; das vermeintlich objektive Entscheidungskriterium »Eignung« oder »Passfähigkeit« fungiert so potenziell als Transmissionsriemen für strukturelle Diskriminierung.«

Schlicht gesprochen: Die Abgeordneten in den Richterwahlausschüssen und die Verantwortlichen in Justizministerien der Länder, fast ausnahmslos ohne eigene Einwanderungsgeschichte, denken nur selten daran, Menschen mit Einwanderungsgeschichte vorzuschlagen, geschweige denn diese Vorschläge bis zu einer Ernennung durchzusetzen. Eine solche These führt vermutlich zu Unmut bei den Angesprochenen. Aber Vorurteile zeichnen sich eben auch dadurch aus, dass niemand glaubt, sie zu haben.

Wie bei den Frauen in vergangenen Jahren für wirtschaftliche Führungsgremien diskutiert könnte man nun lauthals eine Quote für Menschen mit Einwanderungsgeschichte fordern. Quoten sind aber als Ultima Ratio das Eingeständnis, dass man als Gesellschaft nicht offen und progressiv genug gewesen ist, um einer sichtbaren Ungleichheit vernünftig zu begegnen. Wenn wir einen solchen Offenbarungseid vermeiden wollen, sind die Zuständigen dazu aufgerufen, sich der ernüchternden Realität zu stellen und dann auch Fortschritte an den Tag zu legen. Vielleicht hilft dabei auch ein Blick in die Wissenschaft, wo das Personal an Hochschulen beispielsweise deutlich häufiger eine Einwanderungsgeschichte oder sogar ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Auf das Problem hinweisen und darüber sprechen – das versucht dieser Artikel. Ein weiterer Schritt wäre, eine belastbare Datenlage zu schaffen, damit der häufig noch subjektiv empfundene Mangel an diesen Menschen im Richter:innenberuf ein statistisches Gesicht erhält.

Wir können froh sein, dass nicht mehr 1921 ist. Kein angesehener Professor würde heute wagen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte pauschal die Eignung für den Richter:innenberuf abzusprechen. Wir sind da im Diskursverhalten hundert Jahre weiter. Notwendig ist es aber auch, wenn diese Schieflage nicht noch weitere Jahrzehnte andauern soll, Fortschritte in der Praxis zu erzielen.

Graphic

picture alliance/dpa - Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts: Astrid Wallrabenstein, Peter Müller, Peter M. Huber, Doris König (Vorsitz), Monika Hermanns, Sibylle Kessal-Wulf und Christine Langenfeld

Mehr Einwanderungsgeschichte für die Bundesgerichte!

End of Document

Flucht ins Ungewisse

SPIEGEL ONLINE

06. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; 03.11.2023

Length: 208 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: 03.11.2023

Body

All ihre Habseligkeiten versuchen einige Geflüchtete bei ihrer Ausreise aus Pakistan mitzunehmen. Mehr als 375.000 Afghaninnen und Afghanen haben das Land seit Mitte September laut der Uno-Migrationsorganisation (IOM) verlassen. Für Zehntausende führt der Weg über die Serpentine der Khyber-Passstraße im Nordwesten Pakistans zum Grenzübergang Torkham.

Der Exodus folgt, nachdem die Regierung in Islamabad allen Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis eine Frist zum 1. November gesetzt hat, um auszureisen. Seitdem bringt die Polizei offenbar gezielt Ausländer auf und interniert sie in Abschiebelagern. Betroffen sind etwa 1,7 der insgesamt gut vier Millionen Afghanen, die teils seit Jahrzehnten in Pakistan leben. Nun wirft ihnen die dortige Regierung vor, für eine Verschlechterung der Sicherheitslage verantwortlich zu sein. Afghanische Staatsangehörige hätten demnach in diesem Jahr mehr als ein Dutzend Selbstmordanschläge in Pakistan verübt.

An den überfüllten Grenzposten ist die Situation prekär und die Wintermonate kommen erst noch. Viele der Vertriebenen stehen in ihrer kriegsversehrten und nun wieder von den radikalislamischen Taliban regierten Heimat vor einer ungewissen Zukunft. »Ihre Lage ist verzweifelt«, berichtet die IOM.

fek

Load-Date: December 6, 2023

Chinesischer Regierungskritiker flüchtet 300 Kilometer über das Meer mit einem Jetski

SPIEGEL ONLINE

22. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Von Südkoreas Küstenwache aufgegriffen

Length: 263 words

Byline: Sabrina Knoll

Highlight: Rettungsweste, Helm, Kompass und Fernglas: Mehr soll ein chinesischer Aktivist nicht getragen haben, als er auf einem Jetski die Überfahrt über das Gelbe Meer wagte. Nahe der südkoreanischen Stadt Incheon blieb er im Wattenmeer stecken.

Body

Die Küstenwache Südkoreas hat offenbar einen per Jetski aus China geflohenen Mann festgenommen. Bei dem chinesischen Staatsbürger handele es sich um den Aktivist Kwon Pyong, der wegen Verspottung von Staatschef Xi Jinping im Gefängnis gesessen hatte, sagte ein Vertreter der Nichtregierungsorganisation (NGO) Dialogue China der Nachrichtenagentur AFP. Wie die südkoreanische Küstenwache mitteilte, war der Mann über 300 Kilometer über das zwischen Südkorea und China gelegene Gelbe Meer geflüchtet.

Der Mann habe die Überfahrt von der ostchinesischen Provinz Shandong aus lediglich mit Rettungsweste, Helm, Kompass und einem Fernglas ausgestattet angetreten. Um ausreichend Treibstoff bei sich zu haben, habe er fünf mit Benzin gefüllte Fässer im Schlepptau mitgeführt. Während der Fahrt habe er mit dem Benzin nach und nach aufgetankt und die Fässer dann ins Meer geworfen, hieß es weiter.

Nahe der südkoreanischen Hafenstadt Incheon blieb der Flüchtling nach Angaben der Küstenwache schließlich im dortigen Wattenmeer stecken und rief um Hilfe. Später sei er festgenommen worden. Es gebe keine Hinweise, darauf, dass es sich bei ihm um einen Spion handle.

In China verurteilt

Der Aktivist Kwon Pyong, als den China Dialogue den Mann identifizierte, war in China wegen seiner gegen Xi Jinping gerichteten Posts in Online-Netzwerken wegen Subversion verurteilt worden. Der NGO zufolge erwägt er nun, Asyl in Südkorea zu beantragen. Das Land gewährt indes nur äußerst wenigen Menschen politisches Asyl. Die chinesische Botschaft in Seoul lehnte es ab, den Vorfall zu kommentieren.

sak/AFP

Chinesischer Regierungskritiker flüchtet 300 Kilometer über das Meer mit einem Jetski

Graphic

imago images/photo2000 - Jetskifahrer (Symbolbild)

Load-Date: August 22, 2023

End of Document

Sechs Jahre und zehn Monate Jugendstrafe wegen Brandanschlags auf Flüchtlingsheim

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Attacke in Saarlouis 1991

Length: 298 words

Byline: Birte Bredow

Highlight: 1991 starb Samuel Yeboah bei einem Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Saarlouis. Mehr als 30 Jahre später ist der Brandstifter schuldig gesprochen worden unter anderem wegen Mordes.

Body

Im Prozess um einen tödlichen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim 1991 in Saarlouis ist der Angeklagte unter anderem wegen Mordes zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren und zehn Monaten verurteilt worden. Das sagte der Vorsitzende Richter vor dem Oberlandesgericht Koblenz.

Die Verurteilung erfolgte nach Jugendstrafrecht, da der Angeklagte zum Tatzeitpunkt erst 20 Jahre alt war. Verurteilt wurde der Mann unter anderem auch wegen versuchten Mordes und besonders schwerer Brandstiftung.

Der heute 52-Jährige, der zum Tatzeitpunkt zum harten Kern der Skinhead-Szene in Saarlouis gehörte, stand seit November vor Gericht. Die Anklage hatte Ende September neun Jahre und sechs Monate Haft gefordert. Die Verteidigung hatte hingegen gefordert, den Mann nur wegen Beihilfe zum Mord zu verurteilen. Er hatte im Prozess ausgesagt, bei dem Brand dabei gewesen zu sein, das Feuer habe aber ein damaliger Bekannter gelegt.

»Das war ich, und sie haben mich nie erwischt«

Die Tat, um die es seit November 2022 in dem Prozess ging, liegt 32 Jahre zurück. 1991 brannte ein Asylbewerberheim in Saarlouis. Der 27-jährige Asylbewerber Samuel Yeboah aus dem westafrikanischen Ghanastarb infolge der Flammen, zwei andere Hausbewohner sprangen aus einem Fenster und brachen sich Knochen. 18 weitere Bewohner konnten unverletzt fliehen. Die ursprünglichen Ermittlungen hatte die saarländische Polizei vor rund 30 Jahren zunächst eingestellt und sich später für Defizite ihrer Arbeit entschuldigt.

Jahre später kam der Fall noch einmal ins Rollen. 2007 soll der nun Verurteilte auf einem Grillfest zu einer Zeugin gesagt haben: »Das war ich, und sie haben mich nie erwischt.« Jahre später erstattet die Zeugin Anzeige, als sie laut eigener Aussage gelesen habe, dass jemand bei dem Brand umgekommen sei.

bbr/dpa/AFP

Sechs Jahre und zehn Monate Jugendstrafe wegen Brandanschlags auf Flüchtlingsheim

Load-Date: October 9, 2023

End of Document

Söders unmoralisches Angebot

SPIEGEL ONLINE

21. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1797 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Tausende Menschen wollen in Berlin ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Die Union dient sich beim Kanzler an. Und: mit der Kettensäge ins Präsidentenamt. Das ist die Lage am Samstag.

Body

Hilflose Lehrer

Morgen Nachmittag soll in Berlin eine große Demo stattfinden. Ein breites, überparteiliches, interreligiöses Bündnis ruft zu einer **Kundgebung gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel** auf. 10.000 Menschen werden erwartet, es wäre schön, wenn es noch viel, viel mehr werden.

Denn bisher haben andere das Bild auf deutschen Straßen dominiert. Auch für diesen Samstag sind wieder zahlreiche, sogenannte **propalästinensische Demonstrationen** geplant. Die Nachrichtenagentur dpa listet unter anderem Aufzüge in Düsseldorf, Köln, Hannover, München und Stuttgart auf. In Berlin wurden nach den jüngsten Gewaltausbrüchen bei Protesten zwei Veranstaltungen am Brandenburger Tor und am Alexanderplatz verboten. Zu hoffen ist, dass es diesmal überall friedlich bleibt.

Israelhass und Antisemitismus sind seit dem Überfall der Hamas auf Israel vor zwei Wochen präsent wie nie, Jüdinnen und Juden fühlen sich hierzulande nicht mehr sicher. Die Frage drängt sich auf: **Hat die Politik, haben wir, die Gesellschaft, ein Problem unterschätzt?**

Ein SPIEGEL-Team hat sich auf Spurensuche begeben, vor allem an Schulen, und hat dort **hilf- und ratlose Lehrerinnen und Lehrer** getroffen. Versuche, mit Migrantenkindern den Nahostkonflikt sachlich zu besprechen oder die besondere deutsche Verantwortung herauszuarbeiten, scheitern meist an vorgeprägten Weltbildern, an Emotionen, an Desinteresse. »Als eine Schülerin feststellt, sie wisse eigentlich zu wenig über den Konflikt, um sich klar positionieren zu können, wirkt das schon wie ein Erfolg«, schreiben die Kolleginnen und Kollegen.

Aber sie haben auch Mut machende Beispiele gefunden, den **Imam Ender Cetin** und den **Rabbi Elias Drayetwa**. Im Tandem gehen sie in Berlin seit Jahren in Schulen, um Vorurteile abzubauen und Fragen zu beantworten. Seit dem 7. Oktober, dem Tag des Hamas-Überfalls, haben sich ihre Einsätze vervielfacht. Dabei berichtet der Imam den Schülerinnen und Schülern auch, dass er für beides betet: dass die Geiseln schnell freigelassen werden und keine Bombardierungen mehr stattfinden.

Söders unmoralisches Angebot

In einem komplizierten Konflikt ist das die erste, vielleicht wichtigste Erkenntnis: **Uneingeschränkte Empathie für die unschuldigen Opfer dieses Krieges**, auf beiden Seiten, ist möglich und sollte selbstverständlich sein.

Judenhass unter Muslimen und Migranten: Hat die deutsche Politik diesen Antisemitismus jahrelang unterschätzt?

Auch wichtig heute:

In Kairo findet heute ein sogenannter **Friedensgipfel für den Nahen Osten** statt. Auf Einladung Ägyptens kommen unter anderem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, der jordanische König Abdullah II., Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman, EU-Ratspräsident Charles Michel zusammen. Für Deutschland ist Außenministerin Annalena Baerbock vor Ort. Es geht bei dem Treffen um die Frage, »wie man einen Flächenbrand verhindern« und eine humanitäre Katastrophe abwenden könne, so Baerbock. Israel ist nicht dabei. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, man sei nicht eingeladen und werde auch nicht teilnehmen.

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

Alle erwarten die Eskalation des Krieges. Doch wie geht es danach weiter? Zwei Wochen nach dem Terrorangriff der Hamas droht eine Ausweitung des Krieges. Was Benjamin Netanyahu jetzt befiehlt, entscheidet über die Zukunft der Menschen in Israel, Gaza und des gesamten Nahen Ostens.

»Hoffnungslosigkeit ist keine Option«: Vermeiden Lehrkräfte das Thema Israel aus Angst vor Überforderung? Die Paderborner Islamwissenschaftlerin Muna Tatari meint, dass an Schulen oftmals zu wenig über den Nahostkonflikt gesprochen wird, weil Lehrkräfte Eskalationen fürchten.

Greta Thunberg sorgt mit Gaza-Protestbild für Kontroverse: Aktivistin Greta Thunberg widmet ihren aktuellen Klimastreik den Menschen in Gaza. Auf Instagram teilte sie zuvor einen Beitrag mit »Genozid«-Vergleich. Die Hamas erwähnt sie in ihren Posts nicht.

»Schon der Begriff Israelkritik zeigt, dass es hier ein Problem gibt«: Im Kulturbetrieb gehört Israelkritik zum guten Ton, das zeigen auch die Debatten auf der Buchmesse. Die Politologin Nicole Deitelhoff erklärt, wie es dazu kommen konnte und wo die Grenze zum Antisemitismus verläuft.

Söder bietet sich an

Juniorpartner der SPD? Im Selbstverständnis der Unionsparteien war das eigentlich undenkbar. Bisher. Nun aber bietet **Markus Söder** dem Kanzler offen an, FPD und Grüne rauszuwerfen, und stattdessen mit CDU und CSU zu regieren. Friedrich Merz hat das kürzlich auch schon gesagt, da hörte es sich aber noch wie ein Spaß an. Söder meint es offenbar ernst.

Oder doch nicht? **Der CSU-Chef weiß natürlich, dass Olaf Scholz nicht auf sein unmoralisches Angebot eingehen wird.** Da mag die Stimmung in der Ampel noch so schlecht sein, der Kanzler wird nicht mal eben die Pferde wechseln. Zumal seine Partei, bei allem Ärger mit Grünen und Liberalen, keine Lust auf GroKo mit Merz und Söder hätte. Die könnten übrigens auch Neuwahlen fordern, die Umfragewerte der Union sind so gut wie lange nicht, während SPD und Co. der Absturz drohen würde. Allerdings wäre die Gefahr groß, dass die AfD mehr als 20 Prozent holt – das können auch die Konservativen nicht wollen.

Und so geht es den Unionsbossen vor allem darum, **das Misstrauen in der Ampel weiter zu schüren** und sich den Bürgerinnen und Bürgern als staatstragende, verlässliche Alternative anzudienen. »Regierung der nationalen Vernunft« klingt doch toll. Besonders, wenn man hinterher sagen kann, dass der Kanzler das Angebot ausgeschlagen habe.

Womöglich kommen Scholz die Unionsavancen gar nicht so ungelegen. Sie könnten **den Einigungsdruck in der Koalition erhöhen**. Der Kanzler nutzte seinerseits ein SPIEGEL-Gespräch, um den Ton in der Flüchtlingspolitik zu verschärfen: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.« Fraglich, ob er so für mehr Ruhe in der Ampel sorgen kann. Aus der SPD kam umgehend scharfer Widerspruch, Timon Dzienus, scheidender Sprecher der

Söders unmoralisches Angebot

Grünen Jugend, unterstellte dem Kanzler eine »AfD-light-Strategie«, Grünen-Urgestein Jürgen Trittin kritisierte, »dass Abschotten, Abschrecken, Abschieben keine Migrationspolitik ist, sondern ein Konjunkturprogramm für Rassismus und Rechtsradikale«.

Hört sich so an, als könnten Söder und Merz ihre Bewerbung beim Kanzler bei Gelegenheit erneuern. Heute treten beide beim Deutschlandtag der Jungen Union in Braunschweig auf.

SPIEGEL-Gespräch mit Olaf Scholz: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben«

Ein Zerstörer als Präsident?

Kennen Sie **Javier Milei**? Der 52-Jährige könnte am Sonntag den ersten Schritt machen, um Präsident von Argentinien zu werden. Ist weit weg von Deutschland, klar, aber diesen Milei, den sollte man sich ruhig etwas genauer ansehen. Er ist, sagen wir es mal so, **ein ungewöhnlicher Kandidat**. Und ein gefährlicher.

Der ultrarechte, selbst ernannte **Anarchokapitalist** mit der wilden Frisur hat fünf geklonte Hunde zu Hause, im Wahlkampf wütet er zu Heavy-Metal-Musik gegen die »parasitäre politische Kaste dieses Landes«, er beschimpft den Papst als »lausigen Linken«, **hantiert bei Auftritten mit einer Kettensäge** und lässt schon mal Kopien von Dollarnoten regnen.

Den Dollar will Milei als Landeswährung einführen, er will die Zentralbank zerschlagen und die meisten Ministerien abschaffen. Bildung und Gesundheit sollen komplett in private Hände.

Und so einer hat Chancen, Staatschef zu werden? Das liegt an der verzweifelten Lage des Landes, das in einem schier ausweglosen Strudel aus Inflation und wirtschaftlichem Niedergang gefangen ist. **»Viele Argentinier haben alle Hoffnungen verloren, dass ein traditioneller Politiker das Land aus der Krise führen kann«**, schreibt mein Kollege Jens Glüsing in seinem Porträt des Kandidaten im neuen SPIEGEL. »Sie setzen auf den ultrakapitalistischen Messias Milei.«

Am Sonntag findet die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Die wahrscheinlich notwendige Stichwahl ist am 19. November.

Javier Milei Argentinien's nächster Präsident? Der Zerstörer mit der Kettensäge

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Verlierer der Woche

ist Jim Jordan. Nicht, dass Sie denken, ich lasse Sie heute mit dem Mann endlich mal in Ruhe. Nein, wenn jemand den Titel des Verlierers in dieser Woche verdient hat, dann ist es Jim Jordan, der Republikaner aus Ohio, der nun auch im dritten Anlauf beim Versuch gescheitert ist, sich zum Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses wählen zu lassen.

Bemerkenswerterweise ist er der erforderlichen Mehrheit nicht näher gekommen, im Gegenteil im Wahlgang am Freitag fehlten dem glühenden Trump-Fan 25 Stimmen aus den eigenen Reihen (am Dienstag waren es 20, am Mittwoch 22).

Der Kongress ist in Zeiten großer Krisen also weiterhin blockiert, die Trumpisten blamieren das ganze Land. Wie geht es jetzt weiter? Jordan ist raus, einen weiteren Wahlgang wird es für ihn nicht geben. Die Republikaner müssen einen neuen Kandidaten nominieren, der wenigstens in der eigenen Fraktion konsensfähig ist. Im Moment ist schwer vorstellbar, wie das gelingen soll. Am Montag wollen sich die interessierten Bewerber vorstellen.

Chaos im US-Kongress: Peinlich für Amerika

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Chinesisches Schiff könnte Pipeline-Leck verursacht haben: Wer beschädigte die Gaspipeline Balticconnector zwischen Estland und Finnland? Die Ermittler konzentrieren sich nun auf die Rolle eines chinesischen Containerschiffs und einen Erdklumpen am Meeresboden.

Wegen Dopings zwei Jahre Sperre für argentinischen Fußball-Weltmeister: Er hatte bei der WM in Katar mit Lionel Messi triumphiert: Alejandro Dario »Papu« Gómez von der AC Monza ist positiv auf das Medikament Terbutalin getestet worden und wurde nun lange gesperrt.

Ex-Trump-Anwalt Kenneth Chesebro bekennt sich schuldig: Es ist bereits das dritte Schuldbekenntnis eines Mitangeklagten Donald Trumps. Kenneth Chesebro gestand die Verschwörung zum Einreichen falscher Dokumente. Somit könnte er bald gegen seinen ehemaligen Mandanten aussagen.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Fernwärme oder Wärmepumpe? Millionen Immobilienbesitzer überlegen sich, wie sie künftig heizen sollen. Jetzt kommt es auf die Pläne von Stadtwerken und Kommunen an und darauf, wann sie so weit sind.

Zu jung fürs Vergessen: Lukas Nowak war noch keine 50, als sich erste Alzheimersymptome zeigten. Die erbliche Variante beginnt besonders früh. Per Gentest lässt sich feststellen, wer betroffen ist. Aber will man das vorher wissen?

»Wir müssen aufpassen, dass unser Stressfass nicht überläuft«: Grausame Bilder aus Israel, Gaza und der Ukraine, Klima-, Energie- und Wirtschaftskrise: Viele Eltern wissen nicht, wie sie mit ihren Kindern darüber sprechen sollen. Eine Psychologieprofessorin gibt Tipps.

Ich wünsche Ihnen ein sorgloses Wochenende.

Herzlich,

Ihr Philipp Wittrock, Chef vom Dienst in Los Angeles

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: October 21, 2023

Mehrere Festnahmen bei Großrazzia gegen Schleuserbande

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Polizeieinsatz in Berlin und Brandenburg

Length: 209 words

Byline: Jens Witte

Highlight: Die Polizei hat nach längeren Ermittlungen drei mutmaßliche Schleuser gefasst. Sie sollen Migranten in Transportern zusammengepfercht haben, um sie über den Balkan nach Deutschland zu bringen.

Body

Mit einer groß angelegten Razzia in drei Bundesländern ist die Bundespolizei gegen eine Schleuserbande vorgegangen. Gemeinsam mit der Brandenburger Polizei durchsuchten die Beamten am Morgen 18 Wohnungen und andere Räume in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Drei mutmaßliche Schleuser wurden verhaftet, wie ein Sprecher der Bundespolizei sagte. Rund 140 Bundespolizisten und 80 Polizisten aus Brandenburg waren demnach im Einsatz.

Die Bande aus zehn Männern im Alter zwischen 20 und 43 Jahren soll über die Balkanroute Menschen nach Deutschland gebracht und eingeschmuggelt haben. Einige Bandenmitglieder sollen zusätzlich mit Drogen gehandelt haben. Die Geflüchteten sollen auf Ladeflächen von Transportern und in Autos unter menschenunwürdigen Bedingungen eingeschleust worden sein. Die Ermittlungen gegen die Männer liefen schon seit April, sagte der Sprecher.

Einer der mutmaßlichen Schleuser, ein 30-jähriger Syrer, wurde den Angaben zufolge in Berlin-Lichtenberg gefasst. Er soll vor allem die Schleusungen organisiert haben, in einigen Fällen soll er die Transporter aber auch selbst gefahren haben. Im brandenburgischen Ort Dallgow-Döberitz verhaftete die Polizei einen 20-jährigen Deutschen und in Luckenwalde einen 27-jährigen Deutschen.

wit/dpa

Load-Date: November 7, 2023

Baerbock spricht sich gegen weitere sichere Herkunftsstaaten aus

SPIEGEL ONLINE

08. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asylpolitik

Length: 463 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Sollte Deutschland in der Asylpolitik seine Liste sicherer Herkunftsstaaten erweitern? Außenministerin Baerbock stellt sich dagegen. Eine Änderung verteidigte sie jedoch.

Body

Gilt ein Land als »sicherer Herkunftsstaat«, sind Abschiebungen dorthin deutlich leichter. Streit gibt es allerdings über die Frage, welche Länder so eingestuft werden und ob die Liste erweitert werden soll. Außenministerin Annalena Baerbock hat entsprechende Forderungen nun zurückgewiesen.

»Aus innenpolitischen Gründen außenpolitisch mit dem Rasenmäher vorzugehen, halte ich für einen gewagten Ansatz«, sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe und der französischen Zeitung »Ouest-France«. »Daher habe ich immer dafür geworben, von dem Konstrukt der sicheren Herkunftsländer, das Länder plakativ menschenrechtlich abstempelt, wegzukommen.«

Allerdings verteidigte die Außenministerin den Kabinettsbeschluss, Georgien und Moldau in die Liste solcher Länder aufzunehmen. Die beiden Staaten seien auf dem Weg in die EU und setzten dafür weitgehende Reformen bei Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten um. Bundestag und Bundesrat müssen noch zustimmen.

Hintergrund von Baerbocks Äußerungen ist eine Forderung von CDU-Chef Friedrich Merz vom Wochenende. Er hatte verlangt, die Liste sicherer Herkunftsstaaten auch über Moldau und Georgien hinaus auszuweiten. Konkret nannte er Tunesien, Marokko, Algerien oder Indien als mögliche Kandidaten. »Diese Länder müssen als sichere Herkunftsländer anerkannt werden, damit wir sofort dorthin zurückführen können«, sagte Merz.

Baerbock entgegnete: »Offensichtlich sind die letzten Entwicklungen in Tunesien – darunter die Verhaftung prominenter Oppositioneller und die Aushöhlung der geltenden Verfassung – im bayerischen Wahlkampf an ihm vorbeigegangen.«

Allerdings gibt es auch in der Ampel Forderungen, die Liste zu erweitern. Dafür sprach sich jüngst etwa FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai aus. Er nannte ebenfalls Algerien, Marokko und Tunesien und forderte zudem, auch in Länder wie Afghanistan abzuschieben.

Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, bei denen davon ausgegangen wird, dass es dort im Regelfall weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Behandlung gibt, und in denen der betroffenen Person in der

Baerbock spricht sich gegen weitere sichere Herkunftsstaaten aus

Heimat kein ernsthafter Schaden droht. Aktuell gilt das für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Ghana, Senegal, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro.

Für Asylverfahren bedeutet die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat, dass Asylanträge laut Asylgesetz grundsätzlich als »offensichtlich unbegründet abzulehnen« sind, außer die Betroffenen können das Gegenteil beweisen. Das Recht auf eine individuelle Anhörung und Prüfung des Asylbegehrens bleibt jedoch unberührt.

Wird der Antrag zurückgewiesen, sind die Rechtsbehelfsfristen verkürzt. Die Betroffenen müssen in der Regel in Flüchtlingsunterkünften wohnen und dürfen keine Arbeit aufnehmen.

ulz/dpa

Load-Date: September 8, 2023

End of Document

»Der Bund hat im Vorfeld nicht einmal die üblichen Höflichkeitsregeln eingehalten«

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Ramelow vor Flüchtlingsgipfel

Length: 708 words

Byline: Felix Keßler

Highlight: Vor dem Bund-Länder-Gipfel zur Migration sind die Fronten verhärtet. Thüringens Ministerpräsident Ramelow beklagt bereits schlechte Stimmung, auch seine Kollegen aus Bayern und Niedersachsen sind pessimistisch.

Body

Die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern über die Lastenteilung bei der Unterstützung von Geflüchteten in Deutschland wirken schon vor dem Gipfel festgefahren. Die Länder fordern weitere finanzielle Hilfe aus Berlin, doch dort verweist man auf bereits bestehende Lücken im Haushalt.

Kurz vor dem Start der direkten Besprechungen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und den Länderchefs bemängelt nun Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) den Umgang mit den Bundesländern. »Der Bund hat im Vorfeld nicht einmal die üblichen Höflichkeitsregeln bei der Kommunikation eingehalten«, sagte der Thüringer Regierungschef der Nachrichtenagentur dpa.

Weil: »Nicht die ganz große Hoffnung, dass wir uns heute einig werden«

Auch andere Länderchefs dämpfen vor dem Treffen mit Kanzler Scholz die Hoffnungen auf einen Durchbruch. »Das ist ein richtig grundsätzlicher Konflikt, und da habe ich ehrlich gesagt leider nicht die ganz große Hoffnung, dass wir uns in diesem Grundsatzthema heute einig werden«, sagte Scholz' Parteikollege, der **niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil**, am Morgen im rbb24-Inforadio. Womöglich könne man zu einer »Zwischenlösung« kommen.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte dem Radiosender Bayern 2, er gehe mit einem »sehr schlechten Gefühl« in das Treffen. Denn bislang nehme der Bund die Lage in den Ländern nicht richtig wahr.

Wüst sieht Einigkeit auf Länderseite

Auch **Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU)** erwartete zähe Verhandlungen. »Beim Geld ist es heute besonders schwierig, weil der Bund sich aus der gemeinsamen Verantwortung rausziehen möchte, über das Geleistete hinaus«, sagte Wüst am Mittwoch WDR 5. Das sei »nicht in Ordnung«. Er appellierte an die

»Der Bund hat im Vorfeld nicht einmal die üblichen Höflichkeitsregeln eingehalten«

Bundesregierung, ihre Haltung bei dem Treffen am Nachmittag zu überdenken. »Wir müssen in der gemeinsamen Verantwortungsgemeinschaft bleiben.« Die Bundesländer seien sich in ihrer Haltung parteiübergreifend einig.

Der **SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese** zeigte sich indes kompromissbereit. »Wir wollen gemeinsam ein Ergebnis erzielen mit der Bundesebene, mit den 16 Bundesländern, gerade für die Kommunen, um Entlastungen hinzubekommen«, sagte Wiese am Mittwoch im ZDF-»Morgenmagazin«.

Zuletzt kursierten verschiedene Entwürfe zur künftigen Lastenteilung bei den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung, die bei den Verhandlungen zwischen Scholz und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten ab dem Vormittag geeint werden sollen. Ob es in dem seit Wochen andauernden Streit jedoch schnell zu einer langfristigen Einigung kommt, scheint angesichts der Aussagen fraglich.

»Das vom Bundeskanzleramt bisher vorgelegte Papier ist für mich nicht verhandelbar«, sagte Ramelow, offenbar mit Bezug auf eine frühere Beschlussfassung für den Gipfel. Dem SPIEGEL lag am Dienstagabend indes ein weiterer Entwurf vor, der nach gemeinsamen Vorberatungen des Kanzleramtschefs mit den Staatskanzleichefs erstellt worden war.

Dabei handelte es sich nicht mehr um das ursprüngliche Kanzleramtspapier, sondern um einen von den Ländern vorgelegten Entwurf, in den aber zahlreiche Positionen des Bundes aufgenommen wurden. In dem 16-seitigen Dokument waren aber weiterhin zentrale Passagen strittig und als solche mit eckigen Klammern markiert.

Finanzpauschale pro Geflüchtetem weiter strittig

Ramelow bekräftigte derweil die Forderung, dass der Bund pro Geflüchtetem einen bestimmten Betrag bezahlt, damit Länder und Kommunen Unterbringung und Betreuung finanzieren können. Aus Sicht Ramelows ist zudem eine Sonderregelung für die Versorgung von schwer kranken Menschen nötig, die als Geflüchtete nach Deutschland kommen, darunter auch Kinder. »Die Kosten für ihre medizinische Versorgung kann man nicht den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen«, sagte Thüringens Ministerpräsident.

Die Länder verlangen eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes als bisher. Der Bund will aber nicht mehr Geld als vorgesehen zuschießen, weil er sich aus seiner Sicht bereits überproportional an den Kosten beteiligt. Eine Einigung bei dem Treffen der Länderchefs mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gilt als fraglich.

Lesen Sie hier, was Sie über den Gipfel wissen müssen: Warum der Streit zwischen Bund und Ländern eskalieren könnte

fek/dpa

Graphic

dpa - Thüringens Landeschef Ramelow: »Das vom Bundeskanzleramt bisher vorgelegte Papier ist für mich nicht verhandelbar«

Load-Date: May 10, 2023

Stunde der Bewährung

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1631 words

Byline: Philipp Wittrock

Highlight: Annalena Baerbock reist zum Solidaritätsbesuch nach Israel. Olaf Scholz lädt zum **Migrationsgipfel** ins Kanzleramt. Und: Wladimir Putin kämpft in Kirgisistan um Macht und Einfluss. Das ist die Lage am Freitag.

Body

Nicht die Zeit der klugen Ratschläge

Die **Stunde der Bewährung** ist gekommen. Von der hat Angela Merkel einst gesprochen, 2008 war das, beim Auftritt in der israelischen Knesset, als sie die historische Verantwortung Deutschlands für Israel beschwor. Die Sicherheit Israels sei niemals verhandelbar. »Und wenn das so ist«, sagte die damalige Kanzlerin, »dann dürfen das in der Stunde der Bewährung **keine leeren Worte** bleiben.«

Nun also, nach dem furchtbaren Terrorangriff der Hamas auf Israel, nach dem schlimmsten Verbrechen an Juden seit dem Holocaust, liegt es an Merkels Nachfolger Olaf Scholz, das Versprechen einzulösen.

Die Bundesregierung hat sich sofort an die Seite Israels gestellt. Das ist selbstverständlich. An diesem Freitag reist **Außenministerin Annalena Baerbock zum Solidaritätsbesuch nach Israel**, ein richtiges, ein wichtiges Zeichen. Genau wie die **militärische Unterstützung**, die bereits angelaufen ist. Auch der Versuch, den **unerträglichen Antisemitismus**, die Terror-Verherrlichung auf deutschen Straßen zu unterbinden, gehört dazu.

Aber die eigentlichen Bewährungsproben kommen noch. Wenn die grauenvollen Bilder von den Massakern der Hamas an israelischen Familien verblissen, wenn das Leid der Menschen im Gazastreifen angesichts der israelischen Luftschläge und einer möglichen Bodenoffensive präsenter wird. **Darf Deutschland dann wenn nötig mahnend seine Stimme erheben und Israel zur Verhältnismäßigkeit ermahnen?** An das humanitäre Völkerrecht erinnern?

Baerbock hat Recht, wenn sie sagt, es sei »nicht an uns, jetzt kluge Ratschläge zu geben«. Aber die Zeit wird womöglich kommen. Dann muss diese Bundesregierung beweisen, ob sie willens und in der Lage ist, an der Seite Israels zu stehen und zugleich von der Regierung in Jerusalem die Achtung der Menschenrechte einzufordern. Niemals von oben herab, sondern als Freund. Und immer in dem Wissen: Es war die Hamas, die diesen Krieg begonnen hat.

Andere wichtige Termine am Freitag zum Krieg in Nahost:

Stunde der Bewährung

Neben Baerbock besuchen unter anderem auch US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola Israel.

US-Außenminister Blinken wird in Jordanien erwartet, um König Abdullah und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas zu treffen.

Der Uno-Sicherheitsrat tagt in New York zur Krise im Nahen Osten.

Lesen Sie hier den Leitartikel des Tages:

Deutschland muss Israel beistehen: Es ist selbstverständlich, dass Deutschland nach dem Terror der Hamas an der Seite Israels steht, auch militärisch. Zugleich gilt: Im offenen Wort erweist sich die Freundschaft.

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

Ägypten fürchtet eine Massenflucht hält das Regime die Gaza-Grenze geschlossen? Hunderttausende Palästinenser sind im Gazastreifen auf der Flucht das wird auch für die ägyptische Junta zum Problem. Wenn die Grenzer hart bleiben, droht eine humanitäre Katastrophe. Jetzt kommt es auf die USA an.

»Bei aller Bestialität ist die Hamas ein kühl kalkulierender, rationaler Akteur«: Der Angriff auf Israel zielt auf den Entspannungsprozess in Nahost, sagt Islamwissenschaftler Guido Steinberg. Die Hamas wolle einen möglichen Frieden zwischen Saudi-Arabien und Israel verhindern um ihre Zukunft zu sichern.

Der erste Überraschungsangriff auf Israel: Schon einmal wurde Israel von einem Angriff völlig überrumpelt. Im Jom-Kippur-Krieg 1973 triumphierten Ägypter und Syrer bereits dann schlugen Israels Truppen zurück.

Und hier: Alle aktuellen Entwicklungen im Newsblog.

Die Kraft des Kanzlers

Eine **»nationale Kraftanstrengung«** wird in der Politik ziemlich oft gefordert. Klingt ja auch toll, nach Entschlossenheit und Schulterschluss. Googeln Sie mal, Sie werden einen bunten Reigen finden: eine nationale Kraftanstrengung für bessere Bildung, für die Kultur, für die Bundeswehr, zum Schuldenabbau, fürs Energiesparen, den Umweltschutz, gegen Corona, und, und, und.

Gerne rufen die Regierenden dazu auf, um die Opposition und alle Kritiker in die Pflicht zu nehmen und nicht als Alleinverantwortliche für irgendeine Misere dazustehen. Gerhard Schröder hat eine solche nationale Kraftanstrengung als Kanzler einst angemahnt, auch Angela Merkel, und jetzt eben **Olaf Scholz**. Vor 37 Tagen, im Bundestag, bot er den Ländern, Kommunen und Oppositionsführer Friedrich Merz einen sogenannten **Deutschlandpakt**, »der unser Land schneller, moderner und sicherer macht«. Eine nationale Kraftanstrengung für alles sozusagen.

Seither ist vonseiten des SPD-Kanzlers allerdings nicht allzu viel passiert. Nachdem die Landtagswahlen in Bayern und Hessen für die Ampelparteien ein eher bescheidenes Ergebnis brachten, soll es am Freitagabend im Kanzleramt nun ein erstes Treffen geben. Mit dabei sind neben Scholz und Merz die Ministerpräsidenten von Hessen und Niedersachsen, Boris Rhein (CDU) und Stephan Weil (SPD). Und weil die Union schon klargemacht hat, dass der Deutschlandpakt für sie vor allem ein Pakt zur **Begrenzung der Migration** sein soll, wird es zunächst allein um dieses Thema gehen. Andernfalls hätte der CDU-Chef die Einladung des Kanzlers wohl ausgeschlagen.

So oder so, man darf gespannt sein, was am Ende von dieser nationalen Kraftanstrengung bleibt. Die meisten Probleme, die in der Vergangenheit damit angegangen werden sollten, gibt es heute noch.

Flüchtlingspolitik der Ampel: So wirksam sind die neuen Maßnahmen im »Migrationspaket«

Putin auf Reisen

Stunde der Bewährung

Wladimir Putinmeidet Auslandsreisen derzeit eher. Nicht nur, weil er in den meisten Staaten dieser Erde nicht willkommen ist, seit er den Befehl zum Überfall auf die Ukraine gab. Der Internationale Strafgerichtshof hat wegen Kriegsverbrechen einen Haftbefehl gegen Russlands Präsidenten erlassen, **in vielen Ländern würde ihm die Festnahme drohen.**

Nicht so in **Kirgisistan**. Der treue Verbündete rollte dem Kreml-Machthaber am Donnerstag den roten Teppich aus, heute ist Putin in Bischkek beim **Gipfel der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten** dabei, in der ehemalige Sowjetrepubliken zusammengeschlossen sind.

Es ist das erste Mal überhaupt, dass Putin in diesem Jahr Russland verlässt. Natürlich will er wieder einmal zeigen, dass er international nicht isoliert sei. Putins Auftritt mit Staats- und Regierungschefs etwa aus Kasachstan, Tadschikistan oder Usbekistan wird allerdings im Westen wenig Eindruck machen.

In Wahrheit muss der Präsident **in seinem einstigen Hinterhof längst um Macht und Einfluss kämpfen**. China nutzt Putins Fokus auf den Ukrainekrieg gnadenlos aus und macht Russland seine Stellung als Hegemon in der Region streitig. Erst im Mai hatte Staatschef Xi Jinping die Herrscher von fünf zentralasiatischen Ländern nach China eingeladen, um sie enger an sich zu binden. Putin musste draußen bleiben.

Beim **Gipfeltreffen zur »Neuen Seidenstraße«** in Peking darf er dann wieder dabei sein. Zumindest hat der Kreml angekündigt, dass Putin auch in der nächsten Woche verreisen will: nach China.

Russland und Zentralasien: Wie der Kremlchef Verbündete verprellt

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: 2019 zerbrach die Regierungskoalition in Österreich infolge einer Affäre. Nach welcher Insel wird die Affäre gemeinhin benannt?

Verlierer des Tages

ist der Carsharing-Anbieter Miles. Als ich in Berlin wohnte, habe ich die Miles-Autos immer gerne benutzt. Wenn wir etwas Größeres zu transportieren hatten, stand ein Van meist gleich um die Ecke. Oder wenn wir zu Freunden oder ins Restaurant wollten, die schlecht mit Bus und Bahn erreichbar waren und wo wir ein Glas trinken wollten Auto reservieren, hinfahren, abstellen, gut ist.

Oder auch nicht. Denn mit dem Abstellen war das wohl so eine Sache.

Der Berliner Carsharing-Anbieter steht nämlich im Verdacht, bei der Abrechnung und Bezahlung der Parkgebühren betrogen zu haben. Es soll um 25 bis 30 Millionen Euro gehen, die das Unternehmen dem Land Berlin vorenthalten haben soll. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten und Miles satte Nachzahlungen und Strafen berappen müssen, könnte es eng werden für das Start-up, das eigentlich als Hoffnungsträger der Branche galt.

Angeblicher Betrug bei Parkgebühren: Was dem Carsharing-Anbieter Miles jetzt droht

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Scalise zieht Kandidatur für Vorsitz im US-Kongress zurück: Er versuchte noch, die Zweifler in der eigenen Partei zu überzeugen. Nun wird der von den Republikanern nominierte Steve Scalise nicht mehr für den Chefposten im US-Kongress antreten.

»Deutschlandtrend« sieht AfD bundesweit bei 23 Prozent: Die AfD legt in den Umfragen weiter zu: In der Sonntagsfrage der ARD erreicht die extrem rechte Partei ihren bislang höchsten Wert. Die Ampelparteien kommen zusammen nur noch auf knapp ein Drittel der Stimmen.

Stunde der Bewährung

Wurde Marina Owsjannikowa vergiftet? Durch ein Protestplakat im russischen Fernsehen wurde Marina Owsjannikowa bekannt. Inzwischen lebt sie in Paris im Exil und fürchtet dennoch um ihr Leben. Die Staatsanwaltschaft geht einem Verdacht nach.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Alles ist immer laut und hell und anstrengend: Nach außen bin ich fröhlich, laut und aktiv. Doch wenn ich allein bin, fehlt mir jede Energie und Lebensfreude. Und im Alltag scheitere ich an vermeintlich leichten Dingen.

Der Reiz des Bekannten und wie wir ihn überwinden: An tausendfach fotografierten Orten wie Florenz oder Venedig stehen sich Touristen gegenseitig auf den Füßen. Pittoreske Sehenswürdigkeiten scheinen Menschen magisch anzuziehen auch mich. Warum eigentlich?

»Ich weiß nie, wann ein Stück fertig ist«: György Kurtág ist 97. Gerade hat er seine erste Oper geschrieben, »Fin de Partie« wird am Samstag zum ersten Mal in Deutschland aufgeführt. Hier spricht der Ungar über Schaffenskrisen und die Frage, wann ein Werk beendet ist.

Kommen Sie gut in den Tag.

Herzlich,

Ihr Philipp Wittrock, Chef vom Dienst in Los Angeles

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: October 13, 2023

Berliner CDU fragt nach Vornamen von Verdächtigen

SPIEGEL ONLINE

05. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Silvesterkrawalle

Length: 324 words

Byline: Anna-Sophie Schneider

Highlight: Die CDU hält es für nötig, die Vornamen der Verdächtigen bei den Berliner Silvesterkrawalle zu erfahren. Die Abgeordneten wollen wissen, ob es einen möglichen Migrationshintergrund gebe. Scharfe Kritik kommt von Grünen, SPD und Linken.

Body

In vielen Städten in Deutschland eskalierte die Lage an Silvester. Besonders brisant war die Situation in Berlin. Bereits bevor sich der Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Silvesterkrawallen befasst, gibt es nun Streit um die Form der Aufarbeitung.

Innenpolitiker der Fraktionen von SPD, Grünen und Linke warfen der CDU-Fraktion Populismus vor. Hintergrund ist ein Fragenkatalog, in dem die CDU auch nach Vornamen von Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit fragt. »Damit lässt die CDU ihre rechtspopulistische Maske fallen«, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD, Tom Schreiber, der Nachrichtenagentur dpa. Vasili Franco von den Grünen sagte: »Das ist eine Verbreitung von rassistischen Ressentiments.«

Bei Twitter löste der Beitrag des innenpolitischen Sprechers der Linken, Niklas Schrader, dazu Diskussionen aus: »Die #CDU hat Fragen für den Innenausschuss zu #Silvester2022 eingereicht und fragt nach den Vornamen der deutschen Tatverdächtigen. Offenbar, um ihnen damit das Deutschsein abzusprechen.«

Der innenpolitische Sprecher der CDU, Frank Balzer, erklärte, es gehe seiner Partei um Transparenz. Die bisherigen Angaben der Polizei zur Nationalität der Verdächtigen reichten dafür nicht aus. Man wolle wissen, ob es einen Migrationshintergrund gebe bei Verdächtigen mit deutschem Pass. Laut Angaben der Einsatzkräfte sei dies der Fall. »Wenn es dort ein Problem gibt, müssen wir es wissen und es ohne Vorurteile offenlegen« so Balzer.

Nach bisherigen Angaben der Berliner Polizei waren unter den 145 festgenommenen Verdächtigen 45 Deutsche und 17 weitere Nationalitäten, darunter 27 Afghanen und 21 Syrer. 94 der 145 sind jünger als 25 Jahre, 27 sogar minderjährig.

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) wird am Montag im Innenausschuss jüngste Zahlen und Erkenntnisse zu den Silvesterkrawallen erläutern. Auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik und Landesbranddirektor Karsten Homrighausen werden erwartet.

asc/dpa

Graphic

picture alliance/dpa - Feuerwehrleute löschen in Berlin einen ausbrannten Reisebus

Load-Date: January 5, 2023

End of Document

Spahn kritisiert »kulturell vermittelte toxische Männlichkeit«

SPIEGEL ONLINE

13. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Migration als Wahlkampfthema

Length: 292 words

Byline: Muriel Kalisch

Highlight: CDU-Chef Friedrich Merz hatte mit seiner Aussage über »kleine Paschas« heftige Kritik ausgelöst. Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn hat die Äußerung nun im CDU-Siegestaumel nach der Wahl in Berlin verteidigt.

Body

Die Abstimmung in Berlin hat nach Aussage von Unions-Fraktionsvize Jens Spahn(CDU) gezeigt, dass man mit Themen wie Rechtsstaat und Integration in großen Städten wieder Wahlen gewinnen kann. Probleme im Bereich Migration müssten angesprochen werden. In der Diskussion um die Gewalt in der Berliner Silvesternacht verteidigte Spahn in der ARD-Talkshow »Anne Will« am Sonntagabend auch die umstrittene »Pascha«-Äußerung von Unions-Fraktionschef Friedrich Merz. »Wenn man das richtig einordnet, sieht man ja, es geht um eine in aller Regel kulturell vermittelte toxische Männlichkeit«, sagte Spahn unter Protest des Grünen-Parteivorsitzenden Omid Nouripour.

Bestes Ergebnis in Berlin seit 1999

Im Kontext der Krawalle in der Silvesternacht hatte Merz in der Talkshow »Markus Lanz« über den Umgang mit Lehrerinnen und Lehrern gesagt: »Und dann wollen sie diese Kinder zur Ordnung rufen, und die Folge ist, dass die Väter in den Schulen erscheinen und sich das verbitten. Insbesondere, wenn es sich um Lehrerinnen handelt, dass sie ihre Söhne, die kleinen Paschas, da mal etwas zurechtweisen.« Dafür wurde er teils heftig kritisiert.

Die CDU hatte die Abgeordnetenhauswahl in Berlin am Sonntag mit großem Abstand vor SPD und Grünen gewonnen. Laut dem vom Landeswahlleiter veröffentlichten vorläufigen Endergebnis erreichte die Partei von Spitzenkandidat Kai Wegner 28,2 Prozent der Stimmen. Es ist das beste Ergebnis für die Union seit 1999 und ein Zuwachs von 10,2 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen, von zahlreichen Pannen überschatteten Wahl im September 2021.

Spahn war unter Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel(CDU) zuletzt Gesundheitsminister gewesen. Seitdem das Ampel-Bündnis die Regierung führt, sitzt er als einfacher Abgeordneter im Bundestag.

muk/dpa

Graphic

IMAGO/Political-Moments - CDU-Bundestagsabgeordneter Jens Spahn

Load-Date: February 13, 2023

End of Document

Mehrere Tote und Verletzte bei Busunfall in Kolumbien

SPIEGEL ONLINE

23. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; In Schlucht abgestürzt

Length: 206 words

Highlight: In Kolumbien ist ein Bus mit Dutzenden Passagieren einen etwa hundert Meter tiefen Abhang hinabgestürzt. Die Behörden melden neun Todesopfer und viele Verletzte.

Body

In Kolumbien kommt es immer wieder zu tödlichen Verkehrsunfällen. Nun sind beim Sturz eines Busses in eine Schlucht neun Menschen ums Leben gekommen und mindestens 25 weitere verletzt worden. Der Unfall habe sich am Samstag in der Nähe der Ortschaft El Playón im nordöstlichen Regierungsbezirk Santander ereignet, teilte die Polizei mit. Unter den Todesopfern waren demnach zwei Minderjährige. Laut Angaben der Armee handelte es sich bei »90 Prozent« der Bussinsassen um venezolanische Migranten mit dem Ziel USA.

Die Angaben der Behörden zur Verletztenzahl reichten von 25 bis 31. Laut Angaben des Zivilschutzes befanden sich mehr als 40 Menschen in dem Bus. Das Fahrzeug war demnach vom Weg abgekommen und etwa hundert Meter tief in eine Schlucht gestürzt.

Der Überlebende Yilber Lugo sagte vor Journalisten, der Bus sei mit hoher Geschwindigkeit in eine Kurve gefahren. Auf vom Zivilschutz verbreiteten Bildern ist das Buswrack inmitten von Büschen zu sehen, um es herum verstreut liegen Kleidungsstücke.

Verkehrsunfälle zählen in Kolumbien zu den Haupttodesursachen. Am Dienstag vergangener Woche waren im nördlichen Regierungsbezirk La Guajira acht Menschen ums Leben gekommen, als ihr Bus frontal mit einem Sattelschlepper kollidiert war.

Graphic

AFP

Load-Date: July 23, 2023

Mehrere Tote und Verletzte bei Busunfall in Kolumbien

End of Document

Scholz kritisiert Tonfall in der Koalition

SPIEGEL ONLINE

13. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Bundeskanzler im ZDF-Sommerinterview

Length: 896 words

Byline: Patrick Beuth

Highlight: Im ZDF-Sommerinterview stellt sich der Kanzler hinter Faesers Abschieberegeln, lobt das deutsche Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien und den besonnenen Kurs bei den Waffenlieferungen an die Ukraine. Nur eines stört ihn.

Body

Die Umfragewerte im Keller, die Koalition bei wichtigen Vorhaben zerstritten: Der Kanzler aber will Zuversicht ausstrahlen und sieht Deutschland auf Kurs. Das ist jedenfalls der Eindruck, den Olaf Scholz am Sonntag erweckte. Im ZDF-»Sommerinterview« der Sendung »Berlin direkt« ging es um viele Themen: mögliche neue Waffenlieferungen an die Ukraine, die Wirtschaftslage in Deutschland, die Migrationspolitik, den Zustand der Ampelkoalition.

So sprach sich Scholz für schärfere Regeln zur Abschiebung abgelehnter Asylbewerber aus. Der SPD-Politiker sagte auf die Frage, ob er die Überlegungen von Innenministern Nancy Faeser (SPD) zur Verschärfung der Abschieberegeln für ausreisepflichtige Asylbewerber unterstütze: »Ja.« Dies habe er den Ländern vorgeschlagen.

Man habe vereinbart, dass man zum einen die Ausländerbehörden in sehr kurzer Zeit digitalisieren wolle und für die Landesbehörden eine 24-Stunden-Erreichbarkeit organisiere, sagte Scholz. Zudem solle dafür Sorge getragen werden, dass Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer anerkannt werden. Die Bundesregierung arbeite an gesetzlichen Regelungen, um eine beschlossene Abschiebung auch durchzusetzen. Faeser habe dazu ein Paket vorgeschlagen. Dieses werde nun noch einmal gegengecheckt in der Diskussion mit den Ländern. Dann solle es auf den Gesetzgebungsweg gebracht werden.

Faeser hatte einen auf bis zu vier Wochen verlängerten Ausreisegewahrsam vorgeschlagen. Derzeit ist der Ausreisegewahrsam bis zu zehn Tage lang möglich, Faeser schlägt eine Erweiterung auf bis zu 28 Tage vor. Damit sollen die Behörden mehr Zeit bekommen, um eine Abschiebung vorzubereiten. Die Pläne waren auch auf Kritik gestoßen.

»Dann was dazu sagen, wenn es etwas dazu zu sagen gibt«

Zu einer möglichen Abgabe von Marschflugkörpern vom Typ Taurus an die Ukraine äußerte sich Scholz zurückhaltend, schloss sie aber auch nicht aus. Der SPD-Politiker sagte, so wie in der Vergangenheit werde die

Scholz kritisiert Tonfall in der Koalition

Bundesregierung jede einzelne Entscheidung immer sehr sorgfältig überprüfen was gehe, was Sinn ergebe, was der deutsche Beitrag sein könne.

Deutschland werde es sich weiter schwer machen, sagte Scholz. Sein Eindruck sei, dass die Bürgerinnen und Bürger das in der ganz großen Mehrheit richtig fänden. »Entscheidungen müssen immer sorgfältig gewogen werden«, so der Kanzler. »Und das werde ich weiter tun und das auch sehr klar sagen.« Weiter erklärte Scholz: »Wir beschäftigen uns mit all den Fragen, die an uns herangetragen werden, und können dann was dazu sagen, wenn es etwas dazu zu sagen gibt.« Deutschland sei das Land, das nach den USA die Ukraine am meisten unterstütze. »Wir machen das vor allem mit Panzern, mit Artillerie. Wir haben das gemacht mit sehr viel Luftverteidigung.« Scholz verwies darauf, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Deutschland für die beiden weiteren Abschussrampen des Flugabwehrsystems Patriot gedankt hatte.

Die Ukraine macht derweil weiter Druck auf die Bundesregierung, Taurus-Marschflugkörper für die Verteidigung gegen Russland zu liefern. Das Land brauche diese, »um mehr Leben ukrainischer Soldaten und Zivilisten zu retten und um die Befreiung ihrer Gebiete zu beschleunigen«, sagte Außenminister Dmytro Kuleba der »Bild am Sonntag«. Großbritannien und Frankreich haben der Ukraine bereits Marschflugkörper geliefert. Das Land verteidigt sich seit mehr als 17 Monaten gegen den russischen Angriffskrieg.

»Die Strompreise strukturell runterkriegen«

Darstellungen über ein Schwächeln der deutschen Wirtschaft wies Scholz zurück. »Deutschland ist hocheffizient als Exportnation«, hob der Kanzler hervor auch wenn in anderen Bereichen das Wachstum etwas schwächer ausfalle. Der Kanzler verwies auch auf hohe ausländische Direktinvestitionen in Deutschland, etwa bei der Halbleiterproduktion und der Batterieherstellung.

Ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg liege im Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Stromnetze. Dies werde auch dafür sorgen, »dass die Stromerzeugung in Deutschland billiger wird«. Nach langen Jahren der Versäumnisse habe seine Regierung hierfür »ein unglaubliches Tempo vorgelegt«.

Zu Forderungen nach einem Industriestrompreis äußerte sich Scholz nur vorsichtig. Wichtiger sei, »dass wir die Strompreise strukturell runterkriegen«, sagte der Kanzler, »denn wir werden ja nicht in der Lage sein, dauerhaft Strompreise zu subventionieren«.

Mehrheit hält Scholz für kommunikations- und durchsetzungsschwach

Zum Erscheinungsbild der Ampelkoalition sagte Scholz, diese habe »viele konkrete Entscheidungen getroffen«. Auch gegen Diskussionen sei nichts einzuwenden. Zugleich fügte er an: »Ich wünschte mir, dass das im Ton manchmal anders stattfindet, als es in der Vergangenheit war und habe auch den Eindruck, dass über den Sommer sich viele vorgenommen haben, das genau zu ändern«.

Eine weit überwiegende Mehrheit der Deutschen attestiert Scholz laut einer Umfrage eine schlechte Kommunikation und hält ihn für durchsetzungsschwach. 72 Prozent der Deutschen teilen laut dem am Sonntag veröffentlichten »Politbarometer extra« im Auftrag des ZDF den Vorwurf, dass Scholz in politischen Interviews häufiger als andere Politiker keine konkreten Antworten auf Fragen gibt. Nur 19 Prozent sagen, der Vorwurf stimme nicht. Das ZDF hatte die Umfrage zum Sommerinterview in Auftrag gegeben.

Das Gespräch wird am Sonntag um 19.10 Uhr im ZDF ausgestrahlt.

pbe/dpa/AFP

Graphic

Scholz kritisiert Tonfall in der Koalition

dpa - Bundeskanzler Olaf Scholz im ZDF-Sommerinterview mit Theo Koll: »Ich wünschte mir, dass das im Ton manchmal anders stattfindet«

Load-Date: August 14, 2023

End of Document

Jusos und Grüne Jugend zeigen sich »entsetzt«

SPIEGEL ONLINE

15. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Asylpolitik der Ampel

Length: 324 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern in der vergangenen Woche üben die Jugendorganisationen von SPD und Grünen scharfe Kritik. Sie sehen einen klaren Bruch des Koalitionsvertrages und fordern »Widerstand«.

Body

Eine Umkehr in der Asylpolitik das fordern Jusos und Grüne Jugend gemeinsam von ihren Parteispitzen. Die von der Ampelkoalition verabredeten Verschärfungen kritisierten beide Nachwuchsorganisationen als Bruch des Koalitionsvertrages. »Wir sind entsetzt«, betonten Juso-Chefin Jessica Rosenthal und Grüne-Jugend-Sprecher Timon Dzienus in den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND).

»Wir erwarten von den Landesregierungen, unseren Parteien und Bundestagsfraktionen Widerstand gegen diese unmenschlichen Pläne«, betonten Rosenthal und Dzienus. Die geplante Verlegung von Asylverfahren an die EU-Außengrenzen und die Stärkung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex, der »illegales Zurückdrängen« von Geflüchteten vorgeworfen werde, »sind für uns nicht hinnehmbar«, hieß es weiter.

Damit würden schutzsuchenden Menschen fundamentale Rechte entzogen und der Grundstein für »inhumane Lager« gelegt, kritisierten die beiden. Die Pläne seien nicht nur ein klarer Bruch mit dem Koalitionsvertrag, sondern auch teilweise nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. »Die Menschen, die zu uns fliehen, haben ein Recht auf Schutz«, betonten die Vorsitzenden von Jusos und Grüner Jugend.

Die harte Linie gegenüber Geflüchteten solle davon ablenken, dass Bund und Länder bei der Frage der Finanzierung gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigten, kritisierten Rosenthal und Dzienus. »Auf Abschottung und Abschiebung zu setzen, bringt den Städten und Gemeinden nichts«, fügten sie hinzu. Davon könnten die Kommunen weder neues Personal einstellen noch Sprach- und Integrationskurse organisieren.

Hintergrund ist das Spitzentreffen von Bund und Ländern vom vergangenen Mittwoch, bei dem längerfristige Regelungen zur Kostenverteilung verhandelt worden waren. Stattdessen verständigten sich die Regierenden in Bund und Ländern auf mehr und schnellere Abschiebungen. Auch auf EU-Ebene wird über Verschärfungen im Umgang mit Geflüchteten verhandelt.

aeh/AFP

Graphic

Rüdiger Wölk / IMAGO; Kay Nietfeld / picture alliance / dpa - Juso-Chefin Jessica Rosenthal und Grüne-Jugend-Sprecher Timon Dzienus

Load-Date: May 15, 2023

End of Document

Jede dritte Familie wohnt in zu kleiner Wohnung

SPIEGEL ONLINE

25. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Knappes Angebot in Großstädten

Length: 457 words

Byline: Maria Marquart

Highlight: Betroffen sind vor allem Haushalte mit älteren Kindern sowie Menschen mit Migrationshintergrund: In Großstädten lebt ein Drittel der Familien in überbelegten Wohnungen. Dabei gibt es Lösungsansätze.

Body

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum zwingt Menschen zum Zusammenrücken. So wohnt jede dritte Familie in deutschen Großstädten in einer zu kleinen Wohnung. Zu dieser Erkenntnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln), das Zahlen für das Jahr 2020 ausgewertet hat. Besonders betroffen sind zudem Menschen mit Migrationshintergrund: Ein Fünftel von ihnen wohnt demnach beengt.

Insgesamt leben in deutschen Großstädten etwa sechs Prozent der Mieterhaushalte in beengten Verhältnissen also in Wohnungen mit weniger Räumen als Bewohnerinnen und Bewohnern. Auf der anderen Seite der Skala wohnen ebenfalls sechs Prozent in großzügigen Wohnungen: Das ist der Fall, wenn die Zahl der Räume die der Bewohnenden um drei übertrifft, also etwa ein Single in einer Vier-Zimmer-Wohnung.

Familien könnten sich wegen der hohen Mieten oft einen Umzug nicht leisten, außerdem zögen Studierende immer später von zu Hause aus, erklärte das IW die Entwicklung. Während 2003 nur 22,3 Prozent der Studierenden noch zu Hause wohnten, stieg die Quote bis 2018 auf 25,2 Prozent.

Zu knapper Wohnraum könne auch zu innerfamiliären Spannungen beitragen und etwa den Erfolg von Kindern in der Schule gefährden, geben die Forscher zu bedenken.

Energiekrise könnte Umdenken bewirken

In großzügigen Wohnungen wohnen demnach vor allem ältere Bestandsmieter. Das Tauschpotenzial der großen gegen die kleinen Wohnungen zeige sich »nur in der Theorie«, schreiben die Forscher. Denn für viele Bestandsmieterinnen und Bestandsmieter mit Altverträgen sei es schlicht günstiger, in einer größeren Wohnung zu bleiben, als in eine kleinere Wohnung mit teurerem Neuvertrag umzuziehen.

Die Energiekrise könne hier aber ein Umdenken bewirken. »Die gestiegenen Energiepreise setzen Anreize, von größeren in kleinere Wohnungen umzuziehen«, sagte IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer. »Die Bereitschaft sich zu verkleinern könnte durch Umzugshilfen und Unterstützungen bei der Wohnungssuche weiter gesteigert werden.«

Jede dritte Familie wohnt in zu kleiner Wohnung

Das Institut appellierte an die Politik, ihren Teil dazu beizutragen, »den Wohnungsbestand in Deutschland besser zu nutzen«. Das IW nannte etwa Dachausbauten, Aufstockungen oder die Schaffung von Einliegerwohnungen.

Grundsätzlich sei die Quote der Überbelegung im Vergleich zur Wohnkostenbelastung ein besserer Indikator für die Lage am Wohnungsmarkt, schreiben die Forscher.

So liege die Wohnkostenbelastung – also der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen – in den vergangenen zehn Jahren konstant bei einem Niveau von rund 25 Prozent in den Großstädten. Ursächlich hierfür seien positive Einkommensentwicklungen, geringe Anstiege von Mieten im Bestand und auch die Reaktion vieler Haushalte nicht umzuziehen. Das wiederum führe dann zur Überbelegung.

mmq/AFP

Graphic

picture alliance/dpa - Hochhaussiedlung in Baden-Württemberg: Gerade in Großstädten fehlt bezahlbarer Wohnraum

Load-Date: January 25, 2023

Enttäuschte Liebe

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; So gesehen

Length: 345 words

Byline: Stefan Kuzmany

Highlight: Die bittere Wahrheit über die Grünen.

Body

Der Skandal um vergessene Grundsätze der Grünen spitzt sich zu: Nach zahlreichen Grünenmitgliedern und mehreren Abgeordneten von Grünen und SPD, die Deutschlands Zustimmung zu einem Asylkompromiss der EU in offenen Briefen kritisieren, suchen nun auch immer mehr geschockte Wählerinnen und Wähler der Grünen die Öffentlichkeit. Ihre Berichte gleichen sich, aus zahlreichen Aussagen ergibt sich ein schlüssiges Gesamtbild: Im Wahlkampf zur Bundestagswahl wurden arglose Menschen mit attraktiven Werbespots und einem opulenten Wahlprogramm in den Glauben versetzt, die Grünen seien eine Partei, die gegen Krieg, für eine humane Asylpolitik und einen effektiven Klimaschutz eintrete. Die Spitzenkandidatin soll zudem immer wieder das Wohl von Kindern betont und damit besorgte Eltern auf ihre Seite gezogen haben, gleichzeitig weckte ihr Kompagnon offenbar mit aufreizenden Rhetoriktricks polit-erotische Fantasien auch bei Alleinstehenden.

Nach der Wahl und einer kurzen Phase hochtrabender Ankündigungen für die gemeinsame Zukunft begannen sich die Idole schnell zu verändern: Die kinderliebe Außenministerin verwunderte mit martialisch anmutenden Auftritten im Ausland, der sympathische Teilzeitpolitiker an der Spitze des Wirtschaftsministeriums entpuppte sich als bisweilen patzig auftretende Leidfigur. Zunehmend irritiert mussten ihre Wählerinnen und Wähler zur Kenntnis nehmen, wie die Grünen einer massiven Aufrüstung zustimmten, Kohlestrom zurückbrachten, die Sektorziele beim Klimaschutz aufgaben, mit einem unausgegorenen Heizungsgesetz für Verunsicherung sorgten, in den Verdacht der Vetternwirtschaft gerieten und schließlich eine Asylreform mittragen, die aus der CSU-Parteizentrale stammen könnte.

Jetzt mischen sich bei vielen Enttäuschung und Scham. Man habe sich doch so darauf gefreut, dass mit den Grünen in der Regierung schlagartig alles besser werde: für die Flüchtlinge, für die Kinder, für die Umwelt und für das Klima. Manche haben es dabei wohl schon geahnt, aber nicht wahrhaben wollen: Auch die Grünen sind nur eine ganz normale Regierungspartei.

Graphic

Enttäuschte Liebe

dpa - Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen

Load-Date: June 9, 2023

End of Document

Haben wir keine größeren Probleme als Löwen und Freibäder?

SPIEGEL ONLINE

21. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 2889 words

Byline: Mathieu von Rohr

Highlight: Was SPIEGEL-Leser zur Lage in deutschen Badeanstalten sagen. Warum der neueste Partner der EU zur Migrationsabwehr wohl selbst ein Schlepper ist. Wie groß Putins Angst vor Nawalny sein muss. Das ist die Lage am Freitagmorgen.

Body

Sind wir im Sommerloch angekommen?

Eigentlich gibt es das berühmte Sommerloch gar nicht. Die Welt dreht sich trotz der deutschen Sommerferien weiter. In der Ukraine wird gekämpft, in China ist der 100-jährige Henry Kissinger zu Besuch und einem russischen Oppositionellen drohen 20 Jahre Haft in einer Strafkolonie.

Doch als gestern die Nachricht über einen angeblichen Löwen durchs Land ging, der in der Nähe von Berlin ausgebrochen sei, da schien mir: Immerhin Deutschland ist nun im Sommerloch angekommen. Ob es sich um einen Löwen handelt, ist noch immer nicht klar, meine Kollegen haben darüber mit einem Zirkusdirektor gesprochen, der erhebliche Zweifel hat. Aber wenn der Löwe für etwas steht, dann dafür: Gefahren lauern jederzeit, überall, auch vor der eigenen Haustür.

Und im Freibad. Auch die Debatte über deutsche Freibäder hat in den vergangenen Tagen ungeahnte Ausmaße angenommen, nachdem Nachrichten über Prügeleien im Berliner Columbiabad landesweit die Schlagzeilen dominierten bis hin zu einer Umfrage, wonach 58 Prozent der Deutschen sich nun nicht mehr ins Freibad trauten. Ich habe daraufhin Sie, liebe Leserinnen und Leser, nach ihren Erfahrungen und Meinungen zur deutschen Freibad-Situation gefragt, und genauso hat mein Kollege Alexander Neubacher in der Lage am Abend um ihre Meinung gebeten. Und wir wurden von ihren Zuschriften überschwemmt vielen herzlichen Dank an alle, die sich die Zeit genommen haben, uns zu schreiben!

Zusammengefasst wage ich die Behauptung: Wie ernst die Lage im deutschen Freibad eingeschätzt wird, ist einerseits sehr subjektiv und andererseits ortsabhängig sehr unterschiedlich. Die meisten Leserinnen und Leser schilderten uns die paradiesische Situation in ihren Freibädern, in der thüringischen Provinz, in Baden-Württemberg, aber auch in Hamburg und München. Andere schätzten die Situation deutlich problematischer ein. Details erfahren Sie am Ende dieses Newsletters.

Der libysche General, mit dem die EU einen Deal machen will und der wohl selbst ein Schlepper ist

Haben wir keine größeren Probleme als Löwen und Freibäder?

Erst mal zu einer ernsteren Angelegenheit: der Flüchtlingskrise im Mittelmeer. Gestern habe ich mich schon zu Europas fragwürdigem neuem Partner bei der Abwehr von Migranten geäußert dem tunesischen Autokraten Kais Saied. Heute nun geht es um einen noch fragwürdigeren Herrscher, mit dem Europa gern kooperieren möchte: um den libyschen Warlord Khalifa Haftar. Er beherrscht die Region im Osten Libyens, wo das Schmugglergeschäft floriert. Vor allem Italien und Malta umwerben den Warlord deshalb seit Monaten, schon bald könnte die EU auch mit ihm einen Deal schließen: Haftar und seine Milizen sollen Europas Türsteher spielen und die Flüchtlinge aufhalten. Im Gegenzug dürfte Haftar sich fürstlich bezahlen lassen.

Nur lassen die Recherchen meiner SPIEGEL-Kollegen zusammen mit Partnermedien auf eine unangenehme Wahrheit schließen: Vieles deutet darauf hin, dass Haftar selbst ein Schlepper ist.

Das lässt sich am Schiffsunfall vor Griechenland nachvollziehen, bei dem im Juni Hunderte Menschen starben auch wegen der Untätigkeit der griechischen Behörden. Insgesamt drei Quellen ein Überlebender des Schiffbruchs, der Handlanger eines Schleppers und ein anderer libyscher Insider berichten unabhängig voneinander, dass es sich bei einem der wichtigsten Hintermänner der tödlichen Schmuggeloperation um einen Mann namens Muhammad A. handeln soll.

Er arbeitet demnach für die sogenannten Frogmen, eine Kampfschwimmereinheit der libyschen Marine, die von Haftar kontrolliert wird. Eine detaillierte Anfrage des SPIEGEL zu allen Vorwürfen ließen er und ein Sprecher Haftars unbeantwortet. Die Lektüre dieser Recherche empfehle ich Ihnen sehr.

Der Warlord und seine Schlepper: Wer schickte das überfüllte Flüchtlingsboot aufs Mittelmeer? Griechische Behörden haben neun Ägypter inhaftiert. Doch die wahren Hintermänner gehören offenbar zu Khalifa Haftar dem libyschen Kriegsherrn, den die EU umgarnt.

Putin kerkert Nawalny noch länger ein

Er ist seit anderthalb Jahren in Wladimir Putins Gewalt, eingesperrt in der IK-6-Strafkolonie, 235 Kilometer östlich von Moskau. Er hat gesundheitliche Probleme, wird immer wieder in Einzelhaft gesteckt; seinen Anwalt darf er nur durch eine Milchglasscheibe sprechen, aber nicht sehen. Und all das, nachdem Putin ihn schon mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok zu töten versuchte nun will er dasselbe offenbar in Zeitlupe erreichen.

Alexej Nawalny soll nun für 20 Jahre in eine Strafkolonie, das fordern die Staatsanwälte im geheimen Verfahren, das schon seit einem Monat in der Strafkolonie stattfindet. Und da die Justiz in Russland alles andere als unabhängig ist, ist zu befürchten, dass die Ankläger ihren Willen auch bekommen. Offiziell fällt das Urteil erst im August. Die Anklagepunkte lauten unter anderem auf Extremismus. Nawalny ist bereits zu elfeinhalb Jahren Gefängnis wegen angeblichen Betrugs verurteilt worden.

Al das bedeutet: Wladimir Putin hat offenbar vor diesem eingekerkerten Mann noch immer Angst, der nach seiner Vergiftung mutig nach Russland zurückkehrte. Und es ist wichtig, dass wir ihn nicht vergessen.

Prozess in Russland: Staatsanwaltschaft fordert 20 Jahre Haft für Nawalny

Koranverbrennungs-Tourette in Schweden

Was ist eigentlich in Schweden los? Schon zum dritten Mal hat dort jemand aus Protest einen Koran verbrannt ist das noch Meinungsfreiheit oder schon eine Art von Tourette?

In der islamischen Welt sorgt diese primitive Form des Protests für großen Ärger im Irak stürmte diese Woche eine Menschenmenge die schwedische Botschaft und legte Feuer, auch anderswo gibt es Proteste. Verärgert ist auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der dem schwedischen Nato-Beitritt jüngst zugestimmt hat.

Was es mit dem Thema auf sich hat, können Sie hier nachlesen: Zündeln mit Folgen

Zündeln mit Folgen: Wer in Schweden den Koran verbrennt und was das auf der Welt auslöst

Haben wir keine größeren Probleme als Löwen und Freibäder?

Meine Kollegin Anna-Sophie Schneider erklärt in diesem Text, warum in Schweden ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass Koranverbrennung eine angemessene Form der Meinungsäußerung sei. »Historisch sieht man sich in Stockholm dazu berufen: Als erstes Land der Welt garantierte Schweden die Pressefreiheit seit 1766. Wohl nirgendwo sonst sind Meinungs- und Pressefreiheitsrechte so umfassend geschützt wie in Skandinavien. Die Zeitung »Svenska Dagbladet« bezeichnete die Meinungsfreiheit unlängst als »Quelle des Nationalstolzes«.«

Meinungsfreiheit in Schweden: Aus Prinzip dafür!

Den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel lesen Sie hier

Bei Kopfschmerz Kopf ab? Das Individualrecht auf Asyl muss erhalten bleiben. Dafür allerdings braucht es Zuwanderungsregeln, die sich an den Interessen Deutschlands und der EU orientieren.

Freibad I: Bei den meisten ist es noch schön

Jetzt aber komme ich zu unserer selbstverständlich nicht-repräsentativen Umfrage zum Freibad (wobei ich nicht weiß, ob die Zahl der 58 Prozent, die angeblich nicht mehr ins Freibad wollen, wirklich aussagekräftiger ist. Ich nehme an, dass die Zahl vor allem ausdrückt, wie viele Leute die Probleme für real erachten.)

Erst komme ich zu den Menschen, die auf die angeblichen Freibad-Probleme mit Unverständnis und paradiesischen Freibad-Schilderungen reagiert haben sie machen die Mehrzahl der Zuschriften aus.

»Unsere Marktgemeinde betreibt zwei Freibäder, die ich seit über einem Jahrzehnt, in dem ich hier wohne, in der Kategorie schöne, freundliche Kindheitserinnerung eingruppieren würde. Vielleicht der Vorteil der Lage auf dem Land, vor den Toren der nächst größeren Stadt Landshut? Von Krawallen oder Pöbeleien ist hier so gut wie keine Spur. [] Wir gehen mit unseren zwei Kindern (5 und 7) sehr gern und häufig in das Freibad, das fröhlichen, ausgelassenen Spaß bedeutet.« So schreibt stellvertretend für viele ein Leser.

Ein anderer: »Ich gehe hier in Frankfurt im Sommer zu jeder möglichen Tageszeit ins Freibad und das einzig Schräge, was hier passiert, ist, dass mir ältere Damen oder Herren manchmal in die Bahn schwimmen. Ich plädiere für eine deutliche Abkühlung der Debatte.«

Eine Zuschrift aus Thüringen: »Bei uns in Leutenberg, einem kleinen Ort im Thüringer Schiefergebirge, der nahe Saalfeld liegt, gibt es das kleine idyllische Alexandrabad, ein Freibad im Ilmtal am Fuße der Friedensburg gelegen. Was ich in den Medien über Berlin höre, ist quasi das Gegenbild zu unserem Bad. Sommer, Sonne & Eis. Zu den größten Aufregern zählt noch der zeitlich begrenzte Ausfall der Solaranlage, sodass die Wassertemperatur nicht 24, sondern nur 23 Grad beträgt. [] An guten Tagen ist das Bad von 300 bis 400 Besuchern frequentiert, an den Wochentagen ist es geringer ausgelastet. In der Ferien finden Schwimmkurse für Kinder statt. Alles läuft ruhig.«

Und aus dem Taunus: »Ich bin Stammgast im TaunaBad Oberursel (Taunus). Seit Jahren und auch aktuell ist hier alles friedlich, schön und unbeschwert.«

Aus Bayern: »Ich lebe in Fürstenzell bei Passau. Wir haben ein wunderschönes Freibad, das gerne von Menschen aus dem weiteren Umkreis besucht wird. Von Menschen aller möglichen Kulturen, da sich im Landkreis inzwischen viele ausländische Bürger niedergelassen haben und in unserem Ort auch ein Asylantenheim ist. Keiner braucht hier Angst haben. Alle planschen friedlich mit- und nebeneinander. Und ich glaube, dass das in den meisten Bädern so ist!«

Freibad II: Einfach nur ein Berliner Problem?

Nicht wenige vermuten in der Angelegenheit ein typisches Berliner Problem und loben, dass anderswo der Sicherheitsdienst schnell eingreift.

So dieser Leser aus München: »Liebe SPIEGEL-Redaktion, bei uns in München gibt es nichts dergleichen, Sicherheitsdienst und Polizei greifen sehr schnell und konsequent durch. Anders als in Berlin, wo man Wegschauen gewohnt ist.«

Haben wir keine größeren Probleme als Löwen und Freibäder?

Und eine Leserin aus Südbaden: »Ich lebe in Freiburg und gehe regelmäßig, fast täglich, in das nahe gelegene Strandbad. Tatsächlich kommt es an heißen Tagen wohl gelegentlich zu Auseinandersetzungen verschiedener Gruppen und deshalb gibt es einen Sicherheitsdienst, der dann entsprechend eingreifen kann. Ich persönlich habe jedoch keine Angst, freue mich sehr diese Möglichkeit im Sommer zu haben Abkühlung zu finden und bin sehr froh täglich ein wenig das Gefühl von Urlaub zu erleben.«

Freibad III: War das nicht schon immer so?

Andere erinnern daran, dass es in Freibädern schon immer Jungsgruppen gab, die Ärger machten. So schreibt ein Leser: »Ich bin in Dortmund aufgewachsen. In den 60ern und 70ern galt es allerdings, einige Freibäder in anderen Stadtteilen zu meiden. Ebenso Jugendklubs. Das war das Territorium der Stollenpark-Boys, der Kreuzer, der Jungs aus Schüren etc. Da kam es leicht zu Schlägereien, vor allem, wenn man mit mehreren, d. h. mit seinen Freunden auftauchte. Also: nix Neues.«

Und eine Leserin: »In Aachen ist das Freibad ein schöner Ort zum Schwimmen und Entspannen. Für mich zum Bahnen Schwimmen oder für meine Kinder, die dort mit ihren Freunden eine gute Zeit habe. Laute Jugendliche mit unerfreulichen Begleiterscheinungen gab es übrigens vor 30 Jahren auch schon vermutlich auch vor 60 und 100. Vermutlich gehen die befragten angstvollen Deutschen gar nicht ins Freibad. Dafür fallen sie aber wieder einmal mehr auf rechtes Geschwafel rein, das es leider immer schneller aus den sozialen Medien in Zeitungen und Magazine schafft.«

Und eine Leserin: »3x wöchentlich ziehe ich im Sommer meine Bahnen im Olympiabad. Ja, da gibt es junge Männer mit viel Testosteron, heißt da wird gebalzt und posiert, was das Zeug hält, aber ich persönlich habe noch nie eine Situation beobachtet, die Angst auslösend gewesen wäre. Nichtsdestotrotz finde ich die Ausweiskontrollen am Eingang gut, insbesondere nachdem ich die langen Listen gesehen habe, auf denen die Personen mit Freibadverbot vermerkt waren.«

Freibad IV: Die Probleme sind real und dürfen nicht totgeschwiegen werden

Doch es gibt durchaus auch Leser, wenn auch eine klare Minderheit, die die Situation anders bewertet. Einer schreibt: »Ich persönlich gehe seit Jahren nicht mehr ins Freibad, obwohl es gerade mal 5 Minuten von mir Zuhause entfernt ist. Der Grund dafür ist zum einen, dass das Freibad extrem überfüllt ist und ich dann lieber an den Bodensee fahre, der auch nur 30 min mit dem Auto entfernt ist. Aber auch die Umgangsart und die Vorfälle sind einfach deutlich schlimmer geworden. Insbesondere seit der Flüchtlingswelle, gab es bei uns auch immer wieder negative Ereignisse, wie Schlägereien, Pöbeleien und sexuelle Belästigungen. [] Auch wenn das Freibad-Thema nur die Spitze eines Eisberges voller Integrationsprobleme darstellt, ist es wichtig, dass die Themen angesprochen werden, auch wenn sie unangenehm sind. Aber wir dürfen diese Felder nicht Rechtspopulisten wie der AfD überlassen.«

Ein anderer Leser schreibt: »Es ist leider schwer, sich bei all den Entwicklungen in Sachen Freibäder mit seinen Gedanken nicht in irgendeiner politisch rechten Ecke wiederzusehen. Denn was ich derzeit in Bädern auch in meiner Heimatstadt Hannover erlebe, ist auffällig. Es hat sich entwickelt. Horden junger und halbstarker Männer lungern teils provokant, teils aufgepumpt und posierend in den Bädern rum. Zwar gibt es keine gehäuften Eskalationen wie in Berlin. Dennoch macht es deren Verhalten einem nicht leicht, einen entspannten Tag im Freibad zu erleben. Früher gab es diese Klientel nur auf dem Jahrmarkt.«

Ein weiterer Leser schreibt: »In dem Freibad, in dem ich als Rettungsschwimmer tätig haben wir bereits seit 2019 (damals war ich noch kein Rettungsschwimmer und noch minderjährig) einen Sicherheitsdienst. Dieser kontrolliert ab 12 bis 14 Uhr alle Badegäste nach Rauschmitteln und gefährlichen Gegenständen. Ebenfalls patrouillieren die Sicherheitsmitarbeiter bei regem Betrieb auf der Liegewiese und sind dort auch für die Genehmigung von Pavillons und Strandmuscheln sowie die Sauberkeit zuständig. Ohne diese Kollegen würden wir als Rettungsschwimmer oder Bäderfachangestellte als Schichtleiter weder die Sicherheit an Land noch im Wasser gewährleisten können. Jedoch ist der Sicherheitsdienst teilweise auch dringend notwendig, da viele Gäste ansonsten dazu neigen die kleinste Situation eskalieren zu lassen. Im Kontakt mit Jugendlichen, welche die Badeordnung massiv übertreten haben, musste ich bisher nur ein einziges Mal auf den Sicherheitsdienst zurückgreifen, hier aber nur um die

Haben wir keine größeren Probleme als Löwen und Freibäder?

Sicherheit am Becken zu gewährleisten und den Wildpinkler auf der Liegewiese zur Rede zu stellen. Im Kontakt mit Eltern von Kindern, die unter den Begriff Grundschulpascha des Herrn Merz fallen würden.«

Freibad V: Und nun?

Das Fazit in der Angelegenheit überlasse ich gern Ihnen. Ich will nur eine Vermutung äußern: Das Freibad ist ein Spiegel der Gesellschaft. Wenn wir auf das Freibad blicken, dann sehen wir dort das, was wir auch sonst in der Gesellschaft sehen. Und je seltener man selbst ins Freibad geht, desto weniger spricht man über das Freibad als realen Ort, sondern als Projektionsfläche. Nur eine Gewissheit ziehe ich aus den vielen Zuschriften: Die meisten deutschen Freibäder sind offenbar noch keine Krisenzone.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Wie hieß der Oberbürgermeister Ost-Berlins zum Zeitpunkt des Mauerfalls?

Verlierer und Gewinner des Tages

ist auf jeden Fall **das deutsche Freibad**. Je nachdem, wie Sie darauf blicken selbstverständlich.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Hagelkörner in Tennisballgröße mehr als 110 Verletzte: Auf die Hitze folgte das Donnerwetter: Bei Gewittern in Italien sind zahlreiche Menschen zu Schaden gekommen. Das Format der Hagelkörner sorgt für Fassungslosigkeit.

Grüne in Umfrage mit tiefstem Wert seit 2018: Die Grünen büßen weiter an Popularität ein. In einer neuen Umfrage für die ARD erreicht die Partei den schlechtesten Wert seit mehr als fünf Jahren. Der Höhenflug der AfD setzt sich fort.

Putin schickt Tanker mit Flüssiggas auf die Arktis-Route: Ein Teufelskreis: Klimawandel und der Rückgang des Eises machen die Ausbeutung der Arktis lukrativ: In Sibirien setzte Kremlchef Putin jetzt die ersten LNG-Tanker in Marsch, die Flüssiggas für den Weltmarkt liefern sollen.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

»**Die Ukraine könnte für die Versorgung der Welt dauerhaft wegbrechen**«: Vor allem die ärmsten Länder könnten nach dem Ende des Getreideabkommens leiden. Die Agrarökonomin Bettina Rudloff erklärt, wie Russland die Not ausnutzt und warum sie dennoch für neue Verhandlungen plädiert.

Ein Hauch von Trump: Schon vor der Wahl säen Spaniens Konservative Zweifel am Ergebnis. Ihr Wahlkampf wird immer populistischer, eine Koalition mit der rechtsradikalen Partei Vox wahrscheinlicher. Die Folgen sind schon jetzt zu spüren.

Tour de Technik: Die Tour de France ist eine Schlacht um Sekunden. Experten tüfteln an jedem Detail der Rennmaschinen, selbst an der Kleidung.

Revolte, Schweigen, Rückkehr und jetzt der Titel? Noch im letzten Sommer revoltierte das spanische Fußball-Nationalteam gegen den Trainer. Die Hälfte der Spielerinnen lockte man zurück, auch der Coach ist noch dabei. Kann das gut gehen?

Wie wird alkoholfreier Wein zum Genuss? Entzieht man dem Wein Alkohol, fehlt es geschmacklich an »Körper« und »Mundgefühl«. Expertin Lisa Käßler erklärt, wie Winzer an überzeugenden Aromen tüfteln und warum Zucker eine große Rolle spielt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Mathieu von Rohr, Leiter des SPIEGEL-Auslandressorts

Graphic

dpa - Große Sorge: Ein Löwe im deutschen Wald? Bild aus Kleinmachnow in Brandenburg

dpa - Eis im Freibad sehr beliebt, hier in Köln

AFP or licensors - Haftar (M.) in Bengasi im Jahr 2021

IMAGO/Daniel Kubirski - Freibad in Schwetzingen (Baden-Württemberg)

AFP or licensors - Protest vor der schwedischen Botschaft in Baghdad am Donnerstag

picture alliance/dpa - Polizisten vor dem Berliner Columbiabad

dpa - Polizeifahrzeug vor dem Berliner Columbiabad am 17. Juli

AFP or licensors - Bild von Nawalny in der Strafkolonie (22. Juni 2023)

EPA - Ein Foto des überfüllten Boots, das am 14. Juni vor der griechischen Küste sank

DER SPIEGEL

dpa - Freibadgänger in Sigmaringen (Baden-Württemberg)

dpa - Szene im Berliner Prinzenbad

Load-Date: July 21, 2023

Kommunen verlangen bessere Ausstattung der Jobcenter für Heils »Jobturbo«

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Kritik an Sparpolitik

Length: 541 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Arbeitsminister Heil will Geflüchtete schneller in Arbeit bringen. Aus Sicht des Städtetags müssen dafür aber erst mal die Voraussetzungen geschaffen werden.

Body

Wer eine Bleibeperspektive hat, soll nach dem Willen von Hubertus Heil künftig schneller einen Job annehmen können als bisher. Der Deutsche Städtetag hat angesichts dieses angekündigten »Jobturbos« für Geflüchtete jedoch eine bessere Ausstattung der Jobcenter gefordert.

Städtetag-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte zu den Plänen des Bundesarbeitsministers aus der SPD: »Ein Integrationsturbo für Geflüchtete und Sparpolitik bei den Jobcentern passen nicht zusammen.«

Wenn Geflüchtete mit Bürgergeld künftig wie geplant alle sechs Wochen bei den Jobcentern vorstellig werden sollen, sei klar: »Die Jobcenter brauchen eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung.« In den vergangenen Jahren sei bei den Jobcentern allerdings mehr und mehr gespart worden. Dedy: »Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote wurden gekürzt.«

FDP verlangt mehr

Auch der CDU-Sozialpolitiker Kai Whittaker kritisierte, dass der »Jobturbo« angesichts der Kürzungen der Gelder für die Jobcenter nicht funktionieren könne. »Der Bundesregierung fällt viel zu spät auf, dass Flüchtlinge dringend in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen«, sagte der Bundestagsabgeordnete dem Redaktionsnetzwerk Deutschland(RND).. »Sie hat die Gelder für Jobcenter bereits gekürzt und jetzt will Arbeitsminister Heil dort noch weitere Aufgaben draufpacken. Genau in den Jobcentern werden die Flüchtlinge jedoch in Arbeit vermittelt.«

Vom Ampelpartner FDP kamen ebenfalls bereits Nachbesserungswünsche. »Integrations- und Sprachkurse sind wichtig, aber noch wichtiger ist ein eigener Job, denn in diesem gelingt auch die fortlaufende und praxistaugliche Integration in Gesellschaft am besten«, sagte der Bürgergeldsprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jens Teutrine, dem RND.

Heil hatte angekündigt, Geflüchtete mit einer Bleibeperspektive schneller »von der Schulbank der Integrationskurse an den Arbeitsplatz zu bringen.« Nach einer ersten Phase der Orientierung und des Deutscherwerbs müsse der

Kommunen verlangen bessere Ausstattung der Jobcenter für Heils »Jobturbo«

»Jobturbo« eingelegt werden, sagte Heil am Mittwoch. Dabei gehe es um rund 400.000 Menschen, »die derzeit im Bürgergeld sind und bereits Sprachkenntnisse erworben haben«. Die größte Gruppe unter diesen Menschen sind Geflüchtete aus der Ukraine. Vor allem sei eine stärkere Betreuung durch die Jobcenter vorgesehen.

Der Ansatz, Geflüchtete schneller in Arbeit zu bringen, sei dabei genau richtig, sagte nun Dedy. Dies sei gut für Integration und könne gegen den Fachkräftemangel wirken. Die Joboffensive müsse jedoch alle Geflüchteten mit Bleibeperspektive in den Blick nehmen »und nicht nur Geflüchtete aus der Ukraine und bereits anerkannte Asylbewerber, die Bürgergeld beziehen«. Geflüchtete, die auf die Kommunen verteilt wurden und absehbar längere Zeit in Deutschland bleiben werden, sollten möglichst schnell Arbeit aufnehmen können. »Die Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen aus den Heimatländern muss dafür deutlich schneller und unbürokratischer werden«, forderte Dedy.

Teutrine rief die Jobcenter auf, Flüchtlinge auch in Jobs zu vermitteln, für die sie überqualifiziert sind. Die Gesetzeslage »welche auch eine Vermittlung in Arbeitsplätze mit geringeren Qualifikationsanforderungen vorsieht«, müsse konsequent angewendet werden, forderte er.

apr/AFP/dpa

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

Bürger stimmen gegen Container-Unterkünfte für Asylsuchende

SPIEGEL ONLINE

28. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Grevesmühlen in Nordwestmecklenburg

Length: 463 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: Bei einem Bürgerentscheid haben mehr als 91 Prozent der Grevesmühlener abgelehnt, dem Landkreis Flächen für Flüchtlingsunterkünfte zu überlassen. Diese hätten das benachbarte Upahl entlastet.

Body

Grevesmühlen im Landkreis Nordwestmecklenburg darf laut einem Bürgerentscheid keinen stadteigenen Boden für den Bau von Containerdörfern für Asylsuchende an den Kreis abgeben. Bei dem Entscheid votierten 91,4 Prozent der Teilnehmer gegen eine Verpachtung oder einen Verkauf städtischer Flächen für diesen Zweck.

Die Beteiligung an der Abstimmung betrug 46,5 Prozent. Von allen Abstimmungsberechtigten stimmten 42,5 Prozent mit »Nein«. Damit wurde das gesetzlich vorgegebene Mindestquorum von 25 Prozent erreicht. Auch in Greifswald war im Juni per Bürgerentscheid festgelegt worden, dass keine stadteigenen Flächen für den Bau von Containerdörfern an den Landkreis Vorpommern-Greifswald abgegeben werden dürfen.

Votum gilt für zwei Jahre

Grevesmühlen ist laut Bürgermeister Lars Prahler (parteilos) zwei Jahre an das Bürgervotum gebunden. Private Flächen sind davon nicht betroffen. Auch wird nur die Errichtung von Container-Unterkünften abgelehnt. Grevesmühlen könne dem Landkreis weiterhin Grundstücke für feste Gebäude, Zelte oder Sporthallen für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung stellen, heißt es auf der Internetseite der Stadt.

Hintergrund des Bürgerentscheids in Grevesmühlen war ein Beschluss der Stadtvertretung vom April, wonach dem Landkreis zwei stadteigene Flächen zur Unterbringung von Geflüchteten angeboten werden sollten. Dabei ging es Prahler zufolge bei einem Standort am Ortsausgang Richtung Klütz um eine mögliche Containeranlage. Sie sollte eine kurzfristige Unterbringung ermöglichen, um zusammen mit anderen Gemeinden eine Alternative zu Upahl zu bieten und solange stehen, bis der zweite Standort realisiert ist.

Dauerhafte Einrichtung an einem zweiten Standort

Auf dem zweiten Standort in der Sandstraße in Grevesmühlen soll den Angaben zufolge eine dauerhafte Einrichtung entstehen. Prahler zufolge hat der Landkreis nur für diesen zweiten Standort bisher Interesse gezeigt.

Bürger stimmen gegen Container-Unterkünfte für Asylsuchende

Das gut 10.000 Einwohner zählende Grevesmühlen liegt wenige Kilometer von Upahl entfernt, wo es seit Jahresbeginn Proteste gegen Pläne für den Bau eines zeitweisen Containerdorfes für Asylsuchende gibt. Zunächst waren dort 400 Plätze geplant, derzeit sind 250 Plätze vorgesehen. Mit dem Bau ist inzwischen begonnen worden.

Grevesmühlen als zweitgrößte Stadt im Landkreis Nordwestmecklenburg kann sich Prahlers Worten zufolge nicht aus der Gesamtverantwortung stehlen. »Wenn sich mehrere Städte im Landkreis die bestehende Aufgabe gerecht teilen, ist auch die Größe der jeweiligen Einrichtung aus meiner Sicht zumutbar«, erklärte er auf der Internetseite der Stadt. »Für Grevesmühlen stehen seitens des Landkreises in der besagten Dauereinrichtung an der Sandstraße nach meinen Informationen 150 Plätze zur Rede, und zwar nur, wenn Upahl bis dahin zurückgebaut ist.«

jpa/dpa

Graphic

IMAGO/BildFunkMV - Proteste gegen die geplante Asylunterkunft im benachbarten Upahl im Landkreis Nordwestmecklenburg im April 2023.

Load-Date: August 27, 2023

End of Document

Männer sollen Asylbewerber bedroht haben, der mutmaßlich Frauen folgte

SPIEGEL ONLINE

05. April 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Offenbar Selbstjustiz in Wismar

Length: 969 words

Byline: Sven Scharf

Highlight: In Wismar soll ein Geflüchteter Frauen belästigt haben. Im Netz kursieren persönliche Informationen über ihn, ein CDU-Landrat spricht von einem »Problemmann« aus Tunesien. Nun wurde der Asylbewerber wohl bedroht.

Body

In Wismar gab es in der vergangenen Woche wohl mindestens einen Fall von Selbstjustiz. Zwei Männer sollen am Freitag einen Geflüchteten aus Tunesien bedroht haben, dem vorgeworfen wird, Frauen und Mädchen gefolgt zu sein. Einen Tag zuvor hatte Nordwestmecklenburgs Landrat Tino Schomann auf einer live ins Internet übertragenen CDU/CSU-Veranstaltung über den Mann gesprochen und diesen als »Problemmann, der Frauen nachstellt« bezeichnet. Ein Grünen-Mitglied aus der Bürgerschaft von Wismar wirft Schomann nun vor, »Öl ins Feuer« gegossen zu haben. Zunächst hatte der NDR berichtet.

Gegen den Asylbewerber liegen mehrere Anzeigen wegen Nachstellens (Stalking) vor, weil er Frauen und Mädchen zu deren Wohnhäusern gefolgt sein soll. Die Polizei hat nach eigener Aussage mehrmals mit ihm gesprochen, ihn verwarnet und auch mehrfach in Gewahrsam genommen. Strafrechtlich relevant sei sein Verhalten aber bisher noch nicht.

Der Leiter der Polizeiinspektion Wismar, Uwe Oertel, sagte dem NDR, dass es nach aktuellem Ermittlungsstand »keinerlei körperliche Übergriffe oder Ansprechen oder Ähnliches« seitens des Tunesiers gegeben habe. Der 24-Jährige bekomme von der Polizei ein Gefährderanschreiben. Er solle Kinder nicht weiter beobachten. Ansonsten würde gegen ihn wegen des Straftatbestandes des Nachstellens ermittelt.

Die Pressestelle der Polizeiinspektion Wismar teile auf SPIEGEL-Anfrage mit, dass im Zuge der Berichterstattung der vergangenen Tage inzwischen zwei weitere Frauen Anzeige gegen den Mann aus Tunesien gestellt haben. Der Straftatbestand des Nachstellens (Stalking) ist in Paragraph 238 des Strafgesetzbuches (StGB) definiert. Um eine Person rechtlich belangen zu können, muss diese einer anderen Person wiederholt nachgestellt haben. Ein einmaliges unerwünschtes Verhalten stellt in der Regel noch kein Nachstellen dar.

Fotos und Gerüchte in den sozialen Netzwerken

Bereits vor der mutmaßlichen Bedrohung am Freitag kursierten Fotos des 24-Jährigen in sozialen Netzwerken, sein Name und sein Wohnort wurden veröffentlicht. Ebenso wurde ein Elternbrief einer Schulleiterin in den sozialen

Männer sollen Asylbewerber bedroht haben, der mutmaßlich Frauen folgte

Medien geteilt, in dem es darum ging, dass eine Achtjährige auf einem Spielplatz angesprochen worden sei. Laut Polizei hat dieser Fall nichts mit dem des Tunesiers zu tun. Trotzdem gehe es im Internet nur um den Asylbewerber.

Nordwestmecklenburgs Landrat Schomann meldete sich auf dem Kommunalgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 30. März zu Wort und sprach davon, dass es in seinem Landkreis einen Mann aus Tunesien gebe, der »gerade gestern kleinen Mädchen« nachgestellt habe. Der Mann tue dies seit vielen Monaten. Das sei bekannt. Der Tunesier sollte laut Schomann eigentlich nach Italien abgeschoben werden. Da Rom die Aufnahme aber verweigert habe, sei der Mann in Deutschland in ein Asylaufnahmeverfahren gekommen. Und weiter: »Alle wissen, dass er abgeschoben wird. Aber die bürokratischen Mühlen laufen sehr langsam.«

»Damit wir keine Fälle wie in Brokstedt erleben«

Schomann führte weiter aus, dass der deutsche Rechtsstaat gut und richtig sei, aber »irgendwann ist auch mal gut«. Dann müsse man die Menschen auch zurückführen, »damit wir die Akzeptanz haben und damit wir keine Fälle wie in Brokstedt oder anderen Orten erleben«. In einem Regionalzug bei Brokstedt hatte ein mutmaßlich staatenloser Palästinenser Ende Januar zwei Teenager getötet und fünf weitere Menschen verletzt. In der Folge kam es unter anderem auf politischer Ebene zu Diskussionen darüber, warum der Mann nicht abgeschoben worden ist. Mehr zu den Hintergründen der Tat von Brokstedt erfahren Sie hier. Eine Aufzeichnung des Kommunalgipfels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist nach wie vor im Internet abrufbar.

In der darauffolgenden Nacht ist der Tunesier laut Polizeiangaben in Wismar bei einem Angriff durch einen Schlag mit einer Bierflasche leicht verletzt worden. Am 31. März wurde der Mann nach Behördenangaben in der Nähe seines Wohnorts dann von zwei Männern bedroht. Einer der beiden Männer soll eine Art Baseballschläger bei sich gehabt haben.

Schomann teilte auf NDR-Anfrage mit, er habe sich mit seinen Äußerungen auf eine Pressemitteilung der Polizei bezogen, »die einen problematischen Fall bereits öffentlich thematisiert hatte«. Er verurteile das Aufrufen zur Selbstjustiz auf das Schärfste.

Der Vorsitzende der Grünen in der Wismarer Bürgerschaft, René Fuhrwerk, sagte dem NDR, dass Schomann so detailliert über den Tunesier gesprochen habe, dass »ein Rückschluss auf die Person möglich« gewesen sei. Somit habe der Landrat »für mich eine Grenze überschritten und damit Öl ins Feuer gegossen«.

Polizei: Selbstjustiz ist keine Zivilcourage

Die Polizei ermittelt nun gegen die Personen, die in sozialen Medien unberechtigt Daten und Bilder veröffentlicht haben. Laut Uwe Oertel, dem Leiter der Polizeiinspektion Wismar, tut die Polizei alles, um möglichst jede Straftat zu verhindern. »Sowohl die zum Nachteil des tunesischen Asylbewerbers und natürlich die zum Nachteil der Bevölkerung.« Gegen die Männer, die Selbstjustiz verübt haben sollen, werde wegen des Verdachts der Körperverletzung und Bedrohung ermittelt.

Oertel weist darauf hin, »dass Selbstjustiz keine Option und damit auch keine Form der Zivilcourage« sei. Und weiter: »Uns ist sehr wohl bewusst, dass sich die geschädigten Frauen und Mädchen durch das Verhalten des Mannes belästigt und bedroht fühlen. Das Verhalten führt zu einer Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Beamten des Wismarer Hauptreviers haben den Mann und die Bereiche, in denen er sich aufhält, verstärkt im Fokus, um weitere Vorfälle zu verhindern.«

In dem Landkreis Nordwestmecklenburg liegt auch Upahl, das in den vergangenen Wochen durch massive Proteste gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in die Schlagzeilen geriet. Mehr dazu lesen Sie hier.

Männer sollen Asylbewerber bedroht haben, der mutmaßlich Frauen folgte

Graphic

dpa - CDU-Politiker Tino Schomann: »Die bürokratischen Mühlen laufen sehr langsam«

Load-Date: April 5, 2023

End of Document

Postbank-Kunden brauchen erneut Geduld

SPIEGEL ONLINE

28. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; IT-Umstellung

Length: 418 words

Byline: Michael Kröger

Highlight: Die Deutsche Bank treibt die Integration der Postbank voran. Bald soll auch die IT auf einer gemeinsamen Plattform laufen. Kunden müssen am Wochenende mit Einschränkungen rechnen.

Body

Die Deutsche Bank verspricht Postbank-Kunden bei der anstehenden dritten Welle der Umstellung der Technik besseren Service und schnellere Lösung von Problemen. »Wir verdreifachen die Kapazitäten in den Call-Centern. Neben der **Migration** selbst war dies eine große Herausforderung im Januar: Wir hatten zeitweise Wartezeiten in den Call-Centern, die zu lang waren«, sagte Karsten Roesch, einer der Projektleiter.

Von Freitag bis einschließlich Montag ist der vorletzte Schritt der Übertragung von Kundendaten der zum Deutsche-Bank-Konzern gehörenden Postbank auf eine gemeinsame IT-Plattform geplant. Beim letzten Transfer rund um den Jahreswechsel hatten Kunden tagelang über große Probleme im Online-Banking geklagt.

Nun müssen sich Kundinnen und Kunden erneut auf Einschränkungen einstellen, wie die Postbank auf ihrer Internetseite erläutert: Von Freitag, 17 Uhr, bis Montag, 9 beziehungsweise 14 Uhr sind Bankgeschäfte weder per Postbank-App übers Smartphone noch online am heimischen Computer oder per Telefon möglich. Auch den Gang zum Postbank-Automaten kann man sich während der Umstellung sparen.

Gemessen an der Kundenzahl ist die anstehende Welle die größte: Daten von etwa fünf Millionen Postbank-Kunden werden auf die gemeinsame Plattform geholt: Girokonten, Tages- und Termingeld sowie Sparprodukte. »Wir haben fast 3000 Mitarbeitende in dem Projekt, etwa 1000 davon werden am kommenden Wochenende 72 Stunden rund um die Uhr im Schichtbetrieb im Einsatz sein«, erläuterte IT-Manager Stefan Peschke.

Bei Kreditkarten kann es den Angaben zufolge vorkommen, dass Kunden infolge des Datenumzugs ihre Umsätze bis zu zehn Tage nicht einsehen können. »Die Kreditkarte ist in der Regel immer einsetzbar, da gibt es kaum Einschränkungen«, betonte Projektleiter Roesch. »Es ist das Einsehen von Salden und Transaktionen, was erst im Nachlauf funktioniert.«

Ziel des Projekts »Unity« ist es, zwölf Millionen Kunden der Postbank mit sieben Millionen Deutsche-Bank-Kunden in Deutschland auf einer IT-Plattform zusammenzuführen. So will die Deutsche Bank von 2025 an pro Jahr 300 Millionen Euro einsparen. Zur Jahresmitte 2023 soll die Migration abgeschlossen sein. Dann sind noch zwei Millionen Kunden und etwa vier Millionen Verträge zu übertragen: Firmenkundengeschäft, Baufinanzierung sowie

Postbank-Kunden brauchen erneut Geduld

Ratenkredite. »Unser Ziel ist es, das Rechenzentrum der Postbank sozusagen besenrein wieder zurückzugeben«, sagte Peschke. »Alles, was es dort gibt, wird migriert, und dann brauchen wir dieses Rechenzentrum nicht mehr.«

mik/dpa

Graphic

dpa - Logos von Deutscher und Post-Bank: Besenreines Rechenzentrum ist das Ziel

Load-Date: March 28, 2023

End of Document

Baerbock und Heil werben in Brasilien um Pflegekräfte

SPIEGEL ONLINE

05. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Absichtserklärung für »faire Einwanderung«

Length: 953 words

Byline: Johanna Soll

Highlight: In Deutschland fehlt Pflegepersonal in Brasilien ist in dem Sektor jeder Zehnte arbeitslos. Auf ihrer Südamerikareise setzen sich die Minister Heil und Baerbock für »faire Migration« von Fachkräften ein.

Body

Im Bemühen um mehr Fachkräfte aus Drittstaaten für den deutschen Arbeitsmarkt haben Deutschland und Brasilien am Montag eine Absichtserklärung für »faire Einwanderung« unterzeichnet. »Ich freue mich, dass wir die Partnerschaft zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft noch intensivieren werden«, sagte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Er reist derzeit mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mehrere Tage lang durch Südamerika.

Die Erklärung unterzeichnete Heil gemeinsam mit seinem brasilianischen Amtskollegen Luiz Marinho. Ziel sei es, »faire und vereinfachte Strukturen zu schaffen, um den beidseitigen Fachkräfteaustausch zu fördern«, teilte das Bundesarbeitsministerium mit. Dabei geht es vor allem um den Bereich Pflege.

Derzeit würden in Brasilien »vermehrt Möglichkeiten geschaffen, die zukünftige Pflegende besonders für den deutschen Arbeitsmarkt ausbilden«, hieß es weiter. Nun sollen die zuständigen Behörden ihre Zusammenarbeit intensivieren. Ihm sei es »wichtig, dass beim Thema Fachkräfteeinwanderung alle profitieren«, so Heil. Brasilien ist das einzige Land der Region, mit dem Deutschland seit 2008 durch eine strategische Partnerschaft verbunden ist. Das größte Land Südamerikas ist dort auch wichtigster deutscher Handelspartner. Aktuell arbeiten nach Heils Angaben bis zu 200 brasilianische Pflegekräfte in Deutschland.

»Faire Migration ist im wechselseitigen Interesse«

Baerbock und Heil hatten am Montag eine mehrtägige Reise durch Südamerika begonnen, die sie zunächst nach Brasilien führt. Baerbock reist dann noch weiter nach Kolumbien und Panama. Die Reise soll auch dazu dienen, Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt anzuwerben. In Brasilien geht es unter anderem um Pflegekräfte. Dort sei »jede zehnte Pflegekraft arbeitslos trotz guter Ausbildung«, schrieben Baerbock und Heil in einem Beitrag für die »FAZ«.

Heil nannte die Anwerbung von Pflegekräften ein sensibles Thema. Nach den Regeln der Weltgesundheitsorganisation WHO dürfe man Ländern, die zu wenig Pflegekräfte hätten, keine abjagen. Wenn man besser kooperiere und faire Regeln aufstelle, »auch für faire Migration, dann ist das im wechselseitigen

Baerbock und Heil werben in Brasilien um Pflegekräfte

Interesse«. In der Vergangenheit habe es viel zu bürokratische Verfahren und ein abschreckendes Einwanderungsrecht gegeben.

Ziel sei es daher, künftig deutlich mehr Visa für ausländische Arbeitskräfte auszugeben. Im vergangenen Jahr seien nicht einmal 100.000 Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland gekommen »das reicht nicht«, schrieben Baerbock und Heil. Die Regierung wolle deshalb vor allem Bürokratie abbauen und den Familiennachzug erleichtern und dafür im Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten »bis Ende 2024 viermal so viele Visa für Fachkräfte bearbeiten wie bisher«.

Die Bundesagentur für Arbeit(BA) und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stellen nur dann Pflegefachkräfte ein, wenn die Herkunftsländer zustimmen. Mit der brasilianischen Pflegekammer Cofen hat die BA vor einem Jahr eine Absprache zur Vermittlung von Pflegefachkräften unterzeichnet. Darin stehen Regeln zur Bewerberauswahl, zum Vermittlungsprozess, zum Spracherwerb und zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen.

Heil zufolge hält die BA die Anwerbung von bis zu 700 Pflegekräften pro Jahr für möglich. In Brasilien gibt es nach Angaben des Berufsverbands Cofen 2,5 Millionen Krankenpfleger. Die Arbeitslosenquote in dem Sektor lag 2021 bei mehr als zehn Prozent. Die BA rekrutiert seit 2018 brasilianische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt. Derzeit betreut sie nach eigenen Angaben 374 Bewerber aus Pflegeberufen, 43 aus technischen und Handwerksberufen sowie 42 aus Ingenieur- und IT-Berufen.

Baerbock mit Zwischentönen zu Lula

Baerbock richtete den Blick auch auf andere Bereiche der Kooperation. Die neue Regierung unter Präsident Lula wolle Brasiliens starke Stimme bei der Lösung der drängendsten globalen Herausforderungen einbringen. »Dabei verbindet uns der feste Glaube, dass es Wohlstand nur geben kann, wenn Freiheit und Frieden herrschen auch wenn wir, wie zuletzt beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, unterschiedliche Blickwinkel haben«, so die Ministerin.

Wie selten zuvor seien die wirtschaftlichen und ökologischen Interessen eng miteinander verwoben. Ohne Lateinamerika werde man die Klimakrise nicht eindämmen. »Am Amazonas geht jede Minute Regenwald auf einer Fläche von drei Fußballfeldern in Rauch auf oder fällt den Kettensägen zum Opfer«, so die Grünenpolitikerin. »Das hat Folgen für uns alle. Fallen die Bäume weiter, kippt das ganze Ökosystem.« Deshalb teile man die Ambitionen der brasilianischen Regierung, den Waldanrainern wirtschaftliche Perspektiven zu bieten nicht gegen den Wald, sondern mit ihm.

Lateinamerika nannte sie einen potenziellen Giganten der Weltwirtschaft. »Sichere Lieferketten, grüne Energien, weniger Abhängigkeit bei Rohstoffen seit dem russischen Angriffskrieg ordnen wir die Fäden unserer globalen Verflechtung mit großem Tempo neu.« Man wolle ein dichtes und nachhaltiges Netzwerk auch über den Atlantik spannen.

Mit der Reise verbindet Baerbock auch die Hoffnung, das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten mit der EU voranzubringen. Dies würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, so die Außenministerin. Grundsätzlich hatten sich die EU und die Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay bereits vor rund vier Jahren auf eine politische Vereinbarung geeinigt. Das Abkommen bedarf noch der Zustimmung des Rats der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments. Stimmen diese zu, kann der Ratifizierungsprozess starten. Im Rahmen der Ratifizierung müssen alle nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen.

jso/sev/AFP/dpa

Graphic

Baerbock und Heil werben in Brasilien um Pflegekräfte

dpa - Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bei ihrer Ankunft in Brasilien

Load-Date: June 5, 2023

End of Document

Schweiz kann Autoverkauf ukrainischer Geflüchteter kaum durchsetzen

SPIEGEL ONLINE

23. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Bei Bezug von Sozialhilfe

Length: 321 words

Byline: Johanna Soll

Highlight: Aus der Ukraine in die Schweiz Geflüchtete müssen seit einigen Monaten ihr Auto verkaufen, wenn sie weiter Sozialhilfe beziehen wollen. Jetzt schauen die zuständigen Behörden genauer hin.

Body

Ukrainer, die vor dem russischen Angriffskrieg in die Schweizgeflohen sind, können nun Probleme mit den eidgenössischen Behörden bekommen – sofern sie Sozialhilfe beziehen. Ein Jahr nach der Ankunft steht eine Vermögensprüfung an. Autobesitzer unter den Flüchtlingen sind deshalb verpflichtet, ihr Fahrzeug zu verkaufen, wenn damit der Vermögensfreibetrag überstiegen wird.

Die Umsetzung in der Praxis gestaltet sich allerdings als schwierig. Bisher haben die Schweizer Behörden noch keinen Autoverkauf verfügt, doch es sind rund ein Dutzend Fälle anhängig, in denen sich betroffene Ukrainer dagegen wehren. Im Kanton Waadt werden fast 50 Fälle bearbeitet, in denen die Sozialbehörden einen Autoverkauf erwägen. Dies berichtet »SRF«.

Um ihr Auto nicht verkaufen zu müssen, legen die Halter Papiere vor, wonach das Fahrzeug einer Person gehört, die in der Ukrainelebt oder geleast ist. Andere ukrainische Pkw-Besitzer hätten nach Schweizer Angaben ihr Auto in die Ukraine zurückgebracht, sobald sie vom Sozialamt von der Verkaufspflicht erfahren haben.

Die Pflicht betrifft insgesamt nur wenige ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz. Da höchstens jeder zehnte dieser Haushalte dort über ein Auto verfügt, wird es wohl nicht zu vielen Zwangsverkäufen kommen. Das liegt auch am Wert der betreffenden Autos. »Die wenigsten Fahrzeuge sind so viel wert, dass es sich lohnt, das Auto in der Schweiz zu verkaufen«, sagte Renata Gäumann, die Asylkoordinatorin von Basel-Stadt gegenüber »SRF«. Der Wert des Autos müsse den Vermögensfreibetrag des jeweiligen Haushalts übersteigen, »und das ist in den meisten Fällen nicht gegeben. Das sind keine Luxusautos«, so Gäumann.

Hierzulande wird sowohl bei Deutschen als auch bei ukrainischen Geflüchteten ein Auto grundsätzlich nicht für das zu berücksichtigende Vermögen beim Bezug von Sozialleistungen angerechnet. Daher besteht in der Regel auch nicht die Pflicht, das eigene Auto zu verkaufen.

jso

Graphic

IMAGO/Geisser - Die Schweizer Sozialbehörden wollen Flüchtlinge aus der Ukraine verpflichten, ihre Autos zu verkaufen: Hier ein Fahrzeug mit entsprechendem Kennzeichen

Load-Date: May 23, 2023

End of Document

Länder drängen auf Flüchtlings-Sondergipfel mit Scholz

SPIEGEL ONLINE

07. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Kommunen am Limit

Length: 396 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Die Zahl der **Flüchtlinge** in Deutschland steigt, Kommunen schlagen wegen Überlastung Alarm. Bei einem Treffen mit Olaf Scholz wollen die Bundesländer das Thema besprechen.

Body

Die unionsgeführten Bundesländer drängen geschlossen auf eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Wie der SPIEGEL erfuhr, soll es dabei um den weiteren Umgang mit steigenden **Flüchtlingszahlen** gehen.

»Nordrhein-Westfalen steht zu seiner Verantwortung, schutz- und asylsuchende Menschen aufzunehmen und unterzubringen«, sagte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst dem SPIEGEL. Allerdings bräuchten die Kommunen »jetzt dringend schnelle Unterstützung aus Berlin, um weiterhin helfen zu können«.

Der Druck vor Ort müsse zurückgenommen werden. »Deshalb brauchen wir so schnell wie möglich ein Gipfeltreffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler«, so Wüst. Ein möglicher Termin für das Treffen sei im April, um Ostern herum, heißt es aufseiten der Länder.

Auch der MPK-Vorsitzende, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), spricht sich für einen solchen Sondergipfel aus. Eine Sprecherin des niedersächsischen Ministerpräsidenten teilte auf SPIEGEL-Anfrage mit, Bund und Länder hätten vereinbart, »rund um Ostern die Flüchtlingsthematik erneut zu bewerten«. Zunächst gehe es für die Länder darum, bei der kommenden MPK-Runde am 16. März eine gemeinsame Linie zu vereinbaren und sich dann mit dem Bund auf ein zügiges Vorgehen zu verständigen.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatte sich die Lage in den Kommunen aufgrund der hohen Zahlen geflüchteter Menschen immer weiter zugespitzt. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, dem Iran, dem Irak oder der Ukraine. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges kamen allein von dort mehr als 200.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen.

»Machen wir uns ehrlich: Die allermeisten Menschen, die zu uns kommen, werden lange, viele von ihnen werden dauerhaft in Deutschland bleiben. Wir müssen diesen Menschen gerecht werden«, sagt Wüst. Unterbringung, Kita- und Schulbesuch für die Kinder, Integration: Das alles seien kostenintensive Langzeitaufgaben. »Länder und Kommunen können das nicht alleine stemmen.«

Länder drängen auf Flüchtlings-Sondergipfel mit Scholz

Wüst hatte bereits im Januar einen Brief an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verfasst, der dem SPIEGEL vorliegt. Darin forderte der NRW-Ministerpräsident unter anderem mehr Unterstützung vom Bund bei der Unterbringung Geflüchteter. Sowohl die Unterbringung als auch die Integration seien »enorme Herausforderungen«, heißt es darin.

cte/ssi

Graphic

picture alliance/dpa - Stephan Weil (hinten links) Olaf Scholz und Hendrik Wüst

Load-Date: March 7, 2023

End of Document

Zeugin belastet Angeklagten im Prozess um Brand in Asylbewerberheim

SPIEGEL ONLINE

31. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Tödlicher Anschlag in Saarlouis

Length: 320 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: Wer ist schuld am Feuertod eines Asylbewerbers in Saarlouis im Jahr 1991? Eine Zeugin sagte nun, ein Mann habe ihr Jahre später die Tat gestanden. Der behauptet vor Gericht, die Frau habe sich verhöhrt.

Body

Im Prozess um einen tödlichen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim 1991 in Saarlouis hat die Hauptzeugin den Angeklagten schwer belastet. Der 51-Jährige habe ihr 2007 bei einem Grillfest mit Blick auf diese Straftat gesagt: »Das war ich und sie haben mich nie erwischt.« Der Angeklagte sei nicht betrunken gewesen, ergänzte die gleichaltrige Zeugin am Dienstag vor dem Oberlandesgericht (OLG) Koblenz.

Sie habe bei dem Fest noch nicht gewusst, dass es bei dem Anschlag 1991 auch einen Toten gegeben habe. Das habe sie erst 2019 im Internet gelesen und daraufhin Anzeige erstattet.

Die Zeugin hat ihn nach eigenen Worten als »unscheinbar« ohne aggressives Auftreten und ohne extremistische Äußerungen in Erinnerung. Es sei ihr zunächst abwegig erschienen, warum er einer ihm fremden Frau ein echtes Geständnis machen sollte. Vielleicht habe er gedacht, »er kann bei mir was reißen« sie wisse es nicht.

Der Angeklagte wies die Tatvorwürfe am Dienstag erneut zurück. Er habe der Zeugin bei dem Grillfest 2007 zu dem Brandanschlag gesagt: »Ich war's net.« Dieses in saarländischer Mundart gesprochene »net« habe sie vielleicht überhört. Als der Vorsitzende Richter Konrad Leitges den Angeklagten aus einer früheren Vernehmung zitierte, wonach die Zeugin sein Leben zerstört habe, bekräftigte der 51-Jährige dies: »natürlich«!

Der Mann steht seit November 2022 wegen Mordes in einem Fall sowie versuchten Mordes in 20 Fällen vor einem Staatsschutzsenat des OLG Koblenz. Bei dem Brandanschlag im Saarland vor mehr als drei Jahrzehnten war der 27-jährige Asylbewerber Samuel Yeboah aus dem westafrikanischen Ghananach schwersten Verbrennungen gestorben. Zwei andere Hausbewohner sprangen aus einem Fenster der Flüchtlingsunterkunft und brachen sich Knochen. 18 weitere Bewohner unverletzt fliehen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Angeklagten heutigen Vater vor, damals das Feuer aus rassistischer Gesinnung gelegt zu haben.

sol/dpa

Graphic

dpa - Mehr als 30 Jahre nach dem mutmaßlichen Mordanschlag: Prozess in Koblenz

Load-Date: January 31, 2023

End of Document

Was sind uns Kinder wert?

SPIEGEL ONLINE

27. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 2374 words

Byline: Arno Frank

Highlight: Die Ampel zankt um die Kindergrundsicherung, im Mittelmeer ertrinken Migranten, und die EU einigt sich mit Großbritannien im Streit um Nordirland. Das ist die Lage am Montagabend.

Body

1. Sind elf Milliarden ausreichend?

Die Kindergrundsicherung, ja nun. Das Thema klingt einschläfernd in den Ohren von Leuten, die keine Kinder und genug auf dem Konto haben. Tatsächlich ist es recht elektrisierend und von großer gesellschaftspolitischer – nein, nicht Sprengkraft – Wichtigkeit. Vermutlich wird es auch die Ampel nicht sprengen, Konfliktpotenzial aber hat es schon. So beharrt FDP-Finanzminister Christian Lindner auf dem Standpunkt, »einfach mehr Geld« helfe nicht gegen Kinderarmut. Man muss nun kein linksgrüner Träumer sein, um zurückzufragen: was denn sonst? Aktuell beträgt das Kindergeld 250 Euro, und das kostet heute allein schon ein wirklich vernünftiger Schulranzen.

Die grüne Familienministerin Lisa Paus (»Was läuft denn da?« »Tagesschau!« »Wer ist denn das?« »Das ist Lisa Paus, die grüne Familienministerin!« »Nie gehört!«) hätte nun von Kassenwart Lindner gerne elf Milliarden Euro, um das im Koalitionsvertrag vereinbarte Projekt endlich anzuschieben. Im Gespräch mit meinen Kolleginnen Kristin Haug und Silke Fokken sagt sie: »Die Kindergrundsicherung ist das wichtigste sozialpolitische Projekt« dieser Bundesregierung und müsse daher »Priorität haben«.

Elf Milliarden sei ein Betrag, der bei einer kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags allein bei Spitzenverdienern als Plus übrig bleibe – also durchaus zu schultern. Entscheidend, so Paus, sei der »Paradigmenwechsel« von der individualisierten Beantragungskultur zu einer automatisierten »Servicepflicht«, in der dann der Staat stehe.

Lesen Sie hier mehr:

Wer darf in die Kasse greifen? Die Fronten in der Koalition über den Haushalt verhärten sich.

Lindner bittet um Geduld bei Kindergrundsicherung. Die Forderungen nach einer Umsetzung der Kindergrundsicherung werden drängender.

Kinderzuschlag erreicht nur ein Drittel der Bedürftigen. Der Kinderzuschlag soll Familien mit sehr geringen Einkommen helfen – doch die wenigsten wissen offenbar überhaupt von dem Instrument.

Was sind uns Kinder wert?

Und hier weitere Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine:

Das sind die Geschichten hinter den Kriegsbildern: Die Tage nach der Invasion, Kinder im Keller, Jubel in Cherson, ein Präsidentenporträt: fünf Kriegsphotografinnen und -fotografen über ihre Aufnahmen, die im Auftrag des SPIEGEL entstanden sind.

Diese Waffen prägen den Krieg in der Ukraine: Schultergestützte Abwehrwaffen stoppten den russischen Vormarsch, Mehrfachraketenwerfer die Artilleriewalze. Auch deutsche Rüstung hilft den Ukrainern gegen die Invasoren. Welche Systeme welchen Effekt haben der Überblick.

Die Toten, die Putin verschweigt: Sie suchen auf Friedhöfen, in Archiven, im Internet: Russische Freiwillige wollen herausfinden, wie viele Soldaten in der Ukraine wirklich gefallen sind. Ihre Datenbank offenbart erstaunliche Details.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine: Das News-Update

2. Sind 200 Menschen viel?

Das vielleicht zweitschaurigste Detail beim aktuellen »Bootsunglück vor der italienischen Küste« ist, dass diese rund 200 Menschen mehrheitlich aus Iran, dem Irak und Afghanistan fünf Tage vor ihrem Schiffsbruch mit einem hölzernen Boot an einem Felsen im Meer vor Kalabrien in der Türkei in See gestochen sind. In der Türkei, von wo man die griechischen Inseln zwar direkt vor der Nase hat, sich womöglich aber bereits die Umstände herumgesprochen haben, unter denen Migrantinnen und Migranten auf Lesbos oder Samos interniert werden.

Unter Umfahrung also des kompletten Peloponnes, um nicht in Griechenland europäischen Boden zu betreten, haben 200 Menschen ihr Leben aufs Spiel gesetzt. 120 davon haben es schätzungsweise verloren.

Die Opfer sind noch nicht geborgen, da ist die Havarie bereits Politikum, da drückt die rechtsextreme italienische Ministerpräsidentin ihr Bedauern aus (»aber «), und da drückt ihre neue linke Herausforderin Elly Schleinebenfalls ihr Bedauern aus, ohne »aber «. Es nützt nur nichts.

Da steht dann der kalabrische Regierungspräsident vor der Kamera und spricht wahr: »Diese Art der Tragödie hätte vorher vermieden werden müssen«, und: »Europa darf uns nicht im Stich lassen«. Erstens habe Kalabrien bereits 18.000 Flüchtlinge aufgenommen. Zweitens existiert noch immer keine Möglichkeit für Asylsuchende, sich einfach in ein bedeutend günstigeres Flugzeug zu setzen, um in Europa eine Aufnahme zu beantragen. Weil es das nicht gibt (und auch keine koordinierte europäische Seenotrettung, die diesen Namen verdienen würde), müssen Männer, Frauen und Kinder in Seelenverkäufer steigen.

Das schaurigste Detail ist, dass (zumindest mir) bei unserem Video Algorithmen haben weder Humor noch Moral eine Werbung für Urlaub an der türkischen Ägäis-Küste vorgeschaltet ist. Mit Picknick am Strand und jungen, schönen, weißen Menschen auf seetüchtigen Segelschiffen.

Lesen Sie hier mehr:

»Diese Tragödie hätte vorher vermieden werden müssen«: Nur noch Reste treiben im Wasser: Ein überfülltes Holzboot ist an Italiens Küste zerschellt, fast 60 Menschen starben.

Erneut Tote und Vermisste in der Ägäis: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage sind Flüchtlinge in der Ägäis gestorben. Ihr Schlauchboot lief vor der Insel Leros auf ein Riff.

3. Sind 27 Staaten beruhigt?

Im jahrelangen Brexit-Streit zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich um den rechtlichen Status der britischen Provinz Nordirland ist es zu einer Einigung gekommen. Das vermeldeten britische Medien und zahlreiche Agenturen noch vor der gemeinsamen Pressekonferenz von Ursula von der Leyen (EU) und Rishi Sunak

Was sind uns Kinder wert?

(UK) in London, aber nach einem Tweet der Kommissionspräsidentin. Sie freue sich, hatte sie vor der Reise auf die Insel gelaunt, »ein neues Kapitel mit unserem Partner und Freund aufzuschlagen«.

Im Grunde war die heikle Zollfrage zwischen den beiden Territorien auf der irischen Insel im Nordirland-Protokoll geregelt. Demnach sollte es zwischen Nordirland (UK und also seit dem Brexit nicht mehr in der EU) und Irland (EU-Mitglied seit 1973) keine harten Zollgrenzen mehr geben. Faktisch wurde die Zollgrenze daher in die Irische See verlagert, was nach dem Gefühl vieler Brexiteers das Königreich von seiner nächstgelegenen Überseeprovinz trennte. Nicht wenige politische Beobachter hatten befürchtet, durch diese Regelung könne der Nordirland-Konflikt (eine Art Godzilla unter den politischen Konflikten in Europa) zu neuem Leben erweckt werden.

Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, worin genau Entgegenkommen und Kompromiss in dieser Frage bestehen. Gleichwohl ist es ein nicht unangenehmes Zeichen, wenn ausnahmsweise mal Meinungsverschiedenheiten wirklich von Leuten geregelt werden, die vergleichsweise geräuschlos von einer Hauptstadt (Brüssel) in die andere (London) pendeln. Geht doch!

Lesen Sie hier mehr:

EU und Großbritannien einigen sich im Nordirland-Streit: Es war eine der umstrittensten Fragen beim Brexit: wie umgehen mit Nordirland? Nun haben EU und britische Regierung den Punkt nach jahrelangem Streit geklärt.

London verschiebt Regionalwahl in Nordirland um bis zu ein Jahr: Nordirland hat derzeit keine Regierung, weil sich die Parteien gegenseitig blockieren. Die britische Regierung glaubt aber nicht, dass Neuwahlen die Situation ändern.

Von der Leyen besucht britischen Premierminister: Sie wollen an Lösungen zum Nordirland-Protokoll arbeiten.

Was heute sonst noch wichtig ist

SPD nach finaler Auszählung in Berlin nur noch 53 Stimmen vor Grünen: Die erste Wahl war fehlerhaft, die Wiederholung verlief weitestgehend unfallfrei. Nun sind in Berlin alle Wahlzettel offiziell ausgezählt – doch das Endergebnis macht den Koalitionspoker nicht leichter.

Greta Thunberg demonstriert gegen Windparks: Normalerweise kämpft die Umweltaktivistin für grüne Energien. Doch nun blockiert sie Norwegens Energieministerium: weil ein Windpark die Rechte indigener Völker beschneidet. Verwickelt ist auch ein deutsches Unternehmen.

EY-Mitarbeiter in China sollen kommunistische Parteiabzeichen tragen: Rote Fahne, Hammer, Sichel – diese kommunistischen Symbole passen nicht unbedingt zu einer Unternehmensberatung. Doch bei Ernst & Young in China sollen Mitarbeiter das Emblem der KP nun offen an der Brust präsentieren.

Verbraucherzentrale warnt vor überhöhten Abschlägen für Strom und Gas: Am Mittwoch treten die Energiepreisbremsen in Kraft. Dann sollen die Kosten für Verbraucher gedeckelt werden. Doch manche Anbieter nutzen offenbar den Moment: Sie fordern teils mehr als tausend Euro pro Monat.

Meine Lieblingsgeschichte heute:

heute ist ein Essay, den mein Kollege René Pfister etwas von der Seele geschrieben hat, und zwar seine Sorge über den andernorts galoppierenden, hierzulande aber bereits gar nicht mal mehr sooo samtpfötig sich anschleichenden Machtwechsel im Journalismus. Mich hat das interessiert, weil ich im weitesten Sinne ebenfalls »was mit Medien« mache und diese Medien, gerne die klassischen, auch zur eigenen Meinungsbildung und Information heranziehe.

Voraussetzung für das Vertrauen, das Menschen dem Journalismus entgegenbringen, ist seine Objektivität. Oder zumindest ein spürbares Ringen darum. Pfister beobachtet nun (und belegt das auch mit zahlreichen Beispielen), dass das Ideal objektiver Berichterstattung immer häufiger zugunsten einer »guten Sache« aufgegeben wird.

Was sind uns Kinder wert?

Okay, die Anführungszeichen waren jetzt gemein. Das Abwenden einer Klimakatastrophe, das Eintreten für Menschenrechte oder der Kampf gegen Rassismus – alles objektiv gute oder zumindest löbliche Anliegen. Nur eben nicht unbedingt, und darauf beharrt Pfister mit einer Renitenz, die man altväterlich oder professionell nennen mag, im Journalismus. Gibt der sich einer Sache hin, gibt er seinen kritischen Kern preis.

Die Frage wäre, ob es diesen Preis wert ist.

Pfister meint, nö, ist es nicht, zumal auch der guten Sache damit nicht geholfen sei. Er befürchtet einen Journalismus, »der nicht mehr versucht, sich objektiv der Wahrheit anzunähern – sondern sich in Gruppen von Reportern organisiert, die ihre jeweils eigene Realität konstruieren, um den Interessen« ihrer ideologischen Neigungsgruppen zu dienen. Wenn das ein- und zutrifft, würde sich der Journalismus auf der einen Seite obsolet machen, ohne auf der anderen Seite wirklich etwas zu erreichen.

Wer sich nicht selbst schon in einer Blase häuslich eingerichtet hat, könnte das bedenkenswert – und bedenklich finden.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Wie man das Vertrauen in den Journalismus zerstört: eine Gebrauchsanleitung

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Schaulaufen mit dem Kriegsfeind: Die Waffenindustrie trifft sich in Abu Dhabi zu einer ihrer größten Messen. Zwischen hochmodernem Kriegsgerät stellen auch Russen und Ukrainer ihre Produkte aus – während in Europa scharf geschossen wird.

Wo Arbeitnehmer besonders früh in Rente gehen – und wie viel sie bekommen: Dreiste Franzosen, genügsame Deutsche: Die Debatten über Rentenreformen lassen alte Klischees aufleben. Die Daten unterschiedlicher Staaten widerlegen einige davon und bestätigen andere.

In guten wie in schlechten Zeiten: Auf die jüngste Gewalt des Mullah-Regimes reagiert der Westen mit Sanktionen. Mit dem öko-linken Freiburg hält eine deutsche Stadt trotzdem an partnerschaftlichen Beziehungen zu einer iranischen Metropole fest. Warum?

Gestörte Stadt. Gestörte Menschen: Und Belfast brennt immer noch: Jan Carson erzählt in ihrem besonderen Roman »Firestarter« von Irlands gewaltvoller Vergangenheit – und von zwei Vätern auf Identitätssuche.

Was heute weniger wichtig ist

Theo Waigel, 83, den Älteren unter uns noch als Finanzminister unter Helmut Kohl, den Ästhet unter uns noch als »der Mann mit den Augenbrauen« – erinnerlich, legt keinen großen Wert darauf, in der Öffentlichkeit erinnert oder gar erkannt zu werden. Der »Augsburger Allgemeinen« erzählte er nun, vor einer Weile in Tirol angesprochen worden zu sein: »Sie sind aber nicht der Theo Waigel?«, worauf der Waigel verneinte. Darauf habe der Mann seinen Fehler erkannt, der Waigel sei »ja schon gestorben«, was der Waigel freudig bestätigte: »Sie haben recht vor drei Jahren oder so«.

In dieser Anekdote, will mir scheinen, steckt eine kleine Lektion in Lebensweisheit. Es könnte auch Paranoia sein. Jedenfalls nötigt mir die Heiterkeit, mit der hier ein christsozialer Politiker und immerhin »Vater des Euro« die Restbestände seiner einstigen Bekanntheit auf dem Friedhof des Hörensagens entsorgt, über weltanschauliche Differenzen hinweg Respekt ab. Mindestens aber ein Lächeln.

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Wer Familie hat, kann in den Keller hinab- oder auf den Speicher hinaufsteigen, das Spiel »Risiko« aus dem Stapel mit den seit Jahrzehnten nicht mehr gespielten Spielen ziehen, den Staub von der Verpackung pusten und mal wieder, Sie haben es erraten, »Risiko« spielen. Zwar sang der unvergleichliche Vic Chesnutt einst: »Board games are boring, may they rot on the shelf«, aber trifft das auch auf »Risiko« zu? In Zeiten, da das geostrategische »Great Game« in der Realität wieder eröffnet ist?

Natürlich kommt es auf die Variante an. Seit der Quatsch zu Beginn der Achtzigerjahre beinahe auf dem Index gelandet wäre, müssen gegnerische Armeen nicht mehr »vernichtet«, sondern nur »besiegt« werden. Wer früher fremde Länder »erobert« hat, darf sich heute »Befreier« nennen. Zu lernen wäre erstens, dass »Framing« in der Brettspielindustrie eine lange Tradition hat. Wir spielen noch die alte Variante, in der allerdings auch nicht von »unterjochen« und »brandschatzen« die Rede ist.

Kriegerisch bleibt es trotzdem und auch ungerecht, wenn die alliierten Töchter sich gleich zu Beginn durch die Gnade der Karten im Besitz von ganz Nordamerika sowie Asien befinden. Alle Versuche, die geschmacklose Auseinandersetzung auf diplomatischem Wege zu beenden (»Unentschieden, okay? Und Pudding für alle?«), fruchteten leider nicht. Zu lernen war zweitens, dass die menschliche Natur offenbar auch am Spielbrett die menschliche Natur ist.

Zu beantworten wäre, drittens, die Charakterfrage, ob man ein Spiel wie »Risiko« in Zeiten riskanter Kriege überhaupt spielen sollte. Das mag jeder für sich beantworten. Schach jedenfalls ist in moralischer Hinsicht auch nicht auf der sicheren Seite ...

Einen friedlichen Abend wünscht Ihnen Ihr

Arno Frank, Autor

Graphic

dpa - Theo Waigel

AFP - EU-Kommissionschefin von der Leyen und Premier Sunak

DER SPIEGEL

IMAGO/ZUMA Wire - Strand bei Cutro: Trümmer des Unglücksbootes

Illustration: Klaus Stuttmann - Entdecken Sie hier noch mehr Cartoons.

Getty Images

Load-Date: February 27, 2023

BMW beendet offenbar Sponsoring der Regensburger Schlossfestspiele

SPIEGEL ONLINE

20. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Rechte Sprüche von Gloria von Thurn und Taxis

Length: 362 words

Byline: Benjamin Bidder

Highlight: Gloria von Thurn und Taxis irritiert mit Äußerungen zu Kindesmissbrauch und Migration, ist aber Schirmherrin der Schlossfestspiele Regensburg. Nun zieht der Sponsor BMW laut einem Zeitungsbericht wohl Konsequenzen.

Body

Der Autobauer BMW beendet offenbar seine Zusammenarbeit mit den Regensburger Schlossfestspielen und soll als Sponsor der Veranstaltung aussteigen. Das meldet die »Süddeutsche Zeitung« und stellt einen Zusammenhang her zu der seit Langem brodelnden Kritik an der Schirmherrin der Schlosskonzerte, Gloria von Thurn und Taxis (den vollständigen Bericht finden Sie hier).

Gloria von Thurn und Taxis ist Hausherrin des Schlosses St. Emmeram in Regensburg, dem Spielort der Festspiele. Sie fällt seit Längerem mit Äußerungen auf, die einen deutlichen populistischen, homophoben und rassistischen Zungenschlag haben. Zuletzt machte ein Protestschreiben von mehr als 100 Kulturschaffenden Schlagzeilen. »Mit Entsetzen beobachten wir seit Jahren die rechtskonservative Radikalisierung« von Gloria von Thurn und Taxis (mehr zu den Hintergründen erfahren Sie hier).

Merklicher Rechtsdrall

Tatsächlich nimmt BMW nun wohl nicht direkt Bezug auf die umstrittene Schirmherrin. Der »Süddeutschen« teilte der Konzern nur allgemein mit, das Unternehmen richte »sein gesellschaftliches Engagement am Werksstandort Regensburg neu aus. In diesem Kontext hat das BMW Group Werk Regensburg entschieden, den im Sommer 2023 ausgelaufenen Sponsoringvertrag mit Odeon Concerte, dem Veranstalter der Regensburger Schlossfestspiele, nicht zu verlängern«.

Von Thurn und Taxis tauchte zuletzt wieder häufiger als Interviewgast in Medien mit deutlichem Rechtsdrall auf. So war sie Gast im neuen YouTube-Kanal von Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt. Mal relativierte sie die Prügelstrafe als »ganz normales pädagogisches Mittel«, dann wieder bezeichnete sie Kindesmissbrauch durch katholische Geistliche als »Phänomen«, das »in jeder Schule, in jedem Sportverein« existiere. Als Hunderttausende Geflüchtete nach Deutschland kamen, behauptete sie, die Erde sei »am Rand des dritten Weltkriegs«, »diese Völkerwanderung, die hier auf uns zuströmt, schon eine Art Krieg«. Deutschland steuere auf eine »totalitäre Gesellschaft« zu.

BMW beendet offenbar Sponsoring der Regensburger Schlossfestspiele

Dass BMW bei seinem Rückzug keinen Bezug auf Thurn und Taxis nimmt, kommt überraschend: Im Sommer noch hatte der Konzern deutliche Kritik an der Schirmherrin der Festspiele geübt.

beb

Load-Date: September 20, 2023

End of Document

Britische Konservative wegen Verbreitung von Falschinformationen in der Kritik

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Tory-Jahrestreffen in Manchester

Length: 329 words

Byline: Francesco Collini

Highlight: Auf ihrem Jahrestreffen in Manchester stellen Tory-Politikerinnen und Politiker immer wieder Falschbehauptungen auf – unter anderem die Wissenschaftsministerin. Sie erwidert: »Wir sind die Partei der Fakten.«

Body

Politikerinnen und Politiker der Konservativen Partei des britischen Premierministers Rishi Sunak stehen derzeit wegen Falschbehauptung massiv in der Kritik. Ihnen wird vorgeworfen, dreist zu lügen und Verschwörungstheorien zu fördern. Spitzenpolitiker behaupteten auf dem seit vier Tagen laufenden Tory-Jahrestreffen in Manchester unter anderem, Kommunen wollten Menschen daran hindern, weiter als 15 Minuten für Einkäufe oder Arztbesuche zu fahren. Auch hieß es, dass die oppositionelle Labour-Partei eine Fleischsteuer plane oder dass sich irreguläre Migranten als Homosexuelle ausgäben, um Schutz in Großbritannien zu bekommen. All diese Behauptungen treffen nicht zu.

Als sie in der BBC mit drei Falschaussagen ihrer Kollegen konfrontiert wurde, erwiderte Wissenschaftsministerin Michelle Donelan: »Wir sind die Partei der Fakten.«

Darauf antwortete Moderatorin Victoria Derbyshire: »Seid Ihr so verzweifelt, dass Ihr Sachen erfinden müsst?« Ähnlich lavierte Energiesicherheitsministerin Claire Coutinho, als Sky-News-Moderatorin Sophy Ridge ihr wiederholt vorhielt, dass ihre Aussagen nicht stimmen.

Wahlpleite droht

In allen Umfragen liegen die Tories deutlich hinter der sozialdemokratischen Labour-Partei. Damit droht ihnen bei der kommenden Wahl, die voraussichtlich 2024 stattfindet, eine herbe Pleite. Premier Sunak hatte zuletzt verschärft auf populistische Parolen gesetzt und sich unter anderem an die Seite von Autofahrern gestellt.

»Die Konservative Partei ist süchtig nach Lügen geworden. Es mangelt ihr an Kompetenz und Integrität, um einen ehrlichen Appell an die Wähler zu richten«, schrieb der Justizprofessor Steve Peers beim Kurznachrichtendienst X. Die Zeitung »i« kommentierte: »Die Tories sind an wahnsinnige Verschwörungen verloren und moralisch veraltet (nicht, dass Rishi Sunak sich darum kümmern würde).« Der frühere Labour-Regierungssprecher Alastair Campbell betonte: »Die Tory-Partei ist in die Trump-Welt der alternativen Fakten eingetreten.«

Britische Konservative wegen Verbreitung von Falschinformationen in der Kritik

col/dpa

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Sächsischer Bürgermeister äußert Verständnis für rechtsextreme Demonstranten

SPIEGEL ONLINE

20. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; »Da habt ihr völlig recht«

Length: 554 words

Byline: Sebastian Stoll

Highlight: 280 Menschen kamen teils grölend und mit Fahnen der »Freien Sachsen« zum Gemeindehaus. Der Bürgermeister von Laußig findet offenbar nichts dabei: Auch er sei gegen die geplante Flüchtlingsunterbringung.

Body

Die Situation ist erkennbar aufgeladen: Immer wieder wird Bürgermeister Lothar Schneider (parteilos) von Zwischenrufen unterbrochen, selbst durch ein Megafon ist er nur schwer zu verstehen. »Da habt ihr auch völlig recht, wir wollen das alle nicht«, ruft er einer Menschenmasse im Dunkeln vom Gemeindehaus aus zu. Er meint offenbar die Unterbringung von Asylbewerbern. Gepostet hatte das Video die sächsische Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz (Linke) auf Twitter.

In einem weiteren Videoderselben Situation, versehen mit dem eingeblendeten Symbol der rechtsextremen Gruppierung »Freie Sachsen«, wird er noch deutlicher, spricht mehrfach von »Asylen«: Er habe erfahren, dass diese am kommenden Tag in eine Schule im Ort kommen sollen. An seiner Haltung lässt er keinen Zweifel: »Ich find's schlimm, dass ich nicht runter darf zu euch.« Es nützt ihm nichts, schließlich skandiert die Menge, darunter offenbar auch Menschen aus dem Dunstkreis der »Freien Sachsen«: »Tritt zurück.«

Wie kommen diese Menschen dorthin? Und warum sagt ein Bürgermeister so was?

Eine Polizeisprecherin sagt dem SPIEGEL, es habe sich bei dem Aufzug um eine nicht genehmigte Demonstration gehandelt. Rund 125 Menschen hätten vor dem Gemeindehaus gegen eine geplante Unterkunft für Asylbewerber demonstrieren wollen. Dort hätten Schneider sowie Landkreisvertreter in einer Sitzung über die Unterbringung von Asylbewerbern gesprochen. Schließlich habe sich nachträglich ein Versammlungsleiter gefunden und die Demonstration angemeldet. In der Spitze seien etwa 280 Menschen bei der Versammlung gewesen. Nach deren offiziellen Ende habe Bürgermeister Schneider vom Fenster aus zu den verbliebenen Teilnehmern gesprochen.

Eine SPIEGEL-Anfrage, warum er schließlich das Wort ergriff und noch wichtiger warum er sich ausdrückte, wie er sich ausdrückte, ließ Schneider bis zum Freitagnachmittag unbeantwortet. Dementsprechend erklärte er sich nicht dazu, ob ihm bewusst gewesen sei, dass Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen »Freien Sachsen« anwesend gewesen seien. »Es waren auf jeden Fall Menschen, die sich zugehörig fühlen, vor Ort«, sagte die Polizeisprecherin dazu dem SPIEGEL. Und auch die Videos und Fotos von dem Aufzug legen dies nahe.

Sächsischer Bürgermeister äußert Verständnis für rechtsextreme Demonstranten

Die »Freien Sachsen« sind seit Sommer 2021 im Fokus des sächsischen Verfassungsschutzes, der sie als rechtsextrem und verfassungsfeindliche Bestrebung eingestuft hatte. Somit werde die Partei nachrichtendienstlich beobachtet, teilte das Landesamt für Verfassungsschutz damals mit.

Sächsische Lokalpolitiker sorgen mit Äußerungen über Geflüchtete immer wieder für Schlagzeilen. So hatte im Dezember der Bautzner Landrat Udo Witschas (CDU) in einer Weihnachtsansprache gesagt, er habe keineswegs die Absicht, Turnhallen zu belegen, um Asylbewerber unterzubringen. »Es ist nicht unsere Absicht, den Sport, ob nun den Schul- oder den Freizeitsport, jetzt für diese Asylpolitik bluten zu lassen.« Es werde aber auch nicht dazu kommen, dass »Menschen, die unsere Kultur nicht kennen, die unsere Regularien nicht kennen«, in Mehrfamilienhäusern oder in leer stehenden Wohnungen untergebracht würden. Dafür werde er nicht »die Gefährdung des sozialen Friedens« in Kauf nehmen. Ministerpräsident Michael Kretschmer stellte sich im Anschluss hinter Witschas. Dessen Aussagen seien aus dem Kontext gerissen worden.

sol

Graphic

Twitter - Protestler vor dem Gemeindehaus in Laußig, Bürgermeister Lothar Schneider (am Fenster): »Ich find's schlimm, dass ich nicht runter darf zu euch«

Load-Date: January 20, 2023

End of Document

Drei Minuten oder 30 Stunden wie lange dauert der Flüchtlingsgipfel?

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1606 words

Byline: Martin Knobbe

Highlight: Bund und Länder streiten ums Geld. Der Kanzler zeigt, dass er kämpfen kann. Die Familienaffäre in Habecks Ministerium erreicht den Bundestag. Das ist die Lage am Mittwoch.

Body

Das liebe Geld

Demokratie kann anstrengend sein, auch physisch. Die **Ampelpartner** spürten das zuletzt beim legendären **Koalitionsausschuss Ende April**, der erst nach **30 Stunden** zu Ende war.

Wenn der Kanzler mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder **heute** um 14 Uhr zum **Flüchtlingsgipfel** zusammenkommt, dann könnte es eine rekordverdächtige Ministerpräsidentenkonferenz werden. Schon im Vorfeld wurde klar, wie verhärtet die Positionen sind. Willkommen im Föderalismus!

Im Kern des Streits steht das Geld: Die Länder fordern **mehr Beteiligung vom Bund an den Kosten für Asylbewerber**, die noch nicht anerkannt sind und für deren Sozialleistungen die Kommunen und damit die Länder verantwortlich sind. Sie fordern die Rückkehr zu einer **Pro-Kopf-Pauschale**, die der Bund im **flüchtlingsintensiven** Jahr 2015 eingeführt hatte und im November 2022 durch einen fixen Unterstützungsbeitrag ersetzte. Angesichts der gestiegenen Zahl an **Asylsuchenden** müsse man weg von diesem starren System, zurück zum dynamischen, sagen die Vertreter der Länder.

Der **Bund** wiederum verweist darauf, dass **80 Prozent** aller **Flüchtlinge** derzeit **aus der Ukraine** stammen. Sie werden ohne **Asylverfahren** anerkannt und bekommen wie alle anerkannten **Flüchtlinge** Bürgergeld, für das der Bund aufkommt. Ebenso übernimmt er 75 Prozent der Kosten für die Unterkunft, mehr gehe nicht.

Zwei Meinungen, kein Konsens. Sieht also wieder nach Verhandlungen im zweistelligen Stundenformat aus. Oder aber es geht sehr schnell, sollte sich die Runde einfach in Richtung Herbst vertagen.

Im Umfeld der Verhandler wurde gestern über **einen möglichen Kompromiss** spekuliert: Der Bund sagt wenige Milliarden Euro an zusätzlicher Hilfe zu, wohlwissend dass er diese Summe in den Haushaltsverhandlungen den Ländern an anderer Stelle kürzen muss weil es im Budget keinen Spielraum gibt.

Für die Länder wäre es also am Ende ein **Nullsummenspiel**, rein symbolisch aber vielleicht ein Sieg. Und dass Symbole in der Politik manchmal wichtig sind, ist wiederum kein großes Geheimnis.

Drei Minuten oder 30 Stunden wie lange dauert der Flüchtlingsgipfel?

Bund-Länder-Flüchtlingsgipfel: Warum am Mittwoch ein Eklat droht

Lieber ohne Manuskript

Auf dem Papier lesen sich die **Reden von Olaf Scholz** gut, die Sätze sind kurz, die Botschaften klar, die Thesen durchdacht. Dass sie auch wahrgenommen werden, zeigt die Rede von der Zeitenwende. Ein Wort, das es in den internationalen Sprachgebrauch geschafft hat.

Das Problem ist der Vortrag. Olaf Scholz liest die Sätze in der Regel mit einer Begeisterung vor, die an die Spritzigkeit einer Mineralwasserflasche erinnert, deren Deckel zwei Wochen lang fehlte.

Gestern konnte man es wieder erleben. Scholz hat das zweite Mal eine **Grundsatzrede über Europa** gehalten. In aller Früh ist er dafür nach Straßburg gereist, dem zweiten Sitz des Europäischen Parlaments, wir Journalisten begleiteten ihn.

Eine **erweiterte EU** wünschte sich der Kanzler in seiner Rede und nannte namentlich **Georgien** und **Moldau**. Er forderte mehr Ehrlichkeit und erinnerte daran, dass man den Staaten des Westbalkan den Beitritt vor »sage und schreibe 20 Jahren« in Aussicht gestellt habe, es werde langsam peinlich. Scholz wiederholte seine Forderung, das **Einstimmigkeitsprinzip der Außen- und Steuerpolitik abzuschaffen**. Er wettete gegen Revisionisten wie Putin, »die nach imperialer Macht lechzen«, und zitierte Oscar Wilde, »Die Zukunft gehört denjenigen, die die Möglichkeiten erkennen, bevor sie offensichtlich werden«. Ein Satz, den Olaf Scholz wohl auch Olaf Scholz zuschreiben würde.

Schön gebrüllt, Löwe, mochte man rufen. Aber nein, es war ja nicht mal gebrüllt, eher das Gegenteil. Entsprechend war der Applaus, **lau wie eine Badewanne**.

Dann kamen die Abgeordneten dran und vermutlich war es vor allem **Terry Reintke, die Co-Vorsitzende der Grünen im EU-Parlament**, die das Adrenalin im Kanzler nach oben trieb. »Es gibt nach den letzten Monaten ehrlich gesagt einiges zu küssen für den Mann mit der Richtlinienkompetenz aus Berlin«, begann sie ihre Rede, die zu einer süffisanten **Generalabrechnung mit Scholz** wurde. Wohl gemerkt von einer Politikerin, deren Parteifreunde in Berlin mit Scholz in der Regierung sitzen. »Das Bild von Ihnen als Kanzler, der liefert, das ist in den letzten Monaten leider verblasst.«

Und Scholz?

Als er sich zu seinem Schlusswort erhob, zu einer Gegenrede, lag **kein Redemanuskript** vor ihm. Die Stimme war schneidig, die Fäuste geballt, das Parlament erlebte einen Kanzler in **Furor** und **Leidenschaft**.

Olaf Scholz sollte nie wieder mit Manuskript reden.

Scholz-Rede im Europaparlament: Ideenlos in Straßburg

Die lieben Verwandten

Heute startet die parlamentarische **Aufarbeitung** einer **Familiensaga**. Im Mittelpunkt: **Patrick Graichen**, der wichtigste **Staatssekretär** im **Wirtschaftsministerium**, der in seinem näheren beruflichen Umfeld erstaunlich **viele Verwandte** hat. Und einen **Trauzeugen**, der das Bewerbungsverfahren für den Spitzenjob bei der staatlichen Deutschen Energie-Agentur gewonnen hat, was erst im Nachhinein als irgendwie dann doch so ein bisschen problematisch identifiziert wurde. Sogar **Robert Habeck** sprach zerknirscht von einem Fehler. Das Verfahren wurde neu aufgesetzt.

Nun, wir würden nicht von Politik reden, gäbe es nicht gleich über das Verfahren, wie man eine solche Affäre am besten aufarbeite, ebenfalls mächtig Streit.

Heute sollten eigentlich im Bundestag der **Ausschuss für Wirtschaft** sowie der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** tagen, voneinander getrennt, beide wollten sich mit der Affäre befassen.

Drei Minuten oder 30 Stunden wie lange dauert der Flüchtlingsgipfel?

Auf Bitten des Wirtschaftsministeriums werden die beiden **Sitzungen nun zusammengelegt**, zwischen 12 und 13 Uhr werden die Abgeordneten vermutlich vor allem Graichen und Habeck befragen.

Das pragmatische Verfahren hat die Ampelkoalition gegen den Willen der Opposition durchgedrückt. Die CDU wird das vermutlich nicht auf sich sitzen lassen und könnte mit einem Antrag antworten, dass die Sitzung öffentlich sein soll. Wie mein Kollege Gerald Traufetter aus Ampelkreisen hört, rechnet man allerdings nicht damit, dass ein solcher Antrag eine Mehrheit bekäme.

Trauzeugenaffäre: Vollmundige Worte, halbherzige Taten

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Der Bundestag hat 2023 eine Wahlrechtsreform zur Reduzierung seiner Abgeordnetenzahl beschlossen. Auf wie viele Mandate ist der Bundestag zukünftig beschränkt?

Verlierer des Tages

ist US-Präsident **Joe Biden**. Ich hätte auch Donald Trump nehmen können, den gestern eine Jury in einem **Zivilprozess** wegen sexuellen Missbrauchs und Verleumdung einer Journalistin zu Schadensersatz in Millionenhöhe verurteilt hat.

Noch dramatischer und relevanter scheint mir die Lage des amtierenden Präsidenten zu sein, wenn ich die Artikel meines Kollegen Roland Nelles aus den USA richtig interpretiere. Demnach steht Biden vor **zwei unlösbar scheinenden Aufgaben**.

Er muss sich mit den **Republikanern** über den **Haushalt** einigen, sonst tritt demnächst eine Regel in Kraft, wonach die Regierung keine neuen Schulden aufnehmen darf sie wäre bald zahlungsunfähig.

Der Präsident muss sich also mit den Republikanern verständigen, die sich bislang weigern, das sogenannte **Schuldenlimit anzuheben**, wenn Biden nicht vorher massiven Haushaltskürzungen zustimmt. Das aber hat er offenbar nicht vor.

Zudem stellen sich die USA gerade auf einen erheblichen **Andrang von Flüchtlingen aus Mexiko** ein. Morgen läuft eine Sonderregelung aus, der sogenannte »Title 42«, der es den US-Behörden während der Pandemie erlaubte, Geflüchtete, die über die Grenze kamen, in kürzester Zeit nach Mexiko zurückzubringen so sollte verhindert werden, dass sich das Virus weiter ausbreitet.

Nur eine Idee: Joe Biden könnte mit Angela Merkel telefonieren und sich ein Rat holen, wie man mit einer größeren Zahl an Flüchtlingen zurechtkommt.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Rechter Moderator Tucker Carlson will weitermachen auf Twitter: Mit Hetze und Verschwörungsunsinn lockte Tucker Carlson bei Fox News ein Millionenpublikum bis ihn der Sender im April absetzte. Nun ist klar, wo es für ihn weitergeht.

Mädchen spielt Verstecken und wird von Nachbar niedergeschossen: Der Mann feuerte auf die weglauende Jugendliche: Im Süden der USA ist eine 14-Jährige durch einen Schuss am Kopf verletzt worden. Sie war offenbar beim Spiel auf ein Nachbargrundstück geraten.

US-Justizministerium schaltet »hochentwickelte« russische Spionagesoftware aus: Jahrelang konnte der russische Geheimdienst mithilfe einer Spionagesoftware auf vertrauliche Dokumente zugreifen, auch Deutschland soll der FSB angegriffen haben. Nun will das US-Justizministerium »Snake« besiegt haben.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Drei Minuten oder 30 Stunden wie lange dauert der Flüchtlingsgipfel?

»**Je später die Offensive kommt, desto besser**«: Kiews Truppen bereiten ihren lang erwarteten Großangriff mit westlichen Waffen vor. Militärexperte Franz-Stefan Gady beantwortet die brutale Frage, was dabei ein Erfolg wäre.

Erst Trash-Königin, jetzt FDP: Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein ist Annina Semmelhaack die wohl schillerndste Kandidatin. Als Pornostar machte sie sich einen Namen. In die FDP fand sie über Wolfgang Kubicki. Was hat sie nun in der Politik vor?

»**Viele Deutschen nehmen sich mehr Zeit für den Autokauf als für ihre Altersvorsorge**«: Nachhaltiges Investieren ist kompliziert und anstrengend. Fondsmanager Christoph Klein erklärt, warum ist das so und worauf Anleger achten sollten.

»**Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen**«: Tausende Werke warfen nationalsozialistische Studenten im Frühjahr 1933 ins Feuer und bezogen sich dabei auf Martin Luther. Doch auch wenn es Bücherverbrennungen schon lange vorher gab: Die Aktion der Nazis war ein Fanal.

Ich wünsche Ihnen einen sonnigen Mittwoch!

Ihr Martin Knobbe, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros

Graphic

dpa - Staatssekretär Graichen

dpa - Scholz auf Ministerpräsidentenkonferenz (2022): Verhärtete Fronten

dpa - Kanzler Scholz vor dem EU-Parlament in Straßburg

EPA - US-Präsident Biden

DER SPIEGEL

Load-Date: May 10, 2023

Die Wilde 16 auf großer Fahrt

SPIEGEL ONLINE

06. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1719 words

Byline: Sebastian Fischer

Highlight: Olaf Scholz tritt an zur Generaldebatte im Bundestag. Hubert Aiwanger hat sein politisches Geschäftsmodell gefunden. Die MPK geht auf Klassenreise nach Brüssel. Das ist die Lage am Mittwochmorgen.

Body

Aiwangers Welt

Ich habe den Politiker Hubert Aiwanger oft als Getriebenen erlebt. Als einen Menschen im Verteidigungsmodus. Ein politischer Defensivspieler, der sich auf die ein' oder andere Art, ja, verfolgt fühlt von anderen Politikern, Parteien, von den Umständen, vom Zeitgeist.

Er scheint über die Jahre daraus sein persönliches politisches Geschäftsmodell gemacht zu haben.

Irgendwann nach dem erstmaligen Einzug der Freien Wähler in den bayerischen Landtag im September 2008 traf ich im Parlamentsrestaurant einen 37-jährigen Aiwanger, der sein Selbstbewusstsein daraus zog, es der arroganten CSU-Machtmaschine gezeigt zu haben. 10,2 Prozent Stimmenanteil. **Das haben die nun davon. David gegen Goliath.**

An einem Januarabend 2016 begegnete ich Hubert Aiwanger als 44-Jährigem am Kanzleramt in Berlin. **Er stand neben einem Bus mit 31 Flüchtlingen aus Syrien, den der Landrat von Landshut, ein Parteifreund, in die Hauptstadt geleitet hatte.** Soll sich doch die Kanzlerin um die Flüchtlinge kümmern. Rechtspopulistischer Protest.

Es gab ein paar Merkel-muss-weg-Rufe von Umstehenden, dann sagte eine Demonstrantin, der Herr Aiwanger sei genauso gut wie der Herr Orbán aus Ungarn. Aiwanger ging das zu weit: **»Mit Orban verglichen zu werden, das muss ich nicht haben.«** Seine Partei habe nicht vor, »in die Extreme zu gehen«. Es war damals schon das Spiel mit dem Feuer.

Als am vorvergangenen Wochenende die Flugblattaffäre losbricht, ist der 52-Jährige Wirtschaftsminister und Vizeregierungschef eines Landes, dessen Bruttoinlandsprodukt fast an das der Schweiz heranreicht. Aiwanger ist ein mächtiger Mann, ein Etablierter ganz gewiss. Doch statt aufzuklären, sich von Herzen zu entschuldigen, **wechselt Aiwanger in die Rolle der verfolgten Unschuld vom Land.**

Er deutet den Fall um: Bei ihm geht es weniger um ein antisemitisches Flugblatt, Hitlergrüße und Judenwitze, sondern er unterstellt, dass die Medien, die Mächtigen, die Etablierten den vermeintlichen Mann des Volkes

Die Wilde 16 auf großer Fahrt

persönlich und politisch fertigmachen wollten. **Aiwanger sagt irgendwann einmal leise Entschuldigung, aber ganz oft sagt er: Schmutzkampagne.**

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, beklagt in der ARD, dass er »Reue und Demut« bei Aiwanger »nicht feststellen« könne. Und er kritisiert, dass das Mittel der »Opfer-Täter-Umkehr«, das der Freie-Wähler-Chef nutzt, »überhaupt nicht geht«.

»Hubert! Hubert! Hubert!«, rufen die Leute trotz alledem bei seinen Bierzeltreden. Aiwanger hat seine Rolle gefunden. Mit Zuwächsen bei der Landtagswahl ist zu rechnen.

Flugblattaftäre: Ex-CSU-Chef Huber sieht bei Aiwanger ähnliche Methoden wie bei Trump

Schlagabtausch mit Augenklappe

Heute ist ein Feiertag der Demokratie: die **Generaldebatte im Bundestag**. Offiziell geht es in der laufenden Haushaltswoche an diesem Mittwochmorgen um den Einzeletat des Kanzleramts. Doch der ist nicht der Rede wert. Im Fokus steht die Regierungspolitik von Olaf Scholz und seiner Mannschaft.

Bei der Generaldebatte im vergangenen Jahr durften wir einen Kanzler in Rage erleben. **Und ich muss zugeben: Es hat mich beruhigt zu sehen, dass der Mann auch emotional kann.** »Wenn andere die Probleme lösen, die Sie noch nicht mal erkannt haben, dann reden Sie einfach drumherum«, schleuderte er Oppositionsführer Friedrich Merz entgegen.

Denn es war der CDU-Chef, der Scholz mit harten Attacken aus der Reserve gelockt hatte. Diese Auftritte im Bundestag, sie liegen Merz, der andernorts so oft daneben liegt. Am Montag etwa, auf dem Gillamoos-Volksfest in Niederbayern, hat Merz nicht nur diesen putzigen Gillamoos-ist-Deutschland-Satz gesagt und dann wie nebenbei eine Koalitionsabsage an die Grünen auf Bundesebene gesendet.

Er hat Bayern auch als **das »am besten« regierte Bundesland in Deutschland** bezeichnet – wohlgemerkt ein Land, in dem Merz Partei gar nicht in der Regierung vertreten ist. Grüße gehen an dieser Stelle raus an die CDU-geführten Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Im Bundestag wird Merz heute womöglich wieder von der »Hampel-Ampel« sprechen, aber er wird Scholz kaum mehr so triggern können wie noch im letzten Jahr.

Der Kanzler, dessen Koalition auch nach dem Versöhnungsgipfel von Schloss Meseberg alles andere als versöhnt ist – siehe Debatte über den Industriestrompreis oder über den Sparhaushalt des Finanzministers – wird vielleicht neuerlich Besserung geloben; er wird wohl das Übliche sagen zur Ukraine und den Waffenlieferungen (die Sache mit der Besonnenheit kommt sicher vor). Und er mag ein Späßchen machen über seine Augenklappe. Die trägt er derzeit als Folge eines Unfalls beim Joggen.

FDP-Chef Christian Lindner hat ihm gestern bereits die Vorlage gegeben: »Das Sehfeld des Bundeskanzlers ist zeitweilig etwas nach rechts begrenzt.« Denn rechts außen im Parlament, da sitzt die AfD. Lindner: Vielleicht finde Scholz in dieser Begrenzung ja »demokratischen Trost«.

Einsparungen im Haushalt 2024: Hier plant Lindner mit Einschnitten

Brüssel statt Berlin

Höre ich das Kurzwort MPK, denke ich immer auch an: Corona. Erinnern Sie sich noch an dieses stundenlange Ringen der 16 Regierungschefinnen und -chefs mit Kanzlerin Merkel über die richtigen Maßnahmen? Na klar. Unvergessen. Und glücklicherweise passé.

Die Ministerpräsidentenkonferenz allerdings gibt es weiter, ab heute in einer Sonderedition: Treffpunkt ist Brüssel statt Berlin oder eine Landeshauptstadt. Die Liste an Themen ist lang. Und darunter ist einiges, das für die Länderspitzen von großer Bedeutung ist – etwa ihre Forderungen nach billigerem Strom für energieintensive

Die Wilde 16 auf großer Fahrt

Industriebetriebe, Subventionserleichterungen im Wettbewerb mit den USA und China sowie eine Begrenzung der steigenden Migrationszahlen.

Allerdings fiel mir im Vorfeld das Wort vom »Gedankenaustausch« einen Ticken zu häufig, als dass ich heute und morgen mit maßgeblichen Beschlüssen rechnen würde.

Wahrscheinlich geht es auch noch um etwas anders. **Denn wenn der deutsche Freundeskreis Föderalismus nun erstmals seit fünf Jahren wieder Klassenfahrt nach Brüssel macht, dann müssen auch die Symbole stimmen.** Und tatsächlich bekommen die Deutschen den großen Bahnhof, berichtet unser Brüsseler Büroleiter Markus Becker: Die wilde 16 aus Germany trifft nicht nur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Gespräch, sondern auch ihren Vize und neuen Green-Deal-Beauftragten Maro Šefčovič, Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius, den für Migration zuständigen Vizepräsidenten Margaritis Schinas sowie Energiekommissarin Kadri Simson.

»Eine Selbstverständlichkeit ist das nicht. Ansprechpartner der Kommission sind normalerweise die Zentralregierungen, nicht die Ebene darunter«, sagt Markus. Natürlich sei das auch eine »günstige PR-Gelegenheit für die Kommission«: Um zu zeigen, dass sie nicht abgehoben ist, sondern auch auf die Regionen achtet.

In diesem Sinne: Bon Voyage!, wie man in Magdeburg, Hannover oder Kiel sagt.

Treffen im Kanzleramt: Länder verlangen Maßnahmen gegen teuren Strom für Industrie

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Holt die Masken wieder raus!: Die Coronazahlen steigen wieder. Wer klug ist, trägt Maske – auch ohne staatlichen Zwang.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Gegen wen gewann Ronald Reagan im November 1984 die US-Präsidentschaftswahlen?

Verlierer des Tages

ist **Donald Trump**. Heute soll in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia die Anklage gegen den Ex-US-Präsidenten verlesen werden. Der 77-Jährige ist gemeinsam mit 18 anderen Beschuldigten angeklagt wegen seiner Versuche, den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 in Georgia zu beeinflussen.

Neulich musste Trump im Bezirksgerichtsgebäude von Atlanta erscheinen, um seine Personalien aufnehmen zu lassen. Dort wurde – das gab es noch nie bei einem Ex-Präsidenten – ein Polizeifoto (»mugshot«) gemacht. Trump verzichtete nun im Vorfeld auf sein Recht, persönlich bei der heutigen Anklageverlesung anwesend zu sein. Er bekannte sich auf schriftlichem Wege »nicht schuldig«. Es ist schon die vierte Anklage gegen ihn in diesem Jahr.

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

»Proud Boys«-Anführer wegen Sturm auf das US-Kapitol zu 22 Jahren Haft verurteilt: Es ist die bislang höchste Strafe, die im Zusammenhang mit der Kapitol-Erstürmung verhängt wurde: Ein Gericht hat entschieden, dass Enrique Tarrio, der Anführer der »Proud Boys«, für viele Jahre ins Gefängnis muss.

Vestager zieht sich aus EU-Kommission zurück – um für Bankposten zu kandidieren: Seit fast zehn Jahren schaut Margrethe Vestager Konzernen auf die Finger, nun spekuliert die Dänin auf einen neuen Job. Noch-Chefin Ursula von der Leyen gewährt ihr Urlaub – ein Selbstläufer ist die Bewerbung aber wohl nicht.

Polizistin schüttet Mitglied der Letzten Generation bei Klimaprotest in Mannheim Öl über den Kopf: Absicht oder Versehen? Im Netz kursiert ein Video, auf dem zu sehen ist, wie eine Polizistin einer angeklebten Person bei einer Straßenblockade Öl auf den Hinterkopf gießt. Ihr Arbeitgeber prüft den Vorfall nun.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

So wurde Griechenland vom Pleitekandidaten zum Hoffnungsträger: Fast wäre das überschuldete Griechenland aus der Eurozone geflogen, jetzt hat sich der einstige Problemstaat berappelt. An den Finanzmärkten gelten Wertpapiere aus Hellas als heiße Wette. Wie kann das sein?

Blumige Versprechen warum Deutsche ihre Heiler lieben: In Deutschland freuen sich Heilpraktiker und Alternativmediziner über einen immer größeren Zulauf. Mediziner Edzard Ernst über den Erfolg der vermeintlich sanften Medizin und Anlässe zur Vorsicht.

Hilfe, um mich herum sind alle toxisch: Die Chefin, die Kollegen, die Stimmung heutzutage gilt vieles in der Arbeitswelt als toxisch. Ist der Joballtag tatsächlich fieser geworden oder benutzen wir das Wort nur so gern?

So dehnen Sie sich richtig: Wann sollte man Stretchingübungen machen vor oder nach dem Sport? Sollte man Positionen halten oder in Bewegung bleiben? Und: Kann man mit gezielten Übungen Muskelkater vorbeugen? Zwei Expertinnen geben Antworten.

»Toki« sollte zurück ins Meer nach 53 Jahren im Becken. Dann war sie plötzlich tot: Howard Garrett versuchte seit 1998, den gefangenen Orca »Toki« heim in den Ozean zu bringen. Er war kurz vor dem Ziel. Und scheiterte trotzdem.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Sebastian Fischer, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: September 6, 2023

Iranische Skifahrerin beantragt Asyl in Deutschland

SPIEGEL ONLINE

28. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SPORT/WINTERSPORT; Fahnenträgerin bei den Spielen von Peking

Length: 239 words

Byline: Marco Fuchs

Highlight: Vor knapp einem Jahr trug sie noch die iranische Fahne bei den Olympischen Spielen in Peking, nun hat Atefeh Ahmadi in Deutschland Asyl beantragt. Die Skifahrerin ist nicht die erste Sportlerin, die Iran verlassen hat.

Body

Die iranische Skifahrerin Atefeh Ahmadi ist aus ihrem Heimatland geflohen und hat in Deutschland Asyl beantragt. Dies sagte die 22-Jährige, die sich im vergangenen Jahr als einzige Frau ihres Landes für die Olympischen Winterspiele in Peking qualifiziert hatte, am Samstag in einem emotionalen Interview dem persischsprachigen Nachrichtensender Iran International in London.

»Ich habe Iran verlassen, um mein Ziel zu erreichen, aber mein Herz ist mit Iran verbunden«, sagte Ahmadi: »Wenn ich könnte, würde ich dem Volk zur Seite stehen, damit wir gemeinsam die Freiheit erreichen können.« Bei den Spielen in Peking war Ahmadi 57. im Riesenslalom geworden.

Iran wird seit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Jina Mahsa Amini im September 2022 von der größten Protestwelle seit Jahrzehnten erschüttert. Mehr als 19.000 Menschen sollen seitdem inhaftiert und über 500 getötet worden sein. Mindestens vier Demonstranten wurden durch das Regime außerdem hingerichtet.

Ahmadi ist nicht die erste Sportlerin, die Iran in den vergangenen Jahren verlassen hat. Schachspielerin Sara Khadem floh nach Spanien, nachdem sie im Dezember 2022 an einem internationalen Turnier ohne den in Iran vorgeschriebenen Hidschab teilgenommen hatte.

Taekwondoin Kimia Alizadeh, erste iranische Gewinnerin einer Olympia-Medaille, verließ ihre Heimat im Jahr 2020 in Richtung Deutschland. An den Olympischen Spielen in Tokio 2021 nahm sie für das Flüchtlingsteam teil.

mfu/sid

Graphic

Iranische Skifahrerin beantragt Asyl in Deutschland

AFP or licensors - Atefeh Ahmadi

REUTERS - Fahrentträgerin bei den Spielen 2022 in Peking

Load-Date: January 28, 2023

End of Document

Rhein kritisiert CDU-Umgang mit der AfD

SPIEGEL ONLINE

23. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hessischer Ministerpräsident

Length: 291 words

Byline: Sabrina Knoll

Highlight: Im Streit um das CDU-Verhältnis zur AfD meldet sich Hessens Ministerpräsident Boris Rhein zu Wort. Den eigenen Leuten empfiehlt er, weniger über »Protestparteien« zu reden. Einen Seitenhieb erteilt er den Parteifreunden in Thüringen.

Body

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein(CDU) hat den Umgang seiner Partei mit der AfD kritisiert. »Wir sollten insgesamt weniger über eine solche Protestpartei reden und viel mehr über die Themen, die die Menschen wirklich umtreiben wie Migration, Wirtschaftswachstum, Wohlstandsverlust und Energie«, sagte Rhein im Interview mit den Zeitungen der Mediengruppe Bayern. Zugleich bekräftigte Rhein, in dessen Bundesland am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt wird, seine Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der AfD.

»Für mich persönlich und für die hessische CDU ist jede Zusammenarbeit mit dieser Protestpartei ausgeschlossen«, sagte Rhein. »Dazu gehört für uns auch eine klare Absage an das Einbringen einer Initiative, die angewiesen ist auf die Stimmen der AfD.« In Thüringen hatte der Landtag Mitte September einen CDU-Antrag zur Senkung der Grunderwerbsteuer auch mit den Stimmen der AfD beschlossen worauf andere Parteien mit scharfer Kritik reagierten.

Für alle weiteren Koalitionen scheint Rhein offen. Das aktuelle Bündnis mit den Grünen sei »sehr konstruktiv, sehr vertrauensvoll« und funktioniere nach wie vor selbst im Wahlkampf sehr gut, sagte er der Nachrichtenagentur dpa. Mit der SPD gebe es »ähnliche Erfahrungswelten als Volkspartei« und daher ebenfalls »die eine oder andere Gemeinsamkeit«, so Rhein.

Die hessische FDP rief Rhein hingegen auf, sich klar zu positionieren, ob sie für eine Ampel zur Verfügung steht oder nicht. Seine Befürchtung: »Wenn die Ampelparteien eine Ampel bilden können, werden sie in Hessen auch eine Ampel bilden, egal welchen Vorsprung die CDU hat«, sagte Rhein. »Genau das gilt es zu verhindern.«

Lesen Sie hier mehr über Boris Rhein im Hessen-Wahlkampf: »Wir fragen uns die ganze Zeit, wer du bist«

sak/AFP/dpa

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

EKD-Ratsvorsitzende sieht Ende der Aufnahmekapazität »noch lange nicht erreicht«

SPIEGEL ONLINE

29. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Flucht nach Deutschland

Length: 324 words

Byline: Patrick Beuth

Highlight: Wie viele **Geflüchtete** verträgt Deutschland? Die oberste Vertreterin der evangelischen Kirche hat dazu eine klare Haltung: »Grundsätzlich müsste unser reiches Land in der Lage sein, noch mehr Menschen aufzunehmen.«

Body

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Annette Kurschus, hat sich im Interview mit der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« für »deutlich mehr legale Zugangswege nach Europa« ausgesprochen. Die Festlegung auf eine bestimmte Obergrenze sei eine »populistische Nebelkerze«, denn sie sei unvereinbar mit dem Grundgesetz und der Genfer **Flüchtlingskonvention**. In Deutschland sieht sie die Grenze der Aufnahmekapazitäten für **Geflüchtete** »noch lange nicht erreicht«.

»Menschliche Schicksale lassen sich aus christlicher Sicht nicht auf eine Höchstzahl festschreiben«, sagte Kurschus der Zeitung. Die Aufnahme von Geflüchteten finde aus christlicher Sicht »ihre Grenze da, wo es zur Selbstaufgabe kommt«, so die Theologin. »Ich meine, dass wir diese Grenze noch lange nicht erreicht haben.«

Auf Klagen von Kommunen über Überlastung müsse gehört werden, sagte die EKD-Ratsvorsitzende weiter. Von den kirchlichen Ehrenamtlichen sei diese Klage jedoch nicht zu hören. »Grundsätzlich müsste unser reiches Land in der Lage sein, noch mehr Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und unterschiedlichster Not aus ihrer Heimat fliehen und Zuflucht bei uns suchen«, sagte Kurschus. »Die These, jeder zusätzliche Geflüchtete gebe den Rechtsextremisten weiteren Auftrieb, halte ich für zu kurz gesprungen.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuletzt im SPIEGEL-Gespräch einen härteren Ton in der Asylpolitik angeschlagen: »Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.« Das Bundeskabinett billigte diese Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey für den SPIEGEL zufolge stimmen 86 Prozent der Deutschen der Aussage des Kanzlers zu.

Kurschus verteidigte auch das kirchliche Engagement für die Seenotrettung. »Ich stehe weiterhin dazu«, sagte die EKD-Ratsvorsitzende. »Wir schauen nicht tatenlos zu, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken.«

pbe/AFP

EKD-Ratsvorsitzende sieht Ende der Aufnahmekapazität »noch lange nicht erreicht«

Load-Date: October 29, 2023

End of Document

»Die Schwimmerin« auf der Anklagebank

SPIEGEL ONLINE

10. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Prozessauftritt gegen berühmte Seenotretterin in Griechenland

Length: 767 words

Byline: Jan Petter

Highlight: Auf Netflix ist sie eine Heldin in Griechenland wurde Sarah Mardini, selbst Geflüchtete, eingesperrt und angeklagt. Jetzt beginnt der Prozess gegen sie und 23 weitere Aktivisten.

Body

Im Film hat ihre Geschichte ein Happy End: »Die Schwimmerinnen« heißt die Netflix-Verfilmung, in der Sarah Mardini spektakulärer Lebensweg seit November zu sehen ist. Zumindest der bis ins Jahr 2016. Bis dahin ist es eine Geschichte, die Mut macht, ein großes Drama, das am Ende doch gut endet.

In dem Film sieht man, wie die junge Syrerin und ihre Schwester Yusra in der Heimat Leistungsschwimmerinnen werden, von Olympiaträumen. Dann kommt der syrische Bürgerkrieg, die jungen Frauen müssen fliehen, das war im Jahr 2015. In einem völlig überladenen Schlauchboot versuchen die Schwestern, über das Mittelmeer von der türkischen Küste zur griechischen Insel Lesbos zu gelangen. Doch das Boot droht zu sinken. Unter Einsatz ihres Lebens schwimmen Sarah und Yusra stundenlang, ziehen das Boot mit den 18 Insassen an einem Tau hinter sich her und erreichen so das Ufer der europäischen Insel.

Was danach gezeigt wird, setzt die Heldenreise konsequent fort: Sarah Mardini schafft es nach Berlin, ihre Schwester zu Olympia, wo sie als Mitglied einer Flüchtlingsmannschaft an den Spielen in Rio 2016 und Tokio 2020 teilnahm. Hier endet die Geschichte auf Netflix.

Den Angeklagten drohen 25 Jahre Haft

Die Wirklichkeit ging jedoch weiter: Sarah Mardini kehrte mehrfach nach Griechenland zurück, engagierte sich in der Seenotrettung und wurde im August 2018 von den griechischen Behörden festgenommen. Sie werfen Mardini und anderen Helferinnen und Helfern Spionage, Menschenhandel, Geldwäsche, gesetzwidrige Nutzung von Funkfrequenzen sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor. Die Angeklagten sollen demnach Migranten bei der Einreise nach Griechenland geholfen und dabei auch mit organisierten Schleppern zusammengearbeitet haben. Die Beschuldigten weisen dies zurück.

Mehr als 100 Tage hatten Mardini und der mitangeklagte deutsch-irische Rettungsschwimmer Séan Binder bereits 2018 in Untersuchungshaft in Griechenland verbracht. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen nun bis zu 25 Jahre Gefängnis.

»Die Schwimmerin« auf der Anklagebank

Unterstützer der Aktivistinnen und Aktivisten verweisen darauf, die Rettungseinsätze jahrelang mit den griechischen Behörden eng abgestimmt und koordiniert zu haben. Auch Mardini selbst kam mehrfach nach Griechenland, ehe sie festgesetzt wurde.

Auf den Beginn des Verfahrens mussten sie und die 23 weiteren Angeklagten seit fünf Jahren warten. Nach mehreren Verzögerungen beginnt der Prozess in dieser Woche nun, doch Mardini selbst kann nicht anwesend sein. Die griechischen Behörden haben ein Einreiseverbot verhängt, die 27-Jährige gilt als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Eine Anwältin vertritt sie.

Trotz der langjährigen Auseinandersetzung ist Mardini bemüht, sich gegen die Anschuldigungen zu behaupten, ihre Arbeit als Seenotretterin weiter zu verteidigen. Ginge es nach ihr, wäre sie jetzt selbst vor Gericht anwesend. »Ich wollte mich selbst verteidigen«, erklärte die Schwimmerin vor einiger Zeit in einem Interview mit dem SPIEGEL. »Ich wollte nicht, dass andere mich vertreten, selbst meine eigenen Anwälte nicht. Ich kann für mich selbst sprechen.«

Menschenrechtsorganisationen und EU-Abgeordnete betrachten das Verfahren schon jetzt als Farce. Eine parteiübergreifende Gruppe von 71 Parlamentariern forderte in einem offenen Brief bereits 2021 ein Ende der Ermittlungen. Und ein Untersuchungsbericht des Europaparlaments bezeichnete den Prozess als »den größten Fall der Kriminalisierung von Flüchtlingssolidarität in Europa«. Human Rights Watch spricht von einem »politisch motivierten Prozess«, dessen Ziel es sei, »Hilfsorganisationen einzuschüchtern und sie an ihrer Arbeit zu hindern«.

Die Angeklagten hätten nur »das getan, was jeder von uns an ihrer Stelle tun würde«, sagt auch Nils Mui nieks, Regionaldirektor bei Amnesty International. »Menschen zu helfen, die auf einem der tödlichsten Seewege Europas zu ertrinken drohen, ist kein Verbrechen. Dieser Prozess zeigt, dass die griechischen Behörden bis zum Äußersten gehen, um humanitäre Hilfe zu verhindern.«

Griechenland spielt unverändert eine zentrale Rolle bei der Zurückweisung von Menschen an den EU-Außengrenzen. Recherchen des SPIEGEL und weiterer Medien haben in den vergangenen Jahren vielfach belegt, wie dabei auch internationales Recht und europäische Grundwerte verletzt wurden.

Seán Binder, einer der Mitangeklagten von Mardini, erschien am Dienstag in Lesbos vor Gericht, der Prozess soll voraussichtlich am Freitag fortgesetzt werden. In einer Stellungnahme erklärte Binder kurz davor: »Ich vertraue darauf, dass die Gerechtigkeit siegen wird und wir wieder ein normales Leben führen können.«

jpe/dpa/AP

Graphic

AP - Schwimmerinnen Yusra und Sarah Mardini

2018 Getty Images - Unterstützer verteilen 2018 bei einer Demonstration in Berlin Bilder mit dem Gesicht Mardinis, um auf ihren Fall aufmerksam zu machen

2022 Getty Images - Angeklagte Schwimmerin Mardini: »Ich kann für mich selbst sprechen«

Load-Date: January 10, 2023

Abschreiben erwünscht!

SPIEGEL ONLINE

02. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/BILDUNG; Lehreralltag in Neukölln

Length: 1737 words

Byline: Tobias Nolte

Highlight: Gerade werden wieder pädagogische Konzepte gesucht, um mit Jugendlichen an Schulen über schwierige Themen wie den Nahostkonflikt zu reden. Dabei gibt es die, sie sind nur nicht bekannt genug und es braucht den Willen zur Veränderung.

Body

Mal wieder wird sie gefordert: die gute Schule in der **Migrationsgesellschaft**. Und natürlich ist Neukölln erneut Schauplatz für das, was sie so bitter nötig macht. Die Gräueltaten der Hamas an israelischen Zivilist:innen machen sprachlos. Das Entsetzen über zeitgleiche propalästinensische Demonstrationen in Neukölln ist daher groß. Und im Zuge dessen stellt sich auch die Frage, wie man mit Jugendlichen umgehen soll, die das Leiden der israelischen Zivilbevölkerung zu ignorieren scheinen.

Am Ernst-Abbe-Gymnasium kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einem Lehrer und einem Schüler. Ein Schreiben der Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch betonte zunächst die Möglichkeiten von Sanktionen und Verboten zur Wahrung des Schulfriedens, bevor im Anschluss auch pädagogische Mittel als Option genannt wurden. In der positivsten Lesart ist beides Ausdruck von maximaler pädagogischer und systemischer Überforderung.

Neukölln und die überforderte Schule, diese Erzählung ist nicht neu. Ihren Anfang nahm sie wohl mit dem Brandbrief an der Rütli-Schule und der Berichterstattung über die vermeintlich schlimmste Schule Deutschlands. Es gab Debatten über die Radikalisierung und Identifikation von Neuköllner Jugendlichen mit dem IS. Über die fehlende Bereitschaft einiger Schüler:innen, an einer Schweigeminute für den ermordeten französischen Lehrer Samuel Paty teilzunehmen.

Die wichtigste Erkenntnis, zu der Lehrpersonen in Neukölln möglichst schnell gelangen sollten, ist, dass Beziehung vor Erziehung kommt.

Das medial häufig gezeichnete Bild ist das einer Institution, die den Erfordernissen unserer Zeit nicht gewachsen ist. Einer Schule, die nicht mehr weiß, wie sie mit den ihr anvertrauten Schüler:innen umgehen soll. Die stellvertretende SPIEGEL-Chefredakteurin Melanie Amann etwa beklagte bei Markus Lanz zuletzt das Fehlen »eines pädagogischen Konzepts in Deutschland, mit welchen Methoden man den Dialog mit diesen Schülern führt«, speziell auch in Bezug auf den Nahostkonflikt. Amann schildert ihren Eindruck, dass die

Abschreiben erwünscht!

gesellschaftswissenschaftliche Pädagogik bei Rechtsextremismus, Holocaust, Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur aufhöre.

Auch Meron Mendel, Leiter der Gedenkstätte Anne Frank, kritisiert auf »Zeit Online« die nur in Krisensituationen auflodernden Bestrebungen zur Professionalisierung von Schulen: »Warum müssen wir immer erst auf einen neuen Krieg warten, bis wir das Thema überhaupt ansprechen?« In Krisenmomenten würden Schulleitungen und Lehrkräfte professionelle Unterstützung extrem stark nachfragen; kaum schwinde die mediale Aufmerksamkeit, ebbe auch der Wille zur beruflichen Professionalisierung ab.

Woran liegt das? An dieser Stelle soll es ausnahmsweise einmal nicht um eine Klage über die strukturellen Hindernisse gehen, die erfolgreiches Arbeiten in Schule erschweren. Tun wir einfach mal so, als gäbe es den Lehrkräftemangel nicht. Als wäre die Schule nicht durchzogen von zahllosen Tätigkeiten, die Lehrkräfte von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenken, allen Schüler:innen gerecht zu werden.

Die wichtigste Erkenntnis, zu der Lehrpersonen in Neukölln möglichst schnell gelangen sollten, ist, dass Beziehung vor Erziehung kommt. Respekt und Anerkennung bekommt man hier nicht aufgrund seiner Rolle als Lehrperson verliehen, sondern sie müssen erarbeitet werden. In einer Neuköllner Schule bekommt man als Lehrkraft tatsächlich nichts geschenkt, was aber auch daran liegt, dass die Neuköllner Kinder und Jugendlichen nichts geschenkt bekommen. Viele von ihnen wachsen in Armut auf und spüren früh, dass dieses Bildungssystem, das Chancen von Herkunft abgänglich macht, nicht für sie geschaffen wurde.

So kommen viele Neuköllner Jugendliche schon nach sechs Jahren Grundschule mit unfassbar vielen Misserfolgserlebnissen und Frustrationserfahrungen an die Oberschule. Darüber hinaus erleben sehr viele von ihnen in Schule und Gesellschaft immer wieder verschiedenliche Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung. Als weiße Lehrkraft braucht es oftmals die Erfahrung der ersten Klassenfahrt mit einer Neuköllner Schulklasse, um eine Ahnung davon zu bekommen, wie omnipräsent das Erleben von Rassismus und Mikroaggressionen im Leben vieler Jugendlicher ist, sobald sie den hyperdiversen Schutzraum Neukölln verlassen. Das alles macht misstrauisch gegenüber der Gesellschaft, dem System Schule, aber auch gegenüber Lehrkräften.

Dieses Misstrauen zu verstehen und ihm durch aufrichtige Beziehungsarbeit zu begegnen, ist der wohl wichtigste Gelingensfaktor in unserem Beruf. Erst, wenn die Kids das Gefühl haben, dass wir als Lehrpersonen aufrichtig an ihnen und ihrem Wohl interessiert sind, werden sie sich Lern- und Reflexionsprozessen öffnen. Für solche Prozesse gibt es leichtere und schwierigere Themen. Oftmals scheint es besonders schwierig, etwas über Dinge zu lernen, die wenig mit der eigenen Lebenswelt zu tun haben, da sie uns emotional nur schwer erreichen: Integralrechnung, Radioaktivität oder die Dramentheorie von Gustav Freytag. Richtig anstrengend wird Lernen und Reflektieren aber erst, wenn damit auch meine persönlichen Überzeugungen und Gewissheiten infrage gestellt werden. Weil ich in Unsicherheit gerate: über mich, über mein Umfeld, über das, was immer sicher und wahr erschien.

Junge Menschen streben nach Zugehörigkeit und Gewissheit. Wenn Unordnung in diesen Wunsch nach Eindeutigkeit einsickert, wenn Dinge plötzlich nicht mehr so klar erscheinen, ist das nicht leicht anzunehmen. Weil es erfordert, dass wir uns als Menschen neu justieren. Das ist schon für sich genommen anstrengend und aufwühlend. Wenn nun aber auch noch der Gegenstand des Lernens so komplex wie der Nahostkonflikt ist, wird es noch ungleich schwieriger. Aber gerade deshalb müssen wir der Versuchung widerstehen, die Komplexität auf ein Minimum zu reduzieren. Stattdessen müssen wir sie zulassen und uns hierfür die nötige Zeit nehmen. Dafür reichen keine eilig freigeräumte Doppelstunde und auch keine sechswöchige Unterrichtsreihe in Geschichte oder Politik. Wir müssen uns die nötige Zeit nehmen, um diesen Dreischritt aus Beziehungsarbeit, identitätsrelevanter Selbstreflexion und komplexen Inhalten vollziehen zu können.

Wir brauchen in der Schule Räume, in denen wir die Zeit haben, über Verschwörungsmythen und gezielte Desinformation zu reden.

Wir brauchen in Schulen Räume, in denen wir der Komplexität des Nahostkonflikts in all ihren Verästelungen im Ansatz gerecht werden können. In denen sich die Jugendlichen mit ihrer eigenen biografischen Verwobenheit mit dem Konflikt zwischen Israel und Palästina auseinandersetzen können. In denen sie sich mit der deutschen Schuld

Abschreiben erwünscht!

und Verantwortung für die Schoa beschäftigen. Es braucht Zeit, um zu verstehen, dass es zwei Seiten in diesem Konflikt gibt, die beide legitime Gründe für ihre Positionen haben. Und es ist wichtig, dennoch Menschen beider Seiten kennenzulernen, die sich für Frieden einsetzen, am besten auf einer Reise nach Israel und Palästina, wie wir sie 2019 unternommen haben. Das sind einige der Themen, die wir im Projektkurs Israel und Palästina in den Jahrgängen 9 und 10 seit 2018 behandeln.

Wir brauchen in der Schule aber auch Räume, in denen wir die Zeit haben, über Verschwörungsmythen und gezielte Desinformation zu reden. In denen Schüler:innen lernen, wie Journalist:innen und Wissenschaftler:innen arbeiten, welchen Standards sie dabei folgen, Informationen zu generieren und bereitzustellen. Und warum auch sie immer wieder Fehler machen. In denen sich Jugendliche mit dem Verhältnis zwischen Religion und Wissenschaft auseinandersetzen und sich Gedanken darüber machen, welche Schwierigkeiten mit einem wortwörtlichen Verständnis religiöser Texte einhergehen. In denen sie die einfachen Antworten von TikTok-Predigern hinterfragen und sich Gedanken über ihr persönliches Gottesbild machen. Das sind einige der Themen, die wir im Zusatzkurs Glauben und Zweifeln in den Jahrgängen 12 und 13 seit 2018 behandeln.

Wir brauchen in der Schule Räume, in denen wir die Zeit haben, uns mit Rassismus als biografischer Grunderfahrung vieler Jugendlicher zu beschäftigen. In denen wir den NSU, Utøya, Christchurch, Halle und Hanau zum Thema machen. Und in denen wir uns als weiße Lehrkräfte zurückziehen und Menschen mit Migrationsgeschichte einladen, um unsere Schüler:innen gegen rassistische Anfeindungen zu empoweren. In denen wir im zweiten Jahr aber auch über Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und die Macht des Patriarchats reden. Das sind einige der Themen, die wir im Projektkurs Why we matter in den Jahrgängen 9 und 10 seit 2021 behandeln.

Das sind Angebote von nur einer Schule, die gar nicht so besonders ist, wie sie medial oft dargestellt wurde. Keine Berücksichtigung finden an dieser Stelle all die großartigen Angebote anderer Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, den lebensweltlichen Bedürfnissen und Fragestellungen ihrer Schüler:innen gerecht werden zu wollen. Die moderne Schulen in der Migrationsgesellschaft sind.

Das liegt daran, und hier liegt das eigentliche Problem, dass mir ihre Angebote nicht bekannt sind. Dass es kein wirkliches Voneinander-Lernen gibt, sondern Schulen gezwungen sind, ihre eigenen Antworten zu finden. Und damit leider allzu oft überfordert sind. Sollte diese Überforderung auch in Zukunft fortbestehen, liegt darin ein bildungspolitisches Versagen. Was es braucht, sind fest implementierte Strukturen, die sicherstellen, dass sich angehende Lehrkräfte schon an den Universitäten intensiv mit diesen Themen auseinandersetzen und später im Beruf regelmäßig fortgebildet werden. Und dass engagierte Lehrkräfte und Schulen das Rad nicht immer wieder neu erfinden müssen, sondern voneinander und ihren Ideen lernen können.

Wenn die derzeitige Analyse, dass an den Schulen Handlungsbedarf besteht, kein Lippenbekenntnis ist, dann braucht es bildungspolitischen Willen zur Veränderung. Dann müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, die das Entstehen solcher Angebote erschweren. Dann müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Schulen nicht primär lehrende, sondern lernende Institutionen werden.

Vor allem sollten wir endlich aufhören, die Schuld für unser bildungspolitisches Versagen den Schüler:innen in die Schuhe zu schieben. Selbstreflexion und Veränderungsprozesse sind anstrengend und schmerzhaft. Bevor wir sie von Kindern und Jugendlichen erwarten, sollten wir bereit sein, sie als Institution vorzuleben.

Load-Date: November 2, 2023

Video zeigt lückenlos illegalen Pushback

SPIEGEL ONLINE

19. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; »New York Times«-Recherche

Length: 630 words

Byline: Milena Hassenkamp

Highlight: Zum ersten Mal dokumentiert ein Video lückenlos, wie griechische Behörden Flüchtende vom Ufer zurück aufs offene Meer bringen und aussetzen. Offiziell streitet Griechenland ab, illegale Pushbacks durchzuführen.

Body

Wer Schutz sucht, hat ein Recht auf Asyl. So will es die Genfer Flüchtlingskonvention, so handhabt es auch die Europäische Union. Eigentlich. Doch in der Vergangenheit konnte unter anderem der SPIEGEL bereits mehrfach dokumentieren, wie EU-Grenzbeamte Schutzsuchende illegal wieder abschieben. Nun dokumentiert ein Video von Aktivisten erstmals den ganzen Vorgang solch eines illegalen Pushbacks von Geflüchteten an der EU-Außengrenze.

In dem Material, über das zunächst die »New York Times« berichtete, ist zu sehen, wie eine Gruppe Geflüchteter von Maskierten vom Strand weg erst auf ein Schlauchboot gebracht wird, dann auf ein Boot der griechischen Küstenwache gefahren wird. Eine weitere Aufnahme zeigt dann, wie die gleichen Personen vom Boot auf einem kleinen, schwarzen Floß mitten auf dem Meer ausgesetzt werden. Kurz darauf dokumentiert ein drittes Video die Rettung der Gruppe dieses Mal durch die türkische Küstenwache.

Die insgesamt zwölf Geflüchteten wurden demnach am 11. April in türkischen Gewässern gerettet, nachdem sie von Griechenland auf das Meer zurückgeschickt worden waren.

Die »New York Times« konnte anhand von Geolocations anderer, im Video sichtbarer Schiffe, den Ort des Pushbacks ausmachen. Die Schutzsuchenden wurden demnach etwa zehn bis zwölf Kilometer südöstlich der Küste der griechischen Insel Lesbos ausgesetzt, mutmaßlich noch unmittelbar auf griechischem Hoheitsgebiet. Etwas weiter ostwärts wurden sie von den türkischen Behörden aufgegriffen und in die türkische Hafenstadt Dikili gebracht.

Zwei Mütter, zwei Männer, mehrere Kleinkinder

Bei den Schutzsuchenden handelt es sich um Flüchtende aus Mogadischu, Somalia und dem Jemen. Acht der zwölf Personen sind Kinder, darunter mehrere Kleinkinder. Sie sind jeweils mit ihren Müttern auf der Flucht. Außerdem wurden zwei Männer mit auf das Floß gesetzt. Die Männer wie die beiden Mütter berichten, dass sie jeweils mit

Video zeigt lückenlos illegalen Pushback

Schmugglerbooten nach Lesbos kamen und sich dort zunächst im Unterholz der Insel versteckt hielten. Maskierte Männer hätten sie dann aufgegriffen und auf das Boot der Küstenwache gebracht.

Die »New York Times« kann keine Angaben zu den Personen machen. Auf den Videos hat es den Anschein, dass zumindest einige die offizielle Uniform der Küstenwache tragen.

»Sie sagten, sie arbeiten für Ärzte ohne Grenzen«, sagte eine Überlebende der »New York Times«. Bald habe sich herausgestellt, dass das eine Lüge war. »Sie nahmen alles von uns, Geld, Telefone, alles.« Dann wurde die Gruppe demnach in einen Van gepfercht, musste stundenlang auf dem Boden kauern und wurde schließlich aufs Meer gebracht. »Wir hatten nicht erwartet, den Tag zu überleben«, sagte einer der Geflohenen.

Illegale Pushbacks seit Jahren

Der SPIEGEL hat bereits über die illegalen Pushbacks berichtet: Im Oktober 2021 veröffentlichte der SPIEGEL Videoaufnahmen, die zeigen, wie kroatische Polizisten Asylsuchende über die grüne Grenze nach Bosnien und Herzegowina prügeln. Weitere Recherchen wiesen zudem nach, dass die griechische Küstenwache in der Ägäis mithilfe der europäischen Grenzschutzagentur Frontex Geflüchtete abfängt und die Schutzsuchenden anschließend auf antriebslosen Rettungsflößen auf dem Meer aussetzt.

Eigentlich ist Griechenland nach europäischem Recht verpflichtet, Schutzsuchenden, die griechisches Territorium erreichen, Asylverfahren zu ermöglichen. Wie viele andere Staaten widersetzt sich das Land dieser Aufgabe aber seit Jahren.

Infolge der Enthüllungen musste der Chef der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, zurücktreten. Leggeris Nachfolger, der Niederländer Hans Leijtens, hat versprochen, dass seine Beamten sich nicht an den Pushbacks beteiligen. Die gemeinsame Operation mit der griechischen Küstenwache hat Frontex allerdings nicht abgebrochen.

mfh/mrc

Graphic

2015 Anadolu Agency - Flüchtende auf einem Boot im Mittelmeer beim Versuch, Lesbos zu erreichen

Load-Date: May 19, 2023

PiS-Chef Kaczy ski inszeniert Telefonabfuhr an Kanzler Scholz

SPIEGEL ONLINE

11. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Antideutscher Wahlspot in Polen

Length: 329 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Eine skurrile Wahlwerbung sorgt in Polen für Diskussionen: PiS-Chef Kaczy ski wird von Kanzler Scholz kontaktiert, legt jedoch lieber auf. In der Abfuhr ist ein Vorwurf untergebracht, der Polen schon lange umtreibt.

Body

Immer mal wieder macht Polens nationalkonservative Regierungspartei PiS Stimmung gegen Deutschland, bei **Migrationsthemen** oder bei der Forderung nach Reparationszahlungen. Nun sorgt ein antideutscher Wahlkampfspot des PiS-Vorsitzenden Jaros aw Kaczy ski für Aufsehen.

In dem Clip inszeniert sich Kaczy ski als starker Mann und erteilt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) eine Abfuhr. Kaczy ski lehnt ein Telefonat mit dem SPD-Politiker ab und legt einfach auf. Das Video, das die Partei auf der vormals als Twitter bekannten Plattform X veröffentlichte, zeigt zur Musik von Richard Wagners »Ritt der Walküren« die Innenräume der deutschen Botschaft in Warschau. Ein fiktiver Botschafter greift zum Telefon und ruft Kaczy ski an.

In holprigem Polnisch mit starkem deutschen Akzent erklärt der vorgebliche Diplomat, er wolle ein Gespräch mit dem Kanzler an Kaczy ski durchstellen. Scholz wolle klären, dass das Renteneintrittsalter in Polen wieder erhöht werde so wie zu Zeiten von Kaczy skis politischem Widersacher, dem früheren Regierungschef Donald Tusk.

Angebliche deutsche Einflussnahme

Kaczy ski sagt: »Tusk ist weg, und diese Angewohnheiten sind vorbei.« Dann legt er auf. Die PiS attackiert Tusk seit Langem mit der Unterstellung, er handele im Auftrag Deutschlands.

Hintergrund des skurrilen Videos: Parallel zur Parlamentswahl am 15. Oktober will die PiS-Regierung die Wählerinnen und Wähler in einem Referendum unter anderem über das Renteneintrittsalter abstimmen lassen. Dieses war unter der liberalkonservativen Regierung Tusks von 60 auf 67 heraufgesetzt worden. Die seit 2015 regierende PiS hatte dies aber 2017 rückgängig gemacht.

Tusk ist Vorsitzender der größten polnischen Oppositionspartei, der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO). Nach seiner Regierungszeit in Polen war er bis 2019 EU-Ratspräsident. Inzwischen ist er wieder zurück in der polnischen Innenpolitik. Mit einem Sieg bei der Parlamentswahl will Tusk die PiS-Regierung von der Macht verdrängen.

PiS-Chef Kaczyński inszeniert Telefonabfuhr an Kanzler Scholz

mrc/dpa

Load-Date: September 11, 2023

End of Document

Briefe

SPIEGEL ONLINE

04. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: COMMUNITY

Length: 2100 words

Highlight: Demokratie in Israel, fahrradfreundliche Städte, Wahlkreispolitik von Lars Klingbeil, [Asylvorschlag](#) der CDU das waren die Themen, zu denen wir in der vergangenen Woche die meisten Zuschriften erhalten haben.

Body

Es wäre tragisch

Heft 31/2023 Titel: Stirbt Israels Demokratie?

Die Grundsätze einer Demokratie wie etwa die Gewaltenteilung sind auch von der israelischen Regierung und der Knesset zwingend zu beachten. Ob das der Fall ist, kann verbindlich nur der Oberste Gerichtshof des Staates beurteilen. Deshalb ist zu hoffen, dass dieser die Petitionen im September eindeutig bescheiden wird. Der dann voraussichtlich folgende Verfassungskonflikt kann wohl nur durch Neuwahlen und eine Änderung des Gesetzes beendet werden. Es wäre tragisch und die Seele Israels grundlegend verändernd, wenn sich nach Ungarn und Polen jetzt auch in Israel eine Mehrheit gegen die Demokratie entscheiden und der Gesetzgebung und Exekutive einen Vorrang vor der Judikative einräumen würde.**Dr. Thomas Weise, Hamburg**

Die Grundpfeiler einer Demokratie sind das Staatsvolk, das Staatsgebiet und die Staatsgewalt. Innerhalb der Elemente der Staatsgewalt soll hier die Judikative ausgehöhlt werden. Verabschiedet wurde bereits das Verbot für das Oberste Gericht, Regierungsentscheide als unangemessen zu beurteilen. Geplant sind Beschränkungen des Gerichts, Gesetze zu prüfen oder zu verwerfen. Künftig soll das Parlament eine normative Mitsprache bei der Besetzung von Richtern am Obersten Gericht haben. Damit entfernt sich Israel von der Demokratie und steuert in Richtung Diktatur. Deshalb wehren sich große Teile der Bevölkerung zu Recht gegen die Machenschaften der Regierung. Auch die Regierungen der USA und Deutschlands müssten gegen die ultrarechte Gangart ein Veto einlegen.**Horst Winkler, Herne (NRW)**

Warum jammern die Deutschen und ihre Medien über Israels Regierung? Die deutschen lethargischen Wirtschaftswunder-Demokraten haben doch jetzt gerade selbst einen Landrat und demnächst im EU-Parlament ganz legal den Wolf im Friedenspelz. Demokratisch gewählt! Tja, da kann man halt gar nichts machen! (So lange, bis es zu spät ist wie in Israel). Und ich dachte immer, wir hätten etwas gelernt.**Peter Steinmetz, Kiel**

Entscheidend für die Situation in Israel ist das Fehlen einer Verfassung, die das Parlament rechtlich bindet. Israel folgt dem Beispiel der ehemaligen Mandatsmacht Großbritannien. Absoluter ungebundener Souverän ist das Parlament, das seine Macht nicht vom Volk ableitet, sondern von Gott. Es bleibt spannend und abzuwarten, ob der

Briefe

Oberste Gerichtshof in Israel im September die Volkssouveränität (er-)findet und Regeln aufstellt seien sie geschrieben oder ungeschrieben, die auch das Parlament binden.**Dr. Jens Rinze, Oberursel (Hessen)**

Wenn alle Völker der Welt Aufklärung und Säkularisierung verinnerlicht hätten, dann würde es schon längst keine Rolle mehr spielen, was ein paar Männer vor dreitausend Jahren fantasiert und aufgeschrieben haben. Gott hat die Erde nicht in nationale Besitztümer aufgeteilt und führt darüber auch keine Grundbücher. Fangt endlich an, in der Gegenwart zu leben.**Rainer Hüls, Hamburg**

Autos lösen sich nicht auf

Heft 30/2023 Leitartikel: Deutsche Städte müssen fahrradfreundlicher werden

Grundsätzlich stimme ich den Ausführungen zu. Radwege müssen ausgebaut, verbreitert und sicherer gemacht werden. Aber: Ich wohne im Zentrum von München und kenne keine Gruppe von Verkehrsteilnehmern, die sich so rücksichtslos verhält wie Radfahrer. Fahren auf dem Gehweg, Fahren in die falsche Richtung, Abstellen von Fahrrädern an den unmöglichsten Stellen auf bepflanzten Grünflächen, in Einfahrten und so weiter. Einzige Lösung zur Eindämmung dieses chaotischen Treibens wäre eine Kennzeichenpflicht für alle Fahrräder.**Peter Rost, München**

Große Klasse, Ihr Artikel. Als autofreier Mensch oft mit dem Fahrrad unterwegs, schreibe ich abends immer in mein Dankbarkeitstagebuch, wie froh ich bin, unversehrt wieder heimgekommen zu sein. Keine Frage, auf dem flachen Land benötigen viele Menschen Autos. Aber in allen Städten, in denen Millionen Leute wohnen und dort auch arbeiten und bei jeder Gelegenheit von Klima- und Umweltschutz reden und zugleich mindestens eine protzige Blechdose draußen stehen haben, da beginnt für mich das völlig Irrationale. Autos, besonders in Großstädten, lösen sich nicht in Luft auf obwohl das großartig wäre: neben Klima- und Umweltschutzeffekten endlich mehr Platz für Grünanlagen, Kitas, sozialen Wohnungsbau und Fahrradstraßen. Wann beginnt in der deutschen Politik die längst überfällige Diskussion über Restriktionen und letztlich Verbote der ungezügelten Autonutzung in unseren Städten?**Jürgen Bauer, Itzehoe (Schl.-Holst.)**

Seit 2020 dürfen Autos Fahrräder innerorts nur mit einem Mindestabstand von 1,5 Metern überholen und außerorts mit einem Mindestabstand von 2 Metern. Wenn das Fahrrad dabei 0,6 Meter Abstand vom Bordstein beziehungsweise Straßenrand hat der Fahrradlenker zählt und das Auto 1,5 Meter Abstand hält der Außenspiegel zählt darf, wenn innerorts nur eine Fahrspur in einer Richtung vorhanden ist, kein Auto an einem Fahrrad vorbeifahren. Warum wird die Einhaltung dieser Verkehrsregel nicht überwacht und die Nichteinhaltung bestraft?**Annette Schmidt, Marburg**

Ihr Bericht über das Verhalten zwischen Autofahrern und Radfahrern gilt sicherlich für die Großstädte. Aber im städtisch-ländlichen Bereich erlebe ich die Radfahrer im Gros rücksichtslos und dreist. Klingeln oder im Schrittempo vorbeifahren? Fehlanzeige! Am gefährlichsten für uns Fußgänger sind die E-Biker; sie rasen vorbei, als gälte es, einen neuen Weltrekord aufzustellen. Man ist gezwungen, ständig nach hinten zu sehen, ob nicht wieder ein rasender Radfahrer im Anflug ist. Es wäre gut, wenn man diese Seite auch mal in Betracht ziehen würde.**Renate Hager, Braunschweig**

Genau das ist das Problem! Die Straßenbreite unserer Innenstädte ist zementiert. Da der Verkehr enorm zugenommen hat, entsteht ein Verdrängungskampf: Fahrrad ja, Auto nein. Während in vielen Ländern in Lösungen investiert wurde, reicht es in Deutschland, weiße Striche auf der Fahrbahn zu ziehen. Solange keine durchgängigen Lösungen für alle im öffentlichen Verkehr realisiert sind, sehe ich keine Verbesserung. Alle Teilnehmer am Straßenverkehr sollten einen Führerschein haben.**Klaus Felz, Potsdam**

Manches in dem Artikel trifft wohl zu. Ich lebe in der vielleicht radfahrerfreundlichsten Stadt, Freiburg, wo den Autofahrern ganze Spuren weggenommen und uns Radfahrern zur Verfügung gestellt werden. Aber ich kann mich nicht über die Autofahrer beschweren. Sie fahren geduldig langsam hinter mir her, bis sie mit gutem Sicherheitsabstand überholen können. Gewiss, Radfahrer haben mehr Unfälle, und es gibt auch jedes Jahr mehr von ihnen. Vor 50 Jahren war ich einer der wenigen Radfahrer, nun bin ich einer von Tausenden. Als 80-Jähriger fahre ich weiterhin Rad, aber nicht mehr so schnell wie damals. Ich strample immer noch, habe keinen

Briefe

Elektroantrieb. Aber viele meiner lieben radfahrenden Mitbürger machen mir Angst. Sie sind schneller als ich, wollen unbedingt überholen und tun dies auch links wie rechts, ohne Klingelzeichen, und das oft mit sehr geringem Abstand. Ich wünsche allen Mitradlern etwas mehr Gelassenheit. **Karl Ammann, Freiburg**

Ja, alles richtig. Die Städte sind nicht für Radfahrer konzipiert. Und es ist jede Anstrengung wert, dass sich das ändert. Aber schnell wird es nicht gehen, genauso wie man nicht schnell alle Öl- und Gasheizungen abdrehen kann. **Berndt Kölbl, Klagenfurt (Österr.)**

Die Lasten können andere tragen

Heft 30/2023 SPD-Chef Lars Klingbeil wehrt sich gegen eine neue Bahnstrecke

Jetzt macht SPD-Chef Lars Klingbeil Stimmung in seinem Wahlkreis, indem er die Bahn-Neubautrasse Hamburg Hannover quer durch ein Gewerbegebiet in Bispingen ablehnt, zugleich aber den sechsspurigen Ausbau der Nord-Süd-Autobahn A7, gleich nebenan, fordert. Zum Kaputtfahren durch Schwerlasten mit Gütern aus dem Hamburger Hafen? Ein aus der Zeit gefallener Dino! Und der Deutschlandtakt ein Hirngespinnst? Denn wo bringen all die Sonntagsredner die künftigen, gut ausgebildeten und angemessen bezahlten Lokführer her? Für diese (trotzdem vordringlich wichtige) und andere Strecken? **Michael Rahn, Ammerbuch (Bad.-Württ.)**

In dem Artikel zur geplanten Bahnstreckenführung Hamburg Hannover sprechen die Redakteure mal eben so dem Dialogforum Schiene Nord die demokratische Legitimation ab und wischen damit alle Argumente für eine lebenswerte Umgebung der von einem Bahnstreckenneubau betroffenen Bewohner des Heidekreises vom Tisch! Warum des-avouieren Sie den erfolgreichen Versuch, ohne Blockaden und Proteste einen Kompromiss zu finden? Aus dem ganzen Artikel spricht der egoistische Anspruch der »Ballungsraumbewohner«, das platte Land auf dem Weg zu den Ferienorten an Nord- und Ostsee möglichst ohne Zeitverlust per schneller Zugverbindung (oder auch gern auf der ausgebauten Autobahn) zu überwinden die Lasten und Folgen können ja andere tragen! **Dr. Eckhardt Schmidt, Neuenkirchen (Nieders.)**

Ich bin enttäuscht darüber, wie Lars Klingbeil in Ihrem Bericht quasi als Einzelperson als der Gegner und Bekämpfer des A 7-Trassenprojekts der Bahn hingestellt wird, obgleich er sich doch nur als einer von vielen Tausend Niedersachsen gegen diese unselige Planung der Bahn wendet. Eine Planung, die eine neue Trasse zwar parallel zur Autobahn verlaufen ließe, aber nicht neben der Autobahn, wie viele annehmen, sondern in kilometerweisem Abstand. Hätten die beiden Redakteure diese Angelegenheit journalistisch richtig aufgearbeitet, hätten sie von den vielen Bürgerinitiativen zwischen Hamburg und Hannover erfahren können, wie groß der Schaden dieses Projekts für die Bevölkerung, für das Gewerbe, für die Heide und für die Moore wäre. Und wenn die Bahn behauptet, dass der Neubau einer Trasse billiger sei als ein Ausbau der vorhandenen, dann liegt es sicher daran, dass der Ausbau die Bilanz der Bahn belastet, ein Neubau aber direkt vom Verkehrsministerium bezahlt würde. **Ulf Alsguth, Seevetal (Nieders.)**

Unterschiedliche Sachverhalte

Heft 30/2023 Was hinter dem Asylvorschlag eines CDU-Politikers steckt

Die Autoren:innen des ansonsten informativen Artikels begehen denselben Fehler, an dem auch die öffentliche Debatte seit geraumer Zeit leidet: Gleich an mehreren Stellen, teilweise sogar im selben Satz, wird von Asyl und Migration gesprochen, als wären sie identische Begriffe. Dabei handelt es sich um rechtlich und politisch vollkommen unterschiedliche Sachverhalte. **Dr. Otto Lampe, Berlin**

Sie gebrauchen unkommentiert den Begriff »Merkels Flüchtlingspolitik«, der längst zur Chiffre für die Behauptung geworden ist, Merkel habe 16 Jahre lang »alle nach Deutschland reingelassen«. Doch diese Behauptung ist falsch. Angela Merkel hat in einer ganz bestimmten Sondersituation im Spätsommer 2015 die rechtliche, ethische, personelle und technische Unmöglichkeit der Schließung der Grenze zu Österreich erkannt und damit der Humanität den Vorrang vor starrer Ordnung gegeben. Ansonsten haben die von ihr geführten Regierungen aber von 2005 bis 2021 die europaweite Politik der Abschottung gegen flüchtende Menschen mitgetragen. »Wir schaffen

Briefe

das!« ja, aber wir sorgen sehr konsequent dafür, dass wir es nicht noch einmal schaffen müssen.**Andreas Knipping, Eichenau (Bayern)**

Verantwortlich und vernünftig

Heft 30/2023 Eine Frau will sich sterilisieren lassen, doch sie hat Probleme, einen Arzt zu finden

Eine Frau, die aus welchem persönlichen Grund auch immer begriffen hat, dass die Aufgabe der Mutterschaft mit all ihren Risiken, Verantwortlichkeiten und Konsequenzen, nicht zum eigenen Ich passt, handelt so verantwortlich und vernünftig wie jemand, der sich seinen Beruf sorgfältig aussucht. Weil der Entschluss auf einen langen Reflexionsprozess zurückzuführen ist und gewiss nicht auf Gedankenlosigkeit. Das zu respektieren ist Aufgabe der Gesellschaft, die endlich Abschied nehmen sollte von der blinden Mutterrollenverheiligung. Es gilt zu begreifen, dass Frauen vor allem als bekennende Nicht-Mütter sterilisiert oder nicht in jedem Fall wissen, was sie tun.**Martina Gromeier-Pautke, Holm (Schl.-Holst.)**

Wie nah sich AfD und Neonazis wirklich sind

Heft 30/2023 Die AfD pflegt Kontakte zu Neonaziorganisationen

Mit schöner Regel-mäßigkeit platzt ein Stück vom blauen Lack ab, und die tiefbraune Grundierung kommt immer deutlicher zum Vorschein.**Lutz Pfeifer, Köln**

Energieboom auf dem Meer

Heft 30/2023 Der Windkraftausbau in der Nordsee soll Europa auf dem Weg zur Klimaneutralität voranbringen. Kann das Megaprojekt gelingen?

Danke für diese informative Reportage, die Hoffnung macht.**Marcus Krämer, Rösrath (NRW)**

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.dezu archivieren.

Graphic

Patrick Mariathasan für den SPIEGEL

Load-Date: August 4, 2023

Geflüchtete auf andere Einrichtungen verteilt

SPIEGEL ONLINE

27. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Nach Ausschreitungen in Freiburger Erstaufnahme

Length: 398 words

Byline: Kristin Haug

Highlight: Nach Ausschreitungen in einer Freiburger Flüchtlingsunterkunft sollen Sicherheitskräfte für Ruhe sorgen. Auffällige Bewohner müssen umziehen, es soll mehr Freizeitangebote geben und zusätzliche Familien im Haus.

Body

Bewohner sollen mit Eisenstangen bewaffnet durch die Landeserstaufnahmeeinrichtung in Freiburg gezogen und mit Messern und anderen Gegenständen aufeinander losgegangen sein: Nach den schweren Ausschreitungen in der Flüchtlingsunterkunft hat das Land elf auffällig gewordene Bewohner in andere Einrichtungen geschickt. Das teilten das zuständige Regierungspräsidium, Polizei und Staatsanwaltschaft nach einem Krisentreffen in Freiburg mit.

In der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) wurde das Sicherheitspersonal aufgestockt. Auch die Polizei sei stärker an Ort und Stelle vertreten als bisher. Bereits vor den Auseinandersetzungen am Dienstag hatte es schon am Sonntag und Montag schwere Krawalle in der Einrichtung gegeben, die von etwa 750 Menschen bewohnt wird.

»Wir verurteilen diese Exzesse auf Schärfste«

Ein 28-Jähriger sitzt in einem sogenannten beschleunigten Verfahren in Haft – andere Verdächtige wurden aus dem Polizeigewahrsam entlassen.

»Wir verurteilen diese Exzesse auf Schärfste«, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung des Regierungspräsidiums, der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner und des Personals müsse gewährleistet sein. »Wir werden gemeinsam alle Möglichkeiten nutzen, um Gewalt von vorneherein zu unterbinden.«

In der Freiburger Einrichtung gibt es maximal 1200 Plätze. Die Menschen stammen laut Regierungspräsidium aus rund 30 Staaten, insbesondere aus Afghanistan, der Türkei, Syrien, Algerien, Marokko und Tunesien.

Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer erklärte, sie sei mit dem Justizministerium in Kontakt, um schnellere Rückführungen straffälliger Ausländer und schnellere Asylverfahren zu erreichen.

Geflüchtete auf andere Einrichtungen verteilt

Die baden-württembergische Justizministerin Marion Gentges (CDU) sagte in einem Interview der »Stuttgarter Zeitung«, man müsse in der Lage sein, »Gefährder, die die Sicherheit unseres Landes beeinträchtigen, und schwere Straftäter leichter abschieben zu können«.

Das Regierungspräsidium will den Eingang der Freiburger Einrichtung schärfer kontrollieren und mittels Umbauten den Zugang für Unbefugte erschweren. Es soll zudem mehr Aktivitäten für Bewohner geben dabei gehe es unter anderem um Sport, Handwerk und Sprachkurse.

Dank der Verlegungen solle es »eine ausgewogenere Zusammensetzung der Bewohnerschaft« geben, hieß es in der Mitteilung. Das bedeutet beispielsweise, dass mehr Familien aufgenommen werden.

kha/dpa

Graphic

dpa - Freiburger Flüchtlingseinrichtung

Load-Date: January 27, 2023

Nehammers Koalition ist unbeliebt, den Grünen kann es egal sein

SPIEGEL ONLINE

14. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Die Lage: Inside Austria

Length: 938 words

Byline: Oliver Das Gupta

Highlight: Nur noch ein Drittel der Österreicher stützt das Regierungslager. Warum das Bündnis trotz aller Skandale wohl halten wird und weshalb die Grünen zufrieden sind.

Body

Rankings und Umfragen erfreuen sich in Österreich besonderer Beliebtheit. Deren Aussagekraft schwächelt mitunter zwar beachtlich, überdies präsentiert der Boulevard minimale Veränderungen maximal aufregend. Manche demoskopische Momentaufnahme lässt allerdings interessante Schlüsse zu, wie der neue »Vertrauensindex« zum bundespolitischen Spitzenpersonal, den die Nachrichtenagentur APA und das Meinungsforschungsinstitut OGM veröffentlichten.

Viele Köpfe der konservativen ÖVP schneiden schlecht ab, nur der Wirtschaftsminister ist wirklich wohlgefallen und der ist eigentlich Wissenschaftler. Die letzte Wahl in ihrem Kernland Niederösterreich überstand die Kanzlerpartei arg ramponiert, der Job von Frontmann Karl Nehammer dürfte aber vorerst gesichert sein: Der Regierungschef genießt mehr Vertrauen als seine ÖVP, an der seit der Ära von Sebastian Kurz der Ruch der Korruption klebt. Vom EU-Gipfel kehrte Nehammer dieser Tage in Siegerpose nach Wien zurück, weil in Brüssel eine härtere Linie zu den Themen Außengrenze und Migration beschlossen wurde. Aber ob sich damit auch die katastrophale Lage seiner ÖVP deutlich bessert, die in allen Umfragen bei nur mehr etwas über 20 Prozent dümpelt?

Es menscht nicht zwischen ÖVP und Grünen

Der Rückhalt für Nehammers konservativ-grüne Bundesregierung schrumpfte in der Bevölkerung schon vorher drastisch. Nur noch jeder dritte Österreicher unterstützt aktuell die Koalitionsparteien. Misstrauen prägt das Binnenklima des Bündnisses. Die von der ÖVP forcierte Abschiebung von Wiener Schülerinnen, der erzwungene Kanzler-Rücktritt von Sebastian Kurz, das von der Ökopartei forcierte Anprangern der ÖVP im Untersuchungsausschuss – es gibt viele Dinge, die Partner einander nicht vergessen.

Zugetan wie zuvor ÖVP und FPÖ war man sich ohnehin nie. Auch wegen Corona konnte es zwischen den ideologisch so fremden Koalitionären kaum menschen. In Videokonferenzen während der Lockdowns fand man eben nicht zusammen zum Feierabendbier, wie ein ÖVP-Strategie dieser Tage erklärt.

Trotz aller Provokationen, Skandale und Ränke spricht wenig dafür, dass die Koalition vorzeitig zerbricht. Denn für die Grünen läuft es an sich prima: Die Ökopartei steht in Umfragen stabil um die zehn Prozent, auch im aktuellen

Nehammers Koalition ist unbeliebt, den Grünen kann es egal sein

Vertrauensindex schneidet ihr Personal ansehnlich ab. Der Vertrauenswert von Vizekanzler Werner Kogler liegt viermal über dem Zustimmungswert der Partei. Justizministerin Alma Zadi rangiert sogar auf Platz 2 nach dem Bundespräsidenten.

Kurz Koalitionskonstruktion

Vor der nächsten Wahl im Herbst 2024 dürften es die Grünen leicht haben, bei ihrer Anhängerschaft zu punkten: Klimaticket, ökosoziale Steuerreform, Anti-Korruptionsgesetze, dazu der verhinderte Autobahnbau durch das Naturschutzgebiet Lobau allesamt mundgerechte, eingängige Schlagworte, die Fehler, Peinlichkeiten und Unpopuläres wie die gescheiterte Impfpflicht überstrahlen. Mehr grüne Inhalte dürfte die Partei in künftigen Koalitionen schwer durchsetzen können.

Dass Projekte wie etwa die von Kurz Intimus Gernot Blümel maßgeblich vorangetriebenen ökosozialen Steuerreformen vor allem den Grünen zugerechnet werden dürften, liegt daran, wie die Koalition konstruiert ist.

Sebastian Kurz entschied sich dagegen, dass die so verschiedenen Partner gemeinsam die Alpenrepublik zukunftsfest machen, Ökologie und Ökonomie verbinden und das nach außen so zu kommunizieren. Stattdessen pflegen die Parteien getrennt ihre Kernbereiche: die ÖVP Migration und Wirtschaft, die Grünen den Klimaschutz und artverwandte Felder. Die Partner sollten einander bei ihren Leib- und Magenthemen nicht dreinreden. Der Öffentlichkeit verkaufte Kurz dieses Vorgehen als »Das Beste aus beiden Welten«.

Vor der nächsten Parlamentswahl können die Grünen sich damit brüsten, als kleinerer Partner in ihren Bereichen sehr viel herausgeholt zu haben trotz Pandemie und den Auswirkungen von Putins Krieg. Nehammer und die ÖVP können das bislang (noch) kaum, was wohl auch die Vehemenz zum Teil erklärt, mit der die Konservativen das Thema Migration breittreten.

Dabei manövriert Nehammer das Land durchaus passabel durch die Teuerungs- und Versorgungskrise, er hat sich als Kanzler des neutralen Österreichs klar auf der Seite der Ukraine positioniert und die Putin-Kuschelei anderer Kanzler beendet. Nur: Wählen wird man ihn und seine substanzuell beschädigte Marke ÖVP dafür eher nicht, das zeigt jede Umfrage.

Auf Nehammer lasten keine Korruptionsvorwürfe, anders als der Kurz ist ihm gestalten wichtiger als die schlagzeilenträchtige Pose. Aber der Kanzler muss die Scherben zusammenkehren, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hat. Das mag ungerecht klingen, aber so ist eben Politik.

Social-Media-Moment der Woche:

In Österreich ist Spionage erlaubt, sofern sie sich nicht gegen das Gastgeberland richtet. Entsprechend ungeniert spähen und schnüffeln Großmächte in Wien, allen voran Russland. Der Kabarettist Peter Klien hat in seiner Sendung »Gute Nacht Österreich« das ernste Thema amüsant aufgespießt.

Geschichten, die wir Ihnen heute empfehlen:

Machtgerangel in der SPÖ: Wer ist spitz auf die rote Spitze?

Umfeld des Glücksspielkonzerns: Hausdurchsuchungen rund um Novomatic

Podcast »Inside Austria«: Sebastian Kurz (ÖVP) sorgte dafür, dass die Koalitionsparteien in ihren Kernbereichen getrennt statt gemeinsam agieren.: Warum FPÖ ein Comeback feiert

Knatsch in Kärnten: Warum Imker über Bienenrassen streiten

Kommen Sie wohlbehalten durch die Woche!

Herzliche Grüße aus Wien

Ihr Oliver Das Gupta

Nehammers Koalition ist unbeliebt, den Grünen kann es egal sein

Autor für SPIEGEL und STANDARD

Und noch einmal der Hinweis in eigener Sache: Dieses Briefing als Newsletter in Ihr E-Mail-Postfach können Sie hier bestellen.

Graphic

IMAGO/SEPA.Media - Köpfe der konservativ-grünen Koalition: Vizekanzler Werner Kogler (I.) und Bundeskanzler Karl Nehammer

APA / dpa - »Das Beste aus beiden Welten«: Sebastian Kurz (ÖVP) sorgte dafür, dass die Koalitionsparteien in ihren Kernbereichen getrennt statt gemeinsam agieren

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Bootsunglück vor Libyens Küste viele Tote

SPIEGEL ONLINE

17. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flüchtlinge

Length: 135 words

Byline: Claus Hecking

Highlight: Das Boot stach vom libyschen Küstenort Suwara in See, dann kam es zum Unglück: Auf dem Mittelmeer sind offenbar mehr als 60 Menschen ums Leben gekommen. Unter den Opfern sind laut einer Uno-Organisation auch Frauen und Kinder.

Body

Bei einem Bootsunglück vor der Küste Libyens sind nach Uno-Angaben Dutzende Menschen ums Leben gekommen.

Mindestens 61 Menschen seien ertrunken, teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Libyen am Samstagabend auf der Plattform X, ehemals Twitter, mit. Unter den Opfern seien auch Frauen und Kinder. Auf dem Boot hätten sich 86 Menschen befunden, hieß es von IOM unter Berufung auf Überlebende weiter. Es sei vom libyschen Küstenort Suwara in See gestochen.

»Das zentrale Mittelmeer ist nach wie vor eine der gefährlichsten Migrationsrouten der Welt«, schrieb die IOM weiter. Libyen ist zu einem wichtigen Transitland für Migranten geworden, die vor Krieg und Armut nach Europa fliehen wollen. Die meisten Migranten wagen die gefährliche Überfahrt nach Europa in seeuntüchtigen Gummibooten.

che/dpa

Graphic

dpa - Flüchtlingsboot auf dem Mittelmeer (Symbolbild)

Load-Date: December 17, 2023

Kommen jetzt weniger Flüchtlinge?

SPIEGEL ONLINE

15. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Folgen der EU-Asylreform

Length: 189 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Nach Jahren des Stillstands feiert Innenministerin Faeser die **Asylreform** der Europäischen Union. Die Bundesregierung hat trotz Bedenken zugestimmt, dass sich Europa weiter abschottet. Doch eine zentrale Frage ist ungeklärt.

Body

Die EU reformiert endlich ihr **Asylsystem**. Können deutsche Kommunen also bald aufatmen? Spoiler: So einfach ist es nicht.

Die Reform sieht zwar neue Verfahren und Lager an der Außengrenze vor. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verspricht auch mehr Solidarität innerhalb der EU und den Schutz von Menschenrechten. Trotz Bedenken hat die Bundesregierung zugestimmt.

»Ich befürchte, dass der Preis sehr hoch war und dass die Rechnung am Schluss nicht aufgehen wird«, sagt der Migrationsforscher Bernd Kasperek von der Humboldt Universität in Berlin.

Denn bislang ist das europäische Grenzregime von Rechtsbrüchen und fragwürdigen Deals mit Autokratengeprägt. SPIEGEL-Reporter Steffen Lüdke berichtet von seinen Recherchen an der Außengrenze und erklärt, warum vor allem die Grünen mit der Reform hadern.

Hören Sie hier die neue Folge:

Alle Quellen und weiterführende Links zum Thema finden Sie hier:

Sie haben Themenvorschläge oder Feedback zu unserem Podcast? Sprechen Sie auf unsere Mailbox oder schicken Sie uns eine Sprachnachricht per WhatsApp beides unter der Nummer +49 40 38080 400. Oder schicken Sie eine Mail an stimmenfang@spiegel.de

Graphic

Kommen jetzt weniger Flüchtlinge?

REUTERS - Geflüchtete warten auf den Transfer in Lager auf dem griechischen Festland (Archiv)

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

Da ist er ja, der Habeck, den man kannte

SPIEGEL ONLINE

03. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1974 words

Byline: Christoph Hickmann

Highlight: Olaf Scholz empfängt einen Sauerländer und einen Bayern. Der US-Außenminister reist nach Israel. Und der Vizekanzler tut das, was er schon immer am besten konnte. Das ist die Lage am Freitagmorgen.

Body

Kommen ein Sauerländer und ein Bayer ins Kanzleramt

Olaf Scholz empfängt heute **Besuch im Kanzleramt**, aber diesmal hat sich kein Staats- oder Regierungschef aus der weiten Welt angesagt. Diesmal kommen die Vertreter zweier wunderlicher Volksstämme aus dem Süden und dem Westen der Republik, der eine Sauerländer, der andere Bayer. Der Kanzler empfängt **Friedrich Merz** und **Alexander Dobrindt**, CDU und CSU.

Es dürfte vor allem um die **Migrations-** und **Asylpolitik** gehen, jenes Thema also, das Scholz kürzlich im SPIEGEL-Gespräch zur Chefsache erklärt hat (ohne Chefsache zu sagen, weil er das Wort meines Wissens nicht leiden kann). Der Oppositionsführer Merz ist in dieser Sache schon zum zweiten Mal da, Mitte Oktober hatte er dem Kanzler bei einem ersten Gespräch einen Katalog von 26 Forderungen der Unionsfraktion übergeben.

Heute also wird wieder geredet, so weit, so klar. Ansonsten aber ist **erstaunlich wenig klar** etwa was das Ziel dieses Treffens ist, was Scholz damit erreichen will.

Scholz hat zwar kürzlich im SPIEGEL den **Ton** in der Asylfrage **deutlich verschärft** («Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben»), aber diese Verschärfung beschränkte sich auf den Sound, die Wortwahl. In der Sache sagte er nichts wesentlich Neues, kündigte kein neues Gesetz an, stellte keinen bislang unbekannten Plan vor. Was Scholz auf der Sachebene referierte, entsprach so weit der Beschlusslage der Ampelkoalition weshalb sich nach seinem Interview selbst bei den Grünen **vergleichsweise wenig Widerstand** regte.

Scholz braucht die Union also eigentlich gar nicht. Er bräuchte sie nur, wenn er irgendetwas durchsetzen wollte, was mit den Grünen nicht zu machen wäre (was dann allerdings, wenn er es stattdessen mit der Union durchsetzte, das Ende seiner Koalition bedeuten würde). So etwas kann ich aber gerade nicht erkennen.

Da ist er ja, der Habeck, den man kannte

Warum also dieses Treffen? Um Druck auf die Grünen auszuüben, mutmaßen sie in der Union. Aus meiner Sicht ergibt das allerdings wenig Sinn, denn, siehe oben: Die Grünen sind gerade eh ziemlich zahm. Ich glaube, es geht Scholz eher um etwas anderes.

Er weiß, dass die Asylfrage gerade viele Menschen umtreibt und er weiß, dass die Deutschen wenig für Parteienstreit übrig haben. Also bindet er die Union zumindest vordergründig ein. **Friedrich Merz** bleiben damit nur zwei Optionen: **Entweder er macht mit** dann kann er am Ende für die Asylpolitik der Ampel mitverantwortlich gemacht werden. **Oder er geht auf Distanz** dann kann Scholz beteuern, er habe ja alles versucht, aber die Opposition habe nun mal leider, leider unrealistische Vorstellungen.

Olaf Scholz inszeniert sich gern als Politiker, dem es **einzig und allein um die Sache** gehe. Friedrich Merz sollte nicht unterschätzen, dass der Kanzler auch **Symbolpolitik** kann. Und ein abgebrühter Taktiker ist. Bei Merz bin ich mir da nicht so sicher.

Mehr als nur Show? Warum Kanzler und Oppositionsführer den Pakt suchen

Besuch aus Washington

In Israel wird heute **US-Außenminister Antony Blinken** erwartet, es ist schon sein zweiter Besuch, seit die Hamas am 7. Oktober Israel überfallen hat. Wenige Tage nach den Terrorattacken hatte Blinken sich mit Israels Premier **Benjamin Netanyahu** getroffen. Die Frage ist, worum es ihm diesmal bei seinem Besuch geht.

Ich war kürzlich dabei, als Olaf Scholz nach Tel Aviv gereist ist, auf den Bundeskanzler folgte gleich am nächsten Tag **US-Präsident Joe Biden**. In diesem Zusammenhang habe ich zum ersten Mal den Begriff des »**strategic handholding**« gehört, der, wie mir ein kundiger Kollege erklärte, offenbar in Diplomatenkreisen gebräuchlich ist. Die wörtliche Übersetzung »strategisches Händchenhalten« schien mir zwar angesichts der überaus ernsten Lage unangemessen, traf die Sache aber recht gut.

Es ging in dieser ersten Phase nach den Terrorakten der Hamas um die Hoffnung, dass Israel womöglich nicht in voller Härte zurückschlagen würde, solange hochrangige Besucher im Land waren. Die Welt wartete in dieser Phase auf **Israels Bodenoffensive**, Scholz und andere setzten darauf, dass jeder Tag Aufschub ein Stück Rationalität zurückbringen, den israelischen Blick für die Risiken schärfen könnte.

Nun läuft die Offensive, Israels Truppen rücken vor, die **Zahl der Toten** steigt und steigt, für »strategic handholding« ist es zu spät. Vielleicht kann Blinken mit seinem Besuch trotzdem etwas erreichen, für die vielen unschuldigen Menschen, die in der **Hölle Gaza** gefangen sind. Jeder Zivilist, der überlebt, ist jeden Einsatz wert.

Neuer US-Außenminister Blinken: Der Mann, der die Trump-Wunden heilen soll

Mehr Nachrichten und Hintergründe zur Lage im Nahen Osten finden Sie hier:

Er hält den Krieg für falsch und beschießt trotzdem den Gazastreifen: Ein orthodoxer Major, der auf Rache sinnt. Ein linker Autor, der nun mit Sprenggranaten auf Gaza zielt. Oder eine Zahntechnikerin, die Tag für Tag die Opfer des Terrors identifiziert. Wie sich das Leben in Israel verändert hat.

Warum die Huthi-Rebellen aus dem Jemen jetzt Israel angreifen: Die mit Iran verbündete Huthi-Miliz im Jemen mischt sich in den Nahostkrieg ein. Sie kann Israel direkt kaum schaden und ist dennoch eine Gefahr.

»**Meine Kinder fragen nach ihrem Großvater, doch er kommt nicht**«: Das Haus der Harans im Kibbuz Beerli ist nur noch eine ausgebrannte Ruine. Sieben Angehörige hat die Hamas verschleppt, drei getötet. Nur eine Familie von vielen, die zu Opfern wurden. Ein Film von SPIEGEL TV.

Und hier: Alle aktuellen Entwicklungen im Newsblog.

Sagen, was ist

Da ist er ja, der Habeck, den man kannte

Vielleicht ist Ihnen in letzter Zeit auf SPIEGEL.de das Label »Augstein Einhundert« aufgefallen. Vielleicht haben Sie einen oder mehrere (oder gar alle) Artikel der vierteiligen Serie gelesen, in der die langjährigen Kollegen Martin Doerry und Hauke Janssen **das Leben des SPIEGEL-Gründers Rudolf Augstein** rekonstruiert haben (falls nicht: es lohnt sich wirklich sehr). Am Sonntag, am 5. November, ist es nun so weit: An diesem Tag wäre Augstein **100 Jahre alt** geworden. **Und schon an diesem Freitag wird im SPIEGEL groß gefeiert.**

»Sagen, was ist«, so lautet Augsteins wohl bekanntester Satz, er prangt im Atrium des SPIEGEL-Gebäudes an der Wand, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen jeden Tag daran und darunter vorbei. Um diesen Satz herum ist das Programm gestaltet. Die Laudatio hält **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**, danach widmen sich **Augsteins Tochter Franziska** und der große alte Liberale **Gerhart Baum** dem Menschen Augstein (»Sagen, wer er war«), bevor junge Medienleute ihre Ideen vorstellen, also der Frage nachgehen, womit ein junger Augstein heute sein Publikum erobern würde (»Sagen, was noch kommen muss«). Am Ende singt ein Weltstar: **Ute Lemper**.

Verantwortlich für all das ist unsere stellvertretende Chefredakteurin **Melanie Amann**. Ich habe sie gefragt, welche Bedeutung Rudolf Augstein aus ihrer Sicht für den SPIEGEL in seiner heutigen Form hat, für unseren Journalismus. »Wir verdanken Rudolf Augstein unsere größten Stärken: **Investigative Power, Furchtlosigkeit, politische Urteilskraft** und den Drang, Ereignisse zu erklären und einzuordnen«, schrieb mir Melanie. »Augstein ist für seine Arbeit ins Gefängnis gegangen, und der öffentliche Aufschrei über die SPIEGEL-Affäre hat der Pressefreiheit in diesem Land eine Bresche geschlagen. **Es ist ein Geschenk, so eine Gründerfigur zu haben** und eine Verantwortung für unsere Redaktion.«

Ich werde heute Nachmittag da sein, ich freue mich darauf. Und auch Sie können dabei sein, live auf SPIEGEL.de. Um 16 Uhr geht es los.

(Ich könnte mir übrigens vorstellen, dass Augstein heute auch **auf dem neuen WhatsApp-Kanal des SPIEGEL** eine Rolle spielt. Dafür scrollen Sie bei WhatsApp im Menüpunkt »Aktuelles« nach unten und klicken auf »Kanäle«, suchen dort nach »DER SPIEGEL« und folgen uns über den Plus-Knopf.)

Serie zum 100. Augstein-Geburtstag: Teil 4 »Der Zug ist abgefahren«

Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Leitartikel

Viel angekündigt, wenig geliefert: Boris Pistorius will Deutschland »kriegstüchtig« machen. Dass der Verteidigungsminister zu langsam vorankommt, liegt auch am Kanzler.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Im sechsköpfigen Präsidium des Deutschen Bundestags ist in der aktuellen Wahlperiode (ab Oktober 2021) nur ein Mann vertreten. Wer?

Gewinner des Tages

ist Vizekanzler **Robert Habeck**. Irgendwann in diesem Jahr, nach der Debatte über das Gebäudeenergiegesetz, in gewissen Kreisen bekannt als »Habecks Heiz-Hammer«, war ich mir nicht mehr ganz sicher, **ob es den Habeck noch gab, den ich mal kennengelernt hatte**. Er war immer jemand gewesen, der anders, besser mit Worten umgehen konnte als die allermeisten anderen Politiker. Der sich zwar hin und wieder in seinen eigenen Sätzen verlor, aber in seinen guten Momenten anders sprach, direkter, offener, der Gefühle beschrieb, Schwächen zugab. Diese Stärken waren zuletzt nicht mehr sichtbar, es wirkte, als hätte Habeck sie verloren – aber nun hat er sie in einem knapp zehnminütigen Video eingesetzt, einer Rede, in der er über die Solidarität mit Israel spricht, über Antisemitismus in Deutschland. Habeck schlägt im besten aufklärerischen Sinn den Bogen von der deutschen Geschichte in die Gegenwart, zeigt Zusammenhänge auf, entwirrt Verworrenes. All das so klar, verständlich und empathisch, wie man es vom Bundeskanzler bislang nicht gehört hat.

Veröffentlicht hat Habeck das Video am Mittwochabend bei X, ehemals Twitter. Eine starke Passage ist aus meiner Sicht zum Beispiel diese: »Natürlich muss sich Israel an das Völkerrecht und internationale Standards halten. Aber der Unterschied ist: Wer würde solche Erwartungen je an die Hamas formulieren?«

Da ist er ja, der Habeck, den man kannte

Der Robert Habeck, den man kannte, ist zurück.

Virales Israel-Video: Diese Rede kann Habecks Neustart sein

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

USA verhängen neue Sanktionen gegen Russland: Washington hat erneut Sanktionen gegen Unternehmen und Personen beschlossen, die Russland und den Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Präsident Selenskyj begrüßte die Maßnahme als »sehr kraftvoll«.

Geschworene sprechen Sam Bankman-Fried des Milliardenbetrugs schuldig: Der FTX-Gründer musste sich wegen Anlagebetrugs vor Gericht verantworten. Eine Jury sieht die Vorwürfe gegen ihn in allen Anklagepunkten als erwiesen an.

US-Repräsentantenhaus geht auf Konfrontation zum Senat bei Israel-Hilfen: Im US-Kongress haben die Republikaner einen Gesetzentwurf für die Israel-Unterstützung vorgelegt. Bei den Demokraten stößt der Entwurf auf Ablehnung und soll nicht einmal zur Abstimmung zugelassen werden.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Ein Klick auf die digitale Dankeschönkarte und sie waren infiziert: Hat der Neffe und frühere Generalsekretär des griechischen Premierministers eine Spionagesoftware an einflussreiche Personen des Landes verschickt? Neue Enthüllungen bringen die Regierung in Erklärungsnot.

Diese meisterhaften Kreationen zeigen, wie kreativ die deutsche Küche geworden ist: Manch ein Feinschmecker reist um die halbe Welt, um ganz bestimmte »Signature Dishes« zu probieren, außergewöhnliche Kreationen aus der Spitzenküche. Die gibt's auch in Deutschland. Eine Übersicht.

Der erste SPIEGEL Debüt mit Hut: Die erste SPIEGEL-Ausgabe vom Januar 1947 war dünn, männlich und neigte zum Flachwitz. Eine etwas unfaire Blattkritik mit dem Blick von heute.

Können Lehrer Überstunden machen? Seine Arbeitszeit akribisch zu dokumentieren, ist hierzulande Pflicht. Doch immer noch gibt es Verwirrung: Was für Beamte gilt, welche Rolle Tarifverträge spielen und was bei Bereitschaftsdiensten zu beachten ist.

»Freudenhaus-Preise« für Benzin: Im Jom-Kippur-Krieg drosselten arabische Ölststaaten 1973 ihre Förderung. Per Embargo wollte sie den Westen dazu drängen, sich von Israel abzuwenden. Sprit und Heizöl wurden teuer, die deutsche Wirtschaft litt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihr Christoph Hickmann, Leiter des SPIEGEL-Hauptstadtbüros

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: November 3, 2023

Verkehrsüberwacher streiken in Hamburg »Park doch, wo Du willst!«

SPIEGEL ONLINE

09. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/VERBRAUCHER & SERVICE; »Knöllchenfreier Tag« ausgerufen

Length: 580 words

Byline: Alexander Preker

Highlight: Im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes legen am Freitag in Hamburg auch zahlreiche Knöllchenschreiber ihre Arbeit nieder. Die Deutsche Polizeigewerkschaft vertraut auf das »Verantwortungsgefühl des Bürgers«.

Body

Mit behördlichen Überwachungskräften des ruhenden Verkehrs dürften schon so manche Autofahrer ihre Erfahrung gemacht haben. In Hamburg jedoch dürfen Verkehrssünder diesen Freitag zumindest auf eine etwas weniger geringe Kontrolldicke hoffen. Die Knöllchenschreiber halten im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit anderen Tarifbeschäftigten von Polizei, Landesbetrieb Verkehr (LBV) und dem Amt für Migration einen Warnstreik ab und haben dazu einen sogenannten knöllchenfreien Tag ausgerufen.

»Park doch, wo Du willst!« lautet das Motto des Warnstreiks. Die Gewerkschaft wirft der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vor, bislang kein Tarifangebot für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vorgelegt zu haben. Vorsitzender der Gemeinschaft ist derzeit der Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel (SPD).

Wenn die Arbeitgeber die »berechtigten Forderungen« als »unbezahlbar« deklarierten und keine Verhandlungsbereitschaft erkennen ließen, »dann darf man sich über die Reaktion der Gewerkschaften nicht wundern«, wird der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) in Hamburg, Klemens Burzlaff, in der Mitteilung zitiert. Seine Gewerkschaft hat zusammen mit dem Beamtenbund dbb in der Hansestadt zum Ausstand aufgerufen.

Beamte von Streik ausgenommen

Der Sprecher der Deutschen Verkehrswacht, Heiner Sothmann, kritisierte den Schritt: »Es ist nachvollziehbar, dass die Gewerkschaften für ihre Rechte eintreten. Aber explizit dazu aufzurufen, dort zu parken, wo man will das ist kritisch.« Sothmann warnte, das könne »auch gefährlich werden, wenn etwa ein Autofahrer auf einem Radweg parkt«. Auch für Rettungskräfte und die Feuerwehr können zugeparkte Wohnstraßen zum Problem werden, wenn sie mit Einsatzfahrzeugen nicht mehr durchkommen. Die Feuerwehr Hamburg hat sich bislang jedoch noch nicht zum Aufruf geäußert.

Verkehrsüberwacher streiken in Hamburg »Park doch, wo Du willst!«

DPOIG-Vize Burzlaff verteidigt die Aktion. »Natürlich haben wir über die Folgen nachgedacht«, sagte er dem SPIEGEL. Man vertraue an dem Tag »auf das Verantwortungsgefühl des Bürgers hier in Hamburg«. Es gehe darum, die Verantwortlichen aufzurütteln und man habe im Vorfeld lange darüber diskutiert. »Unsere Mitglieder haben das Recht zu streiken, und es ist kein Bereich betroffen, der zur kritischen Infrastruktur gehört.«

Die Gewerkschaft selbst geht mit ihrer Aufforderung »Park doch wo Du willst« durchaus einen riskanten Weg. Schließlich kann eine öffentliche Aufforderung zu Ordnungswidrigkeiten selbst eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Burzlaff entgegnet allerdings: »Wir fordern gerade nicht dazu auf, Ordnungswidrigkeiten zu begehen.« Zwar wolle man »ein bisschen provozieren«. Wo genau jemand sein Fahrzeug abstelle, liege aber weiterhin im Verantwortungsbereich des Fahrers.

Auch Autofahrer sollten sich wohl besser nicht allzu sicher sein. Selbst wenn viele Beschäftigte von Polizei und des Landesbetriebs Verkehr Verstöße am Freitag nicht ahnden, so gibt es immer noch Beamte, die im Dienst sind und nicht streiken dürfen. Burzlaff setzt zudem auf die Mithilfe anderer Polizisten. Er gehe davon aus, dass beispielsweise im Fall von Behinderungen oder zugeparkten Feuerwehreinfahrten Streifenwagenbesatzungen weiterhin eingreifen. »Es ist nicht so, dass da gar nichts mehr läuft.«

Einschränkungen soll es laut Mitteilung der Gewerkschaft außer bei der Parkraumüberwachung auch bei der Auswertung von Geschwindigkeitsverstößen sowie Genehmigungen von Schwerlast- und Großraumtransporten geben.

apr/lki

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Boris Palmer tritt bei den Grünen aus

SPIEGEL ONLINE

01. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND

Length: 381 words

Byline: Christine Keck

Highlight: Boris Palmer verlässt die Grünen: Nach dem Eklat bei einer Konferenz hat der Tübinger Oberbürgermeister nach SPIEGEL-Informationen nun den Austritt aus der Partei angekündigt.

Body

Es ist eine unerwartete Wende: Boris Palmer, dessen Grünen-Mitgliedschaft bis Ende des Jahres ruht, will nicht länger der Partei angehören. Er hat nach SPIEGEL-Informationen dem Landesvorstand Baden-Württemberg in einer E-Mail seinen Austritt bei den Grünen mitgeteilt. »Ich möchte damit vermeiden, dass die aktuellen Diskussionen um mich eine weitere langanhaltende Belastung für die Partei werden, für die ich seit 1996 mit viel Herzblut gekämpft habe.« Er sei dankbar für alles, was er an Unterstützung und Verantwortung erhalten habe, schreibt der Tübinger Oberbürgermeister. Zuletzt hatte die Palmers mehrfache Verwendung des »N-Wortes« bei einer **Migrationskonferenz** in Frankfurt am Main zu einem bundesweiten Eklat geführt. Selbst sein Anwalt und Vertrauter Rezzo Schlauch wandte sich von ihm ab.

In einer persönlichen Erklärung schreibt Palmer. »So geht es nicht weiter.« Die wiederkehrenden Shitstorms könne er seiner Familie, seinen Vertrauten und Unterstützern nicht mehr zumuten. Die jüngsten Ereignisse in Frankfurt hätten ihm gezeigt: »Wenn ich mich zu Unrecht angegriffen fühle und spontan reagiere, wehre ich mich in einer Weise, die alles nur schlimmer macht«, schreibt Palmer. Als Nazi bezeichnet zu werden, hätte »tief sitzende Erinnerungen wach gerufen«, etwa an seinen Vater, »der mit dem Judenstern auf der Brust gegen Unrecht demonstrierte«.

Er habe sich als Mensch gewehrt. »Als Politiker und Oberbürgermeister hätte ich niemals so reden dürfen«, schreibt Palmer. »Die Erwähnung des Judensterns war falsch und völlig unangemessen.« Niemals würde er den Holocaust relativieren, wie vielfach kritisiert worden sei. Dass der Eindruck entstehen konnte, täte ihm »unsagbar leid«.

Palmer kündigt an, eine Auszeit nehmen und sich professionelle Hilfe holen zu wollen. »Solange ich nicht sicher bin, neue Mechanismen der Selbstkontrolle zu beherrschen« werde er Konfrontationen meiden. Das betreffe Veranstaltungen, Themen und »alle Arten öffentlicher Äußerungen«.

Schon häufig stand der 50-jährige Palmer wegen rassistischer und fremdenfeindlicher Äußerungen in der Kritik. Die Grünen in Baden-Württemberg hatten 2021 ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn beschlossen. Verhandelt wurde ein Kompromiss. Palmer sollte seine Mitgliedschaft in der Partei bis Ende 2023 ruhen lassen.

Graphic

imago images/ULMER Pressebildagentur - Boris Palmer im Jahr 2020

Load-Date: May 1, 2023

End of Document

Der Zögling, der gegen »Schnitzel-Walter« aufbegehrte

SPIEGEL ONLINE

23. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/GESELLSCHAFT; Inside Hells Angels

Length: 262 words

Highlight: Er wollte unbedingt an die Macht bei den Hells Angels und bezahlte das mit seinem Leben: Der Gießener Aygün Mucuk gehörte zu den jungen Wilden des Rockerklubs. Das ist seine Geschichte.

Body

Als Aygün Mucuk exklusiv mit SPIEGEL TV über den Tod spricht, hat er nur noch 28 Tage zu leben. Offenbar hat er mit seinem Auftreten provoziert. Er wird erschossen. Denn es ging um die Macht im Großraum Frankfurt. Walter Burkhard alias »Schnitzel Walter« galt als einer der wichtigsten Rockergrößen Europas und in Hessen unantastbarer Präsident der Hells Angels, Charter Frankfurt »Westend«. Bis sein Zögling Aygün Mucuk aufbegehrte, erst hinter seinem Rücken und dann ganz offen. Mucuk holte sich die Unterstützung der jungen Migranten im Klub, die immer mehr geworden waren. Dann erklärte er den Traditionalisten bei den Höllenengeln den Krieg und gründete in Gießen sein eigenes Charter. Zudem tat er etwas bis dahin Unvorstellbares: Mucuk ließ sich von SPIEGEL TV für eine Langzeitbeobachtung begleiten. Reporter Claas Meyer-Heuer war dabei, auch als der Rocker eine Boxveranstaltung organisierte, bei der »Schnitzel Walter« so tun musste, als ob die beiden beste Freunde seien eine Demütigung.

Der SPIEGEL-TV-Reporter dokumentiert auch, wie Aygün Mucuk bei der Beerdigung eines befreundeten Rockers über den Tod spricht. Vier Wochen später, am 7. Oktober 2016, wird Mucuk auf dem Gelände seines Klubheims in Wattenberg-Wißmar mit 17 Schüssen niedergestreckt. Der Mord bleibt bis heute ungeklärt. In der zehnten Episode unseres Crime-Podcasts »Im Verhör: Inside Hells Angels« mit Christina Pohl berichten SPIEGEL TV-Reporter Claas Meyer-Heuer und Thomas Heise aus der Zeit, als sie einem Hells-Angels-Präsidenten sehr nahegekommen sind, wie es Journalisten sonst kaum gelingt.

Graphic

SPIEGEL TV

Load-Date: January 23, 2023

Der Zögling, der gegen »Schnitzel-Walter« aufbegehrte

End of Document

Demonstrierende attackieren grünen Oberbürgermeister bei Protest gegen Asylunterkunft

SPIEGEL ONLINE

28. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Tumult in Greifswald

Length: 310 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: In Greifswald ist ein unangemeldeter Protest gegen eine geplante Unterkunft für 500 Geflüchtete eskaliert. Die Polizei musste den Oberbürgermeister beschützen, die Lage sei »gefährlich« gewesen.

Body

Bei einem Protest gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern haben Teilnehmende gestern Abend versucht, den Oberbürgermeister Stefan Fassbinder (Grüne) zu attackieren. Polizisten sei es mit körperlicher Gewalt und dem Einsatz von Schlagstöcken gelungen, dies zu verhindern, teilte die Polizeiinspektion in Anklam in der Nacht zum Dienstag mit.

Dem Angriff ging eine unangemeldete Demo im Greifswalder Ostseevierviertel voraus. Etwa 500 Demonstrierende hatten sich vor einer geplanten Unterkunft für Geflüchtete versammelt. Etwa 50 Menschen hatten sich auf die Schnelle parallel zu einem angemeldeten Gegenprotest getroffen.

Schutz vor aggressiven Demonstranten

In einer Schule in unmittelbarer Nähe fand zeitgleich eine Sitzung der Ortsteilvertreter statt, bei der über die Unterkunft beraten wurde. Kurzfristig nahm dort auch der Greifswalder Oberbürgermeister teil. Die Ortsteilvertretung sprach sich bei der Sitzung einstimmig gegen die geplante Unterkunft aus.

Laut Polizei wollten mehrere Demonstrierende nach dem Protest den Oberbürgermeister konfrontieren, als dieser das Schulgebäude verließ. Es sei »gefährlich« für Fassbinder geworden. Die Polizei musste ihn eigenen Angaben nach mit einer Kette aus Beamten vor den aggressiven Versammlungsteilnehmern schützen. Unter den Demonstranten waren mindestens 20 Menschen, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen seien, so die Polizei.

Im Tumult gerieten zudem Teilnehmerinnen und Teilnehmer beider Demonstrationen aneinander, wobei es zu verbalen und körperlichen Attacken kam. Durch das schnelle Eingreifen der Polizei seien weitere Auseinandersetzungen unterbunden worden, hieß es.

Es wurden Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und wegen eines Verstoßes nach dem Versammlungsgesetz eingeleitet. Zusätzlich wurden Anzeigen wegen des Zündens von Pyrotechnik erstattet.

Demonstrierende attackieren grünen Oberbürgermeister bei Protest gegen Asylunterkunft

mrc/AFP

Graphic

dpa - Bürger stehen vor dem verschlossenen Zugang zu Schule »Caspar David Friedrich«

Load-Date: February 28, 2023

End of Document

Boris Rhein will bundesweite Grenzkontrollen gegen illegale Einwanderung

SPIEGEL ONLINE

23. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hessens Ministerpräsident

Length: 367 words

Byline: Henrik Bahlmann

Highlight: Im hessischen Landtagswahlkampf nutzt Ministerpräsident Boris Rhein die **Migrationsdebatte** für eine Attacke gegen seine Konkurrentin, Bundesinnenministerin Nancy Faeser: Der CDU-Politiker drängt auf flächendeckende Grenzkontrollen.

Body

Bundesweite Grenzkontrollen zur Begrenzung illegaler Einwanderung – das fordert Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU). »Der Bund muss endlich dafür sorgen, dass weniger Menschen illegal nach Deutschland kommen. Dazu brauchen wir flächendeckende Kontrollen an den deutschen Außengrenzen«, sagte Rhein der »Bild am Sonntag«. Hessen ist eines von sechs Bundesländern, inklusive der Stadtstaaten, das nicht an einem Nachbarland grenzt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) müsse laut Rhein entsprechende Maßnahmen sofort umsetzen. »Ich würde es sehr begrüßen, wenn sie endlich die bundesweiten Grenzkontrollen durch die Bundespolizei anordnen würde – zumindest an den besonders belasteten Binnengrenzen.« Rhein und Faeser sind Konkurrenten bei der Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober. Rhein will dort sein Amt verteidigen, die Bundesinnenministerin fordert ihn als SPD-Spitzenkandidatin heraus.

Eigentlich gibt es im Schengenraum, dem 27 europäische Länder angehören, keine stationären Personenkontrollen an den Grenzen. In den vergangenen Jahren haben aber mehrere Staaten eine Ausnahmeregelung genutzt und teilweise wieder Grenzkontrollen eingeführt. Deutschland kontrolliert seit Herbst 2015 in Bayern an der Grenze zu Österreich, nachdem sich Zehntausende Geflüchtete und andere Menschen von Griechenland über die Balkan-Route auf den Weg nach Westeuropa gemacht hatten.

Deutlich mehr unerlaubte Einreisen

Am Freitag hatte die Bundespolizei bekannt gegeben, dass sie an den deutschen Grenzen im ersten Halbjahr deutlich mehr unerlaubte Einreisen festgestellt hat als in der gleichen Zeit ein Jahr zuvor. Von Januar bis einschließlich Juni wurden 45.338 unerlaubt eingereiste Menschen registriert, im Vergleich zu 29.174 im ersten Halbjahr 2022.

Zuletzt war über eine wachsende Zahl von Ankünften über die sogenannte Belarus-Route berichtet worden, die über Polen nach Brandenburg und Sachsen führt. Beide Bundesländer hatten im Frühjahr stationäre Grenzkontrollen

Boris Rhein will bundesweite Grenzkontrollen gegen illegale Einwanderung

verlangt, was Faeser aber ablehnte. Stattdessen wurden die Kontrollen im Grenzgebiet und die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden verstärkt. Intensivere Kontrollen können dazu führen, dass mehr unerlaubt Eingereiste entdeckt werden.

hba/dpa

Graphic

IMAGO/Political-Moments - Boris Rhein (CDU) will bei der Wahl am 8. Oktober hessischer Ministerpräsident bleiben

Load-Date: July 23, 2023

End of Document

Mehr als 3000 Geflüchtete erreichen Insel Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

26. März 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Italien

Length: 329 words

Byline: Marthe Ruddat

Highlight: In den vergangenen Tagen sind zahlreiche Menschen über das Mittelmeer nach Italien gelangt. Mehrere Geflüchtete kamen auf dem gefährlichen Weg ums Leben.

Body

In den vergangenen zwei Tagen sind auf der italienischen Insel Lampedusa mehr als 3000 Schutzsuchende angekommen. Das berichtete die italienische Nachrichtenagentur Ansa am Sonntag. Am Samstag erreichten demnach insgesamt 1387 Menschen die Insel, am Freitag waren es 1778 Menschen.

Die Geflüchteten, unter ihnen auch viele Kinder, erreichten Lampedusa demnach in mehreren Booten. Einigen Booten kamen das Seenotretterschiff »Louise Michel« sowie Patrouillenboote der italienischen Behörden zu Hilfe. Auch am Sonntag wurden weitere Ankünfte erwartet.

Acht Menschen kamen am Samstag auf dem Weg übers Mittelmeer in die EU ums Leben, sie ertranken. Zwei kleine Boote waren in der Nähe von Malta Seenot geraten, wie Ansa weiter berichtete.

»Es sterben weiterhin Frauen, Kinder und Männer«

Der Bürgermeister von Lampedusa, Filippo Minnino, forderte unterdessen eine gemeinsame europäische Mission im Mittelmeer. »Europa und Italien müssen sich bewusst werden, dass im Mittelmeer Notstand herrscht. Es sterben weiterhin Frauen, Kinder und Männer«, sagte der Politiker laut Ansa.

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, von der tunesischen Küstenstadt Sfax ist die Insel knapp 190 Kilometer entfernt. Immer wieder versuchen Menschen, mit oft seeuntauglichen Booten aus Tunesien und Libyen über das zentrale Mittelmeer nach Lampedusa, Malta, Sizilien oder auf das italienische Festland zu gelangen.

Vor der Küste Tunesiens wurden am Samstag nach einem erneuten Bootsunglück 34 Menschen vermisst. Das Boot mit Dutzenden Migranten an Bord sei am Freitag gesunken, sagte ein Vertreter des Gerichts in der Stadt Sfax. Vier Menschen seien gerettet worden. Auch in den vergangenen Tagen seien bereits Boote verunglückt. Die tunesische Küstenwache barg sieben Leichen, darunter vier Kinder und ein Baby.

Italien hat seit Anfang Januar nach offiziellen Zahlen bereits mehr als 21.000 Bootsmigranten registriert. In den beiden Vorjahren waren es zu diesem Zeitpunkt jeweils etwa 6000.

Mehr als 3000 Geflüchtete erreichen Insel Lampedusa

mar/dpa

Graphic

picture alliance / ROPI - Rettungsaktion am Freitag im Mittelmeer

Load-Date: March 26, 2023

End of Document

Wer folgt auf Nagelsmann?

SPIEGEL ONLINE

19. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1972 words

Byline: Janko Tietz

Highlight: Die Fußball-Nationalmannschaft bekommt einen neuen Trainer. Die Ukraine lehnt deutsche Panzer ab und Deutschland diskutiert das Thema Migration lieber als Problem statt als Lösung. Das ist die Lage am Dienstagabend.

Body

1. Der Ball ist wund

Kaum ist der eine Trainer verpflichtet, wird schon über dessen Nachfolger spekuliert. Der DFB hat sich offenbar mit Julian Nagelsmann geeinigt, den Trainerjob für die Fußball-Nationalelf der Männer zu übernehmen. Doch sein Vertrag läuft anscheinend nur bis 2024. »Danach wäre der Weg frei für einen echten Neuaufbau mit Traumlösung Jürgen Klopp in Richtung WM 2026?«, mutmaßt der Sport Informationsdienst.

Nun aber erst mal Nagelsmann. Der soll Hansi Flick schon zum zweiten Mal nachfolgen, erst als Bayern-Trainer, jetzt bei der Nationalelf. »Bild« und »Kicker« wollen alle Details kennen. Demnach sei der 36 Jahre alte frühere Bayern-Coach bis zur Heim-EM 2024 verpflichtet worden. Sein Vertrag in München, der noch bis 2026 läuft, solle aufgelöst werden, er komme ablösefrei zum DFB. Dadurch entgehen Nagelsmann wohl mehr als 20 Millionen Euro Einnahmen fürs Nichtstun was auch sein vermutetes Gehalt von monatlich 400.000 Euro beim DFB nicht kompensieren wird.

Sein Debüt würde Nagelsmann auf der umstrittenen USA-Reise geben. Deutschland spielt in Hartford/Connecticut am 14. Oktober gegen die Amerikaner. Drei Tage später folgt das Duell mit Mexiko in Philadelphia.

Flick hatte nach dem 1:4 gegen Japan am 9. September seinen Job als Bundestrainer verloren. Für das Duell mit Vizeweltmeister Frankreich (2:1) hatte DFB-Sportdirektor Rudi Völler »einmalig« übernommen und so etwas wie neue Euphorie entfacht. Und das mit einfachen Mitteln: Er verzichtete auf allzu viel komplexe Taktik. Meine Kollegen Jörn Meyn und Danial Montazeri schrieben, »für eine tief verunsicherte Fußballelf kann eine simple Struktur auf dem Platz wirken wie ein stabiles Geländer beim Hinabsteigen einer steilen Treppe.«

Es wird wohl Nagelsmanns größte Herausforderung sein, das Geländer wegreißen zu wollen und den Spielern dennoch Halt zu vermitteln. Denn der Trainer gilt als »Brain«, als absoluter Taktik-Freak. »Seine Ideen, seine Fähigkeiten im Pressing wie Ballbesitz, sind exzellent«, so Jörn und Danial. In München sei ihm gelungen, Modelle

Wer folgt auf Nagelsmann?

gegen tief stehende Gegner zu entwickeln. Seine Ansätze seien komplex und zeitintensiv beim Einstudieren. Doch eines hat ein Nationalcoach fast nie: Zeit.

Wenn es nach den Wunschvorstellungen des DFB ginge, sollte diese Zeit tatsächlich am liebsten Jürgen Klopp bekommen. Doch der hat seinen Vertrag in Liverpool vergangenes Jahr bis 30. Juni 2026 verlängert, und er will ihn trotz der aktuellen Krise seines Vereins auf jeden Fall erfüllen. »Ich werde nicht und ich kann nicht gehen.«

Lesen Sie hier mehr: DFB steht kurz vor der Verpflichtung von Julian Nagelsmann als Bundestrainer

2. Metallschrott, nein danke

Wenn der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj heute Abend bei der Uno-Vollversammlung in New York seine Rede hält, wird er sehr wahrscheinlich um weitere Unterstützung der Weltgemeinschaft für sein Land werben. Seit eineinhalb Jahren muss sich die Ukraine gegen den russischen Aggressor und seinen Angriffskrieg zur Wehr setzen und das auch mit Militärhilfe in Milliardenhöhe aus Deutschland, nach den USA der zweitwichtigste Beistand.

Bundeschancellor Olaf Scholz wird seine Rede erst Stunden später halten, zu einer direkten Begegnung im Plenarsaal des Uno-Gebäudes dürfte es nicht kommen. Es wäre wohl ein peinlicher Moment geworden. Denn Selenskyj respektiert Scholz zwar, das Verhältnis aber als besonders freundschaftlich zu bezeichnen, wäre eine maßlose Übertreibung. Auch wenn der Ukrainer mittlerweile nicht müde wird, Deutschland für die Unterstützung zu danken, so bleibt ihm in Erinnerung, wie zögerlich die Bundesregierung anfangs war, Waffen gen Osten zu schicken.

Nun dürfte eine neue Meldung die Stimmung weiter belasten. Neben 60 Schützenpanzern vom Typ Marder mit Munition aus Bundeswehr- und Industriebeständen, 18 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2A6 mit Munition hat Deutschland auch 20 Kampfpanzer Leopard 1A5 geliefert. Insgesamt sind mehr als hundert dieses Typs versprochen worden. Doch nach SPIEGEL-Informationen verweigerte Kiew vor einigen Tagen die Überführung einer Tranche von zehn Leopard-Panzern des Typs 1A5.

Dem Sonderstab im Berliner Verteidigungsministerium meldete die Ukraine, dass die Waffensysteme erheblichen Reparaturbedarf aufwiesen. Da man weder über geschulte Techniker noch über Ersatzteile verfüge, ergebe es keinen Sinn, die Panzer in die Ukraine verlegen. Die Panzer seien bei der Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland in den vergangenen Wochen so stark verschlissen worden, dass eine Instandsetzung notwendig ist. Zudem sind mehrere der bereits im Juli in die Ukraine überführten Leopard-1A5-Panzer dort wegen ähnlicher Probleme ausgefallen. Das Waffensystem ist bei der Bundeswehr vor 20 Jahren ausgemustert worden.

Es wird spannend zu beobachten sein, wie Selenskyj vor der Uno mehr Waffenlieferungen fordert, ohne allzu deutlich zu sagen, dass er Schrott nicht gebrauchen kann.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Ukraine lehnt Einfuhr von älteren Leopard-Panzern aus Deutschland ab

3. Diversity als Dauerthema

»Die Wirtschaft lebt von den Fähigkeiten, dem Wissen und der Kreativität aller Beschäftigten, gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechtes, welcher sexuellen Orientierung oder welcher Religion sie sind.« Diesen Claim hat sich der Arbeitgeberverband BDA jüngst mal verpasst.

Das ist die Vision.

Mehr als 20 Millionen der 83 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Migrationsgeschichte. Die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. 10,8 Millionen Menschen leben mit einer schweren Behinderung. Es gibt über 400 religiöse Gemeinschaften, und knapp acht Prozent der deutschen Bevölkerung bezeichnen sich als LGBT: lesbisch, schwul, bisexuell und/oder transgender.

Das ist die Realität.

Wer folgt auf Nagelsmann?

In dieser Realität verdienen Frauen laut der Charta der Vielfalt knapp 20 Prozent pro Stunde weniger als Männer, sind von 160 Toppositionen in Daxkonzernen lediglich neun von Managerinnen besetzt, sind nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen mit Behinderung erwerbstätig, erleben knapp die Hälfte der inter beziehungsweise trans Personen Diskriminierungen bei der Jobsuche oder bei der Arbeit. Menschen mit nicht deutsch klingenden Namen haben es mindestens ebenso schwer.

Gleichzeitig barmt die Wirtschaft permanent über Engpässe im Arbeitsmarkt. Derzeit sind mehr als zwei Millionen Jobs in Deutschland unbesetzt. Dabei könnten 50 Prozent des prognostizierten Fachkräftemangels durch personelle Vielfalt abgedeckt werden.

Eine neue Studie der Unternehmensberatung McKinsey und der Personalberatung Egon Zehnder kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Der deutschen Wirtschaft entgehen jedes Jahr 100 Milliarden Euro, weil Menschen mit ausländischen Wurzeln daran gehindert werden, ihr volles Potenzial zu entfalten. Sie müssen mehr Bewerbungen schreiben, bekommen weniger Gehalt und werden seltener befördert. Beschäftigte mit ausländischen Wurzeln fühlen sich im Arbeitsalltag doppelt so häufig diskriminiert.

»Viele Konzerne haben sich kulturelle Diversität auf die Fahnen geschrieben, aber im deutschen Topmanagement ist gelebte Vielfalt trotzdem eher noch die Ausnahme als die Regel«, so Studienautorin So-Ang Park von Egon Zehnder. Diese Ignoranz bremst nicht nur einzelne Firmen aus, sondern gefährdet auch den ökonomischen Wohlstand und die Innovationskraft des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Aber dieser Wirtschaftsstandort diskutiert das Thema Migration traditionell lieber als Problem statt als Lösung.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Deutschland entgehen 100 Milliarden Euro wegen mangelnder kultureller Vielfalt

Was heute sonst noch wichtig ist

Aserbaidshans startet Militäreinsatz in Bergkarabach: Aserbaidshans Militär hat eine Offensive in der Region Bergkarabach begonnen. Das Verteidigungsministerium in Baku spricht von einer »Antiterror«-Operation gegen armenische Einheiten.

US-Militär findet mutmaßliche Trümmer von vermisstem Tarnkappenjet: Der Pilot nutzte den Schleudersitz, das Flugzeug war weg: Hohn und Spott waren dem US-Militär sicher, als es um Hilfe bei der Suche nach einem verschwundenen F-35-Kampfbomber. Nun wurden die mutmaßlichen Trümmer gefunden.

Trump schwänzt auch die nächste TV-Debatte: Sich mit der parteiinternen Konkurrenz messen? Das ist nichts für Donald Trump. Auch die nächste TV-Debatte der republikanischen Bewerber lässt er sausen. Der Ex-Präsident spricht lieber zeitgleich vor Autoarbeitern.

So will Hannover seine »nahezu autofreie« Innenstadt bauen: Hannovers grüner Oberbürgermeister Belit Onay möchte den Autoverkehr radikal reduzieren. »Möglichst überall« soll im Zentrum Tempo 20 gelten, Ampeln und Parkplätze fallen weg – doch es ist noch viel mehr geplant.

Meine Lieblingsgeschichte heute:

Im April sorgte eine Meldung aus Ludwigshafen für bundesweites Aufsehen. Damals wurde bekannt, dass an der Grundschule Gräfenau von 132 Erstklässlern 40 Kinder das Klassenziel nicht erreicht haben. Damals führte meine Kollegin Swantje Unterberg ein Interview mit der Schulleiterin Barbara Mächtle, um zu erfahren, woran es lag. Sie sagte, »natürlich muss sich strukturell etwas ändern.«

Swantje ist drangeblieben und hat nachgefragt, ob sich tatsächlich etwas getan hat. Die Kinder sind inzwischen zum zweiten Mal eingeschult worden. Das Kultusministerium sagt, die Schule sei eigentlich ganz gut aufgestellt. In der Theorie vielleicht. Doch in der Praxis hakt es weiterhin an allen Ecken. Von strukturellen Veränderungen keine Spur. Die hilflose Auskunft des Kultusministeriums: Generell stünden alle Grundschulen »wie alle Schulen in allen Bundesländern« vor »besonderen Herausforderungen«.

Wer folgt auf Nagelsmann?

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: 40 Kinder schafften die erste Klasse nicht wie geht es an der Schule weiter?

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Wie 17 Becherhalter VW in den USA retten sollen: Zu klein, zu eng, zu deutsch, zu unbekannt: Volkswagen zuckelt in Amerika hinterher. Ein neuer Chef will das nun ändern, mit Methoden, die in Wolfsburg für Aufregung sorgen könnten.

Mit der CSU in die Energiesackgasse: Markus Söder ändert seine Überzeugungen je nach Umfrageergebnissen. In der Energiepolitik folgt er damit einer fatalen Tradition seiner Partei.

Ist 20 das neue 30? Schon eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h ist umstritten, da geht Hannover noch weiter: Wer noch in die »nahezu autofreie« City darf, soll mit 20 schleichen. Für das Limit erwärmen sich bereits andere Städte.

Was heute weniger wichtig ist

Hitzewelle: Das Topmodel **Naomi Campbell**, 53, hadert mit ihrem Alter. »Warum kommen Männer nicht in die Wechseljahre?«, fragt die Britin in der neuen Doku »The Super Models«, aus der das »People«-Magazin zitiert. Sie glaube, sich gerade in einer Vorstufe der Menopause zu befinden, dem Zeitpunkt der letzten Regelblutung. Wenn sie sich fühle, als sei sie »gerade in einen Ofen« gestiegen, könne ihr niemand helfen, so Campbell. »In der einen Minute geht es mir gut. In der nächsten Minute kommt nur dieser Backofen hoch.«

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Der britische Schlagersänger Roger Whittaker ist nicht mein Genre, aber ich bin mit ihm aufgewachsen, weil es das Genre meiner Großeltern war. Ich sehe den Stern Rekorder R 160 der DDR-Marke RFT noch heute vor mir, wie er in Mulda in Sachsen in der Küche von Oma und Opa auf dem Kühlschrank stand und die heimlich überspielten Westkassetten wiedergab, immer etwas leierig.

Aber immer dabei: Vicky Leandros und Roger Whittaker. Der Brite ist gestern gestorben, und als ich heute den Nachruf meiner geschätzten Kollegin Anja Rützel las, war ich sofort wieder in Mulda. Vielleicht mögen Sie auch mal reinlesen und -hören und sich an Orte Ihrer Kindheit und Jugend zurückbeamen oder zumindest in die Zeit von Dieter-Thomas Hecks ZZZDF-Hitparade.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Herzlich

Ihr Janko Tietz, Ressortleiter Deutschland/Panorama

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: September 19, 2023

Wer folgt auf Nagelsmann?

End of Document

Bandenchef ruft Bevölkerung zum Aufstand auf und droht dem Westen

SPIEGEL ONLINE

17. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Chaos in Haiti

Length: 426 words

Byline: Johannes Korge

Highlight: Jimmy Chérizier war einst Polizist und führt heute Haitis Straßenbanden an. Er sagt möglichen internationalen Eingreiftruppen den Kampf an. Derweil fliehen Tausende vor der eskalierenden Gewalt.

Body

Wegen der Bandengewalt in Haiti sind nach Uno-Angaben innerhalb von vier Tagen rund 5000 Bewohner aus zwei Vierteln der Hauptstadt Port-au-Prince geflüchtet. Insgesamt gebe es in der Stadt etwa 130.000 Vertriebene, teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) am Mittwoch mit.

Vom vergangenen Samstag bis Dienstag trieb Gewalt in den Stadtteilen Carrefour-Feuille und Savanes Pistaches der Uno-Organisation zufolge 4972 Menschen aus 1020 Haushalten in die Flucht. Davon seien 76 Prozent in Notunterkünften untergekommen.

Einer der mächtigsten, wenn nicht sogar der mächtigste, Bosse der Bandenszene ist Jimmy Chérizier. Er hat sich vom Polizisten zum kriminellen Anführer entwickelt und äußerte sich nun bei einer Pressekonferenz über eine mögliche Intervention aus dem Ausland.

»Wir werden sie bis zu unserem letzten Atemzug bekämpfen«, so Chérizier. Dies gelte für den Fall, dass mögliche Eingreiftruppen die Vergehen der vorherigen Uno-Friedenstruppen wiederholen würden. Diesen warf er unter anderem sexuelle Übergriffe und die Verseuchung von Trinkwasser vor. Chériziers Bande, G9 Family and Allies, werden schwerste Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und brutales Vorgehen gegen rivalisierende Gangs vorgeworfen.

In der Pressekonferenz, in der er von bewaffneten Männern umgeben war, erklärte er außerdem, dass die Bevölkerung zum Aufstand gegen die bisherige Regierung aufgerufen sei. Deren Einfluss war zuletzt deutlich zurückgegangen, weite Teile des Landes werden praktisch von den kriminellen Banden kontrolliert.

Immer wieder auch sexuelle Übergriffe

Nach Uno-Schätzung beherrschen diese 80 Prozent der Hauptstadt und terrorisieren die Bevölkerung mit brutaler auch sexueller Gewalt. Auch die Zahl der Entführungen ist drastisch gestiegen. Zuletzt kam es zu einer Selbstjustiz-Bewegung der Bewohner gegen die Banden.

Bandenchef ruft Bevölkerung zum Aufstand auf und droht dem Westen

Die Gewalt verschärft auch die ohnehin schon prekäre Versorgungslage in Haiti. Fast die Hälfte der elf Millionen Bewohner des armen Karibikstaats leidet laut Vereinten Nationen unter akutem Hunger.

Nach IOM-Angaben lebt fast die Hälfte der Vertriebenen in Port-au-Prince inzwischen in behelfsmäßigen Unterkünften, wo die hygienischen Verhältnisse extrem schlecht sind. Viele hätten zunächst bei Freunden oder Familie Unterschlupf gesucht; die Fähigkeit der aufnehmenden Gemeinden, ihre knappen Mittel zu teilen, nehme mit Fortdauern der Krise jedoch ab. Landesweit gibt es laut IOM fast 200.000 Vertriebene. Hinzu kämen rund 100.000 Haitianer, die in diesem Jahr aus umliegenden Ländern abgeschoben worden seien.

jok/dpa

Graphic

Copyright 2023 The Associated Press. All rights reserved - Bewohner von Port-au-Prince fliehen vor der Bandengewalt (Foto vom 15. August)

Load-Date: August 16, 2023

End of Document

Wer ist der geheime Wortakrobat im Kanzleramt?

SPIEGEL ONLINE

29. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1913 words

Byline: Melanie Amann

Highlight: Irgendjemand hat Kanzler Scholz das Wort »De-Risking« untergejubelt. Irgendwo in der Mongolei geht es um feministische Außenpolitik. Irgendwie kommt Robert Habeck nicht aus der Klemme. Das ist die Lage am Donnerstag.

Body

»Wenn Putin versteht, dass er verliert, wird dieser Krieg vorbei sein«

Bundeskanzler Olaf Scholz reist heute nach Brüssel, wo sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten treffen, um Überraschung über weitere Hilfen für die Ukraine im Überlebenskampf gegen den russischen Angriff zu beraten. Gewiss werden die Regierenden sich auch über den jüngsten Kurzzeit-Aufstand der Söldnertruppe Wagner austauschen. Konkrete Beschlüsse zur Ukraine seien aber nicht zu erwarten, sagte mir unser Brüssel-Korrespondent Markus Becker. Im Entwurf der Gipfelerklärung heißt es nur, die EU wolle die Ukraine in jeder Hinsicht unterstützen »so lange wie nötig«.

Unser Korrespondent beobachtet eine neue Zuversicht bei den EU-Staaten infolge des jüngsten Beinahe-Putsches in Russland. »Es ist jetzt klar, dass die Ukraine dabei ist, diesen Krieg zu gewinnen«, sagte die estnische Premierministerin Kaja Kallas am Mittwoch in Brüssel. »Wenn Putin versteht, dass er verliert, dann wird dieser Krieg vorbei sein.«

Aber bei diesem EU-Gipfel stehen auch noch schwierigere Themen auf der Tagesordnung, etwa die Migration, deshalb könnte dieser erste Sitzungstag lang dauern, erwartet der Kollege Becker. Die EU-Asylreform mag schon beschlossen sein, aber Polen und Ungarn, die dabei überstimmt wurden, sträuben sich noch immer dagegen, Menschen aufzunehmen oder Ausgleichzahlungen zu leisten.

Außerdem fordert Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni, die EU solle Tunesien finanziell unterstützen, um Migranten von der EU fernzuhalten. Doch Deutschland und andere Staaten wollen diese Finanzhilfen an strenge Bedingungen knüpfen.

Mehr Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Wer ist der geheime Wortakrobat im Kanzleramt?

Warum es der Ukraine bislang nicht gelingt, Russland zu besiegen: Zerbombt, überschwemmt und verlassen: SPIEGEL-TV-Reporter Andreas Lünser und Kameramann Dominik van Alst waren zwei Wochen in den Kriegsgebieten unterwegs. Eine exklusive Reportage von der Front.

Was wusste Putins »General Armageddon«?: Der amerikanische Geheimdienst behauptet, der russische General Sergej Surowikin habe von Prigoschins Aufstand Kenntnis gehabt. Es könnte ein Versuch sein, den stellvertretenden Oberbefehlshaber für die Ukraine kaltzustellen.

Wer hat's erfunden, das D-Wort?

Außenministerin Annalena Baerbock leistet heute in Ulan Bator ihren Beitrag zum Projekt »Russland darf nicht gewinnen«: Ihr Reiseziel, die Mongolei, liegt in Sandwich-Position zwischen Russland und China. Die Folgen dieser geografischen Zwangslage zeigen sich immer wieder auf der Weltbühne. Schon zweimal hat sich die Mongolei enthalten, als in der Uno über Russlands Angriffskrieg abgestimmt wurde. Mein Kollege Severin Weiland begleitet Baerbock, auch beim Besuch deutscher Bundeswehrsoldaten in der Mongolei läuft seit mehr als zehn Jahren eine Ausbildungsmission. Aber auch Baerbocks Lieblingsthema »feministische Außenpolitik« kommt nicht zu kurz: Wie es der glückliche Zufall will, richtet die mongolische Regierung gerade zu genau diesem Thema eine Konferenz aus!

Für den Umgang mit China, dem anderen semisymphatischen mongolischen Nachbarstaat, haben westliche Politiker eine neue Strategie ausgerufen: »De-Risking«. Man will sich nicht ganz von China abkoppeln das wäre »De-Coupling«! , sondern die Risiken abbauen, die mit der enormen wirtschaftlichen Abhängigkeit von China einhergehen. De-Risking, ein geniales Wort. Kann niemand was gegen haben. De-Risking ist wie Anti-Aging. Wer altert schon gerne? Und wer geht gerne ins Risiko, auch noch dem Giganten China gegenüber? Man fragt sich, wem so etwas einfällt.

Marina Kormbaki und Christoph Schult aus unserem Hauptstadtbüro haben sich auf Spurensuche begeben und fanden zwei Spitzenpolitiker, die um die Urhebererschaft für das Wort wetteifern: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Olaf Scholz. Die Kollegen haben wasserdicht recherchiert, dass der Bundeskanzler als Erster von De-Risking sprach. Aber ist die Geschichte damit wirklich fertig erzählt? Die Regierenden haben doch keine Zeit, sich so etwas selbst auszudenken. Sogar der Bücherkanzler Olaf Scholz hat dafür Redenschreiber, Sherpas, Staatssekretäre (m/w/d).

Wie muss man sich wohl den oder die »De-Risking-Erfinderin« vorstellen? Arbeitet im Staatsdienst, klar, aber es muss jemand von der ehrgeizigen Sorte sein, vielleicht Referatsleiter mit Diplomatenausbildung, auf dem Sprung zu Höherem. Der vor dem Einschlafen nicht eine neue Folge von »Ted Lasso« glotzt, sondern Fachmagazine liest, in denen Princeton-Professoren oder Notenbankgouverneurinnen solche Begriffe einstreuen. Jemand, der vor der Arbeit schon 10 Kilometer auf dem Laufband rennt, dann in der U-Bahn ins Büro was Lustiges in die Chat-Gruppe mit den Studienfreunden aus Prag oder Genf postet, und mittags in der Kanzleramtskantine nicht die Roulade nimmt, sondern das Thai Curry mit Sprossen. Abends Kontaktpflege mit den frustrierten CDU-Leuten vom BMI im Biergarten Zollpackhof. Man weiß ja nie, wie das ausgeht mit der Ampel.

Sollte er oder sie zur Lage-Leserschaft gehören bitte melden! Und keine Sorge: De-Risking ist auch unser Arbeitsmotto beim SPIEGEL.

Wer hat die neue China-Politik erfunden? Scholz war schneller, Von der Leyen lauter

Wem gehören meine Fingerabdrücke?

Seit August 2021 müssen alle Deutschen beim Beantragen eines neuen Personalausweises im Einwohnermeldeamt ihre Fingerabdrücke abgeben; für Reisepässe gilt die Pflicht schon seit 2007. Zwar werden die Fingerabdrücke nicht bei den Behörden gespeichert, sondern direkt auf dem Ausweisdokument. Trotzdem hat ein Bürger aus Wiesbaden gegen die Vorschrift für Personalausweise geklagt, deren Ursprung in einer EU-Verordnung liegt.

Wer ist der geheime Wortakrobat im Kanzleramt?

Heute verhandelt der Europäische Gerichtshof in Luxemburg über das Regelwerk. Verstößt die verpflichtende Speicherung zweier Fingerabdrücke gegen das Grundrecht auf Schutz der personenbezogenen Daten? Oder ist sie ein legitimes Mittel, um die Sicherheit von Ausweisdokumenten zu erhöhen?

Um den Datenschutz müssen sich auch die Regierenden in Sachsen-Anhalt heute dringend kümmern. Dreimal in Folge scheiterte gestern die Wahl eines neuen Datenschutzbeauftragten im Landtag von Magdeburg. Der Posten ist seit 2018 vakant, also viel länger, als Fingerabdrücke auf Personalausweisen gespeichert werden. Die Koalition aus CDU, SPD und FDP muss sich nun fragen, wie es weitergehen soll.

Seit 2018 keine Neubesetzung: Verpatzte Datenschützer-Wahl belastet Koalition in Sachsen-Anhalt

Woher der Hass auf Muslime?

Heute könnte einer dieser Tage werden, an denen man die Social Media Plattform Twitter lieber meiden sollte. Denn heute stellt der »Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit« des Bundesinnenministeriums seinen Abschlussbericht vor: »Muslimfeindlichkeit Eine deutsche Bilanz«.

Diese Kommission ist alles andere als eine linke oder grüne Erfindung sie wurde im Herbst 2020 noch vom früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer einberufen, als Reaktion auf den rassistischen Anschlag von Hanau, der neun Menschen das Leben kostete. »Muslimfeindliche Haltungen sind nicht nur eine Bedrohung für Muslime, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt«, sagte Seehofer damals. Seine Kommission sollte auch herausarbeiten, welche Schnittmengen es zwischen muslimfeindlichen und antisemitischen Haltungen gibt. Und die Bundesregierung wollte zeigen, »dass sie die wachsenden Sorgen und Ängste von Menschen ernst nimmt, die von muslimfeindlichem Hass, Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind«.

Jetzt fürchtet man sich ein bisschen vor den Ergebnissen der zwölfköpfigen Kommission. Und noch mehr von der Twitter-Resonanz von all denen, die finden, die Musliminnen und Muslime sollten sich gefälligst nicht so anstellen, wenn sie doch im schönen Deutschland leben dürfen.

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Womit endete der Dreißigjährige Krieg?

Verlierer des Tages

ist **Wirtschaftsminister Robert Habeck**, dessen politische Klimakrise einfach kein Ende nehmen will. Einen Energiestaatssekretär (Patrick Graichen) hat Habeck schon verloren, nun stürzt sich die Opposition auch auf Staatssekretär für Industrie- und Digitalpolitik, Udo Philipp. Es geht unter anderem um Philipps Beteiligung an Private Equity Fonds. Die sind wiederum teils in Start-ups investiert sind, die offenbar staatliche Fördergelder erhalten haben. Auf Wunsch der Linkenfraktion sollte Philipp zum zweiten Mal vor dem Wirtschaftsausschuss des Bundestags zu den Details des Falls und möglichen Interessenkonflikten äußern, doch Habecks Ministerium verweigerte dem Ausschuss diesen Auftritt. Das Thema dürfte damit trotzdem nicht ausgestanden sein.

Unklar ist offenbar auch, ob es Habecks Ministerium gelingt, bis zum morgigen Freitag endlich die Formulierungshilfen für den finalen Entwurf zum Heizungsgesetz fertigstellen kann, der offenbar inzwischen mehr als 130 Seiten lang ist. Noch immer seien zentrale Fragen des Regelwerks offen, berichten die Kollegen von »Table.Media«. Wie genau die letzten Kompromisse über Gasheizungen oder Schornsteinfegerpflichten aussehen, das müssten sich die Beamten teils »auf Grundlage von mündlichen Berichten und eigenen Eindrücken« zusammenklauben konkrete, handfeste Informationen scheinen zu fehlen. Die Ratlosigkeit kostet Zeit, die niemand hat. In der kommenden Woche will die Ampelkoalition das Gesetz eigentlich durch den Bundestag bringen.

Haben die Abgeordneten überhaupt genug Zeit, sich einzulesen, wozu sie da genau abstimmen?

Vorwürfe gegen Udo Philipp: Habeck-Ministerium mauert beim nächsten Staatssekretär

Wer ist der geheime Wortakrobat im Kanzleramt?

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

US-Küstenwache meldet Fund mutmaßlich menschlicher Überreste am Wrack der »Titan«: Am Meeresgrund zwischen den Trümmern des implodierten Tauchboots »Titan« wurden jetzt möglicherweise die Überreste der Crew gefunden. Sie werden zur Untersuchung in die USA überführt.

Spezialeinheiten nehmen mutmaßlichen Hintermann des Angriffs auf Krematorsk fest: Hatte Russland für den Beschuss von Krematorsk Informationen aus der Ukraine? Präsident Selenskyj sagt: Ja, es hat eine Person gegeben, die den »Terroranschlag koordiniert hat«. Dem Mann droht eine Anklage wegen Hochverrats.

Günther hadert mit Oppositionskurs der Union im Bundestag: Nur kritisieren, genügt nicht; den politischen Gegner herabwürdigen geht gar nicht: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident geht hart mit der Union ins Gericht und bei zwei Themen deutlich auf Distanz.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Die toxischen 30 Sekunden: Kurze Autofahrten sind selbst mit modernen Verbrennern extrem umweltschädlich: Nach dem Start bläst der Motor die meisten Abgase in die Luft. Doch EU und Industrie blockieren eine einfache Lösung.

»Lügensack, Ketzerhure, Teufelskopp«: Aus der Ketzerverfolgung entwickelte sich im 15. Jahrhundert ein neues Feindbild: die böse Hexensekte. Die Ermittler folterten oft noch grausamer als im Mittelalter wie im Fall der störrischen Adligen Sidonia von Borcke.

Warum habe ich so ein ambivalentes Verhältnis zum Taschengeld? In Deutschland ist alles genau geregelt auch das Taschengeld. Kinder sollen sich davon kaufen können, was sie wollen, sagen Experten. Muss ich das wirklich mitmachen?

Putzmittel ohne Glanz: Die Stiftung Warentest hat 14 Backofen- und Grillreiniger getestet, die Ergebnisse sind jedoch glanzlos. Nur ein Produkt schneidet gut ab, drei fallen im Test durch darunter auch das Mittel eines bekannten Grillherstellers.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihre Melanie Amann, Mitglied der Chefredaktion

Graphic

REUTERS

DER SPIEGEL

AFP or licensors

dpa

Load-Date: June 29, 2023

»Alle reden von Zeitenwende, aber bisher ist es nur eine Zeitlupe«

SPIEGEL ONLINE

22. Februar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; CSU-Chef Söder beim Aschermittwoch

Length: 923 words

Byline: Timo Lehmann

Highlight: Markus Söder hat beim Politischen Aschermittwoch heftig gegen Kanzler Scholz und Innenminister Faeser ausgeteilt. Die Ampelparteien keilten zurück – auch sein bayerischer Koalitionspartner fand Spott für den Ministerpräsidenten.

Body

Knapp acht Monate vor der bayerischen Landtagswahl haben sich die Parteien beim politischen Aschermittwoch wechselseitig mit Vorwürfen, Kritik und Spott überzogen. **CSU-Chef Markus Söder** griff vor rund 4000 Parteianhängern in Passau die Bundesregierung und die Ampel-Parteien scharf an. Er brachte sogar eine Ablösung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ins Gespräch, sollte diese in der Migrationspolitik nicht handeln. Grüne, FDP und SPD attackierten dagegen die CSU und speziell Söder frontal.

Wenn Faeser nicht bald Vorschläge mache, wie der Migrantenzuzug gesteuert werde, die Kommunen entlastet würden und mehr Geld bekommen könnten, »dann wird sie die nächste Frau Lambrecht im Kabinett von Scholz«, sagte Söder. Ihre SPD-Parteikollegin Christine Lambrecht musste im Januar als Verteidigungsministerin zurücktreten.

»Und es würde auch dem Kanzler gut anstehen, wenn er sich endlich selber um diese Probleme in Deutschland kümmert und nicht nur durch die Welt reist«, sagte der CSU-Vorsitzende an die Adresse von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). »Dies ist die schlechteste Bundesregierung, die Deutschland je hatte«, sagte Söder und hielt der Ampel Zögerlichkeit vor: »Alle reden von Zeitenwende, aber bisher ist es nur eine Zeitlupe.« Auch gegen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) teilte Söder aus: »Ludwig Erhard würde im Grab rotieren, wenn er wüsste, dass er einen solchen Nachfolger hat.«

Konter der Ampelparteien: »Rechentricks«, »Ego-Shooter«, »kein Verlass«

Die **Grünen-Bundesvorsitzende Ricarda Lang** warf Söder unter anderem »Rechentricks« bei den Zahlen zum Ausbau erneuerbarer Energien vor. In den vergangenen Jahren sei in Bayern der Ausbau der Windkraft verschlafen und das Potenzial nicht genutzt worden – so gefährde Söder den Wohlstand Bayerns und auch Deutschlands.

SPD-Landeschef Florian von Brunn warf Söder bei der Parallelveranstaltung seiner Partei in Vilshofen Selbstdarstellung statt zukunftsgerichteter Politik vor: Der Ministerpräsident sei ein »Ego-Shooter«. Auch stichelte

»Alle reden von Zeitenwende, aber bisher ist es nur eine Zeitlupe«

er gegen Söder und dessen immer wieder diskutierte Ambitionen als künftiger Unions-Kanzlerkandidat. »Eigentlich ist es so, dass der Stuhl des Ministerpräsidenten im Landtag schon heute nicht mehr besetzt ist. Selfie-Söder ist so selten im Landtag wie die CSU im Kanzleramt. Aber dafür ist er ständig in allen sozialen Netzwerken. Man könnte schon meinen, das S in CSU stünde für Social Media«, sagte von Brunn.

Der **FDP-Landesvorsitzende Martin Hagenspott**ete: »Markus Söder wechselt seine Meinung häufiger als der FC Nürnberg seine Trainer. Auf den Mann ist kein Verlass!« **Linke-Co-Bundeschefin Janine Wissler**hielt Söder eine »äußerst dürftige Bilanz« vor.

Die Freien Wähler (FW) arbeiteten sich vor allem an der Bundesregierung ab. Man brauche weniger rot-gelb-grünes »Ampel-Gehampel«, sagte der **FW-Landesvorsitzende und bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger**. Auch über die Besucherzahlen bei der Veranstaltung von Koalitionspartner CSU machte sich Aiwanger lustig: »Die CSU verkündet ja seit Jahren, dass 10.000 Gäste dort wären, obwohl laut Sitzordnung und Feuerpolizei nicht mal 3000 rein dürfen. Das erinnert mich ein bisschen an den Bus, wo zehn aussteigen, obwohl nur drei drin waren und jetzt wieder sieben reingehen, dass er leer ist.«

Die **AfD-Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner**sagte in Richtung CSU: »Wir haben das Herz noch am rechten Fleck, während es den großkopften CSU'ern in Passau längst in die Hose gerutscht ist.«

Vorgeschmack auf die Wahlen im Herbst

In Bayern wird am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt. Alle aktuellen Umfragen deuten darauf hin, dass die CSU ihre Koalition mit den Freien Wählern fortsetzen kann. Ein Bündnis mit den Grünen schloss Söder erneut aus: »Wir machen kein Schwarz-Grün in Bayern.«

Thema am Mittwoch war auch der Krieg in der Ukraine. Grünenchefin Lang lehnte einen einseitigen russischen Diktatfrieden zur Beendigung des Krieges strikt ab. »Was wäre das für ein Frieden, wo ein Kriegsverbrecher durchkommt mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg?«, sagte sie. Man müsse zwar über den richtigen Weg hin zu einem Frieden diskutieren. »Aber was nicht geht, ist Opfer und Täter einfach zu vertauschen.« Linken-Co-Bundeschefin Wissler rief zu Verhandlungen auf und lehnte die Lieferung schwerer Waffen ab.

2022 war der politische Aschermittwoch wegen des russischen Kriegsbeginns gegen die Ukraine komplett ausgefallen. Im Bundestagswahljahr 2021 hatte es wegen der Coronapandemie lediglich eine abgespeckte digitale Version mit Reden per Livestream gegeben.

Klingbeil unterstützt Faeser in Frankfurt

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeilhat beim politischen Aschermittwoch der Frankfurter SPD seinen Parteikollegen Mike Josef und Nancy Faeser den Rücken für die anstehenden Wahlen gestärkt. »Erst Mike Josef, dann Nancy Faeser«, so sein Wunsch im Blick auf den Ausgang der Frankfurter Oberbürgermeisterwahl am 5. März und die Entscheidung bei der hessischen Landtagswahl. »Nancy kann Bundesinnenministerin aber dann wird sie eine sehr gute Ministerpräsidentin.«

In seiner Rede verteidigte Klingbeil den Kurs von Bundeskanzler Olaf Scholz angesichts des Krieges in der Ukraine und warnte vor Schwarz-Weiß-Malerei. Diplomatie und militärische Stärke dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. »Für uns gehört beides zusammen.« Gleichzeitig fand er klare Worte über den russischen Präsidenten Wladimir Putin: »Putin wird als Kriegsverbrecher in die Geschichte eingehen.« Am Ende werde er vor internationalen Gerichten zur Verantwortung gezogen, so Klingbeil.

til/dpa

»Alle reden von Zeitenwende, aber bisher ist es nur eine Zeitlupe«

dpa - Markus Söder beim politischen Aschermittwoch in Passau: »Die schlechteste Bundesregierung, die Deutschland je hatte«

Load-Date: February 22, 2023

End of Document

Mehr als 500.000 Menschen beantragen Asyl in Europa fast ein Drittel in Deutschland

SPIEGEL ONLINE

05. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Seit Januar 2023

Length: 314 words

Byline: Hanna Zobel

Highlight: Die Asylagentur der Europäischen Union verzeichnet weiter steigende Zahlen bei den Asylanträgen. Bis Ende des Jahres könnte die Millionenmarke geknackt werden. Dies war zuletzt 2015 und 2016 der Fall.

Body

Mehr als eine halbe Million Asylanträge sind in der EU, Norwegen und der Schweiz in den ersten sechs Monaten des Jahres verzeichnet worden. Den am Dienstag von der EU-Asylagentur (EUAA) veröffentlichten Zahlen zufolge handelt es sich um 519.414 Anträge und somit 28 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Der größte Anteil entfiel demnach mit rund 30 Prozent der bis Ende Juni gestellten Asylanträge auf Deutschland. In absoluten Zahlen entspricht dies mehr als der doppelten Menge der Anträge, die jeweils in Frankreich und Spanien eingingen.

Höchste Zahlen seit 2016

Der EUAA zufolge handelt es sich um die höchsten Halbjahreszahlen seit den Jahren 2015 und 2016. Damals waren infolge des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2015 rund 1,3 Millionen und im Folgejahr etwa 1,2 Millionen Asylanträge in den 29 Staaten eingegangen. Im Jahr 2022 waren 994.945 Anträge gestellt worden. Dies war bereits ein Anstieg um 53 Prozent im Vergleich zum Vorjahr mit lediglich 382.252 Anträgen.

Die Asylagentur teilte weiter mit, angesichts der derzeit zu beobachtenden Trends könnte »die Zahl der Asylanträge bis Jahresende eine Million überschreiten«. Die meisten Asylanträge stellten demnach im ersten Halbjahr 2023 Menschen aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, der Türkei und Kolumbien. Sie machten insgesamt rund 44 Prozent der Antragsteller aus.

Ukrainische Geflüchtete haben Sonderstatus

Zahlreiche europäische Staaten stünden bei der Bearbeitung der Asylanträge »unter Druck«, schreibt die EUAA. Die Zahl der Asylanträge, bei denen eine Entscheidung ausstehe, sei im Vergleich zu 2022 um 34 Prozent gestiegen. Von den bearbeiteten Anträgen seien rund 41 Prozent positiv beschieden worden.

Mehr als 500.000 Menschen beantragen Asyl in Europa fast ein Drittel in Deutschland

Die etwa vier Millionen Ukrainer, die sich auf der Flucht vor dem russischen Angriffskrieg gegen ihr Land befinden, fallen nicht unter die Asylantragsteller. Für sie gilt innerhalb der EU ein gesonderter Schutzstatus.

zob/AFP

Graphic

dpa - Wegweiser zu einer Erstaufnahmeeinrichtung: Die Zahl der in der EU und besonders in Deutschland gestellten Asylanträge steigt aktuell wieder

Load-Date: September 5, 2023

Dröge wirft Merz vor, Ressentiments gegen Geflüchtete zu schüren

SPIEGEL ONLINE

28. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; SPIEGEL-Spitzengespräch

Length: 374 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: »Tiefe Sorge, was die CDU und CSU in dieser Debatte gerade machen«: Grünenfraktionschefin Dröge geht im SPIEGEL-Talk Friedrich Merz scharf an und äußert sich auch zur Frage, ob es im Asylstreit ein Machtwort des Kanzlers gab.

Body

Katharina Dröge hat CDU-Chef Friedrich Merz für dessen Äußerungen über Asylbewerber kritisiert. Merz schüre »Ressentiments gegen Geflüchtete«, sagte die Vorsitzende der Grünenbundestagsfraktion im SPIEGEL-Spitzengespräch mit Moderator Markus Feldenkirchen.

Der CDU-Chef habe seine Worte absichtlich ausgrenzend formuliert und sei bereits mit einer »ganzen Reihe von negativstmöglichen Beschreibungen« aufgefallen. »Mich erfüllt das mit tiefer Sorge, was die CDU und CSU in dieser Debatte gerade machen.«

Alexander Dobrindt, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, widersprach ihr. Merz habe lediglich eine Debatte beschrieben, die in der Öffentlichkeit stattfindet. »Wir müssen akzeptieren, dass es Belastungsgrenzen in diesem Land gibt.« Dabei gehe es nicht nur um Unterbringungs- und Schulplätze, sondern auch die Gesundheitsversorgung.

Merz hatte dem TV-Sender Welt gesagt, die Bevölkerung werde wahnsinnig, wenn sie sehe, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt würden, aber nicht ausreisen und die »volle Heilfürsorge bekommen«. Merz Behauptung: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine.«

Asylbewerber haben im Vergleich zu gesetzlich Krankenversicherten eingeschränkten Anspruch auf medizinische Leistungen. Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist.

»Er hat kein Machtwort gesprochen«

Dröge bestritt im SPIEGEL-Talk, dass es im Zusammenhang mit den Verhandlungen über ein neues gemeinsames europäisches Asylsystem ein Machtwort von Kanzler Olaf Scholz gegeben hat. »Er hat kein Machtwort gesprochen«, sagte sie, »zumindest nicht uns gegenüber.« »Wenn der Kanzler ein Machtwort sprechen möchte, muss er anrufen. Das hat er bislang nicht getan«, sagte Dröge.

Dröge wirft Merz vor, Ressentiments gegen Geflüchtete zu schüren

Wie zahlreiche Medien, darunter auch der SPIEGEL, berichteten, hatte Scholz am Mittwoch in einer Kabinettsitzung klargestellt, dass es die Linie der Bundesregierung sei, die EU-Asylreform voranzutreiben. Es dürften diesbezüglich keine Beschlüsse in Brüssel scheitern. Dies wurde als Signal an die Grünen gewertet.

Bei dem Streit geht es um die deutsche Zustimmung zur sogenannten Krisenverordnung. Sie ist ein Teil der neuen Asylregeln, die sich die EU geben möchte.

ulz

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Friedrich Merz steht zur Brandmauer gegen die AfD außer in Kommunen

SPIEGEL ONLINE

23. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; ZDF-Sommerinterview

Length: 432 words

Byline: Arvid Haitisch

Highlight: CDU-Chef Friedrich Merz arbeitet sich erneut an der AfD ab. Verboten will er die Rechtsextremen nicht, auf kommunaler Ebene auch Zusammenarbeit zulassen und die Anhänger mit hartem Migrationskurs zurückgewinnen.

Body

CDU-Chef Friedrich Merz steht zur Brandmauer seiner Partei zur AfD, plädiert aber für einen pragmatischen Umgang auf kommunaler Ebene. »Es wird keine Beteiligung der AfD an einer Regierung geben, jedenfalls nicht mit uns. Und sie werden auch keine Mehrheit dafür bekommen«, sagte Merz am Sonntag in seiner Heimatstadt Arnsberg im ZDF-Sommerinterview. Doch dieses Tabu einer Zusammenarbeit mit der AfD beziehe sich nur auf gesetzgebende Körperschaften vom Europa-Parlament bis hin zu den Landtagen.

Auf kommunaler Ebene sei die Situation anders: »Wir sind doch selbstverständlich verpflichtet, demokratische Wahlen zu akzeptieren. Und wenn dort ein Landrat, ein Bürgermeister gewählt wird, der der AfD angehört, ist es selbstverständlich, dass man nach Wegen sucht, wie man dann in dieser Stadt weiter arbeiten kann.«

Ein Verbot der AfD lehnte der konservative Politiker ab. »Parteiverbote haben noch nie dazu geführt, dass man ein politisches Problem löst«, sagte er. Einen entsprechenden Vorschlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Marko Wanderwitz in den vergangenen Tagen nannte der Fraktionsvorsitzende der Union »eine Einzelmeinung in der Bundestagsfraktion, die wir nicht teilen«.

AfD kommt in Umfrage der Union nahe

Angesichts der anhaltend guten Umfragewerte für die AfD räumte Merz aktuelle Schwächen in seiner eigenen Partei ein. »Wir müssen Vertrauen gewinnen, auch zurückgewinnen«, sagte er. »Vertrauen verliert man schnell und gewinnt man nur langsam zurück. Es ist ein mühsamer Weg.« Seit seiner Wahl zum Parteichef sei die CDU »ganz gut unterwegs, aber wir müssen noch zulegen«. Friedrich Merz sprach sich für eine striktere Zuwanderungspolitik aus. Dann werde die AfD »auch wieder kleiner«.

Die Union sei als größte Oppositionsfraktion im Bundestag »die Alternative gegen diese Bundesregierung«, sagte Merz. Damit ordnete er eine umstrittene Äußerung ein, die er bereits am Mittwoch bei der Klausur der CSU-Landesgruppe im oberbayerischen Kloster Andechs verwendet hatte. Dort nannte er die Union die »Alternative für Deutschland mit Substanz« was von Kritikern als rhetorische Annäherung an die AfD gewertet wurde.

Friedrich Merz steht zur Brandmauer gegen die AfD außer in Kommunen

Die AfD hat jüngst in einer Wahlumfrage einen neuen Höchstwert erreicht und demnach ihren Anteil innerhalb eines Jahres verdoppelt. In der Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Insa für die »Bild am Sonntag« kommt die AfD auf 22 Prozent. Dies seien zwei Prozentpunkte mehr als in der Vorwoche, berichtete die Zeitung. Die Union verliert einen Punkt auf 26 Prozent. SPD, Grüne und FDP bleiben je unverändert bei 18, 14 beziehungsweise sieben Prozent.

ahh/Reuters/AFP/dpa

Graphic

dpa - CDU-Chef Friedrich Merz im Interview mit ZDF-Moderator Theo Koll

Load-Date: July 23, 2023

End of Document

Interner Botschaftsbericht geht »von deutlich höheren Opferzahlen« aus

SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Flüchtlingskatastrophe vor Griechenland

Length: 976 words

Byline: Steffen Lüdke

Highlight: Ein Schiff mit Flüchtlingen sinkt im Mittelmeer, Hunderte Tote werden befürchtet: Interne Dokumente geben neue Einblicke in die Katastrophe und ein früherer EU-Abgeordneter erhebt schwere Vorwürfe.

Body

Die deutsche Botschaft in Athen fürchtet, dass der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der griechischen Küste eines der größten Schiffsunglücke der Geschichte im Mittelmeer sein könnte. Das geht aus einem internen Bericht hervor, den die Vertretung in Athen nach Berlin schickte; er liegt dem SPIEGEL vor.

Da manche Quellen von bis zu 700 Personen an Bord berichteten, »muss nach jetzigem Stand von deutlich höheren Opferzahlen ausgegangen werden«, heißt es in dem Kabelbericht, verfasst vom deutschen Botschafter in Griechenland, Ernst Reichel. Aus Sicherheitskreisen verlautete, man befürchte, dass mindestens hundert Kinder im Laderaum des Schiffes eingeschlossen gewesen sein könnten – das legten Aussagen Überlebender nahe.

Eine Bergungsaktion wäre demnach fast unmöglich: Das Boot sei an einer Stelle gesunken, wo das Mittelmeer 5000 Meter tief sei.

Über die Unglücksursache gibt es bislang keine gesicherten Informationen. Als das Boot sank, war die See ruhig, deshalb wird vermutet, dass das sehr plötzliche Kentern die Folge einer raschen Bewegung der Menschen auf dem Schiff war, wie sie zum Beispiel durch eine Massenpanik ausgelöst werden kann. Die Unglücksstelle liegt 47 Seemeilen (rund 87 Kilometer) südwestlich der Stadt Pylos. Die Stelle ist in internationalen Gewässern, aber innerhalb der Zone, in der Griechenland für Seenotrettung zuständig ist.

War das Verhalten der Küstenwache angemessen?

Dem Botschaftsbericht zufolge war das Schiff einige Tage zuvor im libyschen Tobruk ausgelaufen und wollte nach Italien. Als politisch heikel könnte sich die Einschätzung der Botschaft über das Verhalten der griechischen Küstenwache erweisen: Dieser seien nach jetzigem Kenntnisstand keinerlei Vorwürfe zu machen, sie habe mehrfach Hilfe angeboten.

Ein erster Kontakt mit den griechischen Behörden erfolgte demnach in den Mittagsstunden des 13. Juni – zuvor war das griechische Lagezentrum von der italienischen Seenotleitstelle informiert worden. Demnach lehnte das Schiff via Telefon Unterstützung ab. Ein Boot der Küstenwache brachte Lebensmittel zu dem Schiff.

Interner Botschaftsbericht geht »von deutlich höheren Opferzahlen« aus

Laut Botschaft wurde ein weiteres Hilfsangebot der Küstenwache abgelehnt, auch von vorbeifahrenden Frachtern wollten die Schiffsinsassen demnach keine Hilfe annehmen. Dies habe sich auch bei einem weiteren Versuch am Abend nicht geändert. Man wolle weiter nach Italien, habe es geheißen.

Völkerrechtsexpertin Nora Markard hält die Argumente der griechischen Behörden für wenig stichhaltig. Seenot sei objektiv zu bestimmen, sagt sie dem SPIEGEL. Wenn ein Schiff in Seenot sei, gebe es die Pflicht, zu helfen und nicht nur zuzusehen. Insbesondere, wenn der Kapitän die Lage völlig falsch einschätze.

Auf von den griechischen Behörden veröffentlichten Luftaufnahmen des Bootes sind bereits Stunden vor dessen Untergang Dutzende von Menschen auf dem Ober- und Unterdeck des Bootes zu sehen, die nach oben blicken, einige mit ausgestreckten Armen. Dennoch griff die Küstenwache zu diesem Zeitpunkt nicht ein.

»Welches Protokoll verlangt nicht die Rettung eines überladenen Bootes kurz vor dem Untergang?«

Griechenlands Oppositionsführer und Ex-Ministerpräsident Alexis Tsipras sagte nach Angaben des »Guardian« bei einem Besuch im Hafen von Kalamata, Überlebende hätten ihm gesagt, sie hätten um Hilfe gerufen. »Welches Protokoll verlangt nicht die Rettung eines überladenen Bootes kurz vor dem Untergang?«

Eine ganz andere Dimension der Verantwortung der Küstenwache hat der ehemalige EU-Parlamentarier Kriton Arsenis in einem Interview angedeutet. Demnach soll das Boot zum Zeitpunkt des Kenterns angeblich im Schlepptau der griechischen Küstenwache gewesen sein. »Die Menschen haben uns erzählt, dass das Boot plötzlich kenterte, während es von der Küstenwache gezogen wurde; sie haben nicht verstanden, wieso, denn das Meer war ruhig«, sagte Arsenis.

Laut einem Bericht der griechischen Zeitung »Kathimerini« soll es tatsächlich den Versuch gegeben haben, das Schiff in Schlepp zu nehmen. Das Blatt berichtet unter Berufung auf Hafenmitarbeiter, Stunden vor dem Sinken des Schiffes sei dies geschehen.

Demnach soll die Küstenwache die Passagiere per Lautsprecher informiert haben, dass das Schiff überladen sei und es nicht bis nach Italien schaffen werde. Danach sei man längsseits gegangen und habe das Schiff festgemacht. Aber dagegen habe es Widerstand an Bord des Flüchtlingsbootes gegeben; offenbar wollten einige Passagiere nicht nach Griechenland gebracht werden. Stattdessen sollen sie das Tau entfernt und ihre Fahrt fortgesetzt haben.

Überlebende zunächst nach Kalamata gebracht

Bislang wurden nach offiziellen Angaben 104 Personen gerettet, laut der Nachrichtenagentur AFP handelt es sich bei den Überlebenden um Männer. Die an Bord befindlichen Frauen und Kinder sollen sich nach Berichten Überlebenden im Innern des Schiffes befunden haben. Die Überlebenden kommen dem Botschaftsbericht zufolge überwiegend aus Syrien, Pakistan und Ägypten. Sie wurden zunächst nach Kalamata gebracht und sollen nun laut Botschaft in ein Flüchtlingszentrum nach Malakasa kommen, etwa 60 Kilometer nördlich von Athen. Dort beginnen dann die Asylverfahren.

Die griechische Küstenwache hat neun Überlebende festgenommen. Sie sollen als Schleuser agiert und sich unter den Überlebenden versteckt haben. Wie der staatliche Rundfunk (ERT) am Donnerstagabend berichtete, wird den aus Ägypten stammenden Männern unter anderem die Bildung einer kriminellen Organisation vorgeworfen.

Nach SPIEGEL-Informationen gehen Sicherheitskreise vorläufigen Informationen zufolge davon aus, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres rund 102.000 illegale Grenzübertritte registriert wurden, eine Steigerung um zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Route über das zentrale Mittelmeer sei der wichtigste Fluchtweg in die EU. Die Zahl der registrierten illegalen Grenzübertritte sei die höchste seit 2017.

slü/mgb/ulz/svs

Graphic

AFP or licensors - Überlebende der Katastrophe im Hafen von Kalamata

EPA - Aufnahme der griechischen Küstenwache

Load-Date: June 16, 2023

End of Document

»Ebenso unverantwortlich wie zynisch«

SPIEGEL ONLINE

24. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; DGB kritisiert Kürzungen bei Kindergrundsicherung

Length: 321 words

Byline: Katja Iken

Highlight: Weder human noch fortschrittlich: Der Deutsche Gewerkschaftsbund verwarft sich gegen die geplante Streichung des Sofortzuschlags für geflüchtete Kinder und warnt vor gesellschaftlichen Kollateralschäden.

Body

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat scharfe Kritik an geplanten Kürzungen im Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung für Kinder von Asylbewerbern geäußert. »Wenn auf Druck der FDP der Sofortzuschlag für geflüchtete Kinder gestrichen und ihre Leistungen damit um 20 Euro gekürzt werden sollen, hat das mit Humanität ebenso wenig zu tun wie mit gesellschaftlichem Fortschritt«, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Anja Pielam Sonntag.

»Ist das der Mut einer Fortschrittskoalition im Kampf gegen Armut?«, fragte Piel. Schon heute seien Kinder von Geflüchteten am stärksten von Armut bedroht, »da die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes deutlich unter denen des Bürgergeldes liegen«, sagte Piel weiter.

»Es ist ebenso unverantwortlich wie zynisch, mit der Kindergrundsicherung Armut bekämpfen zu wollen und im selben Atemzug die Armut von geflüchteten Kindern zuzulassen.« Die gesellschaftlichen Kollateralschäden wären »erheblich«.

20 Euro pro Kind und Monat

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge haben sich die Ampelparteien nach langem Ringen auf den Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung geeinigt, am Mittwoch soll sich das Kabinett damit befassen.

Eine Änderung betrifft demnach den in der Coronazeit eingeführten Sofortzuschlag von 20 Euro pro Kind und Monat: Er soll für Kinder von Asylbewerbern wegfallen.

»Unkluge Fehlanreize im Asylrecht wurden auf Betreiben des Bundesfinanzministeriums vermieden«, hieß es dazu laut der »Rheinischen Post« aus Kreisen des FDP-geführten Finanzministeriums. Die Asylbewerberleistungen seien »kein Aspekt der neuen Kindergrundsicherung«.

Die Kindergrundsicherung soll ab 2025 wesentliche Familienleistungen bündeln und leichter zugänglich machen. Der Gesetzentwurf von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) war kurz vor der Kabinettsitzung vor fast zwei Wochen kurzfristig verschoben worden, weil die Regierungsparteien in einigen Detailfragen noch keine Einigung erzielt hatten.

»Ebenso unverantwortlich wie zynisch«

dpa/kik

Load-Date: September 24, 2023

End of Document

So will Arbeitsminister Heil Geflüchtete schneller in Arbeit bringen

SPIEGEL ONLINE

18. Oktober 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Mehr Betreuung, mehr Druck

Length: 620 words

Byline: Markus Dettmer

Highlight: Geflüchtete mit Bleibeperspektive sollen in Deutschland künftig schneller einen Job annehmen können als bisher. Dazu kündigt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mehrere Maßnahmen an.

Body

Gemeinsam mit der Chefin der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nahles, und ihrem Vorstandskollegen Daniel Terzenbach hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) am Mittwoch einen »Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten« angekündigt. Geflüchtete sollen nach ihrem Integrationskurs so schnell wie möglich Arbeitserfahrung sammeln und wo immer sinnvoll weiterqualifiziert werden, um sie möglichst nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem will Heil BA-Vorstand Terzenbach zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten machen.

Hintergrund sei unter anderem, dass zwar Hunderttausend Ukrainer und Ukrainerinnen bereits einen Integrationskurs abgeschlossen haben und weitere 100.000 dies tun werden. Allerdings ist der Anteil derer, die bereits arbeiten, mit rund 17 Prozent ausgesprochen niedrig. Die im »Turbo« enthaltenen Maßnahmen gelten aber nicht allein für Menschen aus der Ukraine, sondern für alle Geflüchtete mit Bleibeperspektive.

Um sie schneller und besser in Arbeit zu bringen,

sollen Geflüchtete nach Abschluss des Integrationskurses künftig **regelmäßig von Jobcenter eingeladen und beraten** werden, um die Zahl der Kontakte zu erhöhen. **Alle sechs Wochen** sollen konkrete Fortschritte besprochen werden,

soll grundsätzlich **Arbeitsvermittlung Vorrang** haben: Künftig soll schon bei geringeren Sprachkenntnissen als bisher, also bereits ab den Niveaus B1 (selbstständige Sprachverwendung) oder A2 (elementare Sprachverwendung) in Beschäftigung vermittelt werden, um erste Arbeitsmarkterfahrungen in Deutschland machen zu können. Weitere Sprachkurse oder Qualifizierungen sollen dann berufsbegleitend stattfinden, dies wird in individuell abgestimmten Kooperationsplänen vereinbart.

Neben dem Fördern soll auch das Fordern stärker betont werden: Geflüchteten soll im Jobcenter und auch auf Social Media deutlich gemacht werden, dass nach einer ersten Orientierungsphase »von ihnen auch erwartet wird, Arbeitserfahrung zu sammeln«. Die sogenannten Kooperationsvereinbarungen die Grundlage für mögliche Sanktionen im Bürgergeld sollen regelmäßig aktualisiert und einzelne Maßnahmen darin festgelegt. Werden diese

So will Arbeitsminister Heil Geflüchtete schneller in Arbeit bringen

seitens der Geflüchteten nicht eingehalten, drohen letztlich Sanktionen. Bei fehlender Erreichbarkeit können Zahlungen vorläufig eingestellt oder Leistungen entzogen werden können.

Die Jobcenter sollen zudem dafür sorgen, dass künftig Absolventen und Arbeitgeber besser zueinanderfinden. Heil ruft die Unternehmen auf, verstärkt auch Geflüchtete ohne gute Deutschkenntnisse zu beschäftigen und weiterzuqualifizieren. Die Bundesregierung möchte große Unternehmen, die Zeitarbeit und Branchenverbände für eine entsprechende Selbstverpflichtung zu gewinnen. Ebenso will der Bund bei Ländern und Kommunen um Beteiligung werben, ebenso wie bei Sozialverbänden und Migrantenorganisationen.

Am kommenden Mittwoch will Heil dem Bundeskabinett vorschlagen, BA-Vorstand Daniel Terzenbach zum Sonderbeauftragten zu bestellen. Der 42-jährige Sozialwissenschaftler kennt nicht nur die Bundesagentur sehr gut von innen, sondern verfügt auch über jahrelange einschlägige Erfahrung. Von 2006 bis 2009 war er Führungskraft im Jobcenter Märkischer Kreis, es folgten Führungsaufgaben in der Nürnberger BA-Zentrale. Seit 2017 ist er BA-Vorstandsmitglied, mittlerweile zuständig für den Bereich Regionen. Von 2015 bis 2018 war Terzenbach bereits Beauftragter des Vorstandes der Bundesagentur für das operative Geflüchtetenmanagement.

Ebenso kündigte Heil an, Arbeitgebervertreter im November zu einem Treffen zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten einzuladen, um für eine größere Bereitschaft bei Unternehmen zu Einstellung von Geflüchteten zu werben.

Load-Date: October 18, 2023

Die Integrationsverweigerer von Lützerath

SPIEGEL ONLINE

16. Januar 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Gewalt gegen Polizisten

Length: 977 words

Byline: Nikolaus Blome

Highlight: Parallelwelten gibt es nicht nur in migrantischen Milieus. Das größere Problem ist biodeutsch und radikalökologisch.

Body

Ob man die Bengel gleich alle »Paschas« nennen muss, wie Friedrich Merz das mit viel Verachtung in der Stimme tat, ich weiß es nicht. Auf jeden Fall macht er es damit all jenen auf der Linken leicht, die eine Debatte über kulturell archaisches Familienverhalten und ihre Brandschneisen im deutschen Bildungswesen wegdrücken wollen. Dabei sollte es selbstverständlich sein, etwa angesichts eines harten Kerns von ausländischen oder migrantischen Silvester-Randalierern verschiedene Integrationsdefizite zu konstatieren und zu diskutieren.

Man könnte sogar sagen: Wenn wir mit der gesellschaftlichen Integration solcher Jungbullen-Milieus immer noch nicht bei dem Punkt angelangt sind, dass man Silvesterraketen gefälligst senkrecht nach oben schießt und nicht waagerecht ins Gesicht eines Polizisten – dann stehen wir noch ziemlich am Anfang. Können wir uns darauf einigen?

Je länger ich zugleich dem Schauspiel an der Tagebaukante in Lützerath zuschaue, umso mehr habe ich das Gefühl: Auch die dort zutage tretenden Integrationsmängel sind gravierend, vermutlich sogar gravierender, denn es geht um das Regelwerk einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Zwischen dem linken Schlachtruf »All Cops Are Bastards« und dem Neuköllner »Wir f*cken Eure Straßen« besteht kein großer Unterschied.

Der harte Kern in Lützerath und die Unterstützertrupps in verschiedenen Großstädten sind allem Anschein nach radikalökologische Biokartoffeln. Das unterscheidet sie von vielen der Neuköllner Lummel, aber was sonst noch?

Zwischen dem linken Schlachtruf »All Cops Are Bastards« (ACAB) und dem Neuköllner »Wir f*cken Eure Straßen« scheint mir kein qualitativer Unterschied zu bestehen. Die Polizei ist immer der Feind: Die einen sehen sie als Vertreterin staatlicher Gewalt, die sie angeblich täglich gängelt und strukturell diskriminiert. Die anderen ziehen in den Kampf, weil Staat und System angeblich die Welt in den Klimatod treiben. Mit dem Staat, wie sie ihn zu kennen glauben, haben beide Gruppen offenbar abgeschlossen, wenngleich Bürgergeld/Hartz IV oder ein steuerfinanzierter Studienplatz gegebenenfalls gern genommen werden.

Die Integrationsverweigerer von Lützerath

Auch zeigen beide Gruppen gut geölte Selbstorganisation und austrainierte Einsatzbereitschaft. Lützerath sah zeitweilig aus wie ein gallisches Wehrdorf, in Neukölln legten die Randalierer in ihrem Viertel kunstvoll die Hinterhalte. Die eigene Gewalt ist dabei stets bloß Gegengewalt und darum gerecht. Selbst Greta Thunberg ist sich für diesen ältesten aller Denktricks nicht zu schade.

Wer für sich »No Future« sieht, planetar oder persönlich, hat nicht mehr viel zu verlieren. »Ihr habt es so gewollt«, könnte darum aus den Lützerather Baumhäusern schallen und von den Balkonen der Plattenbauten auch. Der Sound der Machos oder Babos ist es in jedem Fall, selbst Luisa Neubauer von Fridays For Future macht mit: »Irgendwer muss eine Schlusslinie ziehen, wenn wir irgendwann mal weniger Krise haben wollen«, sagt sie. »Und weil die Regierung ganz offensichtlich nicht die Eier in der Hose hat, das zu machen, machen wir das.« Sozial abgehängt kann eben auch sein, wer felsenfest glaubt, alles besser zu wissen und den Massen meilenweit voraus zu sein.

Trotz dieser Ähnlichkeiten wird den beiden Gruppen denkbar unterschiedlich begegnet, aber ich frage mich, ob die unterschiedlichen Motive das wirklich rechtfertigen. Das ist nicht fair, sondern feige. Das ist Doppelmoral.

Nehmen wir den Bundespräsidenten und die Regierende Bürgermeisterin von Berlin. Frank-Walter Steinmeier sagte über die Silvester-Randalierer und die Polizei, er erwarte, »dass wir als Gesellschaft respektvoll gegenüber all jenen sind, die für uns alle den Kopf hinhalten«. Das seien »keine Prügelknaben für Frustrierte«. Frau Giffey, im Wahlkampf, läßt zum Gipfel gegen Jugendgewalt und sagte: »Wenn man schnell reagiert, gibt es auch Verhaltensänderung.« Sie meinte eine schnelle Reaktion der Strafverfolgungsbehörden.

Es sind Kinder des Bürgertums, die dort Steine auf Polizisten werfen und politische Kompromisse verteufeln.

Würden die beiden das auch den Lützerather Leuten ins Gesicht sagen, die in einer Parallelwelt ohne Heizkostenrechnung und Ukrainekrieg zu leben scheinen? Die in Gruppen mit Steinen oder Feuerwerkskörpern werfen und zu Hunderten der Polizei das Leben so schwer wie möglich machen?

Selbstverständlich nicht. Weiß, biodeutsch und staatsverachtend? Da würden die Steinmeiers und Giffeys der Republik an Rechtsextreme aus Ostdeutschland denken, an Fußball-Hooligans oder an Reichsbürger im Schwabenland, aber gewiss nicht an die Klimakämpfer. Deren Motiv spricht die Täter nicht nur frei, sondern gleich auch noch selig.

Darum gilt es mit einem Rest von bürgerlicher Selbstbehauptung jetzt zu sagen: Die Leute von Lützerath sind das größere Problem, weil sie besser kennen und besser verstehen, was sie da diskreditieren und das wirkmächtiger, als es die Jungs aus Neukölln je könnten. Es sind vielfach die Kinder des Bürgertums, die dort Steine auf Polizisten werfen, Gerichtsbeschlüsse verachten oder politische Kompromisse verteufeln. Das ist härter, als wenn es die Kinder anderer Leute täten. Denn wenn es die eigenen Kinder sind, dann ist es immer auch das eigene Versagen.

Damit meine ich nicht das (mögliche) Versagen vor der Klimakrise, das uns immerfort als unfassbar umfassend dargestellt wird, wiewohl es das nicht ist. Sondern das Versagen, diese Gruppen nicht ausreichend darin unterwiesen zu haben, was Demokratie und Gesellschaft bedeuten: das fortgesetzte Aushandeln von verschiedenen Positionen und Interessen.

Unter den Parteien zahlen zuvorderst und zu Recht die Grünen für dieses Versäumnis: Ihre Mandatsträger haben einen Kompromiss ausgehandelt, den ihre Anhänger ablehnen, weil er einer ist. Allein: Wer »Nur alles ist genug« für eine gesellschaftlich vertretbare Haltung hält, hat nicht begriffen, wie Freiheit zu vielen funktioniert.

Graphic

AFP or licensors - Räumung in Lützerath (am 12. Januar): Sozial abgehängt kann auch sein, wer felsenfest glaubt, alles besser zu wissen

Load-Date: January 16, 2023

End of Document

Titel Achtsamkeit, Pflegeheime, Windkraft, Claire Keegan

SPIEGEL ONLINE

29. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Hausmitteilung

Length: 655 words

Byline: Carola Padtberg

Highlight: Hausmitteilung

Body

Titel

Angesichts von Krisen, Krieg und Alltagsstress flüchten Millionen Menschen in innere Einkehr. Achtsamkeit liegt im Trend, doch was ist dran an Meditation, Yoga und Co.? Wann nützen die Methoden, und können sie auch schaden? Die Motivation der Menschen sei sehr unterschiedlich, fand SPIEGEL-Mitarbeiter Tim Neumann beim Besuch einer Yogastunde in Hamburg heraus. »Manche wollen Rückenschmerzen oder Migräne in den Griff kriegen, andere hoffen auf spirituelle Erleuchtung, für einige ist es Routine wie ein Sportkurs.« Wissenschaftsredakteurin **Julia Koch** (l.) traf Forscher und Achtsamkeitsfans unter anderem in Berlin und Frankfurt am Main. Ihr Fazit: Auf individueller Ebene kann etwa Meditation helfen, weil sie Stress reduziert und so vor Krankheiten schützen kann. »Wer sich aber nur noch um sich selbst dreht und alle Widrigkeiten wegatmet«, sagt sie, »wird auch schnell gleichgültig seiner Umwelt gegenüber.« Schlimmstenfalls kann innere Einkehr sogar krank machen: In den USA sprach Redakteurin Kerstin Kullmann mit Psychologin Willoughby Britton, die die manchmal dramatischen Folgen der vermeintlich sanften Methoden erforscht.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihre Yogalehrerin

»Für den Narzissten kann Wellness zur Waffe werden«

Können Kinder Mindfulness lernen?

Pflegeheime

Wenn SPIEGEL-Redakteurin **Cornelia Schmergalin** den vergangenen Jahren über Pflegeheime berichtete, ging es stets um Missstände. Um Häuser, in denen Bewohner sich den Rücken blutig lagen, weil keine Pflegekraft für sie Zeit hatte. Um Konzerne, die kritische Angehörige schikanierten. Bei ihrer aktuellen Recherche besuchte sie ein Modellprojekt, das vieles anders macht – und besser. Das Haus Rheinaue in Wyhl bindet Angehörige bei der Pflege ein, etwa indem sie Wäsche waschen oder staubsaugen. Das Heim ist vergleichsweise günstig und vor allem: lebenswert. Allerdings ist die Zukunft des Experiments in Gefahr. »Wir haben uns zu lange an den Gedanken gewöhnt, dass Pflege-heime Angst machen müssen«, sagt Schmergal. »Es wäre Zeit für ein Umdenken.«

Das Pflegeheim, in dem die Menschen gerne leben

Windkraft

Die Nordsee war recht aufgewühlt, als SPIEGEL-Redakteur **Claus Hecking** mit einem Katamaran zum derzeit größten Off-shore-Windpark der Welt hinausfuhr. Mehrere Passagiere des Schiffs wurden seekrank, auch Hecking wurde flau. Es war die letzte Besichtigungsfahrt vor den großen Herbststürmen, der »Erntesaison« auf hoher See. Zudem ist der gerade eingeweihte Meereswindpark »Hollandse Kust Zuid« wohl einer der letzten aus einer besseren Zeit. Die Branche durchleidet ihre bislang größte Krise. Ausgerechnet jetzt, da Europa den Offshore-Windstrom so dringend braucht, brechen die Investitionen ein. In Brüssel und Berlin arbeitet man hektisch an Rettungspaketen. Ein Team um -SPIEGEL-Redakteur Stefan Schultz hat die Misere ergründet. »Die Politik muss jetzt rasch gegensteuern«, sagt Schultz. »Sonst wird Europas Energiewende mit Windrädern made in China realisiert.«

Offshore-Wind: Warum die Branche kriselt und was die Politik tun will

Literatur

In einer kleinen Hafenstadt an der irischen Ostküste traf SPIEGEL-Redakteurin **Elisa von Hof** die Schriftstellerin Claire Keegan, um über ihr Schreiben zu sprechen. Keegan ist eine Meisterin der Kurzgeschichte. Ihr gelingt es, auch auf engstem Raum viel zu erzählen. Ins Schwärmen geriet die Autorin zum Ende des Treffens, als sie über irische Literatur sprach. Als Hof eingestand, dass sie den von Keegan verehrten Autor John McGahern nicht kannte, wollte Keegan sofort einen Secondhand-Buchladen mit ihr besuchen. Dort angekommen, fand sie zwischen den Bücherstapeln noch eine leicht abgenutzte Ausgabe von »Amongst Women«, McGaherns Roman über einen patriarchalen Griesgram. »Bevor ich das Buch selbst kaufen konnte, war Keegan an der Kasse«, sagt Hof. Beim Verlassen des Ladens drückte Keegan es ihr lächelnd in die Hand, ein geschenktes Stück irischer Weltliteratur.

Porträt Claire Keegan

Load-Date: September 29, 2023

Zahl der Senioren mit Grundsicherung steigt um 15 Prozent

SPIEGEL ONLINE

16. Juli 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT/SOZIALES; Linke warnt vor Altersarmut

Length: 368 words

Byline: Nils-Viktor Sorge

Highlight: In Deutschland gibt es mehr alte Menschen, die Grundsicherung beziehen. Eine Ursache für den kräftigen Anstieg ist die Einbeziehung von Geflüchteten aus der Ukraine.

Body

Eine wachsende Zahl älterer Menschen ist in Deutschland auf Hilfe vom Sozialamt angewiesen. Am Ende des ersten Quartals 2023 bezogen 684.360 Senioren Grundsicherung, wie die Zeitungen der Funke Mediengruppe unter Berufung auf Daten des Statistischen Bundesamtes berichteten.

Dies sind knapp 26.000 mehr als im Dezember 2022 und laut Funke so viele wie nie zuvor. Im Vergleich zum ersten Quartal 2022 stieg die Zahl um rund 90.000 – also um etwa 15 Prozent. Rund 57 Prozent der Empfänger von Grundsicherung im Rentenalter waren zuletzt Frauen.

Insgesamt bezogen im ersten Quartal dieses Jahres 1,22 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, im ersten Quartal 2022 waren es noch 1,13 Millionen. Diese Leistungen erhalten Erwachsene, die dauerhaft ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

Grund für den deutlichen Anstieg ist nach Angaben des Bundesamtes vom April überwiegend die zunehmende Zahl von Leistungsberechtigten aus der Ukraine: Nach 20.525 Menschen im Dezember 2021 waren es ein Jahr später 73.060. Menschen, die wegen des russischen Angriffskriegs aus der Ukraine fliehen mussten, erhielten die Leistungen seit Juni 2022, zuvor hätten sie Leistungen für Asylbewerber erhalten. Es handele sich vor allem um Frauen und ältere Menschen, erklärte das Bundesamt.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch warnte angesichts der Zahlen vor einem Anstieg der Altersarmut: »Jedes Quartal kommen Menschen in der Größenordnung einer Kreisstadt bei der Altersarmut dazu. Die Zahlen sind alarmierend und auch Ergebnis der verheerenden Politik der letzten Jahre«, sagte Bartsch den Funke-Zeitungen. Inflation und Krieg trieben die Zahlen in die Höhe. Neben Ukraine-Flüchtlingen könnten vor allem Rentner die Preise hierzulande nicht mehr bezahlen. Doch viele gingen aus Scham nicht zum Sozialamt.

Als »Schutzschirm gegen Altersarmut« forderte der Linke-Politiker eine »Generalüberholung« der Rente. Es bedürfe einer »einmalige Rentenerhöhung von zehn Prozent als Inflationsausgleich statt einer Inflationsprämie für Minister und Staatssekretäre, ein Rentenniveau von 53 Prozent und eine Mindestrente von 1200 Euro«.

Zahl der Senioren mit Grundsicherung steigt um 15 Prozent

nis/dpa

Graphic

IMAGO/Michael Gstettenbauer - Senioren (in Düsseldorf): Die Zahl der Bedürftigen wächst

Load-Date: July 16, 2023

End of Document

Finnland schließt erneut Grenze zu Russland

SPIEGEL ONLINE

14. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Kurzzeitige Öffnung

Length: 277 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: Helsinki wirft Moskau vor, die »instrumentalisierte Einreise« von Geflüchteten ohne Papiere nach Finnland weiter zu befördern. Nach der vorübergehenden Öffnung zweier Übergänge werden die Grenzen zu Russland daher wieder geschlossen.

Body

Finnland schließt seine Grenze Richtung Russland nach der kurzzeitigen Öffnung zweier Übergänge erneut. Die östliche Landesgrenze werde ab Freitagabend bis vorläufig zum 14. Januar wieder komplett geschlossen, teilte die finnische Regierung mit. Finnland hatte die Grenzübergänge zu seinem östlichen Nachbarland Russland im November nach und nach geschlossen.

Der finnische Grenzschutz hatte in den Wochen davor eine sprunghaft gestiegene Zahl von Asylbewerbern vor allem aus dem Nahen Osten registriert, die ohne die erforderlichen Papiere aus Russland einreisten und in Finnland Asyl beantragten. Finnland warf Russland vor, diese Menschen bewusst an die Grenze des EU- und Nato-Staates gebracht zu haben, um das Land vor Probleme zu stellen. Der Kreml dementierte das.

Nach der Öffnung am Donnerstag kamen nach Angaben des finnischen Rundfunksenders Yle erneut mehr als 70 Asylbewerber zu den beiden geöffneten Übergängen.

Erst am Donnerstag waren die Grenzübergänge Vaalimaa und Niirala für den Verkehr geöffnet worden. Dabei sei festgestellt worden, dass sich die »instrumentalisierte Einreise« Richtung Finnland fortgesetzt habe. »Das ist ein Zeichen dafür, dass die russischen Behörden ihre hybride Operation gegen Finnland fortsetzen. Das ist etwas, was Finnland nicht tolerieren wird«, erklärte Innenministerin Mari Rantanen.

Finnland grenzt im Osten auf einer Länge von 1340 Kilometern an Russland. Nach jahrzehntelanger militärischer Bündnisfreiheit war das EU-Land im April unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Mitglied der Nato geworden. In dem Zuge hatten finnische Behörden vor russischen Einflussnahmeversuchen gewarnt.

aeh/dpa

Load-Date: December 14, 2023

Finnland schließt erneut Grenze zu Russland

End of Document

Titel, Kriegsversehrte, Rolling Stones, SPIEGEL GESCHICHTE, SPIEGEL GELD

SPIEGEL ONLINE

22. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Hausmitteilung

Length: 614 words

Highlight: Hausmitteilung

Body

Titel

Seit Wochen dominiert die Debatte über Flucht und Migration die Politik, während zugleich die AfD das Thema für sich zu nutzen weiß. Ein Team um SPIEGEL-Titelfautorin Deike Diening erzählt die Perspektiven derer, die das Thema unmittelbar betrifft. **Monika Bolliger** berichtet aus Tunesien über den Guineer Boubacar Barry, der, seit drei Jahren auf der Flucht, »unbedingt nach Deutschland will«. Christine Keck traf Richard Arnold, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd, der 2015 jeden Neuankömmling mit Handschlag begrüßte. Inzwischen sieht sich Arnold von der großen Zahl Geflüchteter überwältigt, von der Bundespolitik alleingelassen und von den Ansprüchen vieler Geflüchteter ausgenutzt. »Die Berliner Politikblase versteht kaum, welche Wünsche und Erwartungen sie in den Herkunftsländern auslöst, und überfordert die Gutwilligen im eigenen Land«, so Diening.

Was Boubacar Barry aus Guinea mit Richard Arnold aus Schwäbisch Gmünd verbindet

»Viele Menschen fürchten Kontrollverlust«

Kriegsversehrte

Auf Instagram sah SPIEGEL-Reporterin **Alexandra Rojkov**(M.) das Bild eines jungen ukrainischen Paares, dessen Leben vom Krieg erschüttert worden ist: **Andrij Smolenskyj** verlor bei einem russischen Angriff beide Arme und sein Augenlicht. Seine Frau **Alina** blieb trotzdem an seiner Seite. Bei ihrem Treffen in einem Kiewer Militärkrankenhaus war Rojkov überrascht, der Soldat machte Witze, erzählte Anekdoten, aber auch Tiefgründiges aus seinem Leben. »Der Krieg hat seinen Körper zerstört, aber nicht den Menschen darin«, sagt Rojkov. Langfristig benötige Smolenskyj jedoch dringend fachgerechte Unterstützung, so die Autorin, und hofft, dass die westlichen Länder »bei der Rehabilitation verwundeter Soldaten genauso helfen, wie sie es mit Waffen tun«.

»Ich habe ihre Worte nicht gehört. Aber ich habe gespürt, dass Alina da war«

Rolling Stones

Titel, Kriegsversehrte, Rolling Stones , SPIEGEL GESCHICHTE, SPIEGEL GELD

Die Zeit war kurz, als SPIEGEL-Redakteur **Tobias Rapp** die drei übrig gebliebenen Mitglieder der Rolling Stones, Mick Jagger, Ron Wood und Keith Richards, in einem Londoner Luxushotel traf, für jeden Musiker je zehn Minuten. Die Band bewirbt ihr Album, das erste seit sieben Jahren, das zudem ohne Drummer Charlie Watts entstand. Er starb im Sommer 2021. Es hieß, keine Autogramme oder Selfies, doch Richards, der Gitarrist, scheint so daran gewöhnt, dass sich alle mit ihm fotografieren lassen wollen, dass er am Ende mit offenen Armen auf Rapp zukam. Der tat es ihm gleich, so fielen sie sich eher unbeabsichtigt um den Hals. »Ich habe ein Danke geflüstert«, sagt Rapp, Richards habe großzügig genickt, und Rapp dachte: »Er riecht so gut, so frisch.«

Schmerz, Tod und was vom Rock n Roll übrig blieb

SPIEGEL GESCHICHTE, SPIEGEL GELD

Der Chef der Söldnertruppe Wagner, Jewgenij Prigoschin, forderte die Macht des Kreml heraus, jetzt ist er tot, sein Unternehmen offenbar am Ende. Doch das Geschäft der »Militär-dienstleister« lebt, und es boomt weiter. Die neue Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE erzählt die Historie der Privatarmeen, wie Söldner im Dreißigjährigen Krieg als Kanonenfutter dienten, bis zu den Fremdenlegionären und den heutigen Mietkriegern, die »geopolitische Drecksarbeit« erledigen, wie der Forscher Herfried Münkler sagt. Das Heft ist seit Freitag im Handel.

Nach monatelangem Heizungsstreit hat sich die Bundesregierung auf das Gebäudeenergiegesetz geeinigt. SPIEGEL GELD hat einen Leitfadens für Sanierungsvorhaben erarbeitet, in dem Immobilieneigentümer erfahren, was sie bei einem Heizungstausch berücksichtigen müssen, was wie gefördert wird. Weitere Themen sind Risiko-lebensversicherungen, für wen sie sich lohnen, und welche Chancen sogenannte Nebenwerte bei Geldanlagen bieten. SPIEGEL GELD liegt dem aktuellen SPIEGEL bei.

Graphic

Marlena Waldthausen

Load-Date: September 22, 2023

Lindner lehnt dauerhaft höhere Leistungen für Kinder von Asylbewerbern ab

SPIEGEL ONLINE

14. September 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Finanzminister über Kindergrundsicherung

Length: 494 words

Byline: Anna Ehlebracht

Highlight: 20 Euro mehr pro Kind und Monat? Finanzminister Christian Lindner hat das als »falsches Signal« an Asylbewerber bezeichnet. Auch beim Bürgergeld sieht er »kein Elend« und keinen Handlungsbedarf.

Body

Es ist ein Kernprojekt der Koalition – doch anders als ursprünglich erwartet hat es die Kindergrundsicherung am Mittwoch nicht ins Kabinett geschafft. Und die Diskussionen über das Vorhaben gehen weiter: Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat nun dauerhaft höhere Leistungen für Kinder von Asylbewerberinnen und -bewerbern im Zuge der Einführung der Kindergrundsicherung abgelehnt, wie er der »Rheinischen Post« sagte.

»SPD und Grüne wollen bei Asylbewerbern dauerhaft 20 Euro mehr pro Kind und Monat zahlen. Das unterstütze ich nicht. Die Regelsätze sind angemessen, und wir sollten gerade beim Asylbewerberleistungsgesetz keine falschen Signale senden«, sagte der FDP-Politiker.

Asylbewerberinnen und -bewerber haben keinen Anspruch auf die Kindergrundsicherung. Vor einer Woche schlug das Arbeitsministerium dann vor, einen Artikel im Gesetz zur Kindergrundsicherung aufzunehmen, wonach Asylbewerber als Ausgleich einen höheren Zuschlag über das Asylbewerberleistungsgesetz bekommen können. Hierzu gebe es noch technischen Klärungsbedarf, hatte es dazu aus Koalitionskreisen geheißt.

Laut »Rheinischer Post« soll ein entsprechender Passus inzwischen gestrichen worden sein – es gebe allerdings weiterhin Klärungsbedarf zwischen den Ministerien. Nach Informationen des SPIEGEL soll die bereits gestrichene Passage noch einmal intern zwischen Finanzministerium und Arbeitsministerium geprüft werden.

Mit der Kindergrundsicherung, einem Projekt aus dem Familienministerium von Lisa Paus (Grüne), sollen bisherige Leistungen wie das Kindergeld, Leistungen aus dem Bürgergeld für Kinder oder der Kinderzuschlag gebündelt werden. Ab 2025 soll es für alle Kinder einen sogenannten Garantiebtrag geben, der dann das heutige Kindergeld ablöst und noch durch einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ergänzt werden kann.

Lindner verwahrte sich auch gegen Kritik, die Sozialleistungen des Staates seien zu niedrig. Ihm sei es wichtig gewesen, dass es bei der Kindergrundsicherung keine Ausweitung der Leistungen gebe. Am Abstand zwischen einem Lohneinkommen und der Sozialleistung solle sich nichts Wesentliches ändern. »Eine fünfköpfige Familie im Bürgergeld bekommt bereits gut 37.000 Euro im Jahr vom Steuerzahler. Das ist nicht viel für fünf Menschen, aber es ist kein Elend«, sagte der Minister.

Lindner lehnt dauerhaft höhere Leistungen für Kinder von Asylbewerbern ab

Die Kindergrundsicherung soll im September im Kabinett beschlossen werden. Dem Gesetz soll nach der Verabschiedung im Bundestag voraussichtlich Ende November auch der Bundesrat zustimmen, so der Plan aus dem Familienministerium. Ob dieser Zeitplan einzuhalten ist, ist allerdings ungewiss.

Streit hatte es in der Ampel vor allem über die finanzielle Ausstattung der Kindergrundsicherung gegeben. Im jüngsten Gesetzentwurf aus dem Hause Paus sollen nunmehr Kosten von 1,87 Milliarden Euro für das Jahr 2025 eingeplant sein. Zusammen mit weiteren Verwaltungskosten belaufen sich die Ausgaben dann auf 2,4 Milliarden, die bis 2028 auf 5,85 Milliarden Euro pro Jahr anwachsen sollen.

aeH

Load-Date: September 14, 2023

End of Document

Migrationsgipfel beendet - Bund verspricht mehr Geld für Flüchtlingskosten

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND

Length: 144 words

Byline: Benjamin Schulz

Highlight: Eine Milliarde Euro Soforthilfe, dazu ein neues System bei der Lastenverteilung: Beim **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt ist der Bund nach SPIEGEL-Informationen den Ländern in Finanzfragen entgegengekommen.

Body

In der **Flüchtlingspolitik** lagen Bund und Länder seit Monaten im Clinch bei einer Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Kanzleramt haben sie nun eine Einigung erzielt.

Nach SPIEGEL-Informationen umfasst der Kompromiss, dass der Bund den Ländern eine Milliarde Euro Soforthilfe zukommen lässt. Für die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wichtiger dürfte aber sein, dass es eine grundsätzliche Wende in Finanzierungsfragen geben soll.

Demnach kommt der Bund dem Wunsch der Länder nach, ein »atmendes System« einzurichten. Das bedeutet, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten nicht mit einer Pauschale abgegolten wird, sondern sich nach der Zahl der Migranten richtet.

Bis zum nächsten Treffen am 23. Juni soll dies im Detail ausgearbeitet werden, ein Beschluss soll am 23. November stehen.

In Kürze mehr bei SPIEGEL.de

cte/flo/stw/ulz

Graphic

IMAGO/Political-Moments - Runde im Kanzleramt

Load-Date: May 10, 2023

Migrationsgipfel beendet - Bund verspricht mehr Geld für Flüchtlingskosten

End of Document

Russland will »nationale Lösung« in Niger Nachbarland stellt Strom ab

SPIEGEL ONLINE

02. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUSLAND; Nach Militärputsch

Length: 513 words

Byline: Henrik Bahlmann

Highlight: Moskau will seinen Einfluss in der Sahelzone verstärken. In Mali und Burkina Faso ist das bereits gelungen. Nun driftet auch Niger ins Chaos. Das russische Außenministerium warnt vor Gewaltdrohungen.

Body

Niger war ein wichtiger Partner für den Westen, auch in Migrationsfragen. Der letzte verlässliche Partner in der Sahelzone. Nun wird das Land zum »idealen Kandidaten« für Russland und die Wagner-Gruppe um Jewgenij Prigoschin, sagte der Sahel-Experte Cameron Hudson dem SPIEGEL in einem Interview. Russland geht es um Einfluss in der Region.

Und Russland hat nun zum »nationalen Dialog« in Niger aufgerufen. Der sei nötig, um den »zivilen Frieden sowie Recht und Ordnung wieder herzustellen«, sagte die Sprecherin des Moskauer Außenministeriums, Maria Sacharowa. »Die Androhung von Gewalt gegen einen souveränen Staat wird nicht dazu beitragen, die Spannungen zu verringern«. Und: »Es ist äußerst wichtig, eine weitere Verschlimmerung der Lage zu verhindern«, sagte sie.

Am vergangenen Mittwoch hatten Offiziere der Präsidialgarde den demokratisch gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum festgesetzt und für entmachtet erklärt. Der Kommandeur der Präsidialgarde, General Abdourahamane Tiani, ernannte sich im Anschluss selbst zum neuen Machthaber. Kurz nach Tianis Machtübernahme setzten die Putschisten die Verfassung außer Kraft und lösten alle verfassungsmäßigen Institutionen auf.

Nach Militärputschen in Mali und Burkina Faso war Niger das letzte der drei Nachbarländer in der Sahelzone, das von einer demokratisch gewählten Regierung geführt wurde. In Mali und Burkina Faso regieren inzwischen Militärs, die sich mit Russland verbündet haben.

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) entsandte am Mittwoch eine Verhandlungsdelegation nach Niamey. Sie hatte den Putschisten am Sonntag ein Ultimatum gestellt. Sollte der festgesetzte Präsident Bazoum nicht binnen einer Woche wieder eingesetzt werden, werde Ecowas Maßnahmen ergreifen, die auch Gewalt umfassen könnten, hieß es.

Nigera stellt Strom ab

Russland will »nationale Lösung« in Niger Nachbarland stellt Strom ab

Um den Druck auf die neuen Machthaber zu erhöhen, stellte Nigeria inzwischen die Stromlieferung in sein Nachbarland ein, wie Nigers größter Stromversorger Nigelec mitteilte. Es bleibt abzuwarten, ob Ecowas tatsächlich militärisch im Niger eingreift. Der Sahel-Experte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ulf Laessing, sagte der Nachrichtenagentur dpa, dass es wirkungsvoller sein könne, den Strom abzustellen, als eine Militäroperation durchzuführen.

Eine militärische Intervention könne den Niger an den Rand eines Bürgerkriegs führen, sagte Laessing demnach. Die Situation wäre dann ähnlich wie die im Sudan. Burkina Faso und Mali, beide sind von der Ecowas suspendiert, stellten sich bereits an die Seite der Putschisten und warnten vor einem Eingreifen. Jede militärische Intervention gegen den Niger komme einer Kriegserklärung auch gegen ihre Länder gleich, hieß es.

Mehrere europäische Länder evakuieren derzeit Staatsbürger aus Niger. Auch die ersten Deutschen konnten am Mittwoch an Bord französischer Maschinen das westafrikanische Land verlassen. Die Bundeswehr plant von der kommenden Woche an eine Wiederaufnahme des Flugbetriebs zum Lufttransportstützpunkt in Niamey, der Hauptstadt des Nigers. Dort sind derzeit auch mehr als 100 deutsche Soldaten stationiert.

hba/AFP/dpa

Graphic

AFP - Menschen warten vor dem Flughafen in der nigrischen Hauptstadt Niamey

Load-Date: August 2, 2023

End of Document

AfD-Bewerber für Europa wollen radikale Abkehr von der EU

SPIEGEL ONLINE

05. August 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Wahlversammlung in Magdeburg

Length: 558 words

Byline: Johanna Pankow

Highlight: Die Partei sucht Mitglieder, die sie im EU-Parlament vertreten sollen. Einige von ihnen fordern den »Dexit«, andere die Auflösung des EU-Parlaments. Am Sonntag soll das EU-Wahlprogramm entschärft werden.

Body

Bei der Kandidatenauswahl der AfD zur Europawahl 2024 haben viele Bewerber eine radikale Abkehr von der Europäischen Union und eine Abschottung gegen Migration gefordert. Die Rechtsaußenpartei vergab am Samstag in Magdeburg in einem sehr langwierigen Verfahren weitere Plätze auf ihrer Wahlliste. Die Delegierten entschieden, nicht nur 30, sondern 35 Listenplätze zu besetzen. Bis zum Abend waren 26 Kandidaten für nächstes Jahr bestimmt. Am Sonntag soll über das Europawahlprogramm beraten werden.

Ein im Juni veröffentlichter Entwurf setzt als Ziel eine »geordnete Auflösung der EU« und die Gründung einer »neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft«. Einige AfD-Vertreter plädieren für einen EU-Austritt Deutschlands, den sogenannten »Dexit«. Parteichef Tino Chrupallasagte, es werde an einem Kompromiss gearbeitet. Nach Angaben aus Parteikreisen soll der Entwurf vom Juni entschärft werden.

In den Vorstellungsrunden fanden sowohl die Auflösung der EU als auch der »Dexit« Unterstützung. »Lasst uns zusammen die EU beenden«, sagte der Bewerber Thomas Schmidt. Mitbewerber Peter Ditges sagte: »Ich möchte antreten, um diese Farce in Brüssel zu beenden.« Mitbewerberin Elisabeth Becker betonte: »Wir wollen ja den Dexit haben.« Ihr Parteikollege Jurij Christopher Kofner sagte, er »erkläre der woken Ideologie den Krieg« mit friedlichen Mitteln. Deutschland sei ein von den USA und der EU besetztes Land.

(Lesen Sie hier den aktuellen SPIEGEL-Report zur AfD.)

Die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte Partei hatte am vergangenen Wochenende mit der Kandidatenaufstellung begonnen. Spitzenkandidat wurde der Europaabgeordnete Maximilian Krah, der auch intern nicht unumstritten ist.

Die Parteivorsitzende Alice Weidel wies im Sender »Welt« die Interpretation zurück, dass die AfD weiter nach rechts gerückt sei. »Herr Krah ist ein Kandidat, auf den sich die verschiedenen Lager und Strömungen dieser Partei im Vorfeld verständigt haben«, sagte Weidel. Die von Krah erzielten zwei Drittel der Delegiertenstimmen seien ein »sehr, sehr solides Ergebnis«.

AfD-Bewerber für Europa wollen radikale Abkehr von der EU

Die AfD-Europaabgeordnete Sylvia Limmer sieht hingegen Erfolge des äußerst rechten Lagers um den thüringischen Landeschef Björn Höcke. Auch in der AfD zähle nun »Wohlerhalten und Konformität«, sagte Limmer der »Welt« und der ARD. Sie war mit Bewerbungen um aussichtsreiche Listenplätze gescheitert und hatte die »strammen Höcke-Kader« dafür verantwortlich gemacht.

Verfassungsschutz: teils »rechtsextremistische Verschwörungstheorien« verbreitet

Nach Einschätzung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, waren am vergangenen Wochenende teils »rechtsextremistische Verschwörungstheorien« verbreitet worden. Nach einem Eilantrag der AfD auf Unterlassung gab das Bundesamt für Verfassungsschutz eine »Stillhalteusage« für dieses Wochenende.

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, zeigte sich besorgt über das Umfragehoch der AfD. »Die AfD duldet Antisemitismus und führende Kräfte, die den Holocaust relativieren; sie will jüdisches Leben mit Anträgen erschweren, koscheres Schlachten zu verbieten«, sagte Klein der »Welt am Sonntag«. Die AfD sei eine legale Partei, die am demokratischen Wettbewerb teilnehme. »Gleichwohl gibt es Anzeichen dafür, dass dort demokratiefeindliche Kräfte am Werk sind.«

jpa/dpa

Graphic

AFP - Beatrix von Storch bei der AfD-Wahlversammlung in Magdeburg

Load-Date: August 5, 2023

End of Document

Merkel geht unter die Sammlerinnen

SPIEGEL ONLINE

21. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Morgen

Length: 1524 words

Byline: Melanie Amann

Highlight: Die ehemalige Kanzlerin bekommt wieder einen Orden. Wer hat Angst in der Frauensau? Und eine Regierung erhält vielleicht die Corona-Quittung. Das ist die Lage am Mittwoch.

Body

Noch einer für die Sammlung

Heute bekommt Angela Merkelmal wieder einen Orden. Nach dem **Staatspreis von Nordrhein-Westfalen** und dem **Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland** ist es dieses Mal der **Bayerische Verdienstorden**, den die ehemalige Bundeskanzlerin aus der Hand von Bayerns Ministerpräsident Markus Söderempfängt. Ob sich Merkel ein bisschen fühlt wie Forrest Gump, der ständig ins Weiße Haus eingeladen wird, um geehrt zu werden? »Also bin ich eben mal wieder da hingefahren!«

Der heutige Orden wird laut dem zugrundeliegenden Gesetz von 1957 »als Zeichen **ehrender und dankbarer Anerkennung** für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk« verliehen. Meine Kollegin Anna Clauß wird über die Feier berichten. Sie ist gespannt, welche Verdienste Merkels Markus Söder wohl in seiner Rede hervorheben wird. »Denn lange Jahre taugte die CDU-Chefin und Kanzlerin der bayerischen Staatsregierung vor allem als **Feindbild**, an dem man sich besonders zur Zeit der **Flüchtlingskrise** abarbeiten konnte.« Anna und ich konnten/mussten 2015 auf dem CSU-Parteitag zuschauen, wie **Horst Seehofer** Merkel wie ein Schulmädchen auf der Bühne abkanzelte, weil sie sich nicht auf eine **Obergrenze für Flüchtlinge** einlassen wollte.

Aber spätestens, als es um ihre Nachfolge ging, legte Söder die **Kehrtwende** hin, lud sie auf Schloss Herrenchiemsee zu einer Kutschfahrt ein und inszenierte sich als **Merkels Erbe** (begleitet von der SPIEGEL-Titelgeschichte »Der Erbschleicher«). Nicht weniger gespannt ist Anna Clauß übrigens auf Merkels Dankesworte morgen: »Vielleicht leistet sie sich ein paar wohldosierte Gemeinheiten.«

NRW-Ministerpräsident Wüst ehrt Merkel mit Staatspreis: Christdemokraten, hört die Signale!

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier:

Putins Wirtschaftszahlen sind Propaganda. Oder?Die amtlichen Wachstumszahlen aus dem Kreml sind trotz Sanktionen verdächtig gut. Robert Habeck lässt nun ein Überwachungsinstrument für die russische Wirtschaft aufbauen. Dabei gibt es schon Wege, mehr über die Lage zu erfahren.

Flucht aus der Ukraine sorgt für Bevölkerungsanstieg in Deutschland:Die Bevölkerung in Deutschland ist 2022 um 1,1 Millionen Menschen gewachsen. Statistikern zufolge liegt das vor allem an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Die Zugezogenen verändern auch die Demografie hierzulande.

Russland soll Kühlbecken an Atomkraftwerk Saporischschja vermint haben:Das größte AKW Europas ist von den Russen besetzt. Und laut ukrainischer Regierung haben diese im Kühlbecken des Kraftwerks Minen versteckt. Das Risiko wäre erheblich.

Tatort Umkleidekabine?

Heute wird das Bundeskabinett wohl den **Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz** verabschieden, das es **trans Personen** ermöglicht, ihren **Geschlechtseintrag beim Standesamt** leichter zu ändern. Bislang ist dies nur nach einem langwierigen Verfahren möglich, das diese Menschen als **demütigend** erleben. Um das Gesetz tobt eine heftige **Debatte**. Befürworter wie der Queerbeauftragte Sven Lehmann beteuern, dass sich für die überwältigende Mehrheit der Deutschen **gar nichts ändere**. Dafür werde das Leben von Transsexuellen, die vielleicht 0,35 Prozent der Deutschen ausmachen, hoffentlich **leichter**.

Gegner wie die Noch-Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht behaupten, dass wir Frauen mit diesem Gesetz unsere letzte sichere Bastion verlieren könnten: **die Frauensauna**. Wagenknecht warnte im SPIEGEL-Interview davor, dass Männer einfach ihr Geschlecht in weiblich ändern könnten und so einen Freibrief hätten, als offizielle »Frau« in unsere Saunen oder Umkleiden **einzudringen**. Und nach erfolgreichem Übergriff änderten sie sich eben wieder zu **Männern**.

Es ist ein seltsames Menschenbild, das Wagenknecht hier zeigt. Würden sich Täter, die zu Belästigung oder Vergewaltigung von Frauen neigen, dafür eine **behördliche Erlaubnis** holen? Gut, Wagenknecht hat ihren linken Kanon gelesen, sicher auch das angebliche Lenin-Diktum, wonach die Deutschen für den Sturm eines Bahnhofs erst eine Bahnsteigkarte lösen würden.

Immerhin müssten wir Berlinerinnen keine Angriffe von solchen Fake-Frauen fürchten: In der Hauptstadt dauert es so lange, **Behördentermine** zu bekommen, dass auch der letzte **Triebtäter** darüber die Lust verlöre.

Aber im Ernst: Hat dieses Szenario irgendeinen Bezug zur Realität? Ist es vorstellbar, dass so ein **hart gesottener Heiniaufs** Amt geht: »Macht mich zur Frau, Ihr Schlampen!« »Junger Mann, jetzt ziehen Sie erst mal eine Nummer!«

In Sportstudios oder Schwimmbädern könnten Männer schon jetzt problemlos in die **Frauenzonen** vordringen, egal, ob ihr Ausweis sie als Jürgen oder Helga einstuft. Und in reinen Frauen-Etablissements würde ein offensichtlich männlicher Kunde wohl schon an der Tür einen solchen Aufruhr erzeugen, dass sein perfider Plan scheitern muss.

Was treibt Leute an, die mit solchen **Angstszenerien** Stimmung gegen **eine kleine Minderheit** machen?

Lesen Sie zur Debatte über das Selbstbestimmungsgesetz den SPIEGEL-Leitartikel von Sophie Garbe:Revolution für die Minderheit

Zweimal Corona vor Gericht

Erinnert sich noch jemand an diese **Pandemie**? Heute steht das Virus **vor Gericht**, genauer gesagt der Umgang der Regierung mit der Pandemie, und das gleich zweimal. Das Bundesverfassungsgericht verhandelt die Frage, ob die Bundesregierung **Kreditermächtigungen** über 60 Milliarden Euro, die im Bundeshaushalt eigentlich für **Coronahilfen** vorgesehen waren, umwidmen durfte für **Klimaschutzmaßnahmen**. Die Unionsfraktion klagte gegen diese Übertragung in einen Nachtragshaushalt, im Eilverfahren war sie damit zunächst gescheitert. Jetzt geht der

Merkel geht unter die Sammlerinnen

Fall ins Hauptsacheverfahren, ein **Urteil** wird erst in ein paar Wochen erwartet. Aber oft lässt sich in diesen Verhandlungen in Karlsruhe schon eine Tendenz absehen.

Die zweite juristische Coronarunde geht noch mehr ans Eingemachte, es geht um **Versammlungsverbote** während der Pandemie. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig prüft eine Coronaschutzverordnung aus **Sachsen** vom **April 2020**, also dem Beginn der Pandemie, und wird auch ein Urteil abgeben. Damals waren Ansammlungen von Menschen nur mit vorheriger Genehmigung zulässig, und nur wenn die Leute einen Mindestabstand von 1,50 Metern einhielten.

Dieser Fall ist deutlich bürger näher, und man darf gespannt sein, ob die Richterinnen und Richter die Verordnung nachträglich für unverhältnismäßig halten. Es wäre nicht das erste Mal: Das Gericht hat schon einmal eine **bayerische Coronaverordnung** gekippt.

Erinnerungslücken: Wie der Lockdown das Gedächtnis beeinflusst

Hier geht's zum aktuellen Tagesquiz

Die Startfrage heute: Welcher Bundeskanzler stellte zweimal die Vertrauensfrage?

Gewinner des Tages

ist **Jamshid Sharmahd**, weil er nicht vergessen wird. Der **Deutsch-Iraner** wurde in Iran **zum Tode verurteilt**, seine Tochter Gazelle Sharmahd kämpft unermüdlich für seine Rettung. Heute wird sie in Berlin eine Pressekonferenz abhalten, gemeinsam mit der deutsch-iranischen Journalistin Gilda Sahebi und dem Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der schon den NSA-Whistleblower Edward Snowden vertrat.

Das Regime in **Teheran** wird das Verfahren garantiert durch seine Augen und Ohren in Berlin verfolgen. Das heißt leider nicht, dass es auch zuhören wird.

Tochter kämpft um Deutsch-Iraner in der Todeszelle: »Mein Vater hat keine Zeit mehr für Diplomatie«

Die jüngsten Meldungen aus der Nacht

Experten warnten schon 2018 vor Sicherheitsmängeln bei Tauchboot »Titan«: Fachleute äußerten laut »New York Times« bereits vor Jahren Bedenken über den Zustand der »Titan« und wiesen auf mögliche Gefahren für Passagiere hin. Derweil ist nun auch der fünfte Insasse bekannt.

Verfassungsschutzchef sorgt sich wegen AfD-Umfragewerten: Der Verfassungsschutz stuft die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein. Angesichts der Umfragewerte ist Thomas Haldenwang alarmiert: Er will Bevölkerung und Politik wachrütteln.

Das DFB-Team kassiert die nächste Pleite: Zum Abschluss der Länderspielsaison sollte unbedingt ein Sieg her, doch die deutsche Nationalmannschaft steckt in einer Krise. Gegen Kolumbien gelang erneut sehr wenig.

Die SPIEGEL+-Empfehlungen für heute

Ende des Homeoffice-Traums: Bingo, Kostümpartys, Backwettbewerbe: US-Firmen locken ihre Mitarbeiter aus dem Homeoffice zurück ins Büro. Wer nicht will, wird gezwungen. Und die Konzerne haben Bürgermeister als Verbündete, die sich um ihre Städte sorgen.

Keine Experimente mehr nicht einmal solche, die Hoffnung machen könnten: Die Wahlen Ende Juni wird der konservative Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis wohl deutlich gewinnen. Sein Trick: Er verspricht dem erschöpften Land Stabilität, Sicherheit vor Armut und vor Migranten.

Ich bin keine Marke, und ich will auch keine werden! Laut Karriereratgebern und LinkedIn-Posts gibt es nur einen Weg zum beruflichen Erfolg: Man muss zur »personal brand« werden. Aber was, wenn man keine Lust hat, sich ständig hinzustellen und zu schreien: Ich bin so geil?

Merkel geht unter die Sammlerinnen

Ding-ding, der Eiswagen kommt: Wenn diese eine Glocke klingelt, reagiert mein Sohn wie der Pawlowsche Hund. Und ich gleich mit. Über ein Geräusch, das Kindheitserinnerungen weckt, die ich gar nicht habe.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Tag.

Ihre Melanie Amann, Mitglied der Chefredaktion

Graphic

dpa - Angela Merkel und Markus Söder (Oktober 2022): Preise, Preise, Preise

dpa - Sauna (in Sinsheim): Machen Triebtäter Behördentermine?

IMAGO/Michael Gstettenbauer - Maske im Müll: Die Pandemie ist vorbei

DER SPIEGEL

Load-Date: June 21, 2023

End of Document

Anwalt vergewaltigt Asylbewerber und droht mit Abschiebung Hinweise auf weitere Opfer

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA/JUSTIZ & KRIMINALITÄT; Prozess in Reutlingen

Length: 686 words

Byline: Hanna Zobel

Highlight: Ein 71-jähriger Anwalt hat offenbar seine Machtposition über einen Mandanten ausgenutzt und ihn zum Oralverkehr gezwungen. Er wurde auf Bewährung verurteilt. Vor Gericht wurden weitere potenzielle Fälle bekannt.

Body

Ein Anwalt aus Reutlingen ist am Montag wegen der Vergewaltigung eines Mandanten verurteilt worden. Der 71-Jährige hatte einen 31-jährigen Nigerianer in dessen Asylverfahren vertreten. In seiner Kanzlei zwang er den jungen Mann laut Gericht zum Oralsex.

Die Taten ereigneten sich laut dem verantwortlichen Richter, Eberhard Hausch, bereits im vergangenen Jahr. Hausch schildert den Hergang dem SPIEGEL wie folgt:

Der Anwalt soll dem 31-Jährigen bei einem Treffen in der Kanzlei zunächst gesagt haben, es sei für dessen Asylverfahren hilfreich, wenn er Traumata nachweisen könne, die aus den Fluchterfahrungen entstanden seien. Ein mögliches Symptom seien sexuelle Störungen, habe der Anwalt behauptet, und den Mandanten gefragt, ob er an so etwas leide. Zudem habe er noch vor Ort einen Termin beim Urologen vereinbart.

Beim nächsten Treffen habe der 31-Jährige den negativen Befund des Urologen vorgelegt. Daraufhin soll der Anwalt gesagt haben, dies sei unmöglich und er sei vom Gericht dazu ermächtigt, nun selbst eine körperliche Untersuchung vorzunehmen. Der junge Mann musste sich laut den Angaben daraufhin vor ihm entblößen.

In Folge habe der Anwalt einen Gummiring um den Penis des Mannes gelegt und mit Oralverkehr begonnen. Das Opfer soll zunächst protestiert haben, dies jedoch aufgegeben haben, als der Anwalt damit drohte, ihn ansonsten abschieben zu lassen. Nach der Tat habe er zudem damit gedroht, den 31-Jährigen ins Gefängnis zu bringen, falls er jemandem davon erzähle.

Bei einem weiteren Treffen schaffte es der junge Mann, mit seinem Handy das Gespräch in der Kanzlei aufzuzeichnen. Darin gibt der Anwalt die Tat zu. Der Geschädigte vertraute sich daraufhin einer anderen Anwältin an, die ihm half, das Geschehene zur Anzeige zu bringen.

Angeklagter gab am Ende alles zu

Anwalt vergewaltigt Asylbewerber und droht mit Abschiebung Hinweise auf weitere Opfer

Im Verfahren bestritt der Beschuldigte laut Richter Hausch zunächst die Tat. Er habe keine homosexuellen Neigungen und die körperliche Annäherung sei von seinem Mandanten initiiert worden.

Als die lokale Presse jedoch begann, über den Fall zu berichten, meldete sich ein weiterer Anwalt und teilte den Ermittlern mit, ein früherer Mandant von ihm habe ähnliche Anschuldigungen gegen den Kollegen erhoben. Damals hielt er die Geschichte für unglaubwürdig, nun aber würde er seine Meinung revidieren. Das zweite potenzielle Opfer sagte im Prozess aus und nannte die Namen weiterer möglicher Geschädigter. Er erzählte zudem, es habe ein »Rendezvous« des Anwalts mit mehreren Asylbewerbern in einem Haus mit Pool gegeben.

Angesichts dieser Beweislast gestand der 71-Jährige schließlich. »Ich bin übergriffig geworden und habe meine berufliche Stellung ausgenutzt«, ließ er durch seine Anwälte mitteilen. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Haft auf Bewährung sowie einem vorläufigen Berufsverbot. Außerdem muss er dem Geschädigten 5000 Euro Schmerzensgeld zahlen und 30.000 Euro an soziale Einrichtungen spenden. Ihm droht zudem der dauerhafte Entzug seiner Zulassung durch die Anwaltskammer.

Begründung der Bewährung

Laut Richter Hausch hatte der Verurteilte bis vor wenigen Jahren als Anwalt in einem breiten Spektrum von Themen praktiziert, zuletzt habe er sich jedoch fast ausschließlich auf die Vertretung männlicher Asylbewerber aus Afrikakonzentriert. Es gebe also den Anschein einer Masche.

Wieso also fiel die Entscheidung auf eine Bewährungsstrafe? Richter Hausch erklärt dies damit, dass der Verurteilte durch den Entzug seiner Lizenz keine weitere Möglichkeit zu einer solchen Machtausübung mehr haben werde. Eine Wiederholung der Taten sei damit sehr unwahrscheinlich. Zudem sei er durch die Berichterstattung in Reutlingen »sozial gebrandmarkt«. »Was bringt es der Allgemeinheit, wenn man ihn jetzt noch auf Kosten des Steuerzahlers ins Seniorengefängnis einsperrt? Nichts!«, so Hausch.

Allerdings ermittelt nun die Staatsanwaltschaft Tübingen in mehreren weiteren Fällen gegen den Mann. Bei der Durchsuchung der Kanzlei wurden unter anderem Aufnahmen von Geschlechtsteilen anderer möglicher Opfer gefunden. Sollten sich weitere Verdachtsfälle bestätigen, wird es voraussichtlich nicht bei einer Bewährungsstrafe bleiben.

zob

Load-Date: December 13, 2023

Faeser erteilt CDU-Vorschlag zu überparteilicher Asylkommission Absage

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Vor EU-Gipfeltreffen

Length: 554 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Die Ampel ringt um einen schärferen Asylkurs. Die CDU bietet ihre Mitarbeit an inklusive einer möglichen Änderung des Grundgesetzes. Doch Innenministerin Faeser wittert ein »dreckiges Spiel«.

Body

Heute kommen die EU-Innenminister in Luxemburgzusammen, um über eine große Reform des europäischen Asylsystems zu beraten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat eine deutliche Verschärfung der bisherigen Regeln im Gepäck, doch die Ampel ist über die Vorschläge zerstritten. Nun hat die CDU Unterstützung angeboten doch Faeser stemmt sich gegen einen überparteilichen Kompromiss.

»Es gibt nur eine Chance, die Lage zu verbessern: Und diese Chance liegt in Europa. Es gibt keinen isolierten deutschen Weg«, sagte die SPD-Politikerin dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. »Das sollte die CDU verstehen, die leider weit weg ist von der Europa-Partei, die sie mal war.«

So eine Kommission auf rein nationaler Ebene »würde an den Ursachen des Problems nichts ändern«, erklärte sie. Faeser mahnte: »Und niemand sollte vergessen: Das Asylrecht hat in unserer Verfassung einen hohen Wert. Wer das Asylrecht antasten will, spielt das dreckige Spiel der AfD mit und verschiebt Grenzen, die nicht verschoben werden dürfen.«

Der Vorschlag zu einer solchen parteiübergreifenden Kommission stammt vom sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer. Die Kommission soll nach seinen Vorstellungen binnen eines halben Jahres einen Vorschlag erarbeiten. Unter anderem geht es ihm darum, Asylbewerberleistungen auf den Stand anderer EU-Länder zu senken, um einen finanziellen Sogeffekt zu verringern. Allerdings brachte Kretschmer auch die Einführung einer Obergrenze für Schutzsuchende ins Spiel. Und eine Verfassungsänderung: Das Asylrecht müsse gegebenenfalls aus dem Grundgesetz verschwinden. Deutschland müsse sich als »Handlungsmacht organisieren, und wenn dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, muss man das auch tun«, sagte Kretschmer.

CDU-Chef Friedrich Merz und die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien vom liberalen Flügel der CDU unterstützen Kretschmers Vorschlag.

Ein Europa der Zäune

Faeser erteilt CDU-Vorschlag zu überparteilicher Asylkommission Absage

Bei dem Innenministertreffen soll ein neuer Versuch unternommen werden, eine Reform des europäischen Asylsystems auf den Weg zu bringen. Auf dem Tisch liegen Entwürfe für Gesetzestexte, die die derzeitige schwedische EU-Ratspräsidentschaft auf Basis von Vorschlägen der EU-Kommission erarbeitet hat. Sie sehen insbesondere einen deutlich rigideren Umgang mit Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive vor.

»Es ist wichtig, dass wir jetzt zu Ergebnissen kommen«, sagte Faeser vor dem Treffen. Anderenfalls sei mit mehr nationalstaatlicher Abschottung zu rechnen. Es gehe darum, das Europa der offenen Grenzen zu retten. Wenn die EU-Außengrenzen nicht verlässlich kontrolliert würden, gerate das Schengen-System in Gefahr, erklärte Faeser. Dieses wurde geschaffen, um innerhalb Europas grenzkontrollfreies Reisen zu ermöglichen.

Die Gruppe der deutschen Grünen im Europaparlament warnte hingegen vor einem Kompromiss »um jeden Preis«. Die Pläne für sogenannte Grenzverfahren würden zulasten der Menschenrechte gehen und seien wirkungslos, sagte ihr Sprecher Rasmus Andresen den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Vor allem Kinder dürften nicht monatelang in Massenlagern festgehalten werden. Nock kritischer äußerte sich die Linken-Europaabgeordnete Cornelia Ernst. Sie bezeichnete die Reformpläne als »ein Plädoyer für ein Europa der Zäune und Mauern«, bei dem es darum gehe, das Recht auf Asyl in Europa de facto abzuschaffen.

mrc/dpa

Graphic

EPA - Demonstration gegen die Verschärfung des Asylrechts in Berlin: Grenzverfahren zulasten der Menschenrechte

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Jeder zweite Schwarze in Deutschland erlebt Rassismus

SPIEGEL ONLINE

07. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Diskriminierungsstudie

Length: 691 words

Byline: Marc Röhlig

Highlight: Forschende haben 21.000 Menschen zu ihren Rassismuserfahrungen in Deutschland befragt. Das Ergebnis offenbart ein massives Gefälle zwischen weißen Menschen und all jenen, die als rassistisch markiert gelten.

Body

Rassismus ist in Deutschland allgegenwärtig. Viele nicht deutsch gelesene Menschen machen regelmäßig negative Erfahrungen im Umgang mit Mitmenschen, Behörden, in Praxen oder bei der Polizei. Das ist das Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung des Deutschen Zentrums für Integrations- und **Migrationsforschung** (Dezim). Am stärksten betroffen sind schwarze Menschen, hier hat der Analyse zufolge mehr als jeder zweite eigene Rassismuserfahrungen in der Öffentlichkeit gemacht.

Demnach berichten vor allem schwarze Männer (54,8 Prozent) häufiger davon, in ihrer Freizeit Diskriminierungserfahrungen zu machen. Muslimische Männer sind mit 41,2 Prozent ebenfalls stark betroffen. Dezim hat für die Untersuchung von Juni bis November 2022 eine repräsentative Befragung mit mehr als 21.000 Personen durchgeführt.

Zentrale Details aus der Rassismusstudie:

Fast jede fünfte schwarze Frau (19 Prozent) gibt an, immer wieder Bedrohungen oder Belästigungen zu erfahren, bei den schwarzen Männern sind es 18 Prozent. Unter den nicht rassistisch markierten Menschen betrifft dies nur elf Prozent der Frauen und sechs Prozent der Männer.

37 Prozent der schwarzen Männer gaben an, dass ihnen regelmäßig mit Angst begegnet wird. Das ist damit viermal mehr als bei nicht rassistisch markierten Männern (neun Prozent). Bei den schwarzen Frauen berichtete jede Fünfte, dass ihr immer wieder mit Angst begegnet wird im Vergleich zu etwa jeder 30. nicht rassistisch markierten Frau (vier Prozent).

Muslimische Menschen machen besonders oft Diskriminierungserfahrungen in Ämtern und Behörden sowie mit der Polizei. Mehr als ein Drittel der muslimischen Männer (39 Prozent) berichten von häufigeren Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen bei der Polizei, 51 Prozent würden Ämter und Behörden nennen. Unter den muslimischen Frauen hätten 46 Prozent angegeben, dass sie Diskriminierung in Ämtern und Behörden nicht selten erlebt haben. Im Kontakt mit der Polizei beträgt der entsprechende Anteil 25 Prozent.

Jeder zweite Schwarze in Deutschland erlebt Rassismus

Als rassistisch markiert definieren die Forschenden beispielsweise Personen, die sich als schwarz, muslimisch oder asiatisch identifizieren. Als nicht rassistisch markiert gelten mit Blick auf Deutschland weiße Personen.

Mit speziellem Schwerpunkt haben die Forschenden das Gesundheitswesen untersucht. »Schwarze, muslimische oder asiatische Frauen und Männer geben jeweils mehr als doppelt so häufig wie der Rest der Bevölkerung an, im letzten Jahr medizinische Behandlungen aus Angst vor Schlechterbehandlung verzögert oder vermieden zu haben«, sagte der Direktor des Dezim-Instituts, Frank Kalter. Diskriminierung finde hier an unterschiedlichen Stellen statt. Die Betroffenen erhielten zum Beispiel schlechter Termine und fänden weniger Gehör mit ihren Leiden.

Dem Bericht zufolge machen dort Frauen häufiger negative Erfahrungen als Männer: 39 Prozent der schwarzen Frauen, 35 Prozent der muslimischen Frauen und 29 Prozent der asiatischen Frauen berichten von mindestens gelegentlich ungerechter und schlechterer Behandlung. Und auch 26 Prozent der nicht rassistisch markierten Frauen haben Diskriminierung im Gesundheitswesen erlebt.

Eine Teilnehmerin berichtete, eine Frauenärztin habe ihr einen Gesundheitscheck für sexuell übertragbare Krankheiten verweigern wollen. So was »sei eher unwahrscheinlich bei Frauen aus meiner Kultur«, gibt sie die Begründung wider. »Bei Frauen aus meiner Kultur?« »Du gehst zum Frauenarzt«, berichtete eine andere Betroffene, »und sie fragen dich: Haben Sie schon einen HIV-Test gemacht? Nur weil du schwarz bist, wollen sie dich testen.«

Naika Foroutan, Leiterin von Dezim, beklagte eine ungleiche Verteilung von erlebter Diskriminierung in Deutschland. »Das darf in Demokratien nicht passieren, dass gerade deren Ämter und Institutionen nicht alle Menschen gleichbehandeln«, so Foroutan. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, nutzte die Studienergebnisse zur Werbung für bessere Antirassismus-Schulungen bei Ärztinnen und Ärzten sowie in Krankenhäusern. »Hautfarbe oder Nachname dürften niemals entscheiden, wer wann den Arzttermin oder den Therapieplatz erhält«, sagte die SPD-Politikerin.

mrc

Load-Date: November 7, 2023

Achtung Attentäter, bitte an der Schranke halten!

SPIEGEL ONLINE

06. November 2023

Copyright 2023 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK/DEUTSCHLAND; Die Lage am Abend

Length: 1692 words

Byline: Jens Radü

Highlight: Wie Salman E. auf den Hamburger Flughafen gelangen konnte. Wie viel Geld die Länder für Asylbewerber bekommen sollen. Und warum der Gazastreifen jetzt in Nord und Süd geteilt ist. Das ist die Lage am Montagabend.

Body

1. Die Blamage von Hamburg

Eine Schranke. Wer Serien wie das »A-Team« oder »Alarm für Cobra 11« kennt, weiß, dass sie im Actiongenre vor allem eine dramaturgische Funktion hat: Gas geben und durch, gern auch in Zeitlupe. Wrumm, Bäm, Splitter. Eine solche Szene werden die Überwachungskameras am Hamburger Flughafen eingefangen haben (mutmaßlich ohne Ton), als am Samstagabend der 35-jährige Salman E. mit seinem Audi auf das Rollfeld gebrettert ist. Auf dem Rücksitz seine vierjährige Tochter, offenbar ging ein Sorgerechtsstreit mit der Mutter voraus, die hatte E. schon dreimal angezeigt, unter anderem wegen Kindesentziehung und Hausfriedensbruch. Der Mann befand sich in einer »psychischen Ausnahmesituation«, heißt es, er wollte mit seiner Tochter in die Türkei ausgeflogen werden.

Eine Schranke also. Keine Poller, Betonsperren, Doppelzäune. Und das bei einem Flughafen, wo Tankwagen mit Kerosin parken. Ganz zu schweigen von den Flugzeugen und den Hunderten Passagieren. »Wenn ganz normale Menschen ganz legal ein Flugzeug betreten wollen, müssen sie zuvor durch die Sicherheitskontrolle. Die kann bisweilen die Hölle sein«, schreibt mein Kollege Claus Hecking in seinem Kommentar zu dem Fall. Es ging vergleichsweise gut aus, der Mann gab am Sonntagnachmittag auf, das Kind ist wohlauf. Aber die Manager und Sicherheitsabteilungen des Flughafens Hamburg sind blamiert. Schon wieder: »Ich bin begeisterter Hobbyläufer und habe kürzlich am Airport Race rund um den Flughafen Hamburg teilgenommen«, erzählt mir Claus. »Vor ein paar Wochen sind ja schon mal Klimakleber in das Gelände eingedrungen, mit Bolzenschneidern. Und als ich an den Außenzäunen vorbeilief, dachte ich: Das ist ja wirklich nicht so schwer.« Also, Claus hätte jedenfalls ein paar sachdienliche Vorschläge – welche und wer seiner Meinung nach sofort zurücktreten sollte, lesen Sie hier:

Schützt die Flughäfen endlich besser vor Terror!

2. Wenn s ums Geld geht

Mein ältester Sohn hat einen Freund, der heute Geburtstag hat, er wird zwölf. Feiern wird er ihn in einer Flüchtlingsunterkunft am Hamburger Stadtrand. Immer wenn er uns besucht, bringt er frisch gebackene

Achtung Attentäter, bitte an der Schranke halten!

Honigkekse mit, er hat drei Geschwister, sein Vater besaß ein Stück Land, damals im Irak, vor der Flucht nach Deutschland. Seine Eltern finden keinen Job hier, seit mehr als sechs Jahren lebt die Familie nun schon in den Wohncontainern der umzäunten Unterkunft. Drei Zimmer für sechs Menschen.

Es geht genau um solche Fälle bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), zu der Kanzler Scholz heute Nachmittag ins Kanzleramt geladen hat. Rund 230.000 Menschen haben in Deutschland Asyl beantragt, allein in den ersten neun Monaten mehr als im gesamten vergangenen Jahr. Und dann kommen noch die 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer hinzu, die vor dem Krieg geflüchtet sind. Viel zu viele, klagen Länder und Kommunen, es fehlen Kitaplätze, Wohnungen, Schulen. Was tun?

Sozialleistungen kürzen, fordert die FDP. Obergrenze, verlangt die Union. Beide Vorschläge werden so wohl nicht kommen. Dann schon eher verstärkte Grenzkontrollen, erleichterte Abschiebungen und Schutzsuchende sollen schneller arbeiten gehen können. Vor allem aber geht es heute ums Geld: »Die Länder fordern deutlich mehr, um die Kommunen zu entlasten«, schreibt mir mein Kollege Christian Teevs, der den Gipfel für uns begleitet. »Der Bund will aber weniger zahlen als bisher. Die Ampelregierung und die Ministerpräsidenten liegen bei den Flüchtlingskosten so weit auseinander, dass selbst ein Scheitern der Gespräche möglich erscheint. Nur in einem Punkt sind sich die Teilnehmer einig: dass die MPK sehr lange dauern dürfte.«

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Das große Feilschen um die Asylkosten

3. Das geteilte Land

Die Fotos aus dem Gazastreifen sind apokalyptisch: schreiende Menschen, inmitten von Trümmern, die einmal ein Zuhause gewesen sein dürften. Wie viele Menschen inzwischen bei den Bombardements gestorben sind, ist schwer zu sagen: Die Hamas spricht von mehr als 10.000, aber die Terrororganisation ist natürlich keine zuverlässige Quelle. Israels Reaktion auf das Massaker der Hamas vom 7. Oktober, bei dem mehr als 1400 Menschen getötet und mindestens 239 Geiseln verschleppt wurden, wird immer drastischer: »Am 31. Tag von Israels Krieg gegen die Hamas hat das israelische Militär Gaza-Stadt vollständig umzingelt«, schreibt mir mein Kollege Alexander Kauschanski aus dem Auslandsressort. Die Armee hat Gaza in eine nördliche und eine südliche Zone geteilt. »Der Krieg erreicht damit eine neue, gefährliche Phase«, so Alexander. Was Israel mit dem Manöver bezweckt und wann der Häuserkampf wahrscheinlich beginnen wird, können Sie hier lesen.

Nachrichten und Hintergründe zum Krieg in Nahost finden Sie hier:

»Es werden immer mehr israelische Soldaten sterben, und die Stimmung wird noch aggressiver werden«: In Israel ist die Öffentlichkeit polarisiert, der Hass auf die Palästinenser groß. Der israelische Publizist Gideon Levy sagt, warum das nicht neu ist und wohin es führen kann.

Den historischen Wiederholungszwang überwinden: Frieden kann es nur geben, wenn Israel eine Zweistaatenlösung anbietet. Die Palästinenser müssen die Gewaltherrschaft der Hamas abschütteln und ihre Vernichtungsfantasien aufgeben. Eine Vision in fünf Thesen.

Das Kalkül der Feinde Israels: Sie sind erklärte Gegner. Aber in der gefährlichsten Situation seit Langem wollen weder Israel noch Iran und die Hisbollah im Libanon gegeneinander Krieg führen. Bislang jedenfalls.

Hier finden Sie alle aktuellen Entwicklungen: Das News-Update

Was heute sonst noch wichtig ist

Debatte in Tangerhütte: Stadtrat will Umbenennung von »Anne Frank«-Kita offenbar ablehnen.

Entwurf für Parteitags-Leitantrag: SPD diskutiert »temporäre Krisenabgabe« für Superreiche.

Airline-Verband: Langstreckenflüge vom BER oft nicht wirtschaftlich.

B-Movie-Veteran Charles Band: »Barbenheimer« soll tatsächlich gedreht werden.

Achtung Attentäter, bitte an der Schranke halten!

Meine Lieblingsgeschichte heute: **Sechs Quadratmeter Leben**

Mein guter Freund Nils ist so einer: Er geht klettern, trägt Wollmütze und (ich weiß, vive les clichés) kann minutenlang auf einer Slackline balancieren. Wenn es in Deutschland kalt wird, macht er sich zusammen mit seiner Frau Michelle auf in den Süden. Griechenland, drei Monate: Kalá Christoúgenna, Fröhliche Weihnachten. Wie die Zugvögel, nur mit Bulli. Die Fotografin Chiara Bellamoli hat neun Menschen porträtiert, die in diesem Vanlife ihr Glück gefunden haben. »Ich finde Menschen spannend, die sich bewusst gegen den normalen Lebensstil in unserer Gesellschaft entscheiden«, sagt die 33-Jährige. Ihre Bilder zeigen, wie verblüffend behaglich sich sechs Quadratmeter gestalten lassen, eine Straßennomadin hat ein Keyboard in ihrem Wohnwagen aufgestellt, darüber hängt eine Panflöte. Ewiger Urlaub. Bei diesem November-Niesel-Acht-Grad da draußen bringen Sie Bellamolis Fotos ja vielleicht ein bisschen zum Träumen.

Lesen Sie hier die ganze Geschichte: Warum sich Frauen entscheiden, in Wohnmobilen zu leben

Was wir heute bei SPIEGEL+ empfehlen

Heute gibt es Ofenkürbis-Risotto: Sie benötigen einen Stimmungsaufheller für den dunklen, grauen und nasskalten November? Dieses köstliche Risotto bringt Sonne, Wärme und herrlichen Duft in Ihre Küche.

Ein Viertel aller Pro-Palästina-Demos wurde untersagt: In Deutschlands größten Städten wurden seit dem Terrorangriff der Hamas nach einer SPIEGEL-Abfrage fast doppelt so viele propalästinensische wie proisraelische Demos angemeldet ohne Verbote wären es noch mehr gewesen.

Ex-Frau zeigte Hamburger Geiselnnehmer dreimal an: Salman E. nahm seine Tochter als Geisel und legte mehr als 18 Stunden den Hamburger Flughafen lahm. Nach SPIEGEL-Informationen hatte seine Ex-Frau ihn erst im Frühjahr wegen Hausfriedensbruchs angezeigt.

Apples Black Beauty: Der M3-Chip im neuen MacBook Pro soll Intel-Fans zum Umstieg auf Apples Plattform bewegen. Im Test zeigt sich, wie schnell er wirklich ist und warum andere Dinge vielleicht wichtiger sind.

Was heute weniger wichtig ist

Mehr Moll:Zoe Wees, 21, die Hamburgerin mit der ganz großen Stimme, hat im Interview mit den Kinderreportern von »Dein SPIEGEL« verraten, dass sie es melancholisch mag: »Ich höre nur traurige Musik«, sagte sie. In ihrer Kindheit hatte Wees an der Krankheit Rolando-Epilepsie gelitten, die Anfälle hätten bis heute Spuren hinterlassen. Mit ihren eigenen Songs will sie jedoch alles andere als Trübsal verbreiten: »Ich kann natürlich nicht persönlich für Tausende von Menschen da sein, aber meine Musik kann das. Ich freue mich, wenn sie meine Songs hören, sich dabei wohlfühlen und weniger traurig oder allein sind. Man muss im Laufe des Lebens lernen, sich zu lieben«.

Mini-Hohlspiegel

Hier finden Sie den ganzen Hohlspiegel.

Cartoon des Tages

Und heute Abend?

Die Beatles! Sie haben den neuen Song der Fab Four sicher schon gehört, »Now and Then«. John Lennon hat den Track als Demo aufgenommen, damals 1980 in seinem New Yorker Apartment. Mithilfe von KI und viel Studiomagie ist daraus der letzte Song der Band geworden, Ringo spielt Schlagzeug, George die Gitarre, Paul den Bass, hach, wie früher. Auf mich wirkt das Stück allerdings wie eine Torte, bei der mit viel Sahne, Marzipan und Streuseln kaschiert werden soll, dass nicht mehr genug Biskuit da war: opulent produziert, Streicher, Backing Vocals, klar, das ganz große Besteck. Aber Johns Stimme klingt dann doch irgendwie dünn, fast brüchig. Banause, sagen Sie? Wahrscheinlich. Der Erfolg der Nummer gibt ihr jedenfalls recht: Platz eins (und zwei) in den iTunes-Charts, die Stones völlig zu Recht »Angry« wurden auf Platz 18 verwiesen. Die Beatles, mehr als sechs

Achtung Attentäter, bitte an der Schranke halten!

Jahrzehnte nach ihrer Gründung, wieder »Here, There and Everywhere«. Wenn Sie abtauchen wollen in diese Zeit, als der Rock n Roll gerade in der Pubertät steckte, empfehle ich Ihnen den Artikel meiner Kollegin Viola Schlenz. Sie hat aufgeschrieben, warum die braven Pilzköpfe mal blutverschmiert mit Schlachtabfällen und gehäckselten Babypuppen posiert haben und was das damals ausgelöst hat. Lesen Sie, hören Sie das »White Album« dazu, und ihre Neuronen werden im Takt klatschen: Ob-La-Di, Ob-La-Da.

Einen schönen Abend. Herzlich

Ihr Jens Radü, Chef vom Dienst

Graphic

DER SPIEGEL

Load-Date: November 6, 2023

End of Document